B 6897 F

Informationen zur politischen Bildung

231

2. Quartal 1991

Geschichte der DDR

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSÜBERSICHT Seite

Vorbemerkung . . . 1

1945–1949: Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) . . . 2
Besetzung Deutschlands durch die Alliierten . . . 2
Politische und wirtschaftliche Umgestaltung durch die Besatzungsmacht . . . 2
Der Weg zum SED-Staat . . . 6

1949–1961: Der „Aufbau des Sozialismus" in der DDR . . . 10
Das erste Jahr der DDR . . . 10
Ausbau der Diktatur und Entwicklung nach dem 17. Juni 1953 . . . 12
Parteitag der SED und Einheitslistenwahlen 1954 . . . 14
Von der Entstalinisierung zum Mauerbau . . . 15

1961–1970: Stabilisierung des SED-Regimes . . . 18
Nach dem Bau der Mauer . . . 18
Ulbrichts Weg zum Sozialismus . . . 19

1971–1989: Die Ära Honecker . . . 21
Neue Akzente unter Honecker . . . 21
Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten . . . 22

Die DDR in den achtziger Jahren . . . 24
Partei . . . 24
Staat . . . 27
Rechtssystem und Staatsorgane . . . 28
Wirtschaft . . . 29

Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit . . . 33
Beispiel: Die Jungen Pioniere . . . 33
Beispiel: Schaffung einer neuen Intelligenz . . . 34
Beispiel: Kulturpolitik . . . 34

Alltag in der DDR . . . 35
Arbeit . . . 35
Freizeit . . . 36
Urlaub und Reisen . . . 36
Kontroll- und Spitzelwesen . . . 36
Passiver Widerstand . . . 37
Der „Faktor West" . . . 37
Versorgung und Tauschhandel . . . 38
Selbstdarstellung des Systems . . . 39

1989–1990 Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit . . . 41
Perestroika und die Krise des SED-Regimes . . . 41
Das Ende der kommunistischen Diktatur . . . 43
Die demokratische DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit . . . 45

Was bleibt von der DDR? . . . 48

Literaturhinweise . . . 51

Das Thema im Unterricht . . . 52
Zur didaktischen Konzeption und Zielsetzung . . . 52
I. Unterrichtseinheit: Lebensverhältnisse in der SBZ . . . 53
II. Unterrichtseinheit: Die „antifaschistisch-demokratische" Umwälzung . . . 53
III. Unterrichtseinheit: Aufbau des Sozialismus – der 17. Juni 1953 . . . 54
IV. Unterrichtseinheit: Die Berliner Mauer . . . 55
V. Unterrichtseinheit: Die Ära Honecker . . . 56
VI. Unterrichtseinheit: Der 9. November 1989 – die historische Wende . . . 56

Materialien . . . 57

Zur Ergänzung liegen vor:

Informationen zur politischen Bildung

Nr. 180 (Neudruck 1990)
Wirtschaftsordnungen im Vergleich

Nr. 203 (Neudruck 1990)
Die deutsche Frage

Nr. 205 (Neudruck 1988)
Die DDR

Vorbemerkung

Seit Mitte der achtziger Jahre findet in der UdSSR eine Entwicklung statt, die unter den Begriffen „Glasnost“ und „Perestroika“ bekannt wurde. Sie ermöglichte in den Staaten des Ostblocks einen Prozeß der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung, von dem nach Polen und Ungarn schließlich auch die DDR, die ČSSR, Bulgarien und Rumänien erfaßt wurden. In der DDR war es der SED nicht gelungen, der Mehrheit der Bevölkerung ein DDR-Nationalbewußtsein zu vermitteln. In diesem Teil Deutschlands bedeutete der Prozeß der Demokratisierung zugleich das Ende der Staatlichkeit. Selbstbestimmung der Bevölkerung der DDR und Einheit Deutschlands lagen dicht beieinander. Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Damit machten die Deutschen in der DDR nach mehr als 40 Jahren SED-Diktatur von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch. Ihre friedliche Revolution führte die Einheit Deutschlands herbei. Endlich war der Auftrag des Grundgesetzes erfüllt, die Einheit in Freiheit zu vollenden. 41 Jahre getrennte Entwicklung sind beendet; die DDR ist Geschichte geworden. Es ist an der Zeit, einen Rückblick auf ihre Entwicklung zu werfen.

Es ließe sich darüber debattieren, wer diese Geschichte der SBZ/DDR schreiben solle: ein westdeutscher Wissenschaftler, der die Ereignisse aus der Distanz betrachtet hat, oder ein Autor aus der ehemaligen DDR, der dies alles selbst erlebt hat? Wir haben einen Kompromiß gewählt. Der Verfasser des Hauptteils des Manuskripts, Michael Richter, ist in (Ost-)Berlin geboren, hat eine Berufsausbildung als Agrotechniker mit Abitur in Gotha absolviert und danach Evangelische Theologie studiert. 1981 hat er im Alter von 28 Jahren die DDR verlassen, später in Bonn Geschichte und Politische Wissenschaften studiert und über die Ost-CDU in den Jahren 1948–1952 promoviert. Er vereinigt somit DDR-Erfahrung mit einschlägiger wissenschaftlicher Arbeit im Westen. Ihm fehlt aber das Erlebnis DDR in den letzten neun Jahren. Der Beitrag eines Wissenschaftlers aus Dresden, Professor Kurt Reinschke, bringt diesen Aspekt ein.

Die Darstellung von Michael Richter ist chronologisch aufgebaut und konzentriert sich auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1990. Ein systematischer Querschnitt durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie ein Blick auf den Alltag (Autorin: Veronika Richter) zeichnet ein Bild von der DDR in den achtziger Jahren.

Im Teil „Das Thema im Unterricht“ werden sechs Unterrichtseinheiten angeboten, bestehend aus didaktischen Vorschlägen mit den dazugehörigen Materialien, die die Thematik dieser Ausgabe für den Unterricht aufbereiten. Zusätzlich können Materialien herangezogen werden, die in die Sachdarstellung eingeblendet worden sind. Auf sie wird mit **M 1** usw. hingewiesen. Umgekehrt ist der Materialteil auch für Leser außerhalb der Schule interessant.

Zur Quellenlage

Durch die friedliche Revolution wurde erstmals Einsicht in die Akten und Unterlagen des SED-Staates möglich. Bislang war der Zugang zu genaueren Informationen über alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft versperrt. Nur die ideologisch ausgerichteten Staatsschreiber konnten ausgesuchte Unterlagen einsehen. Das Ergebnis waren Darstellungen der DDR, die der politischen Interessenlage der SED entsprachen und mit der Realität wenig zu tun hatten. Eine Wissenschaft der Politik gab es nicht. An ihrer Stelle stand die Beschäftigung mit der marxistisch-leninistischen Ideologie. Geschichtsschreibung, Ökonomie oder Soziologie mußten vom „Klassenstandpunkt“ aus die totalitäre Alleinherrschaft der SED rechtfertigen. Die entsprechenden Bücher und Beiträge, die noch heute in allen Bibliotheken zu finden sind, taugen kaum dazu, die Verhältnisse, wie sie in der DDR herrschten, richtig darzustellen.

Neben der Forschung in der DDR gab es in der Bundesrepublik eine breite DDR- und Deutschlandforschung. In den einzelnen Fächern wie der Politischen Wissenschaft, der Volkswirtschaftslehre, der Soziologie, der Rechtswissenschaft oder der Zeitgeschichtsforschung gab und gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen und dementsprechend unterschiedliche Darstellungen. Es gab Richtungen, die die Existenz des SED-Staates begrüßten und vor allem positive Seiten an der DDR suchten. Andere Wissenschaftler hingegen sprachen der DDR jegliches Existenzrecht ab und kritisierten aus ihrer Sicht die SED-Herrschaft. Dazwischen gab es ein breites Spektrum verschiedener Lehrmeinungen.

Alle Untersuchungen über die DDR hatten mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß gesicherte Informationen kaum zugänglich waren. Für die Historiker blieben die Archive verschlossen; die Volkswirtschaftler erhielten wenig genaue Angaben über die Situation der wirtschaftlichen oder ökologischen Situation; die Soziologen konnten keine Befragungen und empirische Untersuchungen vornehmen. Am leichtesten hatten es noch die Juristen, denen die Art der Rechtsprechung oder die Situation in den Haftanstalten relativ gut bekannt war.

Viele Wissenschaftler benutzten aus Mangel an Alternativen offizielle Informationen aus der DDR. So wurde zum Beispiel in zahlreichen Darstellungen auf das Statistische Jahrbuch der DDR zurückgegriffen, das für viele Bereiche keine oder falsche Angaben machte. Die Folge waren in den meisten Darstellungen Beschönigungen der Verhältnisse in der DDR (siehe auch Kasten Seite 50).

Heute ist es endlich möglich, sich anhand der Archive ein genaueres Bild von der DDR zu machen. Dieses Heft erscheint zu einem Zeitpunkt, zu dem die wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte in der DDR in ein völlig neues Stadium tritt. Viele Erkenntnisse, die zukünftig gewonnen werden können, liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Daher bitten wir alle Leser, mit Anregungen nicht zu sparen und uns auf neue Einsichten aufmerksam zu machen. Sie werden in zukünftigen Auflagen Berücksichtigung finden.

Michael Richter

1945–1949: Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ)

Besetzung Deutschlands durch die Alliierten

Am 30. April 1945 hatte sich Adolf Hitler durch Selbstmord seiner Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands entzogen. Am 8./9. Mai 1945 erfolgte in Berlin-Karlshorst die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde der Deutschen Wehrmacht. Der Zweite Weltkrieg war in Europa zu Ende. Überall in Deutschland standen Streitkräfte der alliierten Siegermächte. Berlin und große Teile der späteren DDR waren von der Roten Armee besetzt.

Die zukünftige Entwicklung Deutschlands war 1945 unklar. Stalin erklärte nach dem Ende des Krieges, die Einheit Deutschlands erhalten zu wollen. Noch auf der Konferenz in Teheran im November 1943 (USA, UdSSR, Großbritannien) hatte die Regierung der UdSSR für eine Teilung Deutschlands plädiert. Jetzt favorisierte sie eine gesamtdeutsche Regelung. Ziel der sowjetischen Regierung war, ihren Machtbereich zu erweitern. Zugleich wollte sie die erlittenen Kriegsschäden durch umfangreiche Reparationen – insbesondere aus dem Ruhrgebiet – ausgleichen. Parallel zu ihrer Politik, Einfluß auf ganz Deutschland zu gewinnen, begann die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone mit der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung". Die Regierung der UdSSR verfolgte also verschiedene Optionen gleichzeitig. Ohne von ihrer gesamtdeutschen Perspektive abzurücken, wurden in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) die Grundlagen für ein kommunistisches Herrschafts- und Gesellschaftssystem gelegt.

Am 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten (UdSSR, USA, Großbritannien) mit der „Juni-Deklaration" die oberste Regierungsgewalt in Deutschland (Frankreich kam später hinzu, siehe Seite 8). In Berlin wurde aus den Oberkommandierenden der Besatzungstruppen der *Alliierte Kontrollrat* als höchstes Machtorgan für ganz Deutschland gebildet. In den einzelnen Zonen jedoch behielten die jeweiligen Besatzungsmächte ihre Entscheidungshoheit. Sie erließen Befehle und Gesetze. Damit war ein Schritt zur getrennten Entwicklung der Zonen getan.

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 berieten die Regierungschefs der UdSSR (J. W. Stalin), der USA (H. Truman) und Großbritanniens (W. Churchill/C. Attlee) im Schloß Cecilienhof bei Potsdam über die Zukunft Deutschlands. Sie einigten sich auf eine völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, verboten die NSDAP und erklärten die Demokratisierung des Landes zu ihrem Ziel. Deutschland sollte wirtschaftlich als ein Ganzes behandelt werden (sogenanntes *Potsdamer Abkommen*). Doch die unterschiedlichen Vorstellungen der Alliierten in Fragen der Wirtschaft und der Politik ließen Auseinandersetzungen bei der Auslegung dieser Vereinbarungen erwarten.

(Zur Ausgangslage in der SBZ nach dem Krieg siehe **M 1** und **M 2** auf Seite 59.)

Die sowjetische Besatzungsmacht und ihre Ziele

In ihrer Zone stellte die sowjetische Besatzungsmacht von Anfang an die Weichen in Richtung *Volksdemokratie*. Bereits vor der Kapitulation flog die Rote Armee Gruppen emigrierter Kommunisten aus Moskau nach Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein. Während des Krieges hatten diese im Moskauer Exil Pläne für eine Nachkriegsordnung in Deutschland ausgearbeitet. Mit genauen Vorstellungen gingen sie nun ans Werk. Unter Führung von Walter Ulbricht, Anton Ackermann (alias Eugen Hanisch) und Gustav Sobottka errichteten Vertreter der Gruppen zunächst neue Verwaltungen (siehe hierzu auch **M 8** und **M 9** auf Seite 58 f.). Nach Vorbereitungen durch die *Gruppe Ulbricht* setzte der sowjetische Stadtkommandant Bersarin bereits am 14. Mai 1945 einen Magistrat von Groß-Berlin ein. Als die westlichen Alliierten im Juli und August 1945 in ihre Sektoren von Berlin einzogen, waren bereits vollendete Tatsachen geschaffen. Acht der 16 Mitglieder dieses Magistrats waren Kommunisten. Ähnlich verfuhr die sowjetische Besatzungsmacht auch in anderen Städten.

Voraussetzungen für die spätere Eingliederung in den Ostblock

Am 9. Juni 1945 wurde per Befehl Nr. 1 die „Sowjetische Militäradministration in Deutschland" (SMAD) geschaffen. Alle Machtbefugnisse in der SBZ lagen in den Nachkriegsjahren in den Händen der SMAD. Sie stellte die Reparationen an die UdSSR sicher und nahm entscheidenden Einfluß auf die Neugestaltung von Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Mit der beabsichtigten Entwicklung der SBZ nach dem Vorbild der UdSSR schuf die SMAD die Voraussetzungen für die spätere Eingliederung der DDR in den Ostblock.

Politische und wirtschaftliche Umgestaltung durch die Besatzungsmacht

Gründung von Parteien und „Massenorganisationen"

Mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD wurde bereits einen Tag nach der Konstituierung der SMAD die Gründung von Parteien erlaubt. Diese Entscheidung überraschte sowohl die westlichen Alliierten als auch die Deutschen selbst. Schnell zeigte sich, daß die Zulassung von zahlreichen Bedingungen abhing, die die Parteien in sowjetischer Abhängigkeit hielten. So durften sie nur unter der Kontrolle der SMAD tätig werden und mußten nach sowjetischen Instruktionen arbeiten. Sie wurden auf Begriffe wie „antifaschistisch" und „demokratisch" festgelegt, die von den Sowjets im Sinne ihrer Ideologie, dem Marxismus/Leninismus, ausgelegt wurden. Ihre Auffassung von „Demokratie" widersprach dem westlichen Verständnis völlig. Sie wurde als „Klassenherrschaft der Arbeiterklasse über die Bourgeosie" interpretiert (siehe auch **M 10** auf Seite 59).

„Antifaschismus"

Auf Anweisung der sowjetischen Besatzungsmacht wurde der „Antifaschismus" zu einer der ideologischen Grundorientierungen des in der SBZ und später in der DDR errichteten Systems. In der Ablehnung des untergegangenen nationalsozialistischen Terrorregimes waren sich nach dem Ende des Krieges die Mehrzahl der Deutschen mit den Besatzungsmächten einig. Auf dieser Basis verpflichteten die Sowjets die Bevölkerung in ihrer Zone auf den Begriff des „Antifaschismus". Auch nach der Gründung der DDR diente er über Jahrzehnte als eine Legitimierung der Existenz des sozialistischen Staates. Während man in der Bundesrepublik mehrheitlich von einer Haltung gegen den „Nationalsozialismus" sprach und spricht, war in der DDR der Begriff „Antifaschismus" verbindlich. Wo lag und liegt der Unterschied; welches „Pro" steht hinter dem „Anti"?

Der „Antifaschismus" stammt aus dem Vokabular des Marxismus/Leninismus. Nur im Zusammenhang dieser Ideologie wird er verständlich. Er bedeutet die Ablehnung des Nationalsozialismus und ähnlicher Erscheinungen aus einer Position, die neben dem Nationalsozialismus auch die parlamentarische Demokratie ablehnt. Aus der Sicht des Marxismus/Leninismus sind beide politischen Strukturen Ausdruck der „kapitalistischen" Wirtschaftsweise (Marktwirtschaft). Kern der Kritik des „Antifaschismus" sind nicht die fehlende Demokratie oder die Mißachtung von persönlicher Freiheit oder fehlende Menschenrechte, diese wurden im SED-Staat ebenfalls nicht beachtet, sondern der „kapitalistische" Charakter des „Faschismus". So wird verständlich, warum die sowjetische Besatzungsmacht bereits kurz nach Kriegsende neben Nationalsozialisten auch

Demokraten, die sich gegen die Errichtung einer neuen Diktatur zur Wehr setzten, in ihre Internierungslager sperrte.

„Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien"

Neben ihrer ideologischen Festlegung mußten die neuen Parteien sich zur Mitarbeit in der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" verpflichten. Sie wurden praktisch in die „Einheitsfront" hineingegründet, denn ohne ihre Bereitschaft zur Mitarbeit wären sie nicht zugelassen worden. Am 14. Juli 1945 schlossen sich die vier Parteien KPD, SPD, CDU und LDPD in der auch „Antifa-Block" genannten „Einheitsfront" zusammen. Hier galt das Einstimmigkeitsprinzip. Damit hatte zwar jede Partei ein Vetorecht, tatsächlich aber bestimmte die KPD, deren Politik sich mit der sowjetischen Besatzungspolitik deckte. Koalitionsbildungen gegen die KPD waren nicht erlaubt. Die KPD hingegen konnte mit ihrem Veto Vorstöße der anderen Parteien stoppen. Inhaltliche Ziele der Einheitsfront waren die Entnazifizierung, der wirtschaftliche Wiederaufbau, Rechtsstaatlichkeit, Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht und Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung.

Berlin 1946. Blick von der Burgstraße auf den Berliner Dom. Links liegt das schwer beschädigte Berliner Stadtschloß, das die SED später sprengen ließ.

KPD

Mit einem Aufruf ihres Zentralkomitees konstituierte sich bereits am 11. Juni 1945, einen Tag nach dem Erlaß des Befehls Nr. 2 der SMAD über die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*. An ihrer Spitze standen Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Franz Dahlem und Anton Ackermann. Ihr erklärtes Ziel war der Kampf gegen den „Faschismus". Das Streben der KPD aus der Zeit der Weimarer Republik nach einem „Sowjet-Deutschland" wurde verworfen und ein eigener Weg zum Sozialismus gefordert. Die Parteiführung erklärte es für falsch, Deutschland das „Sowjet-Regime aufzuzwingen". Dies entspräche nicht den Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Zunächst gehe es um Vollendungen der bürgerlichen Revolution von 1848, um die „Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk". Auf wirtschaftlichem Gebiet verlangte die KPD sogar die „Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums". Damit waren einige ihrer Forderungen zu diesem Zeitpunkt zurückhaltender formuliert als die der SPD. Keinen Zweifel ließ die KPD jedoch an ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur UdSSR unter Stalin und zum Marxismus/Leninismus.

> „Kein anderer als Lenin hat betont, daß es der größte Fehler wäre, die Wahrheit über die Allgemeingültigkeit der russischen Erfahrung zu übertreiben und ‚sie auf mehr als einige Grundzüge unserer (das heißt der russischen) Revolution auszudehnen', in diesem Sinne müssen wir einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus unbedingt bejahen."
>
> *Anton Ackermann, Mitglied des ZK der KPD: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Einheit 1/1946.*

SPD

Nach der KPD ließ die SMAD als zweite Partei die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)* zu. An ihrer Spitze standen Otto Grotewohl, Max Fechner, Erich Gniffke und Gustav Dahrendorf. In Berlin bildete sich zunächst ein Zentral-Ausschuß, der am 15. Juni 1945 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit trat. Der Zentral-Ausschuß kritisierte die gemäßigte Haltung der SPD während der Weimarer Republik und betonte nun ihren antikapitalistischen Charakter. Im Aufruf trat die SPD ein für „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft". Als wichtiges Ziel wurde auf dem Hintergrund der gemeinsamen Verfolgung unter Hitler die „organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterbewegung" bezeichnet. Die scheinbare Erneuerung der KPD und deren Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie ließen frühere Gegensätze in Vergessenheit geraten. In einer Einheitspartei, glaubten viele Sozialdemokraten, würden sie aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit das Heft in der Hand behalten. Nachdem der Vormachtanspruch der Kommunisten jedoch immer offener zutage trat, machte sich unter den Sozialdemokraten zunehmend Widerstand gegen die Einheitsbefürworter breit. Der letzte Parteitag in Berlin im April 1946 beschloß dennoch einstimmig die Vereinigung mit der KPD, nicht zuletzt unter dem Druck der Besatzungsmacht (siehe auch Seite 6).

CDU

Als dritte Partei trat am 26. Juni 1945 die *Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU*, auch *CDUD*) mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Damit bildete sich eine völlig neue Partei, die es so vor 1933 nicht gegeben hatte. Ziel der Gründer, die aus dem ehemaligen katholischen Zentrum, der früheren Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der christlichen Gewerkschaftsbewegung und dem protestantisch-konservativen Lager kamen, war es, die konfessionelle Spaltung christlicher Parteien zu überwinden. Zu ihnen gehörten neben dem ersten Vorsitzenden Andreas Hermes auch Walther Schreiber, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Heinrich Krone, Ferdinand Friedensburg, Theodor Steltzer und Otto Nuschke. Entsprechend breit waren die ersten Programmentwürfe der Partei angelegt. Darin bekannte sich die CDU zu einer christlichen, demokratischen und sozialen Politik, die unter anderem die Verstaatlichung der Bodenschätze und der Schlüsselindustrien vorsah. In der KPD hatte man auf die Wiedergründung des Zentrums gehofft, das wegen seiner katholischen Ausrichtung im eher protestantischen Mitteldeutschland wenig Einfluß gehabt hätte. Statt dessen trat eine Volkspartei mit dem Anspruch auf aktive Mitgestaltung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an.

LDPD

Am 5. Juli 1945 konstituierte sich schließlich die *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD*, auch *LDP*). An ihrer Spitze standen Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz und Arthur Lieutenant. Die Liberalen forderten die Erhaltung des Privateigentums und der freien Wirtschaft. Ebenso energisch setzten sie sich für die Beibehaltung des Berufsbeamtentums und die Schaffung einer unabhängigen Justiz ein. Die LDPD stand in der Tradition der sozial-liberalen und national-liberalen Bewegungen aus der Zeit vor dem Dritten Reich.

Alle vier Parteien wurden zu einem Zeitpunkt in Berlin gegründet, als die westlichen Alliierten noch nicht in ihre Sektoren der Stadt eingezogen waren. Die Parteien traten als „Reichsparteien" ins politische Leben. Mit ihrer Hilfe wollte die sowjetische Regierung politischen Einfluß auf ganz Deutschland gewinnen. Tatsächlich hatten die Berliner Gründungen Einfluß auf die Gestaltung der westdeutschen Parteienlandschaft. Angesichts des Anpassungszwangs der Parteien in der SBZ und im Ostsektor Berlins kam es allerdings bald zu einer Entfremdung der demokratischen Parteien in den Westzonen von den Parteien in der SBZ (siehe Seite 6 f.).

„Massenorganisationen"

Mit dem „Befehl Nr. 2" hatte die SMAD auch die Gründung von *Massenorganisationen* erlaubt. Daraufhin entstanden für alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens Einheitsorganisationen, die formal überparteilich waren, sich nach der Gründung der DDR jedoch zu kommunistisch bestimmten Massenorganisationen entwickelten. Selbständig gegründete Gruppen, Vereine oder Verbände wurden zur Mitarbeit gezwungen oder aber verboten. Die Massenorganisationen waren anfangs auch in den westlichen Zonen Deutschlands präsent, wurden später jedoch verboten. In der SBZ/DDR und im Ostsektor Berlins dagegen entwickelten sie sich zu Instrumenten des totalitären Regimes.

Am 15. Juni 1945 bildete sich in Berlin ein vorbereitender Gewerkschaftsausschuß. Ihm gehörten neben Kommunisten und Sozialdemokraten auch Vertreter der ehemaligen christlichen und liberalen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkschaften an. Ziel war die Bildung einer Einheitsgewerkschaft, die mit dem *Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB)* geschaffen wurde. Es zeigte sich bald, daß die KPD-Mitglieder, die massiv von der SMAD unterstützt wurden, den FDGB zu einer Organisation umfunktionierten, die mit einer Gewerkschaft im traditionellen Sinne wenig zu tun hatte.

Zur Überwindung der Ideologie des Nationalsozialismus und um eine „neue, freiheitlich demokratische Weltanschauung" zu schaffen, gründeten Intellektuelle aus Kunst und Kultur am 4. Juli 1945 den *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*. Unter der Präsidentschaft des Schriftstellers Johannes R. Becher (von ihm stammt der Text der DDR-Nationalhymne), entwickelte sich auch diese Organisation in der SBZ schnell zu einem Instrument der geistigen Beeinflussung der Bevölkerung. Die 1947 von der Besatzungsmacht ins Leben gerufene *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* wurde zwei Jahre später in *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)* umbenannt. Ihre Aufgabe bestand darin, die deutsche Bevölkerung über die UdSSR und die „Erfolge des sozialistischen Aufbaus" zu informieren.

Nachdem die SMAD eigene Jugendorganisationen der Parteien in der SBZ nicht erlaubt hatte, entstanden im Juli 1945 „Jugendausschüsse" zur Vorbereitung der einheitlichen Jugendorganisation *Freie Deutsche Jugend (FDJ)*. Auch hier bestimmten mit sowjetischer Hilfe schnell die Kommunisten um Erich Honecker den Kurs. Jugendliche anderer Richtungen wurden – wie Manfred Klein als Vertreter der katholischen Jugend – ausgeschlossen oder verhaftet. Die FDJ entwickelte sich schnell zu einer kommunistisch gelenkten Massenorganisation und später nach ihrem eigenen Programm zur „Kampfreserve der Partei".

In den Frauenausschüssen, die sich 1947 zum *Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD)* konstituierten, dominierten ebenfalls die Vertreterinnen der KPD. Ähnlich sah es in allen anderen Bereichen aus.

Aufbau der Verwaltungen

Beim Aufbau der neuen Verwaltungen in ihrem Besatzungsgebiet bevorzugte die SMAD Kommunisten. Um einen möglichen Einfluß auf die westlichen Zonen nicht zu verlieren und formal den Anschein demokratischer Verhältnisse zu wahren, wurden freilich auch Vertreter anderer Parteien berücksichtigt. Die SMAD setzte im Juli 1945 Landesverwaltungen für die Länder Sachsen, Thüringen und Mecklenburg sowie Provinzialverwaltungen für die preußischen Provinzen ein, aus denen nach der Auflösung Preußens 1947 die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt hervorgingen. Während die Präsidenten der Landesverwaltungen entweder parteilos waren (Thüringen) oder der SPD (Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg) bzw. der LDP (Sachsen-Anhalt) angehörten, waren alle Vizepräsidenten Mitglieder der KPD. Die wesentlichen Schlüsselfunktionen lagen in den Händen der KPD. Ohnehin mußten sich alle Verwaltungen an die Befehle und Anweisungen der SMAD halten.

Parallel zu den Landes- und Provinzialverwaltungen bildete die SMAD noch vor der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 „deutsche Zentralverwaltungen". Damit hoffte die sowjetische Regierung, ähnlich wie bei der Gründung von „Reichsparteien" und bei der Einsetzung eines Berliner Magistrats, gesamtdeutsche Strukturen zu schaffen, die unter sowjetischer Kontrolle standen. Die Zentralverwaltungen waren Hilfsorgane der Besatzungsmacht. Sie besaßen weder Gesetzgebungsbefugnis, noch konnten sie Verordnungen erlassen. Auch hier sicherte die SMAD durch ihre Personalpolitik der KPD entscheidende Positionen.

Entnazifizierung

Die SMAD führte in ihrem Besatzungsgebiet eine formal sehr weitgehende *Entnazifizierung* durch. Vor allem aus dem öffentlichen Dienst wurden ehemalige Mitglieder von SS und Gestapo sowie Funktionäre der NSDAP entlassen. Die SMAD nutzte einen Großteil der von den Nationalsozialisten angelegten Konzentrationslager als Internierungslager. Viele Akteure und Mitläufer des NS-Regimes, aber auch Unschuldige und Verfechter einer neuen demokratischen Ordnung in Deutschland wurden in diese Lager gebracht. Die Mehrheit wurde ohne jedes Verfahren interniert. Andere wurden von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) angeklagt und in der Regel ohne die Möglichkeit einer Verteidigung verurteilt, in den meisten Fällen zur Höchststrafe von 25 Jahren Lager. Von den 150 000 deutschen Gefangenen kamen dabei rund 70 000 durch eine gezielte Vernichtungspolitik (Hunger und Krankheit) ums Leben. (Nach sowjetischen Angaben hatten die sowjetischen Sicherheitsbehörden zwischen 1945 und 1950 122 671 Deutsche interniert, von denen 42 889 starben.) Hunderttausende wurden in Lager in der UdSSR deportiert. Da die SMAD keine Entnazifizierung mit dem Ziel einer Demokratisierung betrieb, sondern eine „Diktatur des Proletariats" schaffen wollte, kamen zunehmend Sozialdemokraten, Christen und Liberale in die sowjetischen Lager. Als die sowjetischen Lager 1950 aufgelöst wurden, gab es zahlreiche Massengräber, in denen die Opfer anonym verscharrt worden waren.

„Viele weniger belastete Menschen waren darunter, auch Unschuldige sowie politische Gegner der Besatzungsmacht und

Politische Häftlinge in der SBZ

Entgegen den zwingenden Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes werden Jugendliche in politischen Verfahren auf Weisung des Sowjetzonenministers zu Zuchthausstrafen verurteilt; auch die Anwendung von Todesstrafen wurde für zulässig erklärt.

Die Jugendlichen haben im allgemeinen keine Möglichkeit zu arbeiten. Sie werden von der Volkspolizei kasernenmäßig gedrillt und schikaniert. Schon bei kleinsten Disziplinarvergehen wird häufig die Prügelstrafe angewandt. Diejenigen strafgefangenen Jugendlichen, welche für den SSD gegen ihre Kameraden Spitzeldienste leisten, werden auf gute Arbeitsplätze gesetzt und können Sonderpakete erhalten.

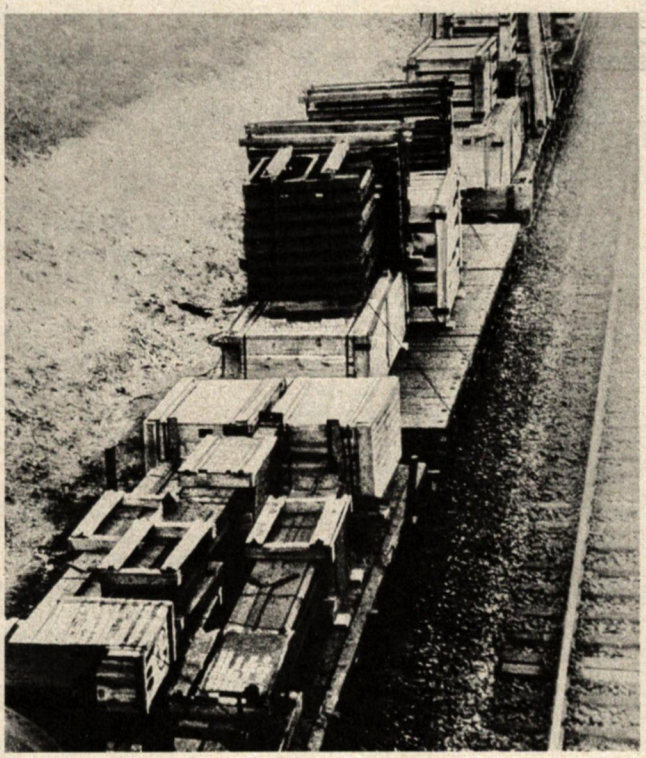
In einem Brief vom 22. März 1950, der aus der Strafanstalt Bautzen herausgeschmuggelt wurde, heißt es: „Die Jugendlichen, die zum Teil mit 14 Jahren eingekerkert wurden, sind körperlich zurückgeblieben und verkommen geistig und moralisch. Sie haben keine Möglichkeit der Weiterbildung und sind mit ihrem unterernährten Körper den Seuchen und Krankheiten besonders ausgesetzt."

Als die hungernden und Tbc-kranken Gefangenen am 31. März 1950 ihre Verzweiflung zum Fenster hinausschrien, hielt die Volkspolizei anschließend ein Strafgericht ab und mißhandelte die Gefangenen, so daß es Tote und Schwerverletzte gab. Dabei feuerten die Volkspolizeioffiziere ihre Leute mit den Rufen an: „Schlagt vor allem die Jugendlichen zusammen! Schlagt die Verbrecher tot!"

Quelle: Finn, Gerhard: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945–1959, Ilmgauverlag Pfaffenhofen 1960, S.98.

sogar einzelne ehemalige KZ-Häftlinge ... Bei der Zahl der Toten gehen Schätzungen weit auseinander. Die in diesem Zusammenhang genannten 6000–13 000 Toten lassen sich gegenwärtig weder ernsthaft belegen noch widerlegen. Es kann aber als sicher gelten, daß allein in den Hungerjahren 1945/46/47 mehrere Tausend Internierte im Lager an Hungerödemen, Tuberkulose oder Typhus starben."

Quelle: Information zum Internierungslager Buchenwald. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, 1990, S. 3.



Abtransport von Reparationsgütern in die Sowjetunion – eine der seltenen Dokumentaraufnahmen dieses Vorganges.

Anders als in den Westzonen, wo beim Neuaufbau des Berufsbeamtentums auch ehemalige Mitglieder der NSDAP wieder als Richter und Staatsanwälte arbeiteten, wurden 1946 in der SBZ 85 Prozent aller Richter und Staatsanwälte durch unbelastete *„Volksrichter"* ersetzt. Damit wurden die Grundlagen für einen neuen Justizapparat geschaffen, der in den fünfziger Jahren zu einer Hauptstütze des SED-Regimes wurde.

Schulreform

1946 wurde in der SBZ per Gesetz eine *Einheitsschule* geschaffen. Sie umfaßte eine achtklassige Grundschule und eine vierstufige Oberschule bzw. dreistufige Berufsschule. Parallel zu der von der KPD initiierten Schulreform erfolgte eine Auswechslung der Lehrkräfte. Von den fast 40 000 Lehrern hatten 28 000 der NSDAP angehört. Diese wurden durch rasch angelernte *„Neulehrer"* ersetzt. Bis zum Herbst war die Zahl der einklassigen Schulen von 3100 auf 1700 reduziert. Der Anteil der achtklassigen Schulen betrug 2800 (25 Prozent). Seit den fünfziger Jahren wurde der Marxismus/Leninismus immer mehr zur Grundlage des Unterrichtes.

Wirtschaftliche Ausgangslage

Auf dem Gebiet der SBZ gab es nur wenige Bodenschätze und eine unbedeutende Schwerindustrie. Es gab lediglich größere Braunkohle-, Kali- und Steinsalz-Lagerstätten neben den Vorkommen an Kalkstein, Kiesen, Sanden und einigen Nichteisenerzen. Die Uranvorkommen gingen nach dem Krieg vollständig in sowjetischen Besitz über.

Der entscheidende Nachteil der Wirtschaft der SBZ lag in ihrer Herauslösung aus dem gesamtdeutschen Wirtschaftsverbund. Zwischen west- und mitteldeutschen Betrieben einzelner Branchen hatte eine intensive Verflechtung bestanden, so daß nach der Teilung vielfach beträchtliche Über- bzw. Unterkapazitäten existierten. Vor dem Krieg hatte die Industrie in Mitteldeutschland ein Viertel der Produktion des Deutschen Reiches ausgemacht. Mitteldeutschland war hochindustrialisiert. Vor und während des Krieges war vor allem die Investitionsgüterindustrie erheblich ausgebaut worden. Die Industriestruktur war ungleichgewichtig. Einer schwach entwickelten Grundstoffindustrie standen relativ starke, hochspezialisierte, wenig materialintensive, aber sehr arbeitsintensive Branchen der metallverarbeitenden Industrie sowie der Leichtindustrie gegenüber.

Manche Branchen der Industrie des Deutschen Reiches waren überwiegend im mitteldeutschen Bereich ansässig, so der Werkzeugmaschinenbau (50 Prozent der Erzeugung des Jahres 1936), der Büromaschinenbau (82 Prozent) und der Textilmaschinenbau (68 Prozent). Besonders bedeutend war die optische und Glasindustrie mit weltberühmten Firmen wie Carl Zeiss und Schott in Jena.

Über ein Viertel der deutschen Personenkraftwagen und Motorräder wurden auf dem Gebiet der späteren SBZ hergestellt. Dazu gehörten die Bayerischen Motorenwerke (BMW) in Eisenach, in denen später der „Wartburg" produziert wurde, und die verschiedenen Werke der Dachfirma Auto-Union in Sachsen (Audi und Horch in Zwickau, Wanderer in Chemnitz) sowie die größte Motorradfabrik der Welt, DKW in Zschopau. Allerdings wurden nur 14 Prozent der Zulieferteile (Elektrik, Kolben, Reifen) und sechs Prozent der Motoren im mitteldeutschem Raum angefertigt.

Es ließe sich eine Fülle weiterer Industriezweige und Produktionsstätten aufführen, deren Erzeugnisse vor dem Kriege in die gesamte Welt exportiert wurden, zum Beispiel die Spielwaren aus Thüringen und dem Erzgebirge sowie die Produktion der Textilindustrie (1936 40 Prozent der gesamtdeutschen Produktion) mit Schwerpunkten in Chemnitz, Glauchau, Meerane und Plauen, dessen Spitzen- und Gardinenerzeugung weltberühmt war. Ein Wirtschaftszentrum besonderer Art war Leipzig, das bis zur Teilung einer der bedeutendsten Messeplätze der Welt und das Zentrum des europäischen Verlagswesens und Buchhandels war. Während die Leipziger Messe durch den Ost-West-Handel eine neue Bedeutung erhielt, büßte Leipzig seine Funktion als Stadt der Verlage fast völlig ein.

Durch die Konzentration der Rohstoffvorkommen im Süden des Gebietes und die im Norden vorherrschende Landwirtschaft war im Bereich der Industrialisierung und der Urbanisierung (Verstädterung) ein starkes Süd-Nord-Gefälle entstanden. In Berlin, Sachsen und Thüringen befand sich die Industrie auf einem hohen Produktionsniveau. Setzt man die durchschnittliche Industrieproduktion des Jahres 1939 pro Kopf im Gesamtgebiet des Deutschen Reiches gleich 100, so erreichte sie im selben Jahr im Gebiet der späteren SBZ 121, während sie im Gebiet der späteren Westzonen nur 104 betrug.

Die Industriezerstörungen nach Kriegsende waren geringer als zunächst angenommen. Kaum mehr leistungsfähig war hingegen das Transportwesen, das durch den Abbau des zweiten Gleises der doppelspurig ausgebauten Schienenwege durch die UdSSR weiter geschwächt wurde.

Die Bevölkerungsstruktur hatte sich bereits während der letzten Kriegsjahre verändert. Aus den bombengefährdeten Gebieten vor allem im Westen wurden Frauen und Kinder evakuiert und in die ländlichen Gegenden Mitteldeutschlands gebracht. Schon in den letzten Kriegsmonaten strömten Flüchtlinge und nach Kriegsende Millionen von Vertriebenen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland ein, wiederum vorwiegend Frauen und Kinder. Die Kriegstoten und die hohe Zahl der Kriegsgefangenen besonders in der Sowjetunion führten zusammen mit diesen Faktoren dazu, daß die Frauen weit in der Überzahl waren. Dadurch veränderte sich auch die Berufsstruktur; Frauen konnten wegen der unterschiedlichen Ausbildung männliche Facharbeiter oft nicht ersetzen.

Bodenreform und Industrieenteignungen

Die wirtschaftliche Umgestaltung in der SBZ begann im Herbst 1945 mit der *Bodenreform*. Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand" wurden rund 8000 Grundbesitzer mit Gütern über 100 Hektar sowie 4000 Höfe mit weniger als 100 Hektar sowie der Grundbesitz von „aktiven Nazis und Kriegsverbrechern" entschädigungslos enteignet. Ausgenommen von den Enteignungen blieben das Land der Kirchen sowie der Besitz von unbelasteten Mittelbauern bis zu 100 Hektar. Tatsächlich betrafen die Enteignungen einen größeren Personenkreis, denn zahlreiche Landwirte wurden durch Denunziation oder Willkür der Besatzungsmacht zu „Kriegsverbrechern" erklärt. Auf dem freigewordenen Land von 2,1 Millionen Hektar (35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ) wurden 119000 Landarbeiter und 83000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten als zunächst selbständige Bauern angesiedelt. Außerdem erhielten 113000 landarme Bauern zusätzliches Land als Aufstokkung. Etwa ein Drittel des enteigneten Bodens bekamen Länder, Kreise und Gemeinden zur Bewirtschaftung. Die Mehrzahl der „Neubauern" erhielten mit weniger als 20 Hektar zu wenig Land, um wirtschaftlich überleben zu können. Vor allem diese Bauern wurden 1952 als erste unter Zwang in *Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)* zusammengeschlossen (siehe auch **M 13** und **M 14** auf Seite 59).

Bereits am 28. Juni 1945 befahl die Besatzungsmacht die Beschlagnahme von Versicherungen und Industrieunternehmen sowie der Geld- und Wertpapierbestände der Banken. Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 wurden insgesamt 9870 Betriebe enteignet. Die enteigneten Betriebe wurden in drei Kategorien eingeteilt:

Die Liste A umfaßte die Betriebe, über die in Volksabstimmungen entschieden werden sollte. In Sachsen stimmten nach einem von der SED organisierten Volksentscheid am 30. Juni 1946 nach offiziellen Angaben 77,6 Prozent der Bevölkerung einer Enteignung der Großbetriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" zu. Die Abstimmung, die in den anderen Ländern nicht wiederholt wurde, diente als Legitimation für Enteignungen in der gesamten SBZ.

Die Liste B führte weniger wichtige Betriebe auf, die die Eigentümer zurückerhielten.

Die in Liste C aufgeführten 213 Großbetriebe, die insgesamt mehr als ein Viertel der gesamten Industriekapazität der SBZ ausmachten, wurden in sowjetisches Eigentum umgewandelt. Bis zu ihrem Rückverkauf an die Regierung der DDR Anfang der fünfziger Jahre arbeiteten sie als *Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)* ausschließlich für den sowjetischen Bedarf. Damit wurden der deutschen Eigenversorgung erhebliche Kapazitäten entzogen (siehe auch **M 3** auf Seite 58).

Auf die Betriebe der SBZ, die in Staatseigentum übergingen, entfielen etwa 40 Prozent der Bruttoproduktion (Gesamtheit der in einer bestimmten Periode produzierten Güter und materiellen Dienstleistungen). Sie bildeten die Basis für die künftige sozialistische Wirtschaftsordnung mit *Volkseigenen Betrieben (VEB)* unter staatlicher Leitung und Planung.

Demontagen und Reparationen

Bis Ende des Jahres 1946 wurden durch die UdSSR im Rahmen der Hauptdemontage etwa 1225 Betriebe bedeutender Industriezweige vollständig abgebaut und in die UdSSR verbracht. Dadurch verringerte sich zum Beispiel die Kapazität der eisenproduzierenden Industrie um 80 Prozent und die der Zementindustrie und der Papiererzeugung um 35 Prozent.

Reparationen der SBZ/DDR 1945–1953 (in Mark)

Verlust an Sach- und Kunstwerten durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über R.-Konto verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der R.-Lieferungen	2,85
Stopp-Preissubventionen an deutsche und SAG-Betriebe für R.-Lieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Rückkauf der SAG-Betriebe	2,55
Zusammen	66,40

In dieser Zusammenstellung sind rund 16 Mrd. Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 nicht enthalten. Nicht enthalten sind auch sonstige Reparations-Leistungen, zum Beispiel der Nutzen der UdSSR aus der Arbeitsleistung der nach der UdSSR verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der UdSSR, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ/DDR und aus der Auswertung deutscher Patente. Bei einem Dollarkurs von 4,20 DM betrug die Gesamtentnahme aus ihrer Besatzungszone bzw. der DDR bis 1953 15,80 Mrd. Dollar. Auf der Konferenz von Jalta hatte die UdSSR 10 Mrd. Dollar an Entnahmen und jährlichen Lieferungen als Reparationen von Deutschland gefordert.

Aus: DDR Handbuch, Band 2, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985, S. 1122.

Entgegen alliierten Vereinbarungen auf der Potsdamer Konferenz entnahm die UdSSR aber auch Reparationen aus der laufenden Produktion. Hinzu kamen die bereits erwähnten „Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG), die zwar auf deutschem Boden, aber ausschließlich für die UdSSR produzierten. Bis 1953, dem offiziellen Ende der Reparationsleistungen, wurden Waren im Wert von 34,7 Milliarden Mark (zu Preisen von 1944) aus der laufenden Produktion entnommen. Durch die Demontagen, die Beschlagnahme von Banknoten, Sach- und Kunstwerken und die Mittel zum Rückkauf der SAG-Betriebe entstanden zusätzliche Verluste von 31,4 Milliarden Mark. Die SBZ mußte somit ungleich mehr Reparationen leisten als die Westzonen (siehe auch **M 4** und **M 5** auf Seite 58).

Der Weg zum SED-Staat

Gründung der SED

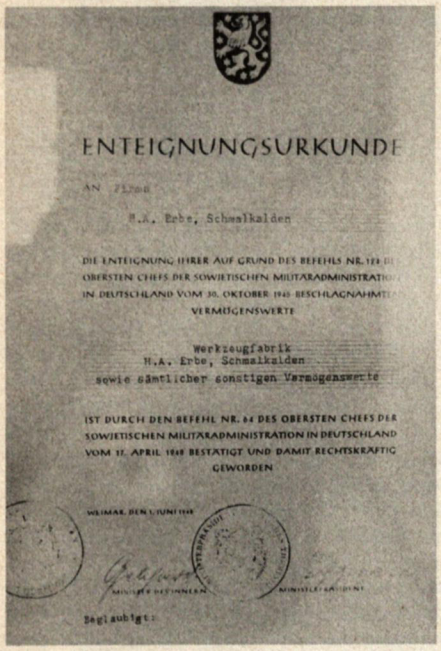
Am 20. und 21. April 1946 schlossen sich KPD und SPD unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht zur *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)* zusammen. Nur im Ostsektor Berlins blieb die SPD bis 1961 erhalten. Nachdem 1945 die KPD zunächst den von der SPD vorgeschlagenen Zusammenschluß abgelehnt hatte, drängte sie nun auf eine Vereinigung der Parteien. Das wurde für die KPD wichtig, weil die SPD immer offener einen Führungsanspruch in ganz Deutschland formulierte und sich die KPD von der Bevölkerung mehr und mehr isolierte. Die KPD-Führung ging davon aus, daß sie die Macht nur erringen konnte, wenn sie den vermeintlich schärfsten Konkurrenten SPD ausschaltete. Nach verheerenden Niederlagen der Kommunisten bei Parlamentswahlen in Ungarn und Österreich im November 1945 (im sowjetisch besetzten Ungarn erhielt die Kommunistische Partei trotz massiver Wahlbeeinflussung 16,7 Prozent der Stimmen, in Österreich konnte die KP ganze vier von 155 Mandaten erobern, siehe auch **M 11** auf Seite 59) sah auch die SMAD die Gefahr, daß die KPD bei den für 1946 anstehenden Wahlen in der SBZ und in Berlin allein keine Mehrheit gewinnen würde. In der SPD war die Meinung gespalten. Wichtige Landesvorsitzende der SPD, wie Otto Buchwitz in Sachsen, Carl Moltmann in Mecklenburg und Heinrich Hoffmann in Thüringen, befürworteten ein Zusammengehen mit den Kommunisten.

Viele Sozialdemokraten jedoch waren gegen einen organisatorischen Zusammenschluß mit der KPD. Da der Vorsitzende der SPD in den Westzonen, Kurt Schumacher, eine Vereinigung mit der KPD strikt ablehnte, befürchteten sie eine Spaltung der SPD und machten eine Einigung in allen Zonen zur Bedingung. Die SPD-Führung in der SBZ teilte Schumachers Meinung nicht. Zudem mußte sie Rücksicht auf die Wünsche der sowjetischen Besatzungsmacht nehmen, die die SPD entschieden zur Vereinigung drängte. So traten am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin je dreißig Vertreter der SPD und KPD zur „Sechziger-Konferenz" zusammen. Für die SPD erklärte Otto Grotewohl die Bereitschaft, den Zusammenschluß zu voll-

ziehen. Allerdings müsse dieser im gesamtdeutschen Maßstab erfolgen und die bevorzugte Behandlung der KPD durch die SMAD beendet werden. SMAD und KPD verstärkten daraufhin den Druck. Durch intensive Gespräche, Redeverbote und Verhaftungen von Gegnern der Einheit sowie durch die organisatorische Vorbereitung des Zusammenschlusses durch die örtlichen Kommandanturen bereiteten die Kommunisten den Zusammenschluß der beiden Parteien vor. Am 10. Februar 1946 beschloß die SPD-Führung, der Vereinigung in der SBZ zuzustimmen. Nur in Berlin konnte die SPD, begünstigt durch den Viermächtestatus der

Wahlen in der SBZ und in Berlin im Herbst 1946

CDU und LDPD wiesen den Führungsanspruch der SED entschieden zurück. Beide Parteien entwickelten ihre Organisationen und ihre gesamtdeutschen Kontakte. Ihr Ziel war die Schaffung gesamtdeutscher Parteistrukturen. 1946 reisten der LDPD-Vorsitzende Wilhelm Külz und der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser durch die SBZ und die Westzonen und warben für die Parteien als Alternative zur SED. Die CDU bekannte sich auf ihrem 1. Parteitag im Juni 1946 zu einem „Sozialismus aus christlicher Verant-


ENTEIGNUNGSURKUNDE

AN Firma

H.A. Erbe, Schmalkalden

DIE ENTEIGNUNG IHRER AUF GRUND DES BEFEHLS NR. 124 DER OBERSTEN CHEFS DER SOWJETISCHEN MILITÄRADMINISTRATION IN DEUTSCHLAND VOM 30. OKTOBER 1945 BESCHLAGNAHMTEN VERMÖGENSWERTE

Werkzeugfabrik
H.A. Erbe, Schmalkalden
sowie sämtlicher sonstigen Vermögenswerte

IST DURCH DEN BEFEHL NR. 64 DES OBERSTEN CHEFS DER SOWJETISCHEN MILITÄRADMINISTRATION IN DEUTSCHLAND VOM 17. APRIL 1948 BESTÄTIGT UND DAMIT RECHTSKRÄFTIG GEWORDEN

WEIMAR, DEN 1. JUNI 1948

Beglaubigt:

Den bisherigen Besitzern wurde die Enteignung später per Urkunde bestätigt. Auf dem Plakat zur Zehnjahresfeier der Bodenreform 1956 strahlen „freie Menschen auf freiem Land". Die Kollektivierung hatte schon begonnen.

Stadt, ihre Eigenständigkeit bewahren. Bei einer Urabstimmung in den westlichen Sektoren, bei der 23 000 von 32 000 SPD-Mitgliedern ihr Votum abgaben, stimmten 19 000 (82 Prozent) gegen eine Vereinigung. 62 Prozent befürworteten jedoch eine weitere Zusammenarbeit mit der KPD, um nicht als Spalter der Arbeiterklasse bezeichnet zu werden. In der SBZ hatte die Besatzungsmacht Urabstimmungen verboten.

Nach der Vereinigung von SPD und KPD zur SED bekannte sich die neue Partei in Distanzierung zum sowjetischen Modell bis 1948 zu einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus". Allein Marx und Engels wurden als ideologische Leitfiguren bezeichnet, und alle Positionen in der SED wurden paritätisch mit Kommunisten und Sozialdemokraten besetzt. Mit ihren 1,3 Millionen Mitgliedern erhob die SED zunehmend einen Führungsanspruch in der SBZ. Die Gegner eines Zusammenschlusses mit der KPD aber setzten die Parteiarbeit unter Anleitung des „Ostbüros der SPD" in illegalen SPD-Gruppen fort. Es entstand eine Form antikommunistischer Widerstandsarbeit, die später auch von anderen Parteien übernommen wurde.

wortung". Deutschland, so Jakob Kaiser, sollte eine „Brücke zwischen Ost und West" sein. So kam es 1946 vor den Landtags-, Kreis- und Gemeindewahlen in der SBZ zu einem harten Wahlkampf. Die SMAD griff massiv in den Wahlkampf ein. In zahlreichen Orten verweigerten die Kommandanturen die Registrierung der Ortsgruppen von CDU und LDPD oder lehnten deren Wahlvorschläge ab, so daß sich diese Parteien nicht zur Wahl stellen konnten. Die SED erhielt wesentlich größere Papierzuteilungen für Plakate und Zeitungen. Redner von CDU und LDPD wurden daran gehindert, bei Wahlveranstaltungen aufzutreten, andere sofort verhaftet.

Mit massiver Hilfe der SMAD erhielt die SED im September 1946 bei den Gemeindewahlen 57,1 Prozent aller Stimmen. In zahlreichen Gemeinden – vor allem im Süden der SBZ – errangen CDU und LDPD die Mehrheit in den Kommunalparlamenten. Bei der Landtagswahl erreichte die SED insgesamt 47,6 Prozent der Stimmen. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt erhielten CDU und LDPD gemeinsam mehr Stimmen als die SED. Bei den Wahlen zur (Gesamt-)Berliner Stadtverordnetenversammlung erlebte die SED ein Fiasko. Unter dem Schutz der West-Alliierten votierten nur 19,8 Prozent der Wähler für die SED.

Landtagswahlen

20. Oktober 1946 (in Prozent)

	SED	CDU	LDPD	VgdB*	Kulturbund
Mecklenburg	49,5	34,1	12,5	3,9	–
Thüringen	49,3	18,9	28,5	3,3	–
Sachsen	49,1	23,3	24,7	1,7	0,6
Brandenburg	43,9	30,6	20,6	4,9	–
Sachsen-Anhalt	45,8	29,9	21,8	2,5	–
Insgesamt	47,6	24,5	24,6	3,0	0,18

** VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe)*

Wahlen in Berlin

20. Oktober 1946 (in Prozent)

	Gesamt-Berlin	West-sektoren	Ost-sektor
SPD	48,7	51,8	43,6
CDU	22,2	23,6	18,7
SED	19,8	14,7	29,8
LDPD	9,3	9,8	7,9

Vor allem die Wahlen in Berlin machten deutlich, daß die SED bei wirklich freien Wahlen keine Chance gehabt hätte, ihren Herrschaftsanspruch demokratisch zu legitimieren. So gelang es ihr zum Beispiel in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, wo sie über keine parlamentarische Mehrheit verfügte, nur mit Hilfe der Besatzungsmacht, die wichtigsten Regierungsämter zu übernehmen.

Volkskongreßbewegung und Deutscher Volksrat

In dem Maße, in dem die SED ab 1946 ihren Führungsanspruch immer stärker durchzusetzen versuchte, wehrten sich CDU und LDPD und versuchten sich im Rahmen der durch die Blockarbeit gesetzten engen Grenzen als Alternativen zur SED zu profilieren. Um den Einfluß der beiden Parteien weiter zu begrenzen, setzten SMAD und SED Ende 1947 eine *Volkskongreßbewegung* in Gang. Bei den *Volkskongressen* handelte es sich um demokratisch nicht legitimierte Kongresse von Personen aus den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, die von der Besatzungsmacht und der SED nach deren Gesichtspunkten bestimmt wurden. Sie hatten die Aufgabe, Einfluß auf das Parteiensystem in der SBZ zu nehmen und die sowjetische Deutschlandpolitik auf der Londoner Außenministerkonferenz im November 1947 zu unterstützen. Während die LDPD unter Wilhelm Külz und Eugen Schiffer der Einberufung eines *1. Deutschen Volkskongresses* zustimmte, lehnte der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser das Vorhaben als undemokratisch und der deutschen Einheit schadend ab. Die SMAD setzte daraufhin Jakob Kaiser und seinen Stellvertreter Ernst Lemmer ab und berief eine neue CDU-Führung unter Hugo

Hickmann und Otto Nuschke. Kaiser, der die Absetzung nicht anerkannte, organisierte ab 1948 von West-Berlin aus die Parteiarbeit illegal weiter. Es bildeten sich zwei konkurrierende CDU-Führungen in beiden Teilen Berlins heraus. Die Volkskongresse und ihre Ausschüsse verdrängten im Lauf der Zeit die parlamentarischen Gremien in der SBZ und bereiteten das totalitäre politische System der DDR mit vor.

Im Juni 1948 bezeichnete sich der *Volksrat* als oberstes Organ der Volkskongreßbewegung zur „berufenen Repräsentation für ganz Deutschland". Um diesen Anspruch zu unterstreichen, wurden neben den 300 Vertretern der SBZ auch 100 ebenso willkürlich bestimmte Vertreter der Westzonen berufen. Ein vom Volksrat eingesetzter Arbeitsausschuß legte einen Verfassungsentwurf vor, der im Oktober 1948 einstimmig angenommen wurde. Der Entwurf entsprach in allen wesentlichen Punkten dem Verfassungsentwurf der SED von 1946 und diente als Vorlage für die spätere Verfassung der DDR.

Trotz ihrer Zustimmung zur Volkskongreßbewegung versuchten CDU und LDPD ihre Eigenständigkeit zu wahren. Zweimal stellten beide Parteien 1948 und 1949 ihre Mitarbeit im *Zentralen Block* ein. Bei den Sitzungen des Zentralen Blocks handelte es sich um regelmäßige Sitzungen der Vorstände der in der „Einheitsfront" zusammengeschlossenen Parteien.

CDU und LDPD formulierten Programme, die sie als Alternative zu den Plänen der SED ansahen. Beide Parteien wiesen weiterhin den Führungsanspruch der SED zurück. Bereits seit ihrer Gründung standen sie unter starkem Druck der SMAD, da sie der Sowjetisierung der SBZ ihren Widerstand entgegensetzten.

Unterdessen gerieten auch die Massenorganisationen immer stärker unter kommunistischen Einfluß. Seit dem 2. Kongreß des FDGB im Juni 1947 verfügte die SED im Vorstand über eine breite Mehrheit. Auch der FDGB wurde so zu einem *Transmissionsriemen* der SED. So wurden die Blockparteien und Organisationen bezeichnet, deren Aufgabe die Übertragung (Transmission) der Politik der SED in bestimmte Bevölkerungsgruppen war, die von der SED nicht direkt erreicht wurden.

Wie in den Volkskongressen dominierte die SED mit sowjetischer Hilfe auch in allen neu geschaffenen staatlichen Institutionen. Die Zentralverwaltungen, über deren personelle Besetzung die Sowjets bestimmten, entzogen den gewählten Länderregierungen immer mehr Kompetenzen.

Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)

Im Juni 1947 wurde in Frankfurt am Main ein Wirtschaftsrat für das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet" der amerikanischen und britischen Zone (Bizone) gebildet, der für beide Zonen Gesetze und Ausführungsbestimmungen erlassen konnte. Er stellte die Vorform einer westdeutschen Regierung dar. Vier Tage nach seiner Bildung schuf die SMAD für die SBZ per Befehl die *Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)*, die die Tätigkeit der Länder und der Zentralverwaltungen koordinieren und eine Wirtschaftsplanung ausbauen sollte. Die so geschaffene zentrale deutsche Institution stellte ihrerseits einen Schritt zur Vorbereitung einer Regierung in der SBZ dar. Die DWK, deren Politik von den Sowjets und der SED bestimmt wurde und die im Februar 1948 ebenfalls gesetzgeberische Vollmachten erhielt, diente der SED zum Ausbau der eigenen Machtbasis. Durch die Gründung von Wirtschaftsrat und Deutscher Wirtschaftskommission vertiefte sich die Spaltung Deutschlands.

Antifaschistische Front

Die Gründung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien stellte etwas völlig Neues in der deutschen Geschichte dar. Bisher war es den herrschenden Ausbeuterklassen immer gelungen, die Volksmassen zu spalten und sie so um so leichter zu unterdrücken. Mit dem antifaschistisch-demokratischen Block wurde die für die Bedingungen von 1945 beste Form einer antifaschistischen Volksfront gefunden, für die sich die KPD bereits in den Jahren des Faschismus eingesetzt hatte.

Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde zum politisch-organisatorischen Ausdruck des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten, dem Mittelstand und den demokratischen Kräften des Bürgertums. Das bedeutet, daß jene starke, alle Klassen und Schichten der Bevölkerung umfassende Kraft entstand, die allein fähig war, die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und damit die Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation zu verwirklichen.

Die führende Kraft im antifaschistisch-demokratischen Block war von Anfang an die Arbeiterklasse, die, dank der Herstellung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD, durch ihr geschlossenes Auftreten und durch die kluge Politik der marxistisch-leninistischen Kräfte die gesamte Politik des antifaschistisch-demokratischen Blocks prägte.

Doernberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR, Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1968, S. 47.

Die SED wird „Partei neuen Typus"

Im September 1947 konstituierte sich in Schreiberhau (Schlesien) das *Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform)*. Es diente der KPdSU zur Disziplinierung und Anleitung der kommunistischen Parteien im Sinne der Politik Stalins. Vor dem Hintergrund eines Konfliktes zwischen der UdSSR und Jugoslawien, das einen von der UdSSR unabhängigen sozialistischen Weg einschlug, mußte die SED nun ihren „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" aufgeben und sich zu einer leninistischen *Partei neuen Typus* wandeln. Innerhalb der SED wurde die paritätische Besetzung der Parteigremien (KPD und SPD) aufgegeben. Ab 1948 profilierte sich die SED deutlich als stalinistisch-kommunistische Partei mit absolutem Führungsanspruch. Die Umwandlungsphase der SED wurde mit der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 abgeschlossen. Der *demokratische Zentralismus*, das heißt die völlige Unterordnung der Parteigremien unter die ihr übergeordneten Organe bei gleichzeitiger Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie, wurde zum Prinzip der Partei. Der Kampf gegen „Titoismus" (jugoslawisches Modell des Sozialismus) und „Sozialdemokratismus" wurden für die Mitglieder ebenso verpflichtend wie das Bekenntnis zur KPdSU, zur Person Stalins und zur führenden Rolle der UdSSR. Partei-Kontrollkommissionen überwachten von nun an die „Reinheit" der Partei. Mit der Schaffung eines *Politbüros* wurde im Januar 1949 die Struktur der KPdSU übernommen. Ein Sekretariat und der Apparat des ZK überwachten nun den hierarchischen Aufbau der SED.

Haltung der Alliierten bis Ende 1947

Ziel der sowjetischen Regierung war es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, möglichst großen Einfluß in Deutschland zu gewinnen. Neben der politischen und wirtschaftlichen Ausrichtung ihrer Besatzungszone im Sinne ihrer Ideologie, dem Marxismus/Leninismus, strebten sie eine Machterweiterung auf ganz Deutschland an. Die Regierung der USA unter F. D. Roosevelt hatte am Kriegsende zunächst auf Kooperation mit der UdSSR gesetzt. Die Armeen der USA und Großbritanniens hatten gemäß dem mit der UdSSR vereinbarten Londoner Protokoll vom September 1944 weite Teile der späteren DDR geräumt und waren zum Zwecke der gemeinsamen Regierung Deutschlands nach Berlin eingezogen. Die Sowjetisierung der SBZ und des gesamten sowjetischen Besatzungsgebietes war jedoch für die Amerikaner nur einer von vielen Gründen, mit der Verkündung der Truman-Doktrin (Eindämmung der sowjetischen Expansion) seit dem Frühjahr 1947 einen grundsätzlichen Wandel ihrer Deutschlandpolitik herbeizuführen.

Nachdem der sowjetische Außenminister Molotow den USA und Großbritannien bereits auf der Moskauer Konferenz der Vier Mächte im März 1947 vorgeworfen hatte, Deutschland durch die Bildung der Bizone, dem Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Besatzungszonen, gespalten zu haben, brachte das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Herbst 1947 die endgültige Wende zu einer Teilung Deutschlands. Gemeinsam mit Engländern und Franzosen planten die USA ab 1947 die Bildung eines marktwirtschaftlichen und parlamentarisch-demokratischen deutschen Weststaates, die UdSSR ihrerseits die Bildung eines kommunistisch gelenkten Oststaates. Ungeachtet dessen hielten beide Seiten grundsätzlich an der Möglichkeit fest, einen ungeteilten deutschen Staat zu schaffen.

Gründung von NDPD und DBD

Im Frühjahr 1948 hatten CDU und LDPD die Zusammenarbeit mit der SED im Zentra-

len Block wegen deren Führungsanspruchs eingestellt. In den Parlamenten bemühten sich beide Parteien, ihren Einfluß und ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Das widersprach dem Ziel der SMAD, ein totalitäres System unter Führung der Satellitenpartei SED zu installieren. Um die noch vorhandene Mehrheit von CDU und LDPD in zahlreichen Kreis- und Kommunalparlamenten sowie in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt zu beseitigen, inszenierte die SMAD die Gründung von zwei weiteren Parteien. Beide hatten die Aufgabe, CDU und LDPD zu schwächen und ihnen Mitglieder und Wähler zu entziehen.

Massenorganisationen in die Blockarbeit und in die Parlamente erzwingen. So wurden im August 1948 der FDGB und die DBD in den Zentralen Block aufgenommen. Dadurch wurde die Position von CDU und LDPD weiter geschwächt.

Die Einführung der Planwirtschaft in der SBZ

Im Jahr 1948 wuchsen die Westzonen weiter zusammen. Seit dem März 1948 war die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes regierungsähnlich organisiert. Die Kontakte und Bindungen zwischen Parteien, Gewerk-

Gründung der SED auf dem Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946 in Ost-Berlin. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl mit der Fahne der SED. An der Wand die Bilder von Engels, Bebel und Marx.

Die im Mai 1948 gegründete *National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)* wandte sich an ehemalige Offiziere der Wehrmacht und Mitglieder der NSDAP. Den Vorsitz übernahm der kommunistische Funktionär Lothar Bolz. Schon daran ließ sich die Orientierung der neuen Partei erkennen. Die NDPD durfte mit Plakaten wie „Gegen den Marxismus – für die Demokratie" zunächst sogar gegen die SED arbeiten. Die eigentliche Linie der NDPD wurde ihr von der SMAD und der SED vorgegeben.

Die *Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)*, die unter der Leitung des Kommunisten Ernst Goldenbaum gegründet wurde, sollte vor allem den wachsenden Mehrheiten der CDU und LDPD in den Gemeindeparlamenten in ländlichen Gegenden entgegenwirken. Hier hatte die SED wegen ihrer Agrarpolitik rapide an Ansehen verloren. Die SED hoffte, durch die Bauernpartei die Landbevölkerung wieder an ihre Politik zu binden.

Mit Hilfe der beiden neuen Parteien konnte die SED sowohl die Wiederaufnahme der Blockarbeit als auch die Einbeziehung der

schaften und anderen Organisationen in West und Ost lösten sich. Im Herbst beendete die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU ihre Kontakte zur CDU unter Otto Nuschke. Hintergrund war die Sowjetisierung der SBZ. So führten SMAD und SED ab 1948 schrittweise das sowjetische System einer zentral gelenkten Planwirtschaft ein. Nach der marxistisch-leninistischen Ideologie galt die „wissenschaftlich begründete" Zentralverwaltungswirtschaft gegenüber dem „Chaos" des kapitalistischen Wettbewerbs als weit überlegen.

Ab Sommer 1948 mußte die Industrie nach einem von der SED erarbeiteten Halbjahresplan arbeiten, und bereits im Juni 1948 verabschiedete die SED den ersten *Zweijahrplan* für die Jahre 1949 bis 1950. Walter Ulbricht verkündete, die Planwirtschaft beruhe auf dem Volkseigentum der Schlüsselindustrien. Die CDU versuchte vergeblich, mit einem eigenen Wirtschafts- und Sozialprogramm eine Alternative zum SED-Plan anzubieten. Zu diesem Zeitpunkt (1948) erzeugten die Privatbetriebe in der SBZ (36000 Betriebe) nur noch 39 Prozent der Bruttoproduktion, der Rest entfiel auf „Volkseigene Betriebe" und Sowjetische Aktiengesellschaften. In der Landwirtschaft war noch ein Viertel des Bodens in der Hand von alteingesessenen Mittelbauern.

Um die Produktion auf das Vorkriegsniveau von 1936 zu steigern, setzte die SED nach sowjetischem Vorbild eine *Aktivisten-Bewegung* in Gang. Im Oktober 1948 fuhr der Bergmann Adolf Hennecke nach sorgfältiger arbeitsorganisatorischer Vorbereitung in einer Zwickauer Steinkohlengrube eine „Hochleistungsschicht" und erfüllte sein Soll mit 387 Prozent. Diese Leistung, die unter normalen Arbeitsbedingungen nicht möglich gewesen wäre, galt nun als Vorbild für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Trotz der Aktivistenbewegung blieb die Wirtschaftslage auch nach der Währungsumstellung im Sommer 1948 gespannt. Der Schwarzmarkt blühte. Mit der Schaffung der *Staatlichen Handelsorganisation (HO)* versuchte die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), Arbeitsanreize zu schaffen. In den HO-Läden konnte die Bevölkerung rationierte Waren, aber auch andere, sonst nicht oder nur auf „Bezugsscheine" erhältliche Produkte zu überhöhten Preisen frei kaufen.

Kultur und Bildung

In den ersten Nachkriegsjahren hatte die Kunst in der SBZ noch Freiräume, die erst nach und nach beschnitten wurden. Nach dem Verbot „entarteter Kunst" durch die Nationalsozialisten übten sich SMAD und SED zunächst in Zurückhaltung. Im Zentrum des künstlerischen Interesses stand die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Neben nationalsozialistischer Literatur wurde allerdings vielerorts auch „bürgerlich-reaktionäre" Literatur aussortiert. In den Kunstzeitschriften fand sich bis 1949 jedoch auch moderne Kunst. Erst ab 1949 ging die SED verstärkt gegen Auffassungen vor, die ihren Interessen widersprachen. Die Kunstformen ähnelten bald wieder jenen vor 1945.

Durch die Politik der SMAD lagen auch die Massenkommunikationsmittel (Rundfunk und Verlagswesen) weitgehend in den Händen der SED. Die Kommunisten nutzten das Meinungsmonopol zur Propagierung ihrer Ideologie. Die geistige Beeinflussung spielte für die SED eine große Rolle, glaubten die Kommunisten doch, die Menschen auf diesem Wege von ihren politischen Vorstellungen überzeugen zu können.

Ab 1948 bemühte sich die SED, über die neu geschaffene Kinderorganisation *Junge Pioniere* (siehe auch Seite 33) sogar die Kinder im Sinne ihrer Politik zu erziehen. An den Schulen und Hochschulen nahm die Verbreitung des Marxismus/Leninismus immer mehr Raum ein. Während zum Beispiel Akademiker-Kinder mit Nachteilen rechnen mußten, wurden Kinder von Arbeitern und Funktionären gezielt gefördert. Für sie wurden spezielle *Arbeiter- und Bauern-Fakultäten* geschaffen. Hier sollte als Alternative zur „bürgerlichen Intelligenz" eine neue, der SED verpflichtete „proletarische Intelligenz" herangezogen werden.

Michael Richter

1949–1961: Der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR

Das erste Jahr der DDR

Im Oktober 1949 standen in der SBZ Landtags- und Gemeindewahlen an. Die SMAD wußte, daß die SED bei freien Wahlen keine Chance haben würde. Nach internen Schätzungen der SMAD hätte die CDU bei diesen Wahlen über 50 Prozent der Stimmen erhalten. Trotz des Protestes von CDU und LDP konstituierte sich daher am 7. Oktober 1949 im Ostsektor Berlins der *Deutsche Volksrat* als *Provisorische Volkskammer* und nahm einen vom Volksrat vorgelegten Entwurf als Verfassung an. Als provisorisch wurde die Volkskammer zunächst bezeichnet, weil sie wie die Regierung der DDR nicht durch freie Wahlen bestätigt worden war. Für die CDU protestierte ihr Vorsitzender Otto Nuschke gegen die staatsstreichartige Gründung der DDR und forderte die Abhaltung freier Wahlen. Erst als die SMAD mit einem Verbot der CDU drohte, stimmte er der DDR-Gründung unter dem Vorbehalt zu, daß die freien Wahlen im Oktober 1950 nachgeholt würden. Diese freien Wahlen fanden trotz sowjetischer Zusage nicht statt. Die Volkskammer hat eine demokratische Bestätigung auch in den Jahrzehnten der SED-Diktatur nie erhalten.

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Im Oktober 1949 entstand als Alternative zu freien Wahlen auf dem Territorium der SBZ die *Deutsche Demokratische Republik*.

Der Volksrat, aus dem die Provisorische Volkskammer hervorging, war ein Organ des im Mai 1949 in manipulierten Einheitslistenwahlen mit 66 Prozent der Stimmen gewählten 3. Deutschen Volkskongresses. Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 die staatsrechtliche Spaltung Deutschlands vollzogen. Wenngleich die DDR erst nach der Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, lag die wesentliche Ursache für die Teilung Deutschlands und Europas in dem durch die UdSSR verweigerten Selbstbestimmungsrecht für die Menschen im sowjetischen Machtbereich. Die Regierung der UdSSR begrüßte die von ihr veranlaßte Gründung der DDR als einen „Wendepunkt in der Geschichte Europas“. Zwar wurde die SMAD nun durch eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit geringeren Befugnissen ersetzt, jedoch bestimmte die Regierung der UdSSR auch weiter die wesentlichen Züge der Politik der DDR. Sie sah in der DDR den „Kernstaat“ eines vereinten Deutschlands, an den die Bundesrepublik Deutschland durch einen „nationalen Befreiungskampf“ angeschlossen werden sollte.

Regierung der DDR

Am 11. Oktober 1949 wählten die Provisorische Volkskammer und die ebenfalls neu geschaffene Länderkammer Wilhelm Pieck (SED, früher KPD) zum Präsidenten der DDR. Ministerpräsident wurde am 12. Oktober 1949 Otto Grotewohl (SED, früher SPD). Stellvertretende Ministerpräsidenten wurden Walter Ulbricht (SED, früher KPD), Otto Nuschke (CDU) und Hermann Kastner (LDP). Obwohl nur sechs der 14 Fachminister der SED angehörten, bestimmte die SED im wesentlichen die Politik aller Ministerien. Immerhin waren formal alle Parteien an der Regierung beteiligt. Mit Georg Dertinger stellte die CDU den Außenminister der DDR. Seine Aufgabe bestand vor allem im Werben für die sowjetische Deutschlandpolitik. Einfluß auf die Politik hatte er bis zu seiner Verhaftung im Januar 1953 nicht.

Verfassung der DDR

In der *Verfassung der DDR* wurde Deutschland als eine unteilbare Republik bezeichnet, die sich auf die Länder stützt (siehe Seite 21).

Die Verhältnisse in der DDR wurden jedoch nicht durch ihre Verfassung, sondern durch die Entscheidungen der SED bestimmt. Die wesentlichen Punkte der Verfassung wurden in der DDR nie eingehalten.

Im zentralistischen Staat war zum Beispiel nach der Verfassung die Volkskammer das höchste Organ der Republik. Sie sollte sich durch „allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl“ der Abgeordneten nach „den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts“ zusammensetzen. Eine solche Wahl gab es jedoch in der DDR ebensowenig wie das in der Verfassung verankerte Recht auf Freiheit der Rede, Versammlung, Presse oder des Streiks. Nach Artikel 6 der Verfassung („Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen“) bestrafte die SED-Justiz jeden demokratischen Widerstand gegen die sich entwickelnden totalitären Strukturen. Nach der Gründung der DDR lag die Entscheidungsgewalt in den Händen der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) und der SED, die den Staat mit Hilfe eines hierarchisch gegliederten Apparates regierte. Die Volksvertretungen auf allen Ebenen übten nur Scheinfunktionen aus. Wie in totalitären Systemen üblich, lenkte die SED den Staatsapparat, die Justiz, die Wirtschaft, die Medien, die Bildungspolitik, die Kultur und die Massenorganisationen. Sie verfügte über ein absolutes Meinungsmonopol.

Die Wissenschaften mußten sich den Zielen der Politik unterordnen. Der Marxismus-Leninismus wurde zur herrschenden Ideologie. Es existierten weder Meinungsfreiheit noch sonstige politische Freiheiten. Das Land wurde mit einem System von Haftanstalten überzogen, in die bis zum Ende der DDR Tausende Andersdenkende wegen ihrer Gesinnung eingesperrt wurden.

Mit dem Übergang von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum SED-Regime vollzog sich nach der Gründung der DDR auch der Übergang von einem autoritären Besatzungsregime zur offenen totalitären Parteidiktatur der SED. Hatte die sowjetische Besatzungsmacht bei aller Härte ihres Regimes aus deutschlandpolitischen Erwägungen noch Formen politischer Opposition, eine gewisse kulturelle und wirtschaftliche Freiheit zugelassen, verschwanden diese unter der Herrschaft der SED. Die SED instrumentalisierte die Justiz für den Kampf gegen jede politische Opposition, verhaftete Tausende Andersdenkender, führte Schauprozesse, begann mit der Verfolgung der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, griff immer stärker in die Wirtschaft ein, erlaubte nur noch kommunistische Kulturformen, lenkte sämtliche Medien, verpflichtete alle bewaffneten Einheiten auf ihre Politik und begann an Schulen und Universitäten mit der kommunistischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Unterstützt wurde die SED dabei von den Sowjets, die die eigentliche Stütze des SED-Regimes darstellten und die im Hintergrund auch weiterhin alle wesentlichen Entscheidungen trafen.

Terror gegen CDU und LDPD

Nach der Gründung der DDR gingen die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) und die SED an die endgültige Zerschlagung jeder demokratischen Opposition. Der SED-Führung war klar, daß sie bei freien Wahlen verlieren würde. Ein Sieg der CDU und LDPD aber, die eine Wiedervereinigung auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage anstrebten, hätte die sowjetische Interessenlage in Deutschland negativ beeinflußt. Die sowjetischen Ziele waren nur gegen den Willen der deutschen Bevölkerung durchzusetzen. So begann nach der DDR-Gründung der Terror der SED gegen jede demokratische Bestrebung in CDU und LDPD. Bereits seit ihrer Gründung waren beide Parteien ständigen Repressionen durch die Besatzungsmacht und die SED ausgesetzt gewesen. Nach der Gründung der DDR jedoch nahm das Vorgehen gegen CDU und LDPD neue Formen an. Reihenweise wurden Politiker beider Parteien abgesetzt und viele von ihnen verhaftet. Die SKK und die SED schleusten prokommunistische Funktionäre in die Parteien ein, um diese von innen umzuorganisieren. Zugleich organisierte die SED Kundgebungen ihrer Anhänger. So stürmten, um nur ein Beispiel herauszugreifen, im Januar 1950 SED-Gruppen die Landesgeschäftsstelle der sächsischen CDU und

erzwangen unter Gewaltandrohung den Rücktritt des sächsischen CDU-Vorsitzenden Prof. Hugo Hickmann. Hickmann, der zugleich Stellvertreter Nuschkes war, hatte sich für ein neutrales Deutschland auf demokratischer Grundlage eingesetzt.

Die DDR wurde seit Ende 1949 mit Prozessen überzogen, bei denen auch SED-Mitglieder verurteilt wurden, die die Politik Walter Ulbrichts nicht mittragen wollten. Allein im Jahr 1950 verurteilten DDR-Gerichte über 78 000 Angeklagte wegen politischer Delikte; dabei wurden auch zahlreiche Todesurteile ausgesprochen. So wurde, um ein weiteres Beispiel zu nennen, der 25jährige Jurastudent Arno Esch aus Rostock, Mitglied des Landesvorstandes der mecklenburgischen LDPD, mit fünf seiner Freunde durch ein sowjetisches Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auch ohne Urteile kamen in den Gefängnissen durch Folterungen und Mißhandlungen viele Menschen um.

Proklamation der DDR am 7. Oktober 1949.

Die SED erweiterte für ihren Terror das *Ministerium des Innern* und räumte der Volkspolizei mehr Kompetenzen ein. 1950 zählten die „Bereitschaften" der *Kasernierten Volkspolizei (KVP)* 50 000 Mann. Am 8. Februar 1950 wurde das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* geschaffen, das bis in die jüngste Gegenwart das Land mit Verhaftungen, Bespitzelungen und Terror überzog. Das MfS, im Volksmund „die Stasi" genannt, wurde eine der wichtigsten Stützen des kommunistischen Regimes.

„Nationale Front des demokratischen Deutschland"

Mit der Staatsgründung erfolgte zugleich die Bildung der *Nationalen Front des demokratischen Deutschland*, zu der sich alle Parteien und Massenorganisationen zusammenschlossen. Hauptsächliches Ziel der Nationalen Front war es, die kommunistische Politik in die Bundesrepublik zu tragen. Die SED und die Blockparteien sprachen vom versklavten westdeutschen Volk, das in einer Kolonie der westlichen Alliierten leben müßte. Im „nationalen Befreiungskampf" sollten die Deutschen westlich von Elbe und Werra ebenfalls auf den Weg des Sozialismus gebracht werden. Im Januar 1950 entstanden ein Sekretariat der Nationalen Front sowie Landes-, Kreis- und Ortsausschüsse. Auch in der Bundesrepublik bildeten sich mit Hilfe der KPD Organisationsstrukturen der Nationalen Front. Innerhalb der DDR nutzte die SED die Organisation, um direkt Einfluß auf Parteien und Massenorganisationen zu nehmen, diese anzuleiten und zu kontrollieren. Über Hausgemeinschaften wurden auch nicht organisierte Bürger in ein System der Kontrolle einbezogen. So konnte jede oppositionelle Regung schnell erkannt und bekämpft werden.

Die Bundesrepublik erteilte allen politischen Vorstößen entschiedene Absagen. Die Politiker in Bonn verstanden die Bundesrepublik als Kernstaat eines vereinten Deutschlands auf freiheitlich-demokratischer und sozialmarktwirtschaftlicher Grundlage. Die DDR wurde nicht anerkannt, es wurde allgemein von der „Zone" gesprochen.

Die SED Anfang der fünfziger Jahre

Auf ihrem 3. Parteitag im Juli 1950 hatte die SED den Ausbau der Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. Walter Ulbricht erläuterte den ersten Fünfjahrplan von 1951 bis 1955. Ziel war es, unter Nachahmung sowjetischer Methoden die Vorkriegsproduktion von 1936 bis zum Jahr 1955 zu verdoppeln. Der Parteitag beschloß auch die weitere Entwicklung der SED als *Partei neuen Typus* und die andauernde Vereinnahmung der anderen Parteien zur Durchsetzung kommunistischer Politik. Mit Hilfe des bereits 1949 eingeführten *demokratischen Zentralismus* sollte die Kampfkraft der SED erhöht werden. „Demokratischer Zentralismus" bedeutete, daß die übergeordneten Parteiorgane nach ihrer Wahl uneingeschränkt entscheidungsbefugt waren. Da jedoch keine Wahlen, sondern nur einstimmige Zustimmungen zu den Vorschlägen der übergeordneten Parteigremien erfolgten, bedeute der „demokratische Zentralismus", daß keine innerparteiliche Demokratie geübt wurde, sondern nur ein Weisungsfluß „von oben nach unten" erfolgte. Die SED bezeichnete sich als „bewußter und organisierter Vortrupp der deutschen Arbeiterbewegung" und ließ sich von der „Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin" leiten. Unter Führung der UdSSR wollte man ganz Deutschland „befreien".

„Säuberungen" in der SED

Parallel zum Kampf gegen CDU und LDPD gingen die Kommunisten gegen Abweichler in den eigenen Reihen vor. Es begann ein Kampf gegen „Spione und Agenten" der „Tito-Clique" und des Ostbüros der SPD sowie angebliche Trotzkisten und gegen Juden. Bei einer Parteiüberprüfung 1950/51 wurden 150 000 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen. Auch in der Führung wurde gesäubert. Führende Kommunisten wie Paul Merker, Leo Bauer, Willi Kreikemeyer oder Lex Ende und andere wurden aus der SED ausgeschlossen. Die meisten wurden verhaftet, einzelne, wie Kreikemeyer, kamen in der Stasi-Haft ums Leben. Die Säuberungen in der SED liefen parallel zu Schauprozessen in den übrigen von der UdSSR besetzten Staaten. Überall konnte die Sowjetunion ihre Vorherrschaft nur mit Terror und Gewalt durchsetzen. Dafür standen ihr – wie mit Walter Ulbricht – genügend treue Vasallen zur Verfügung.

Einheitslistenwahlen vom 15. Oktober 1950

Neben den Säuberungen in den eigenen Reihen hatte die SED das ganze Jahr 1950 dazu genutzt, die Strukturen von CDU und LDPD zu zerschlagen. Kein einziger der Kreisvorsitzenden, der sich im Oktober 1949 gegen die Gründung der DDR ausgesprochen hatte, war noch im Amt. Auch der CDU-Vorsitzende Nuschke hatte unter dem Druck der SKK im Mai 1950 der Abschaffung freier Listenwahlen zugestimmt. Im „Block" verständigte man sich daraufhin auf eine *„Einheitsliste"* der Nationalen Front. Eine Wahl zwischen Parteien war nicht möglich. Alle Kandidaten befanden sich auf einer Liste. Otto Nuschke begründete die Zustimmung der CDU mit der Weltsituation und damit, daß Hitler durch freie Wahlen an die Macht gelangt sei.

Die *Einheitslisten* waren nicht geheim. Die Bürger wurden aufgefordert, offen und ohne Benutzung der Wahlkabine die Stimme abzu-

geben. 98 Prozent aller Bürger beteiligten sich an der Scheinwahl. 99,7 Prozent der gültigen Stimmen wurden für die Nationale Front abgegeben. In der Volkskammer erhielten die SED 100 Sitze, CDU und LDPD je 60 Sitze, NDPD und DBD je 30, der FDGB 40 und die anderen Massenorganisationen zusammen 80 Sitze. Da fast alle Mitglieder der Massenorganisationen Mitglieder der SED waren und inzwischen auch fast alle Abgeordneten der anderen Parteien auf der Linie der SED lagen, konnte die SED ihre Politik ungestört umsetzen. Die tatsächliche Meinung der Bevölkerung repräsentierte dieses Wahlergebnis nicht. Mit der allgemeinen Unzufriedenheit wuchsen die Flüchtlingszahlen. Von 1949 bis 1961 flohen 2,7 Millionen Menschen aus der DDR über die noch offene Grenze in den westlichen Teil Deutschlands (siehe auch **M 21** auf Seite 61).

Die Partei (1. Strophe)

Sie hat uns alles gegeben, Sonne und Wind,
und sie geizte nie, wo sie war, war das Leben,
was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen,
wenn die Welt fast erfror, uns war warm.
Uns führte die Mutter der Massen,
es trug uns ihr mächtiger Arm.

Die Partei, die Partei, die hat immer recht.
Genossen, es bleibet dabei!
Denn wer da kämpft für das Recht,
der hat immer recht gegen Lüge und Ausbeuterei!
Wer das Leben beleidigt, ist dumm oder schlecht.
Wer die Menschheit verteidigt, hat immer recht.
So aus Leninschem Geist wächst von Stalin geschweißt,
die Partei, die Partei, die Partei!

(Worte und Musik: Louis Fürnberg 1949)

Ausbau der Diktatur und Entwicklung nach dem 17. Juni 1953

Die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 verkündete Walter Ulbricht den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus". Damit war eine weitere Angleichung an das sowjetische Vorbild gemeint. In CDU und LDP hatten sich durch gezielte Unterwanderung Politiker durchgesetzt, die die Politik der SED offen unterstützten. So war es kein Wunder, daß beide Parteien nach der 2. Parteikonferenz nun „die führende Rolle der SED" vorbehaltlos anerkannten. Aus selbständigen Volksparteien waren nach dem Vorbild von NDPD und DBD „Transmissionsriemen" der SED geworden. Diese Funktionen behielten die Blockparteien bis zur Wende 1989 bei. Ihre führenden Funktionäre bekannten sich uneingeschränkt zum Marxismus/Leninismus, gestalteten in Teilbereichen das diktatorische System mit und genossen die Privilegien der Führungsschicht. Inzwischen hatte die SED auch die Massenorganisationen, die politisch und personell von der SED gelenkt wurden, in ihrem Sinne weiterentwickelt. Auch sie unterstützten uneingeschränkt die SED-Diktatur.

Die wirtschaftliche Situation Anfang der fünfziger Jahre

Die wirtschaftlichen Rahmendaten des Aufbaus des Sozialismus steckte der erste, von der SED ausgearbeitete Fünfjahrplan ab. Dieser sah eine Steigerung der Industrieproduktion von 23 auf 45 Milliarden Mark vor. Die Erträge in der Landwirtschaft sollten um ein Viertel und das Volkseinkommen um 60 Prozent erhöht werden. Voraussetzung sollte eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 72 Prozent sein.

In den Jahren 1948 und 1949 hatte eine Welle von Enteignungen vor allem die privaten mittelständischen Betriebe getroffen. Grundlage bildete die von der Deutschen Wirtschaftskommission (siehe Seite 8) erlassene Wirtschaftsstrafverordnung. Viele der Enteignungsverfahren erfolgten in Form von Schauprozessen oder Schnellverfahren. Die Verordnung wurde auch später noch für Enteignungsaktionen genutzt, so für die als „Aktion Rose" bekannt gewordene Beschlagnahme der privaten Hotels und Pensionen an der Ostseeküste im Jahre 1953.

Die Zahl der Volkseigenen Betriebe (VEB) wuchs von 1764 in der Mitte des Jahres 1949 auf 5000 im Jahr 1950. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 900 000 im Jahr 1950 auf 1,7 Millionen im Jahr 1953. Die Bruttoproduktion wurde 1951 zu 79,2 Prozent von staatseigenen und genossenschaftlichen Betrieben erwirtschaftet. Die Bedeutung der VEB stieg Anfang der fünfziger Jahre durch den Verkauf verschiedener Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) an die DDR, die damit auch „volkseigen" wurden. 1951 beschäftigten die SAG noch 13 Prozent der Arbeitnehmer und erzeugten 32 Prozent der gesamten Produktion. Der Uran-Erzbergbau in der SAG „Wismut" sowie die Erzeugung von Stickstoff und synthetischem Kautschuk lagen völlig in sowjetischer Hand. 1952 wurden weitere 66 SAG-Betriebe an die DDR übergeben.

Bereits seit Juni 1951 verkündete die SED die Losung „Von der Sowjetunion Lernen heißt Siegen Lernen". Die gesamte Wirtschaftsentwicklung sollte sich nach den Prinzipien der sowjetischen Planwirtschaft entwickeln. Es wurde die Aufgabe verkündet, die angeblich von Stalin selbst entwickelten Formen der wirtschaftlichen Planung und der Methoden der Anleitung durch die kommunistische Partei zu studieren. Die Arbeiter standen diesen Neuerungen äußerst skeptisch gegenüber. Bis 1953 gelang es, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Durch die auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952 bestätigte Konzentrierung auf die Schwerindustrie stieg zum Beispiel die Rohstahlerzeugung mit 2,1 Millionen Tonnen 1953 auf das Doppelte des Vorkriegsniveaus. Auch in der Energiewirtschaft und in der chemischen Industrie konnte das Regime Erfolge vorweisen; allerdings ging dies alles auf Kosten der Konsumgüterindustrie. Der Lebensstandard war wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik. Fett, Fleisch und Zucker waren rationiert und wurden auf Marken abgegeben. Viele andere Güter gab es nicht oder kaum zu kaufen. Die Qualität war schlecht. Das Angebot in den HO-Läden war zwar reichhaltiger, aber für die meisten Menschen zu teuer. So kostete zum Beispiel 1 kg Schweinefleisch im HO-Laden 15 Mark (auf Marken 2,68 M) oder ein kg Butter 24 Mark (auf Marken 4,20 M). Der durchschnittliche Bruttoarbeitslohn eines Arbeiters lag 1951 unter 312 Ostmark und stieg bis 1955 für Arbeiter und Angestellte lediglich auf 345 Ostmark.

Die Wirtschaft blieb immer weiter hinter der der Bundesrepublik zurück. War der Ausbau der Schwerindustrie in der unterentwickelten UdSSR sinnvoll gewesen, so erwies sich dieser Weg für die DDR nur bedingt als richtig. Anstatt die chemische Industrie in gleichem Maße zu modernisieren und die ebenfalls vorhandene Feinmechanik und Optik zu entwickeln, setzte die SED nach sowjetischem Vorbild einseitig auf den Ausbau von Kohle- und Stahlindustrie. Da die Kohle- und Stahlreviere im Ruhrgebiet und in Oberschlesien nicht mehr zugänglich waren, sollte die DDR von Importen möglichst unabhängig gemacht werden.

Während in der Bundesrepublik die Weichen in die wirtschaftliche Zukunft gestellt wurden, führte die SED in der DDR überholte stalinistische Strukturen ein und orientierte sich an der rückständigen UdSSR. Spätestens bei der Verkündung der „wissenschaftlich-technischen Revolution" in den sechziger Jahren erwiesen sich diese Entscheidungen als hemmend. Das Ziel der SED, den „Westen zu überholen, ohne ihn einzuholen", konnte so nicht erreicht werden. Die Planwirtschaft lähmte zudem alle Initiativen von Wirtschaftsfachleuten und Wissenschaftlern. Viele flohen in den Westen. Die falsche Wirtschaftspolitik vergrößerte die Nachteile, die die Wirtschaft im Bereich der DDR ohnehin hatte.

Während die Wirtschaft der Bundesrepublik im Rahmen des Marshall-Plans westliche Unterstützung erhielt, mußte die DDR die hohen Reparationen an die UdSSR nahezu allein leisten. Hinzu kam die Rohstoffknappheit, die das Land von Rohstoffimporten abhängig machte. Diese Importe waren wiederum nur durch wachsende Exportleistungen zu finanzieren.

Stalinismus

Anfang der fünfziger Jahre erlebte die DDR die Blütezeit des *Stalinismus*. Die SED etablierte nach ihrer undemokratischen Machtergreifung unter dem Druck der Sowjetunion ein reaktionäres politisches System, das durch eine unbewegliche, hierarchisch aufge-

baute politische Struktur, wirtschaftliche Unflexibilität, Terror gegen Andersdenkende und ideologischen Fanatismus gekennzeichnet war. Bestandteile dieses Systems waren die unkritische Verherrlichung der rückständigen Verhältnisse in der UdSSR und der *Personenkult um Stalin*. Der sowjetische Diktator wurde pseudoreligiös verehrt. Gedichte und Lieder priesen seine übermenschlichen Fähigkeiten.

Die SED und ihre „Bündnispartner" bauten ein System von Schulungen auf, bei denen die Werke Stalins gelesen werden mußten. Kaum ein wissenschaftliches Buch konnte erscheinen, das nicht die angeblichen wissenschaftlichen Leistungen des Diktators pries. Ideologische Ausbildung wurde wichtiger genommen als Sachverstand. Alle Positionen in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wurden mit stalinistischen Funktionären besetzt. Nach der Methode von „Kritik und Selbstkritik" sollten abweichende Meinungen herausgefunden und beseitigt werden. In der Kunst wurde jede moderne Richtung als „formalistisch" und „kosmopolitisch" verdammt. Nur der „sozialistische Realismus" als Ausdruck einer „klassenbewußten" Haltung war erwünscht. Manche Bilder und Plastiken erinnerten dabei fatal an die Kunst des Nationalsozialismus.

In veränderter Form gab es Stalinismus bis zur Wende in der DDR. Der Name steht für den totalitären Charakter der marxistisch-leninistischen Diktatur, der keine vorübergehende, sondern eine permanente und immanente Erscheinung dieses Systems war und ist. Deswegen kann man auch nicht von einer stalinistischen, also totalitären Entartung des kommunistischen Systems sprechen. Seinen besonderen Charakter erhielt das totalitäre System in den fünfziger Jahren durch seine Bezogenheit auf die Person Stalins.

Das deutsche Volk grüßt Stalin

Losungen des Parteivorstandes der SED zum 70. Geburtstag des Genossen Stalin

1. Unser Gruß dem Genossen Stalin zum 70. Geburtstag!
2. Es lebe Stalin, der Führer des Weltproletariats!
3. Es lebe Stalin, der beste Freund des deutschen Volkes!
4. Die Deutsche Demokratische Republik dankt Stalin sein Vertrauen!
5. Das deutsche Volk grüßt Stalin, den bewährten Führer der Weltfriedensbewegung!
6. Lang lebe Stalin, der Baumeister des Sozialismus und Wegbereiter des Kommunismus!
7. Freundschaft mit Stalin bedeutet Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion!
8. Stalin ist unser großer Helfer im Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden!
9. Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt! (Stalin)
10. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas! (Stalin)
11. Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland! (Stalin)
12. Stalin ist der Lenin unserer Tage!
13. Vorwärts unter dem unbesiegbaren Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin!
14. Stalin lehrte uns höchste Wachsamkeit gegenüber allen Agenten der Volksfeinde!
15. Getreu der Lehre Stalins für wahren Internationalismus und Völkerfreundschaft!
16. Stalins Leben ist das große Beispiel für jeden Sozialisten!
17. Studiert Stalin – lernt von Stalin – kämpft mit Stalin!
18. Wir grüßen in Stalin den großen Organisator der Zerschlagung des Faschismus!
19. Stalin lehrt die Arbeiterklasse, das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und der Intelligenz zu festigen!
20. Wir danken Stalin für seine großzügige Hilfe beim Aufbau der deutschen Friedenswirtschaft!
21. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland stützt sich auf das demokratische Lager in der Welt, an dessen Spitze die Sowjetunion steht!
22. Stalin mahnt alle Frauen und Mütter: Kämpft für den Frieden!
23. Deutsche Jugend! Stalins Lehre und Beispiel zeigen den Weg in eine bessere Zukunft!
24. Mit stalinscher Energie für die Erfüllung unseres Zweijahrplanes!
25. Unter dem Banner Lenins, unter der Führung Stalins, vorwärts für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

Neues Deutschland, 14. Oktober 1949.

Situation der Kirchen

Mit der allgemeinen politischen Verfolgung ging auch ein Kampf der SED gegen die Kirchen einher. Der evangelischen Kirche, die im Rahmen der EKD noch bis 1969 gesamtdeutsch organisiert war, gehörten im „Kernland der Reformation" noch etwa 80 Prozent der Bevölkerung an. Die SED verkündete das baldige Absterben der Kirche, die ein Überbleibsel der alten Ausbeuterordnung sei. Allein im Frühjahr 1953 ließ die SED durch das MfS etwa 50 Geistliche, Diakone und Laienhelfer verhaften. Im ganzen Land gab es Aktionen gegen die „Jungen Gemeinden", die zu staatsfeindlichen Organisationen erklärt wurden. Die Abhaltung des Religionsunterrichtes an den Schulen wurde stark eingeschränkt. 1954 gab es den ersten Höhepunkt einer atheistischen Propagandawelle der SED. Im selben Jahr wurde die *Jugendweihe* wieder eingeführt. Vergeblich hatte die SED versucht, die evangelischen theologischen Fakultäten aus den Universitäten zu vertreiben (katholische Theologen wurden nur im Philosophisch-Theologischen Seminar in Erfurt, einer kirchlichen Einrichtung, ausgebildet). Hier hatte sich der CDU-Vorsitzende für ein Verbleiben der Fakultäten eingesetzt. Im Juni 1953 kam es zu einem ersten Übereinkommen zwischen dem Ministerrat der DDR und der Evangelischen Kirche über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Auflösung der Länder und Schaffung der Bezirksstruktur

Im Rahmen der allgemeinen Zentralisierung des Systems wurden Ende Juli 1952 die fünf Länder auf dem Gebiet der DDR aufgelöst und durch 14 (mit Ost-Berlin 15) zentralgeleitete Bezirke ersetzt. Damit hatte die SED auch die letzten Reste von Föderalismus und Selbstverwaltung beseitigt. Der Rat des Bezirkes und der Bezirkstag traten an die Stelle von Landesregierung und Landtag. Den Räten der Bezirke als den entscheidenden Verwaltungsorganen standen überall SED-Funktionäre vor. Für die SED vereinfachte sich damit die Anleitung und Kontrolle des Staatsapparates erheblich.

Der „Neue Kurs"

Die rasche und formale Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells führte bald zu Problemen in der Wirtschaft und zu schnell wachsender Unzufriedenheit unter der Bevölkerung. Mangelwirtschaft, Preissteigerungen und politischer Terror waren allgegenwärtig. Durch weitere Zwangsmaßnahmen gegen Bauern, Selbständige und Intellektuelle verschlechterte sich die Stimmung. Die Fluchtzahlen schnellten in die Höhe. Am 5. März 1953 starb Stalin. Sowohl in der sowjetischen als auch in der SED-Führung kam es daraufhin zu Verunsicherungen über den politischen Kurs und zu Machtrivalitäten. Im Politbüro der SED versuchten Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt eine Veränderung der Diktatur durchzusetzen.

Unter dem Druck der Regierung der UdSSR beschloß das Politbüro der SED am 9. Juni 1953 einen „Neuen Kurs". Dieser wurde am 11. Juni 1953 von der Regierung der DDR übernommen. Die SED-Führung erklärte, Fehler gemacht zu haben. Mit dem „Neuen Kurs" würden diese nun ausgeräumt. Der Terror gegen die Bevölkerung, den die SED als „Klassenkampf" bezeichnete, sollte ebenso zurückgenommen werden wie die

letzten Preissteigerungen. Die SED versprach, zukünftig die Konsumgüterindustrie stärker auszubauen und mehr Rechtssicherheit für die Bürger zu schaffen. Die erst im Mai 1953 erhöhten Arbeitsnormen in der Industrie wurden jedoch nicht zurückgenommen. Die kritische Funktion, die in einer parlamentarischen Demokratie die Opposition übernimmt, mußte in der SED-Diktatur also aus der Partei selbst kommen. Es gab daher keine tatsächlichen Alternativen.

Volksaufstand am 17. Juni 1953

Die *Erhöhung der Arbeitsnormen* und die allgemeine Unzufriedenheit waren der Anlaß für einen Streik von Arbeitern, die in Berlin damit beschäftigt waren, die Stalinallee nach sowjetischem Vorbild im „Zuckerbäcker-Stil" aufzubauen. Aus diesem Streik entwickelte sich schnell der vor allem von Arbeitern getragene Volksaufstand des 17. Juni 1953. An mehreren Hundert Orten kam es zu Streiks und Demonstrationen. Zentren der Volkserhebung waren die Großbetriebe Leuna, Buna, Wolfen, Hennigsdorf und die Industrieregionen Magdeburg, Jena, Gera, Brandenburg und Görlitz. An verschiedenen Orten stürmte die Bevölkerung die Zuchthäuser und befreite Häftlinge. In Magdeburg übernahm das Streikkomitee zeitweilig die Macht. Es kam zu Zusammenstößen mit der Volkspolizei.

Schnell wurden die anfangs wirtschaftlichen Forderungen durch politische ergänzt. Die Demonstranten forderten freie Wahlen und ein Ende des SED-Regimes. Die Regierung der DDR und die SED hatten die Ereignisse nicht mehr unter Kontrolle. Der Sturz der Regierung wäre unvermeidbar gewesen, hätte nicht der eigentliche Machthaber in der DDR, die UdSSR, eingegriffen. Das sowjetische Militär verhängte über den Ostsektor Berlins und Teile der DDR den Ausnahmezustand und ging mit Panzern gegen die Demonstranten vor. Die Zahl der Opfer ist bis heute nicht genau bekannt, nach Angaben der DDR-Regierung waren es 21 Tote. (Siehe auch **M 15** bis **M 19** auf Seite 60 f.).

Der Volksaufstand zeigte noch einmal deutlich, daß die von der UdSSR in einem Teil Deutschlands errichtete SED-Diktatur nur durch Waffengewalt und Terror entstanden war und sich auch nur auf diesem Wege halten ließ. Die SED bezeichnete den Volksaufstand als „faschistischen Putsch" und ging mit aller Härte gegen die Anführer der Demonstrationen vor. Fast 1400 Menschen wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Nach dem Aufstand konnte Walter Ulbricht seine Machtposition festigen. Auf Anweisung der Sowjets, die in Deutschland kein weiteres Risiko eingehen wollten, verloren Ulbrichts Gegner Zaisser und Herrnstadt ihre Positionen und wurden aus der SED ausgeschlossen. Es folgte eine weitere „Reinigung" der SED von „feindlichen Elementen", denen man Passivität oder sozialdemokratische Ansichten vorwarf. Die Bevölkerung lernte aus der Niederschlagung des Aufstandes, daß die SED-Herrschaft auf diesem Wege nicht zu beseitigen war. (Zum 17. Juni siehe auch **M 34** auf Seite 64.)

Angesichts der auch nach der Niederschlagung des Volksaufstandes andauernden Unzufriedenheit der Bevölkerung senkte die Regierung im Herbst 1953 die Preise in den HO-Läden um 10 bis 25 Prozent. Um ihre Macht in Deutschland nicht zu gefährden, beendete die UdSSR 1954 ihre Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion; die Kosten für die sowjetische Besatzung, die von den Deutschen selbst aufgebracht werden mußten, wurden auf fünf Prozent des Staatshaushaltes reduziert. Mit Ausnahme der Wismut-AG, die Uran für die UdSSR förderte, wurden nun die restlichen Sowjetischen Aktien-Gesellschaften (SAG) einschließlich der wichtigen Leuna-Werke an die DDR verkauft. Ingesamt mußte die DDR 2,55 Milliarden Mark für den Rückkauf aufbringen. Trotz einer leichten Verbesserung der Lebensbedingungen flüchteten weiterhin Hunderttausende in die Bundesrepublik.

Zusammenbruch des Abenteuers ausländischer Agenten in Berlin

Quelle: Neues Deutschland vom 18. 6. 1953

Die Verbrechen der westberliner Provokateure

Quelle: Neues Deutschland vom 18. 6. 1953

Westberliner „Flüchtlingslager" waren für den „Tag X" mobilisiert

Quelle: Tägliche Rundschau vom 24. 6. 1953

Wer hinter dem faschistischen Putschversuch des 17. Juni steht

Quelle: Neues Deutschland vom 21. 6. 1953

„Tag X" — eine verfehlte Spekulation

Quelle: Neues Deutschland vom 5. 7. 1953

„Eleonora Dulles und der ‚Tag X' in Berlin"

Quelle: Neues Deutschland vom 13. 8. 1953

SS-Kommandeuse im Führungsstab der Provokateure

Quelle: Neues Deutschland vom 24. 6. 1953

Parteitag der SED und Einheitslistenwahlen 1954

Bereits der 4. Parteitag der SED im April 1954 deutete das Ende der Politik des „Neuen Kurses" an. Während in der UdSSR ein schrittweises Abrücken von den innenpolitischen Methoden Stalins zu registrieren war, blieb die SED sehr zögerlich. Ulbricht versuchte, die alten hierarchischen Herrschaftstrukturen zu konservieren. Im Herbst 1954 fanden Einheitslistenwahlen (Erläuterungen siehe Seite 11 f.) zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen statt. Wie bereits 1950 gab es ein Ergebnis von fast 100 Prozent (99,45) für die Nationale Front unter Führung der SED. Die offene Abstimmung, ohne Benutzung der Kabinen, wurde zur Norm, von der abzuweichen gefährlich war. Von den 400 Abgeordneten der 1950 „gewählten" Volkskammer erhielten 180 wieder ein Mandat, acht waren vom MfS verhaftet worden, 17 in die Bundesrepublik geflohen, und 44 hatten auf Druck der SED oder der sowjetischen Besatzung ihr Mandat niederlegen müssen. Die Regierung wurde noch stärker als zuvor mit Vertretern der SED besetzt.

Wirtschaftliche Situation Mitte der fünfziger Jahre

Im Zeitraum des ersten *Fünfjahrplans* (1951–1955) verdoppelte sich die Industrieproduktion. Die Arbeitsproduktivität stieg nach offiziellen Angaben um 55 Prozent, und der Plan wurde um fünf Prozent übererfüllt. In Stalinstadt (nach der „Entstalinisierung" in Eisenhüttenstadt umbenannt) war „auf der grünen Wiese" das Eisenhüttenkombinat Ost errichtet worden. Neu errichtet wurde auch eine Großkokerei in Lauchhammer. Andere Stahl- und Kraftwerke wurden wesentlich erweitert. Durch den Ausbau der Schwerindustrie wollte man die Grundlagen für eine leistungsfähige Wirtschaft legen und zugleich von Importen unabhängig werden. Die Verstaatlichung der Industrie schritt schnell voran. Nur in den Bereichen Handwerk, Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie gab es noch einen erheblichen Anteil privater Betriebe. Trotz der Entwicklung blieb der Lebensstandard der Bevölkerung, die stets die

Lebensverhältnisse ihrer Landsleute in der Bundesrepublik vor Augen hatte, niedrig.

Stalin-Note 1952 und Genfer Gipfelkonferenz 1955

Die UdSSR verfolgte in ihrer Deutschlandpolitik zwei Optionen. Zum einen versuchte sie, in der DDR eine kommunistische Diktatur nach eigenem Vorbild zu etablieren und zu sichern. Sie versuchte zum anderen aber auch, ihren Machtbereich zu erweitern. Dem dienten immer neue Vorstöße Richtung Westen. Mit der Nationalen Front, durch die Blockparteien und über die Aktivierung der in der Bundesrepublik zum Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht. Im Urteil wurde der KPD vorgeworfen, die Grundordnung der Bundesrepublik beseitigen zu wollen. Auch Publikationen aus der DDR waren im Westen verboten. Die SED ihrerseits versuchte, mit Aktionen wie „Ohne mich" oder „Deutsche an einen Tisch" die Bevölkerung im Westen Deutschlands gegen die Politik von Bundeskanzler Adenauer zu mobilisieren. Auf dem 4. Parteitag 1954 bekräftigte Ulbricht die Politik der Wiedervereinigung durch Angleichung der Verhältnisse in der Bundesrepublik an die der DDR. Aussichten auf Erfolg hatten seine Bemühungen

17. Juni 1953. Volkserhebung in Ost-Berlin. Mit Hilfe von sowjetischen Panzern wurden die Demonstrationen niedergeschlagen. Um die beteiligten Personen vor dem Staatssicherheitsdienst zu schützen, wurden ihre Gesichter unkenntlich gemacht.

westdeutschen Öffentlichkeit versuchte die UdSSR, in der Bundesrepublik eine Volksbewegung zu inszenieren, die die Politik der Westbindung stören oder verhindern sollte. In einer als „Stalin-Note" bekannten Note der Regierung der UdSSR an die westlichen Alliierten vom 10. März 1952 schlug die UdSSR vor, unverzüglich Verhandlungen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aufzunehmen. Nach dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages sollte Deutschland militärisch neutralisiert werden. Die westlichen Alliierten, die aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an einer Neutralisierung des ehemaligen Kriegsgegners, wohl aber an der Westbindung der Bundesrepublik interessiert waren, lehnten ab.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 verstärkte sich die Neigung der Bundesregierung in Bonn, jeden politischen Kontakt mit dem SED-Regime abzulehnen und zu verhindern. Kontakte gab es nur im Bereich des innerdeutschen Handels, an dem beide Seiten ein Interesse hatten. Die kommunistische Politik wurde von allen demokratischen Parteien verurteilt und führte im August 1956 nach jahrelangen Prozessen ebensowenig wie damalige Versuche der Bundesregierung, die DDR durch eine Politik der Stärke aus dem sowjetischen Machtbereich zu lösen.

Das Jahr 1955 bedeutete in der Deutschlandpolitik einen Einschnitt: Auf der Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte (USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR) im Juli 1955 kam es wiederum zu keiner Einigung in der deutschen Frage. Daraufhin verkündeten die Sowjetführer Nikita S. Chruschtschow und Nikolaj A. Bulganin in Ost-Berlin die „Zwei-Staaten-Theorie", nach der eine Wiedervereinigung zukünftig nur durch Errichtung des Sozialismus in der Bundesrepublik möglich sein sollte.

Bereits im Mai 1955 war in der DDR aus der „Kasernierten Volkspolizei" die *Nationale Volksarmee (NVA)* geschaffen und die DDR in den *Warschauer Vertrag* eingebunden worden. Im September 1955 folgte der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR", der die DDR formal in die Unabhängigkeit entließ. Allerdings waren auch weiterhin Truppen der UdSSR wegen ihrer Rechte als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges und als Verbündete im Warschauer Vertrag in der DDR stationiert. Militärisch, politisch und wirtschaftlich intensivierte sich die Einbindung der DDR in den Ostblock. Am 5. Mai 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei; wenige Monate später begann die Aufstellung der Bundeswehr. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß sich damit in beiden Teilen Deutschlands Armeen gegenüberstanden, die feindlichen Militärblöcken angehörten, schien jeder Gedanke an eine deutsche Einheit zu diesem Zeitpunkt unrealistisch.

Von der Entstalinisierung zum Mauerbau

20. Parteitag der KPdSU 1956: Entstalinisierung

In seiner berühmten *Geheimrede*, deren voller Wortlaut in der DDR erst 1990 veröffentlicht werden konnte, distanzierte sich Chruschtschow im Februar 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU von verschiedenen Methoden Stalins. Dieser als *Entstalinisierung* bezeichnete Vorgang hatte Auswirkungen auf die gesamte kommunistische Welt. In Ungarn kam es zur Revolution. Auch in Polen gab es immer wieder Unruhen. Die SED begrüßte die „Entstalinisierung" verbal. So schrieb Ulbricht nun im Gegensatz zu früheren Äußerungen am 4. März 1956 im „Neuen Deutschland", Stalin sei kein Klassiker des Marxismus. Das Politbüro der SED stellte fest, in der DDR habe es niemals einen Personenkult oder Massenrepressalien gegeben. Daher sei eine Fehlerdiskussion nicht nötig.

Allerdings rief das ZK der SED im Juli 1956 zur Überwindung des Dogmatismus in der Ideologie auf und nahm seine früheren Beschlüsse gegen den „Titoismus" zurück. Einige während der großen Säuberungen Anfang der fünfziger Jahre aus der Partei ausgeschlossenen Funktionäre wurden rehabilitiert und die bisherige Rechtspraxis als zu hart kritisiert. Allein im Juni 1956 wurden mehr als 11 000 Personen und bis zum Oktober 1956 etwa 21 000 Häftlinge, die zum großen Teil zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, begnadigt. Ulbricht dachte jedoch nicht an eine wirkliche Liberalisierung oder gar Demokratisierung des Regimes. Während er unter dem Druck der Ereignisse und um seine Macht nicht zu verlieren, seine früheren Gegner aus den Gefängnissen entließ, brachte er zugleich neue Rivalen ins Zuchthaus.

Die Entstalinisierung hatte an den Universitäten zu Debatten über die Ausgestaltung der Diktatur geführt. Für einen menschlicheren Sozialismus und einen „Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus setzten sich Wissenschaftler wie Ernst Bloch und Robert Havemann ein. Menschen wie sie wurden zu Symbolfiguren einer Opposition aus jüngeren SED-Kadern, denen das Ulbricht-Regime zu dogmatisch und unflexi-

bel war. Demokratische Verhältnisse wurden von dieser innerparteilichen Opposition nicht angestrebt. So erklärte der SED-Ideologe Wolfgang Harich als Leiter einer SED-Oppositionsgruppe, man wolle weg vom Stalinismus, jedoch nicht den Marxismus/Leninismus verlassen.

Ulbricht ging gegen jede innerparteiliche Opposition hart vor. Harich und seine Anhänger wurden verhaftet. Ulbricht gelang es auch, die Befürworter einer Entstalinisierung in der Parteiführung zu entmachten. Für eine Änderung des Kurses waren unter anderen der zweite Mann der SED, Karl Schirdewan, und der Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, eingetreten. Auf der 35. Tagung des ZK setzte Ulbricht die Verurteilung der „Schirdewan-Opposition" durch. Seine Widersacher wurden aus der Parteispitze entfernt. Mit dem Erhalt der hierarchischen Machtstrukturen und dem Ausschalten jeder innerparteilichen Opposition blieb die Entstalinisierung für die SED eine Episode.

Zweiter Fünfjahrplan 1956–1960

Im Rahmen ihres zweiten Fünfjahrplans wollte die SED die Industrieproduktion bis 1960 um über 50 Prozent, die Löhne um 30 Prozent steigern und die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche verkürzen. Erreicht werden sollte dies über einen Anstieg der Arbeitsproduktivität, die Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, den Einsatz von Kernenergie und eine Erweiterung des staatlichen Anteils der Wirtschaft. Den Privatbetrieben wurde eine 50prozentige staatliche Beteiligung nahegelegt. Ziel der SED war die völlige Verstaatlichung der Wirtschaft.

1957 und 1958 kam es zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung. Das Angebot an Konsumgütern nahm zu. 1958 wurde die Rationierung von Fleisch, Fett und Zucker aufgehoben. Mit der Umwandlung der enteigneten Hotels und Pensionen in sozialistische Erholungsheime, Kulturhäuser und mit der Zusammenfassung von Arztpraxen in Polikliniken hoffte das Regime den Wünschen der Bevölkerung entgegenzukommen.

1958 gingen die Fluchtzahlen leicht zurück. Die günstige Wirtschaftsentwicklung veranlaßte die SED auf ihrem *5. Parteitag 1958*, den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben und völlig unrealistische Wirtschaftsziele zu formulieren. Ulbricht verkündete, die Bundesrepublik bis 1961 wirtschaftlich überholen zu wollen. Tatsächlich ging das Wirtschaftswachstum 1959 wieder zurück, und der Fünfjahrplan wurde 1959 durch einen *Siebenjahrplan* (1959–1967) ersetzt, der parallel zum Siebenjahrplan in der UdSSR lief. Die Wirtschaft wurde umorganisiert, die chemische Industrie gefördert und die Arbeitsteilung im *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)*, dem von der UdSSR gelenkten Wirtschaftsverbund der Ostblockstaaten, vorangetrieben. Dennoch war die SED mit ihren starren ideologischen Prinzipien nicht in der Lage, mit den Problemen der modernen Industriegesellschaft fertig zu werden. Mit immer neuen Plänen glaubte sie, den Sozialismus festigen und einen hohen Lebensstandard erreichen zu können.

Die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik setzte mit ihrem „Wirtschaftswunder" jedoch Maßstäbe, die der SED zu schaffen machten. Die meisten Menschen orientierten sich politisch, wirtschaftlich und kulturell am Westen. Ab 1959 stiegen die Fluchtzahlen wieder erheblich.

Politische Entwicklung bis zum Mauerbau

Die Parteien waren Ende der fünfziger Jahre völlig gleichgeschaltet. Jede Opposition wurde von der SED kriminalisiert und verfolgt. Die SED zwang die übrigen Parteien, sie in ihrer führenden Rolle öffentlich anzuerkennen. Politische Opposition führte zur Verhaftung. Das „Neue Deutschland" schrieb am 17. Mai 1957: „Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein: Sie müßte für den Einsatz von Faschisten und Militaristen in hohen Machtpositionen ... und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solche Opposition zu dulden wäre verbrecherisch." Die Einheitslistenwahlen brachten auch 1958 ein Ergebnis von 99,8 Prozent Ja-Stimmen. Otto Grotewohl blieb Ministerpräsident. Die Mitgliederzahlen in den Blockparteien CDU und LDPD gingen zurück. Die CDU schrumpfte von 218000 und die LDPD von 183000 im Jahr 1948 auf etwa je 70000 Mitglieder.

Die FDJ, die sich ab 1957 offen als „sozialistische Jugendorganisation" bezeichnete, stellte die Erziehung zu einer „sozialistischen Weltanschauung" und die militärische Ausbildung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. In „Jugendobjekten" wurden die Schüler und Studenten am „sozialistischen Aufbau" beteiligt. Durch organisierte Freizeitangebote sollten die Jugendlichen von ihrem Interesse an westlicher Rock-Musik und Mode abgelenkt werden. Spektakulär war die unter Leitung des 1. Sekretärs des Zentralrates der FDJ, Erich Honecker, durchgeführte „Aktion Ochsenkopf", bei der die FDJ nach Westen gerichtete Fernsehantennen zerstörte, um den Empfang des attraktiven Westfernsehens zu verhindern.

Im Sport wirkte neben der FDJ und den Betriebssportgemeinschaften, die über eine Million Mitglieder zählten, die 1952 gegründete *Gesellschaft für Sport und Technik (GST)*. Ihr hatte die SED die Aufgabe zugewiesen, die Jugendlichen durch körperliches Training und sportliche sowie technische Ausbildung für militärische Aufgaben zu ertüchtigen.

Für die SED spielte der FDGB, der 1958 5,7 Millionen Mitglieder zählte, eine wichtige Rolle. Der FDGB nahm keine gewerkschaftlichen Aufgaben wahr, sondern forderte die Arbeiter im „sozialistischen Wettbewerb" zu Höchstleistungen in der Produktion auf. Ansätze gewerkschaftlicher Arbeit hatten die Kommunisten schon bald nach dem Kriegsende zerschlagen.

Auch die *Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF)* zählte 1958 bereits über drei Millionen Mitglieder. Die meisten wurden Mitglied nach dem Prinzip des „freiwilligen Zwanges", wie der Volksmund das nannte. Um Ruhe in der Schule oder im Betrieb zu haben, trat man bei. Wirkliche Freundschaften zwischen Russen und Deutschen aber waren die Ausnahme. So diente die DSF auch eher dazu, die Übernahme sowjetischer Neuerermethoden zu propagieren.

Kultur und Bildung

Anfang des Jahres 1959 beschloß die SED Thesen zur „sozialistischen Umgestaltung des Schulwesens". Bis 1964 sollte in der ganzen DDR das System *Allgemeinbildender zehnklassiger polytechnischer Oberschulen* eingeführt werden. Fächer wie Werkunterricht und Unterricht in der Produktion kamen für die Schüler neu hinzu. Die ideologische Schulung wurde verstärkt. Der sozialistischen Schule entsprach die sozialistische Berufsausbildung und die sozialistische Universität. Auch hier nahm neben der Vermittlung von Sachwissen die ideologische Ausrichtung auf den Marxismus/Leninismus breiten Raum ein. Kunst und Kultur hatten sich ebenfalls an den Vorstellungen der Kommunisten zu orientieren. Eine andere Kunst als der „sozialistische Realismus" war nur im Rahmen der Kirche möglich.

Sozialistischer Realismus: künstlerische Richtung und Schaffensmethode, die die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung, in ihrer Bewegung zur sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft hin künstlerisch darstellt. Sie bewertet die einzelnen, besonderen Erscheinungen der Wirklichkeit vom Standpunkt der erkannten Gesetzmäßigkeiten der revolutionären Entwicklung und die Gegenwart unter dem Blickpunkt der kommenden Gesellschaft.

Kleines Politisches Wörterbuch, 4. überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin (Ost) 1983.

Viele Künstler und „Kulturschaffende" wurden wegen abweichender Auffassungen von den Kommunisten gemaßregelt, einige, wie der Schriftsteller Erich Loest, für Jahre inhaftiert. Die SED rief die Werktätigen auf, die „Höhen der Kultur" zu stürmen. Unter dem Motto „Greif zur Feder, Kumpel!" beschloß eine Bitterfelder Autorenkonferenz im April 1959 die künstlerische Förderung von Arbeitern. Der Standard der bildenden Kunst sank auf ein niedriges Niveau.

Ulbricht begann nach sowjetischem Vorbild eine neue Atheismuskampagne. Die Kommunisten versuchten zu beweisen, daß es keinen Gott gibt. Alternativ zu kirchlichen Ritualen wurden atheistische Weihehandlungen (Namengebung, Trauung, Beerdigung) eingeführt und propagiert. Immer mehr Jugendliche wurden zur Teilnahme an der Jugendweihe genötigt, bei der die Vierzehnjährigen ein Bekenntnis zum Sozialismus und zum Marxismus/Leninismus ablegten. Wer daran nicht teilnahm und sich statt dessen zum Beispiel konfirmieren lassen wollte, wurde nicht zum Studium zugelassen.

Kollektivierung von Landwirtschaft und Handwerk

Parallel zur fortschreitenden Verstaatlichung der Industrie beschleunigte die SED die *Kollektivierung der Landwirtschaft*. Mit freiwilligen Genossenschaften hatten die *Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)* wenig zu tun. Mit offenem Terror wurden die Bauern zum Zusammenschluß ihrer Höfe gezwungen. Agitationstrupps der SED und die DBD fuhren in die Dörfer und veranlaßten die Bauern durch Nötigungen und Drohungen zum Eintritt in die LPG. Ende des Jahres 1959 ließ das MfS, das inzwischen unter der Leitung von Erich Mielke stand, reihenweise Bauern verhaften, die nicht bereit waren, sich den Zwangsgenossenschaften anzuschließen. Sie wurden wegen „staatsfeindlicher Umtriebe" verurteilt. Daraufhin schlossen sich allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1961 mehr als eine halbe Million Bauern einer LPG an. Zugleich setzte eine Massenflucht von Bauern in die Bundesrepublik ein. Nur wenige Einzelhöfe blieben erhalten. 1960 bewirtschafteten etwa 19000 LPG knapp 85 Prozent der Nutzfläche. Sechs Prozent wurden von *Volkseigenen Gütern (VEG)* bewirtschaftet. Auch ein Großteil des kirchlichen Landes wurde von den Genossenschaften mitbearbeitet. (Zur Kollektivierung siehe auch **M 23** auf Seite 62.)

Während der Phase der Kollektivierung wurden Musterstatuten für *unterschiedliche LPG-Typen* verabschiedet. Es gab drei Rechtsformen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften:

Bei der LPG *des Typs I* mußte nur das Ackerland in Genossenschaftseigentum überführt werden. Manchmal wurden auch Teile des Grünlandes, des privaten Waldes und der Wirtschaftsgebäude eingebracht. Die Maschinen und das Vieh blieben im Privatbesitz.

Beim *Typ II* bestand die Verpflichtung, das gesamte Eigentum an Boden, also Acker- und Grünland sowie den Wald, bis auf 0,25–0,5 Hektar privater Hauswirtschaft in die LPG einzubringen. Auch Teile des Nutzviehs, des Maschinenparks und der Wirtschaftsgebäude wurden in die LPG überführt.

Typ III, die höchste Stufe, verpflichtete dazu, das gesamte Eigentum in die Genossenschaft zu überführen. Privates Eigentum blieb in diesem Fall nur noch die persönliche Hauswirtschaft und die Wohnung bzw. das Haus.

Ziel der SED war die Zusammenschließung aller Bauern in die LPG des Typs III. Für diese Entscheidung ließ man den Bauern Zeit, um sie mit den Rechtsformen und Arbeitsbedingungen vertraut zu machen. Der Übergang zu Typ III war erst Anfang der 70er Jahre abgeschlossen.

Stichtag	Zahl der LPG	Landwirtschaftliche Nutzfläche der LPG 1000 ha	% der DDR
31. 12. 1952	1906	218,0	3,3
31. 12. 1953	4961	754,3	11,6
31. 12. 1956	6281	1500,7	23,2
31. 12. 1958	9637	2386,0	37,0
31. 12. 1959	10465	2896,0	45,1
31. 12. 1960	19261	5420,5	84,2

Hermann Weber: Geschichte der DDR, München 1985.

Im Handwerk war es ebenfalls Ziel der SED, mit Unterstützung von NDPD, LDPD und CDU, sozialistische Eigentumsformen zu schaffen. Dazu wurden über Jahrhunderte gewachsene handwerkliche Strukturen zerschlagen. Die Folge war eine akute Unterversorgung der Bevölkerung. Produzierte das private Handwerk 1958 noch 93 Prozent des Aufkommens in diesem Bereich, so sank der private Anteil allein in drei Jahren auf 65 Prozent. Der Anteil des privaten Einzelhandels sank auf unter zehn Prozent. Wie die Bauern sich in den LPG organisieren mußten, wurden die Handwerksbetriebe in *Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH)* zusammengelegt.

Die Folgen der Kollektivierung waren schnell zu spüren. Viele Genossenschaften erfüllten ihre Pläne nicht oder bearbeiteten den Boden nur zum Teil. Die Privatinitiative erlahmte. Im Juni 1961, zwei Monate vor dem Mauerbau, war die Versorgungslage katastrophal. Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, Butter und Milch war nicht mehr gewährleistet.

Auch in der Industrie kam es zu Rückschlägen. Im ersten Quartal 1961 kam es zu erheblichen Planrückständen. Die Fluchtzahlen stiegen weiter an. 1959 flohen 142000 Personen, 1960 bereits 199000, und allein im April 1961 verließen 30000 Menschen die DDR. Das SED-Regime steuerte auf eine neue Krise zu.

Veränderungen im Staatsaufbau 1960

Im Februar 1960 wurde unter Vorsitz Walter Ulbrichts ein „Nationaler Verteidigungsrat" geschaffen. Am 7. September 1960 starb der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck. An die Stelle des Präsidentenamtes trat nun ein *Staatsrat* mit Gesetzgebungs- und Regierungsaufgaben. Auch hier übernahm Ulbricht, der außerdem die Funktion des 1. Sekretärs des ZK der SED innehatte, den Vorsitz. Damit vereinigte Ulbricht in seiner Person eine große Machtfülle. Nachdem es Ende der fünfziger Jahre zu einer weiteren Ausschlußwelle in der SED-Führung gekommen war, umgaben Ulbricht nun nur noch seine treuesten Anhänger. Um die Person Ulbrichts, der vom Volk als „Spitzbart" eher verspottet wurde, inszenierte die SED einen neuen Personenkult.

Berlin-Ultimatum 1958 und Bau der Berliner Mauer 1961

Im November 1958 forderte Chruschtschow in ultimativer Form, West-Berlin den Status einer „freien und entmilitarisierten Stadt" zu geben. Durch den Besitz von Atomwaffen und Erfolge in der Raumfahrt (erste Raumsonde „Sputnik") fühlte sich die sowjetische Regierung stark genug, den Abzug der Westalliierten aus den Westsektoren Berlins binnen eines halben Jahres zu fordern. Da der Westen sich nicht einschüchtern ließ, mußte Chruschtschow seine Forderungen zurückziehen. Im Sommer 1959 wurden auch Vertreter beider deutschen Staaten zu einer Konferenz der Außenminister der Großmächte geladen. Die Regierung der DDR, die nur von den sozialistischen Staaten diplomatisch anerkannt war, wertete dies als ersten Schritt zur Anerkennung der DDR im Westen. Nach einem Treffen Chruschtschows mit US-Präsidenten Eisenhower im September 1959 und mit dem neuen US-Präsidenten Kennedy Anfang Juni 1961 in Wien kam es zwischen den beiden Super-

mächten zur Übereinkunft über die Abgrenzung der gegenseitigen Interssensphären.

Nachdem Kennedy am 25. Juli 1961 noch einmal den Anspruch auf die Anwesenheit westlicher Truppen im Westen Berlins, den freien Zugang nach Berlin und die politische Freiheit der West-Berliner betont hatte, begann die UdSSR mit Hilfe des SED-Regimes die Vorbereitungen für die vollständige Abriegelung West-Berlins von seinem Umland. Die explosionsartig ansteigenden Flüchtlingszahlen im Sommer 1961 veranlaßten die Regierungen der UdSSR und der DDR zu schnellem Handeln (siehe auch **M 20, 22** und **24** auf Seite 61 f.). Nach einer Sitzung der Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien des Ostblocks vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau gab Chruschtschow Anweisung für den Bau einer Mauer um West-Berlin. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 begannen Einheiten der NVA und der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" entlang der innerstädtischen Sektorengrenze Stacheldrahtverhaue und Steinwälle zu errichten. Daraus entstand die Berliner Mauer, die als „antifaschistischer Schutzwall" für fast dreißig Jahre weltweit zum Symbol von Unfreiheit und Unterdrückung durch kommunistische Regime wurde.

Michael Richter

1961–1970: Stabilisierung des SED-Regimes

Nach dem Bau der Mauer

Das Jahr 1961 stellt einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der DDR dar. Die SED mußte nach der Schließung der Grenze nicht mehr mit einer massenhaften Abwanderung der Bevölkerung („Abstimmung mit den Füßen") rechnen. Die Menschen mußten sich dem Regime fügen oder liefen, wenn sie versuchten, dem System zu entfliehen, Gefahr, an der Grenze erschossen zu werden. Zugleich war die Phase der sozialistischen Umwandlung von Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend abgeschlossen. Die SED suchte nun nach veränderten Formen der Machtausübung und der Wirtschaftsweise. Nach einer neuen Phase der Entstalinisierung, die dem 22. Parteitag der KPdSU folgte und die auch von der SED gebilligt werden mußte, widmete das Regime seine Hauptkraft der Wirtschaftsentwicklung. Alternative Formen der Leitungstätigkeit wurden probiert. Mit immer neuen ideologischen Kampagnen versuchte die SED, die Bevölkerung von der Richtigkeit ihrer ideologischen Thesen zu überzeugen. Mit dem „Nationalen Dokument" stellte die SED ihre Haltung zur Deutschlandpolitik dar. Die Vorschläge, über eine Konföderation auf sozialistischer Grundlage zur Einheit Deutschlands zu gelangen, hatten mit der realen Situation nichts zu tun und blieben ohne Wirkung.

6. Parteitag der SED 1963

Auf dem 6. Parteitag im Januar 1963 formulierte die SED erstmalig ein Programm. Darin bekannte sie sich erneut zum Marxismus/Leninismus, dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft und der Erziehung eines neuen Menschen. Die Geschichte wurde im Sinne des weltweiten Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus interpretiert. Die SED erklärte wiederum, den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus errichten zu wollen. Die Ideen von Marx und Engels waren auf ideologische Grundaussagen reduziert. Neben dem erklärten Ziel der „Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands" setzte die SED wiederum auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Gesamtvolumens der Produktion. Um die Wirtschaft zu beleben, wurden jüngere Wirtschaftsfunktionäre (Erich Apel, Werner Jarowinsky und Günter Mittag) zu Kandidaten des Politbüros gewählt.

Ein Vierteljahrhundert später, nach der Wende, wurde Mittag wegen Korruption und der von ihm mitverschuldeten Mißwirtschaft verhaftet. Aber nicht einzelne verschuldeten die mangelnde Funktionstüchtigkeit der sozialistischen Wirtschaft, sondern das System selbst. Die SED weitete nach dem 6. Parteitag ihren Machtanspruch immer weiter aus. Die Blockparteien hatten sie dabei zu unterstützen. Nach ihrem Selbstverständnis leitete sie das gesamte gesellschaftliche Leben der Republik und war „für den gesamten Komplex der politischen, ideologischen, wissenschaftlichen, technischen, ökonomischen und kulturellen Arbeit verantwortlich". Partei und Staat verschmolzen immer stärker. Die Anweisungen der SED waren unmittelbare Arbeitsgrundlage der Staatsorgane.

Neue ökonomische Systeme: NÖSPL und NÖS

Das im Juni 1963 vom Ministerrat der DDR verkündete *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL)* war ein von Wirtschaftsfachleuten erarbeiteter Reformansatz. Im Zentrum der Reform stand die Schaffung eines „Systems der ökonomischen Hebel". Selbstkosten, Preise, Gewinne, Kredite, Löhne und Prämien, die „Hebel", sollten in einem einheitlichen System aufeinander abgestimmt werden. Die „materielle Interessiertheit" der Bevölkerung und der Anreiz zum Gewinn für die Betriebe sollten zum Anstieg der Produktion führen. Die Staatliche Plankommission, die für die zentrale Planung der gesamten Wirtschaft der DDR zuständig war, sollte für fünf bis sieben Jahre einen Perspektivplan ausarbeiten, der sich in einzelne Jahrespläne gliederte. Die 82 *Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB)* sollten die Vorgaben der Plankommission in ihren jeweiligen Wirtschaftsbereichen durchsetzen. Dabei war an eine Erweiterung der Selbstverwaltung der VVB und eine „Arbeitermitverantwortung" gedacht. Die Selbständigkeit der Betriebe bei der Material- und Kreditbeschaffung wurde erweitert. Initiativen im Handel und größerer Einfluß der Betriebe auf Preise und beim Absatz sollten dazu beitragen, das Wirtschaftssystem flexibler zu machen. Tatsächlich führte die neue Wirtschaftsweise zu einer leichten Verbesserung des Lebensstandards. Der Zwang der Angleichung der DDR-Wirtschaft an das sowjetische Modell und die Furcht des SED-Regimes vor einer Infragestellung ihrer ideologischen Vorherrschaft durch Technokraten führten jedoch bald wieder zu einer Beendigung des Reformansatzes. Der im Politbüro für Wirtschaftsfragen und damit für das NÖSPL verantwortliche Erich Apel beging Selbstmord. Ende 1965 leitete die SED mit dem *Neuen Ökonomischen System (NÖK)* eine „zweite Phase" der Reform ein. Wesentliche Elemente der Dezentralisierung und Eigenverantwortlichkeit wurden zugunsten der zentralistischen Leitung durch die kommunistische Partei aufgegeben (siehe auch **M 25** auf Seite 62).

Einführung der Wehrpflicht

Nach dem Ausbau des MfS und der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" führte das SED-Regime im Januar 1962 durch Volkskammerbeschluß die allgemeine Wehrpflicht ein. Die personelle Stärke der NVA wurde mit 90 000 Mann beibehalten. Die SED betonte ihren Führungsanspruch gegenüber der NVA und verstärkte neben der Modernisierung der Armee die ideologische Erziehung der Soldaten und Offiziere. Nach Verhandlungen mit den Kirchenleitungen wurde auch ein waffenloser „Wehrersatzdienst" in den Reihen der NVA eingeführt. Wehrersatzdienstleistende, die ihren Dienst in sogenannten „Baueinheiten" ableisteten, hatten jedoch mit Schikanen und erheblichen beruflichen Nachteilen zu rechnen.

Verschiebung der Volkskammerwahlen auf 1963

Die Einheitslistenwahlen zur Volkskammer wurden auf den Oktober 1963 verschoben. Die Kandidaten der Nationalen Front erhielten bei meist öffentlichen Stimmabgaben 99,95 Prozent der Stimmen. In der Volkskammer vergrößerte die SED die Zahl ihrer Sitze von 100 auf 110. Auch die Massenorganisationen erhielten mehr Sitze. Dadurch verringerte sich der prozentuale Anteil der Sitze der Blockparteien. Der Staatsrat stand weiter unter Leitung Ulbrichts. Neuer Volksbildungsminister wurde Margot Honecker. Nach dem Tod Otto Grotewohls am 21. September 1964 wurde Willi Stoph Vorsitzender des Ministerrats.

Ulbrichts Weg zum Sozialismus

Ulbrichts „sozialistische Menschengemeinschaft"

Die SED wandte sich in den sechziger Jahre verstärkt dem Ausbau der inneren Struktur der DDR zu. Da den Menschen die Flucht aus der DDR praktisch unmöglich war, arrangierten sie sich mit dem SED-Regime. Ulbricht, der von der „sozialistischen Menschengemeinschaft" sprach, versuchte sich als väterliche Führungsfigur darzustellen. Mit der Losung „Die Republik braucht alle, alle brauchen die Republik" (Neues Deutschland vom 2. 11. 1963) bemühte sich die SED um ein besseres Verhältnis zur Bevölkerung. Am 7. Oktober 1964 erließ die DDR-Regierung eine Amnestie. Mit dem Entwurf eines neuen Familiengesetzbuches vom April 1965 sollte die Familie geschützt und die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Ehe gesichert werden. Tatsächlich gab es in der DDR immer eine Männergesellschaft. Die Gleichberechtigung bedeutet in erster Linie gleiches Recht zur Arbeit. Von „Emanzipation" konnte angesichts fehlender politischer und persönlicher Freiheit ohnehin weder bei Frauen noch bei Männern die Rede sein.

Ein Jugendgesetz vom Mai 1964 regelte Rechte und Pflichten der Jugend im SED-Staat. Im Juni 1965 wurde ein neues Wahlgesetz zu den Kommunalwahlen erlassen, das den Wählern eine gewisse Auswahl unter den Kandidaten der Einheitsliste bot. Ohne das eigene Machtmonopol zu gefährden, sollte den Menschen das Gefühl der Mitverantwortung gegeben werden.

Flucht in der Bernauer Straße. Die Häuser gehörten zum Ostsektor, Straßen und Bürgersteige zum Westsektor. Fast alle Haustüren und Fenster waren schon kurz nach dem 13. August vernagelt oder zugemauert.

Kulturpolitik der SED Anfang der sechziger Jahre

Anfang der sechziger Jahre kam Bewegung in die SED-Kulturpolitik. Zahlreiche von der SED geförderte Schriftsteller veröffentlichten ihre Werke. Es erschienen „Spur der Steine" von Erik Neutsch, „Ole Bienkopp" von Erwin Strittmatter, „Der geteilte Himmel" von Christa Wolf, „Die Aula" von Hermann Kant, aber auch Bücher von westlichen Autoren wie Max Frisch oder Ingeborg Bachmann. Kritische Künstler wie Wolf Biermann, Armin Müller, Heinz Kahlau oder Paul Wiens präsentierten sich der Öffentlichkeit. Immer hatte es Angriffe der SED auf kritische Autoren gegeben. Mit dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 verschärfte das Regime seinen Kurs. Erich Honecker kritisierte „schädliche Tendenzen" wie „Skeptizismus und Unmoral" im Kulturbetrieb. Verschiedene Filme der DEFA durften nicht aufgeführt werden. Die SED griff Wolf Biermann, Stefan Heym und den Philosophen und Naturwissenschaftler Robert Havemann, der bereits 1964 aus der SED ausgeschlossen worden war, an. Havemann, der sich selbst als „demokratischen Kommunisten" bezeichnete, wurde mit Berufsverbot belegt. Mit seiner Ablehnung der Diktatur wurde er in der DDR zu einer Symbolfigur.

Bildung und Sport

Im Februar 1965 verabschiedete die Volkskammer das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem". Es verpflichtete die Schulen zur kommunistischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Wie in totalitären Systemen üblich, weitete die SED ihren Einfluß auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Die Schüler wurden nun zum Stolz auf die DDR und die „Errungenschaften des Sozialismus" erzogen. Der polytechnische Unterricht wurde weiterentwickelt und der Marxismus/Leninismus Inhalt des Fachs Staatsbürgerkunde. Neben dem „einheitlichen sozialistischen Bildungssystem" entstand ein System von Spezialschulen in den Bereichen Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften sowie Musik und Sport, die Nachwuchs für Hochleistungskader auszubilden hatten.

Nach der Devise Ulbrichts „Jeder Mann an jedem Ort, einmal in der Woche Sport" wurde der Breitensport vor allem bei Kindern und Jugendlichen entwickelt. Er diente der gezielten Kaderschulung und galt als Grundlage guter Ergebnisse im Spitzensport, durch den die DDR ihr internationales Image verbessern wollte. Nachdem bei den Olympischen Spielen 1964 letztmalig eine gesamtdeutsche Mannschaft angetreten war, stellte die DDR ab Oktober 1965 eine eigene Mannschaft auf. Bei den Olympischen Spielen in Mexiko 1968 belegten die Sportler aus der DDR nach den USA und der UdSSR den dritten Platz der Gesamtwertung.

Außenpolitik

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre war die DDR weiterhin außenpolitisch isoliert. In Bonn galt seit den fünfziger Jahren die *Hallstein-Doktrin*. Dementsprechend unterhielt die Bundesrepublik gemäß ihrem Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen diplomatische Kontakte nur zu Staaten, die zur DDR keine diplomatischen Beziehungen unterhielten. 1964 wurden die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR durch einen *Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit* weiter ausgebaut. Der *Sozialistische Internationalismus* als Grundlage der Beziehungen bedeutete die Unterordnung der DDR unter die sowjetische Außenpolitik. Ein Besuch Ulbrichts im damals pro-sowjetisch orientierten Ägypten im Jahr 1965 bedeutete für das SED-Regime einen ersten außenpolitischen Erfolg. Im Sommer 1965 besuchte der jugoslawische Staatschef Tito die DDR. Zu diesem Zeitpunkt unterhielt die DDR nur mit zwölf (sozialistischen) Staaten diplomatische Beziehungen. Im November 1965 folgte ein Besuch Breschnews, der nach dem Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 Generalsekretär der KPdSU geworden war. Der Besuch diente dem Abschluß eines Handelsabkommens, das die DDR noch fester an den Ostblock band.

Erste politische Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten

Im Dezember 1963 kam es zu ersten Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten. Ergebnis war ein *Passierscheinabkommen*, durch das 1,2 Millionen West-Berliner Weihnachten 1963 ihre Verwandten im Ostteil der Stadt besuchen konnten. Ab November 1964 durften Rentner aus der DDR in den Westen reisen. Seit damals sprach man in der DDR vom Rentenalter als dem „Reisealter". Im April 1964 schlug die SED-Führung den Austausch von Zeitungen vor. In der DDR sollten Blätter wie „Die Zeit" oder

die „Süddeutsche Zeitung" verkauft werden, wenn im Gegenzug in der Bundesrepublik die zu diesem Zeitpunkt noch immer verbotenen kommunistischen Blätter vertrieben werden dürften. Während dieser Austausch am Einspruch der Bundesregierung scheiterte, kam ein Redneraustausch zwischen SPD und SED 1966 durch die Furcht der SED vor offenen Diskussionen mit westlichen Demokraten nicht zustande. Nach der Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD in Bonn Ende 1966 und deren flexibleren Deutschlandpolitik ging die SED zunächst in die Defensive und zeigte wenig Dialogbereitschaft.

Strafgesetzbuch und neue Verfassung der DDR

Im April 1967 beschloß der 7. Parteitag der SED die Schaffung des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus" in der DDR. Das Neue Ökonomische System (NÖS) sollte weiterentwickelt werden. Auf dem Parteitag wurde besonders die Rolle der Wissenschaft bei der Entwicklung der Wirtschaft betont. Angesichts der anhaltenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime führte Justizminister Hilde Benjamin, die sich bereits in den fünfziger Jahren durch Schauprozesse und die Ausschaltung der Opposition mit Hilfe der Justiz einen Namen gemacht hatte, am 12. Januar 1968 ein Strafgesetzbuch ein. Damit endete die bis dahin in Teilbereichen noch existierende Rechtsgleichheit in beiden Teilen Deutschlands. Das politische Strafrecht wurde erheblich verschärft. Für Widerstände gegen das Regime behielten sich die Kommunisten Strafen bis hin zur Todesstrafe vor. Jede politische Opposition wurde kriminalisiert.

1968 wurde eine neue Verfassung der DDR per Volksentscheid angenommen. 94,5 Prozent stimmten nach offiziellen Angaben für die Verfassung. Mit der tatsächlichen Meinung der Bevölkerung hatte auch diese Abstimmung wenig zu tun. Bereits im Artikel 1 ließ die SED ihren Führungsanspruch festschreiben. Es hieß dort, die DDR verwirkliche als „sozialistischer Staat deutscher Nation ... unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" den Sozialismus. Auch die Blockpolitik, die zentrale Planwirtschaft und die Einbindung der DDR in den Ostblock wurden in der Verfassung festgeschrieben. Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit wurde nur den Bürgern zugestanden, die „gemäß den Grundsätzen der Verfassung" das SED-Regime anerkannten. Damit wurden diese Grundrechte in ihr Gegenteil verkehrt. Hatte bislang formal die Verfassung von 1949 gegolten, war nun die neue Verfassung Ausdruck des totalitären Systems.

Einmarsch in die ČSSR 1968

Immer wieder war es im Ostblock zum Aufbegehren der Menschen gegen die kommunistischen Diktaturen gekommen. Auch in der DDR hatte die SED ihre Herrschaft im Juni 1953 nur mit Hilfe sowjetischer Panzer retten können. In Ungarn war 1956 ein Volksaufstand ebenfalls durch sowjetisches Militär blutig niedergeschlagen worden. 1968 wehrten sich nun auch Tschechen und Slowaken gegen die Diktatur. In der kommunistischen Partei hatten sich Reformpolitiker an die Spitze einer Demokratisierungsbewegung gestellt und im „Prager Frühling" einen Weg zu mehr politischer Freiheit und Demokratie eingeschlagen. Die SED sprach von „Konterrevolution" (Neues Deutschland vom 24. Juli 1968) und ging hart gegen offene Anhänger des „Prager Frühlings" wie Robert Havemann und Wolf Biermann vor. Am 21. August 1968 überfielen auf sowjetische Initiative Einheiten des Warschauer Vertrages die Tschechoslowakei, um den dortigen Reformprozeß gewaltsam zu beenden.

Damit war die Führungsrolle der UdSSR ideologisch nicht mehr abgesichert. Zudem bezeichnete Ulbricht das System in der DDR als „hochindustrialisierte Gesellschaft". An die Stelle der bisherigen Nachahmung des sowjetischen Modells setzte er das „Modell DDR", das den anderen Ostblockstaaten als Vorbild dienen sollte.

Ulbrichts Deutschlandpolitik und die Haltung der UdSSR

Auch in der Deutschlandpolitik ging Ulbricht nun eigene Wege, die von der sowjetischen Regierung mit wachsendem Argwohn beobachtet wurden. In Bonn regierte inzwischen unter Bundeskanzler Willy Brandt eine sozial-liberale Koalition aus SPD und FDP. Brandt forderte vor dem Hintergrund einer angestrebten Entspannung in Europa auch eine Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen. Er betonte dabei die Besonderheit der Situation der geteilten Nation. Ulbricht wollte von besonderen Beziehungen nichts wissen und forderte die völlige völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Trotz der unterschiedlichen Auffassungen und der Zurückhaltung der SED kam es zu Kontakten. Bei einem Treffen Brandts mit Ministerpräsident Stroph in Erfurt wurde Brandt von der Bevölkerung begeistert gefeiert. Die verunsicherte DDR-Führung verlangte bei einem zweiten Treffen im Mai 1970 in Kassel die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Brandt jedoch betonte weiter die Besonderheit der Beziehungen zwischen den beiden Staaten deutscher Nation. Nach den *Ostverträgen* zwischen der Bundesregierung und der UdSSR und Polen (August und Dezember 1970) sperrte sich Ulbricht gegen Verhandlungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über den Status Berlins. Seine ideologischen Ansprüche und die sich darin ausdrückende Selbstüberschätzung, seine Politik gegen die Annäherung von Ost und West sowie eine neue Wirtschaftskrise Ende der sechziger Jahre veranlaßte die UdSSR, den bislang treuen Vasallen abzusetzen.

Spaziergänger Ulbricht und Honecker 1966. Hinter Ulbricht Willi Stoph.

Das „Modell DDR"

Trotz aller Probleme hatte sich die Wirtschaft der DDR nach den Maßstäben des Ostblocks gut entwickelt. Die Produktion von Rohstahl stieg von 3,8 Millionen Tonnen 1961 auf 5 Millionen 1970. Im selben Zeitraum stieg die Erzeugung von Elektroenergie von 42 000 auf 67 000 kWh und die PKW-Produktion von 64 000 auf 128 000 Fahrzeuge pro Jahr. Auch in der Konsumgüterproduktion gab es Fortschritte.

Die Übernahme sowjetischer Industriemethoden und die enge Bindung an die sowjetische Wirtschaft schienen der SED-Führung angesichts des höheren Industrialisierungsgrades der DDR zunehmend hinderlich. Vor diesem Hintergrund entwickelte Ulbricht die These, der Sozialismus sei keine kurze Übergangsphase zum Kommunismus, sondern eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab" (Neues Deutschland vom 13. September 1967). Diese These richtete sich gegen die UdSSR, die sich angeblich bereits seit 1936 auf dem Weg vom Sozialismus zum Kommunismus befand und behauptete, den anderen Ostblockstaaten bereits eine Epoche voraus zu sein. Nach Ulbrichts These waren UdSSR und DDR beide in der Phase der sozialistischen Gesellschaft, also auf gleichem Entwicklungsstand.

Michael Richter

1971–1989: Die Ära Honecker

Neue Akzente unter Honecker

Auf der 16. Tagung des ZK der SED am 3. Mai 1971 trat Ulbricht von der Funktion des 1. Sekretärs der SED zurück. Sein Nachfolger wurde der ehemalige FDJ-Vorsitzende Erich Honecker. Ulbrichts ideologische Abweichungen wurden korrigiert und die führende Rolle der UdSSR wieder uneingeschränkt anerkannt. Sowohl die These vom „Sozialismus als relativ eigenständiger Gesellschaftsformation" als auch die von der „sozialistischen Menschengemeinschaft" wurden durch den „Chefideologen" Kurt Hager verworfen. Die politische Linie der SED unter Honecker wurde auf dem 8. Parteitag der SED im Juni 1971 abgesteckt. Sie stand unter dem Motto der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik". Die SED stellte damit den Bürgern soziale Verbesserungen auf der Grundlage einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Aussicht. Intensivierung und Rationalisierung der Produktion hießen die neuen Schlagworte. Löhne und Renten wurden unter Honecker erhöht und der Wohnungsbau verstärkt vorangetrieben. Hatte Ulbricht den Ausbau der Industrie betont, versuchte Honecker, sich als Interessenvertreter der sozialen Belange der Bevölkerung zu profilieren. Das bedeutete jedoch keinesfalls Abstriche am System der SED-Diktatur, das unter Honecker vielmehr weiter ausgebaut wurde.

Ulbricht wurde nach seinem Tod 1973 zur „Unperson". Sein Name und seine Epoche wurden verschwiegen. Was blieb, war der hierarchisch-zentralistische Aufbau der SED. Nur angepaßte Mitglieder wurden in höhere Ämter berufen. In der SED gab es nicht einmal Ansätze einer innerparteilichen Demokratie. Das Politbüro bestimmte jeden Nachrücker, stellte sich aber selbst nie in Frage. Eine personelle Erneuerung fand so kaum statt.

Verfassungsänderung 1974

Nachdem im Oktober 1972 die Rolle des Ministerrates aufgewertet worden war und im Juli 1973 die örtlichen Volksvertretungen mehr Rechte erhalten hatten, wurde die Verfassung der DDR im Oktober 1974 in wesentlichen Punkten geändert. Alle Hinweise auf eine einheitliche deutsche Nation und eine Wiedervereinigung Deutschlands wurden gestrichen (siehe Kasten). Nach Artikel 6 war die DDR nun „für immer und unwiderruflich" mit der UdSSR verbunden. Mit einem umfassenden System angeblicher Beteiligung in Kommissionen, Aktivs, Inspektionen und Vertretungen sollten die Bürger stärker in das System eingebunden werden. Die Bürger, die in der überragenden Mehrzahl weiter gegen das SED-Regime eingestellt waren, ließen sich durch diese aufgezwungenen Formen scheinbarer Mitbestimmung kaum täuschen.

Wirtschaft der DDR in den siebziger Jahren

Honecker setzte auch die *Enteignungspolitik* fort. 1972 wurden private Bereiche mit staatlicher Beteiligung (halbstaatliche Betriebe), private Betriebe im Bau- und Industriebereich und industriell arbeitende PGHs verstaatlicht. So entstanden 11300 neue VEB mit ingesamt 585000 Beschäftigten. Der Anteil der in „Volkseigenen Betrieben" produzierten Waren stieg auf über 99 Prozent. Nur im Handel und im Handwerk gab es noch private Unternehmen. 1972 waren noch 322000 Berufstätige in 105000 privaten Handwerksbetrieben und 55000 im privaten Einzelhandel tätig.

Auch die Landwirtschaft wurde weiter industrialisiert. Die Landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden zu großen Kooperativen zusammengeschlossen. Ziel war die industriemäßige Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten. In Anlehnung an die Industrie hoffte man, durch Produktspezialisierung, moderne Maschinensysteme, größere Ställe und Parzellen usw. die Produktivität und die Gesamtproduktion zu steigern. Der Schutz der Umwelt spielte dabei keine Rolle.

Zu diesem Zweck wurden in der Regel fünf bis sechs Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zusammengelegt (5000 Hektar). Diese Groß-LPG spezialisierten sich entweder auf Pflanzen- (LPG P) oder Tierproduktion (LPG T) und kooperierten mit den staatlichen Weiterverarbeitungsbetrieben. Die Industrieproduktion stieg von 1970 bis 1974 um etwa 30 Prozent. Das Durchschnittseinkommen erhöhte sich im selben Zeitraum von 755 auf 860 Mark. Der Lebensstandard stieg langsam.

Ausstattung mit Gebrauchsgütern

je 100 Haushalte (in Prozent)

	1975	1980	1982/83
PKW	15	26	42 (78)*
Fernsehgeräte	69	82	111 (121)*
Kühlschränke	56	86	119 (159)*
Waschmaschinen	53	73	91 (99)*

* Vergleich Bundesrepublik

Obwohl die DDR-Wirtschaft sich zu diesem Zeitpunkt günstig entwickelte, hielt sie dem Vergleich zur Wirtschaft der Bundesrepublik in keiner Weise stand. Im Vergleich zu anderen Staaten des Ostblocks aber konnten die SED-Führer angesichts einer gewissen Konsolidierung zufrieden sein. Nachdem zwischen Honecker und Breschnew am 7. Okto-

DDR-Verfassungen

Aus den Präambeln

1949

„Vom Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben."

1968

„Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen, in Ansehung der ... Tatsache, daß der Imperialismus unter Führung der USA ... und des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat, um Westdeutschland zu einer Basis ... des Kampfes gegen den Sozialismus aufzubauen ..., hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik, festgegründet auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung ..., diese sozialistische Verfassung gegeben."

1974

„In Fortsetzung der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterklasse und gestützt auf die Befreiung vom Faschismus hat das Volk der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit den Prozessen der geschichtlichen Entwicklung ... sein Recht auf sozial-ökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht und gestaltet die entwickelte sozialistische Gesellschaft ..."

Aus den ersten Artikeln

1949

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesellschaft wesentlich sind; alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden. Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt. Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit."

1968

„Die DDR ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen."

1974

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei."

ber 1974 ein neuer Freundschafts- und Beistandspakt abgeschlossen worden war, nahm die wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der UdSSR weiter zu. Alle Staaten des Ostblocks wurden von der UdSSR aufgefordert, die „sozialistische ökonomische Integration" ihrer Wirtschaften im Rahmen des *Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)*, des Wirtschaftsverbandes der sozialistischen Staaten, voranzutreiben.

Die DDR mußte ihren Westhandel einschränken und stärker in die UdSSR exportieren. Dadurch gingen der DDR wichtige Deviseneinnahmen für die Modernisierung der Wirtschaft verloren. Allein im Zeitraum 1970 bis 1975 stieg der Warenaustausch mit der UdSSR um 50 Prozent.

Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten

Berlin-Abkommen und Grundlagenvertrag

Nach dem Führungswechsel in Ost-Berlin kamen die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in Bewegung. Im September 1971 schlossen die Vier Mächte (USA, UdSSR, Frankreich und Großbritanien) ein *Abkommen über Berlin*, in dem die Frage der Transitwege von und nach Berlin geregelt wurde. Im Dezember 1971 folgte ein *Transitabkommen* und im Mai 1972 ein *Verkehrsvertrag* zwischen beiden deutschen Staaten. Im Dezember 1972 wurde zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein *Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen* abgeschlossen. Er stellte eine Voraussetzung für die Aufnahme beider Staaten in die UNO am 18. September 1973 dar. Im Vertrag einigten sich beide Staaten darauf, „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung" zu entwickeln. Für die SED war es ein Erfolg, daß die Bundesregierung die Staatlichkeit der DDR und die Existenz ihrer Grenzen akzeptierte; die Bundesregierung hatte an ihrer Auffassung von der einheitlichen Nation und einer einheitlichen Staatsangehörigkeit festhalten können. Ihren Willen zur Herstellung der deutschen Einheit drückte sie im *„Brief zur deutschen Einheit"* aus.

KSZE-Prozeß und UNO-Mitgliedschaft

Dem Neuansatz in der Politik zwischen beiden deutschen Staaten folgte die Herstellung diplomatischer Beziehungen der DDR mit fast allen Staaten der Welt. Bis 1978 war die DDR von 123 Regierungen völkerrechtlich anerkannt. Weiterhin unterstützte das SED-Regime jedoch „Befreiungsbewegungen" und internationale Terrorgruppen bei ihrem „Kampf gegen den Imperialismus". In Europa hingegen trat sie gemäß den Prinzipien der „friedlichen Koexistenz" zwischen Staaten unterschiedlicher politischer Ordnungen für eine Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Beibehaltung des Status quo ein.

Als Mitglied des Warschauer Vertrages verstärkte sie zugleich ihre militärische Rüstung, um die „sozialistischen Errungenschaften" vor der angeblich aggressiven NATO und der Bundeswehr zu schützen.

Wie die anderen Ostblockstaaten beteiligte sich die DDR an der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* und gehörte im August 1975 zu den Unterzeichnern der „Schlußakte von Helsinki". Das Dokument, in dem auch die Achtung der „Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für

Für einen kurzen Moment und nur in einer Richtung sind Schlupflöcher in der monströsen Grenze zwischen den beiden Teilen Berlins aufgemacht worden: Ostern 1972 durften West-Berliner nach Ost-Berlin.

alle" vereinbart war, diente in der Folgezeit Menschenrechtsgruppen im gesamten Ostblock (Helsinki-Gruppen, Charta 77 usw.) als moralischer Rückhalt. Auch in der DDR belebte es die Diskussion über die Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime. Die Menschen forderten nun immer dringender Freizügigkeit und stellten noch mehr Ausreiseanträge. Die Regierung der DDR reagierte mit einer Politik der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik und mit Druck gegenüber der eigenen Bevölkerung. Mit ihrer Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte trug die KSZE-Bewegung zur Destabilisierung der kommunistischen Diktatur bei.

Nach dem 9. Parteitag der SED 1976

Der 9. Parteitag der SED im Mai 1976 beschloß ein neues Parteiprogramm, das noch einmal die „führende Rolle" der SED in allen Bereichen der Gesellschaft unterstrich. Weitere Hauptpunkte waren die Anerkennung der Vorherrschaft und Vorbildwirkung der UdSSR, die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung und der Effektivität der Wirtschaft sowie die Politik der „friedlichen Koexistenz". Ein neues Statut bestätigte den hierarchischen und undemokratischen Aufbau der SED in Form des „demokratischen Zentralismus". Honecker nannte sich nun „Generalsekretär". Die Bevölkerung, die vom Parteitag mehr erhofft hatte, zeigte sich angesichts der inzwischen wieder stagnierenden Entwicklung unzufrieden. Die KSZE-Verhandlungen und die Ideen des Eurokommunismus in Westeuropa hatten Hoffnungen geweckt, die unbefriedigt blieben. Die SED wies alle Reformansätze, wie sie etwa der spanische KP-Vorsitzende Carillo auf einer Konferenz von 29 kommunistischen Parteien Europas im Juni 1976 in Ost-Berlin formuliert hatte, schroff zurück. Die Bevölkerung aber horchte auf, wenn sich KP-Führer gegen „diktatorische Formen" der Machtausübung und für „politischen und ideologischen Pluralismus" aussprachen.

Die Einheitslistenwahlen zur Volkskammer am 17. Oktober 1976 brachten wieder das für Diktaturen übliche Ergebnis von 99,86 Prozent. Honecker wurde Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates. Damit hielt er, wie vor ihm Ulbricht, alle Fäden der Macht in seiner Hand. Der bisherige Vorsitzende des Ministerrates, Horst Sindermann, wurde Präsident der Volkskammer. An seine Stelle trat Willi Stoph, der das Amt bereits früher innegehabt hatte.

Dem Parteitag folgte eine Phase des wirtschaftlichen Niederganges und der Stagnation. Die Zuwachsraten der Industrie gingen zurück, und die Nettoverschuldung im Westen stieg erheblich. Es kam erneut zu Versorgungsengpässen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung drückte sich in allgemeiner Passivität und Rückzug in private Bereiche aus.

Opposition und passiver Widerstand gegen das SED-Regime

Solange die DDR existierte, solange gab es verschiedene Formen passiven Widerstands der Bevölkerung gegen das Regime. Die Menschen zogen sich in ihre Privatsphäre und in ihren Freundeskreis zurück, sahen Westfernsehen, hörten Westradio, erzählten sich politische Witze, gaben ihren Kindern Hinweise, wie sie sich zu verhalten hatten, boykottierten Versammlungen oder versuchten, Auswirkungen des Systems in vielerlei Hinsicht abzuschwächen. In den „Nischen" der Gesellschaft herrschten aber nicht nur Zufriedenheit und Solidarität, sondern auch Gefühle von Vorsicht und Neid als Folge der überwachten Mangelgesellschaft.

„Staatsfeindliche Hetze"

Oppositionelle Haltungen und Oppositionsbewegungen konnten offiziell nur als den objektiven Gesetzmäßigkeiten zuwiderlaufend gedeutet, als Abirrungen und Verfehlungen eingeschätzt und als kriminelle Handlungen abgestempelt werden. So kannte das Strafgesetzbuch der DDR (in der Fassung von 1979) den Straftatbestand der „Staatsfeindlichen Hetze" (§ 106):

(1) Wer die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR angreift oder gegen sie aufwiegelt, indem er 1. die gesellschaftlichen Verhältnisse, Repräsentanten oder andere Bürger der DDR wegen deren staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit diskriminiert; 2. Schriften, Gegenstände oder Symbole zur Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse von Repräsentanten oder anderen Bürgern herstellt, einführt, verbreitet oder anbringt; 3. die Freundschafts- und Bündnisbeziehungen der DDR diskriminiert, ... wird mit Freiheitsstrafe von 1 bis zu 8 Jahren bestraft.

Aktive Opposition gegen das totalitäre Regime zu üben, sahen die meisten nicht als effektiv an, endete sie doch regelmäßig im Zuchthaus. Einige Intellektuelle kritisierten das System jedoch recht freimütig. Der „Prager Frühling", der Eurokommunismus, der KSZE-Prozeß und die neue Ostpolitik der Bundesregierung, die von einem „Wandel durch Annäherung" sprach, wirkte unter den Intellektuellen in der DDR. Die allgemeine Unzufriedenheit wurde von einigen deutlich formuliert. Signalwirkung hatte 1977 die Veröffentlichung des Buches „Die Alternative" des ehemaligen SED-Funktionärs Rudolf Bahro. Bahro versuchte, sozialistische Alternativen zur SED-Diktatur aufzuzeigen. Es konnte nur im Westen erscheinen und brachte seinen Autor für kurze Zeit ins Zuchthaus. In der DDR wurde es heimlich gelesen. Trotz ständiger Repressionen durch das Ministerium für Staatssicherheit forderten auch Robert Havemann und Wolf Biermann weiterhin eine Demokratisierung des Regimes.

Ab 1976 stieg die Zahl der Ausreiseanträge sprunghaft an. Im November 1976 wurde Biermann ausgebürgert, als er in Köln ein Konzert gab. Ihm folgte wenig später der Schriftsteller Reiner Kunze. Viele Intellektuelle wie Günter Kunert und Erich Loest verließen das Land. Weniger bekannte Künstler, die sich mit Biermann solidarisierten, wurden verhaftet. Im Juni 1979 beschloß das Regime eine Verschärfung und Erweiterung des Strafrechts gegenüber „staatsfeindlicher Hetze". Starke Beunruhigung unter den Herrschenden lösten Streiks im Sommer 1980 und die Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosç" beim östlichen Nachbarn Polen aus. Trotz der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1980 blieb die Angst vor dem „polnischen Bazillus".

Die Unsicherheit der SED führte auch zu einer Verschlechterung der Beziehungen zur Bundesrepublik. Die DDR erhöhte 1980 erneut den Zwangsumtausch von DM in Mark der DDR bei Besuchen von Westdeutschen in der DDR. Andererseits kündigte Honekker 1981 eine Wiedervereinigung nach der „sozialistischen Umgestaltung" der Bundesrepublik an (Neues Deutschland vom 16. Februar 1981).

„Kirche im Sozialismus"

Nach der Verabschiedung der Verfassung der DDR 1968 mußte sich die evangelische Kirche in der DDR von der bislang gesamtdeutschen „Evangelischen Kirche in Deutschland" (EKD) trennen und einen eigenen *Bund der evangelischen Kirchen in der DDR* gründen. Im März 1978 vereinbarten Honecker und die evangelische Kirchenleitung Grundsätze ihres Verhältnisses zueinander. Die Kirche bezeichnete sich nun als „Kirche im Sozialismus", und das SED-Regime zeigte sich zu einigen Zugeständnissen bereit. Von einer freien Religionsausübung konnte jedoch weiterhin keine Rede sein. Überall in der Gesellschaft wurden Christen weiterhin benachteiligt. Die Kirche war jedoch nicht mundtot. So protestierte sie, als die SED an den Schulen ein Unterrichtsfach „Wehrerziehung" einführte. Die katholische Kirche, der in der DDR nur elf Prozent der Bevölkerung angehörten, trat weniger in Erscheinung. Ihre Bistümer blieben auch weiterhin gesamtdeutsch organisiert. Für den Bereich der DDR wurden vom Vatikan „Apostolische Administratoren" eingesetzt.

Der „real existierende Sozialismus" Anfang der achtziger Jahre

Der *10. Parteitag der SED* im April 1981 brachte für die Entwicklung der DDR keine neuen Impulse. Die Krise des Systems verschärfte sich. Mit der Wirtschaft ging es weiter bergab, die Umwelt wurde immer stärker zerstört, und die Städte zerfielen. Ungeachtet dessen präsentierte sich die SED mit inzwischen 2,2 Millionen Mitgliedern als „führende Kraft" der DDR, die jede Mitarbeit Andersdenkender ablehnte. Honecker, um den ein neuer Personenkult entstanden war, verkündete die Fortsetzung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" und der Politik der Anerkennung des Status quo in Europa. Nahezu der gesamte, völlig überalterte Apparat des ZK der SED wurde wiedergewählt.

Erfolge der Politik der kleinen Schritte: mehr Reisefreiheit

Auch nach dem Regierungswechsel von der SPD-FDP- zur CDU/CSU-FDP-Koalition Anfang der achtziger Jahre wurde die Politik der praktischen Verbesserungen fortgesetzt. Mit Milliardenkrediten unterstützte die Bundesregierung die DDR, die ihrerseits die Selbstschußanlagen abbaute, die seit Jahren Bewohner der DDR an einer Flucht hindern sollten. Mehr Bürger als zuvor erhielten die Erlaubnis, in den Westen zu reisen. Dies setzte sich auch nach der von der UdSSR erzwungenen Absage eines Besuches Honekkers in die Bundesrepublik fort. Nach der Besetzung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin durch Ausreisewillige lockerte das SED-Regime seine Ausreisepraxis. 1984 siedelten 35000 Bewohner der DDR legal in die Bundesrepublik über. 1985 waren es 18000 und im Jahr 1986 10000. Mit der vermehrten Genehmigung von Ausreisen aus der DDR wollte das Regime den innenpolitischen Druck mindern. Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik im September 1987 kennzeichnete die „normalisierten" Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, die erklärten, zur Politik der Entspannung in Europa beitragen zu wollen. Aber auch in der Bundesrepublik mehrten sich die Stimmen, die eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft oder die Abschaffung der „Zentralen Erfassungsstelle für Straftaten in der DDR" in Salzgitter forderten. Die Zahl der Politiker nahm zu, die die endgültige Existenz zweier selbständiger Staaten in Deutschland als gegeben hinnahmen oder befürworteten. Die Bundesregierung lehnte alle diese Forderungen strikt ab. Für die weitere Entwicklung sollte es sich als wichtig erweisen, daß die Bundesregierung weder von ihrem Ziel der Wiederherstellung staatlicher Einheit noch vom Prinzip einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft abrückte. Honecker forderte die volle Anerkennung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaft und versuchte die Bevölkerung auf „Meine Heimat DDR" einzuschwören.

1982 gab es zum wiederholten Male gravierende Engpässe bei der Versorgung. Ursache war die Drosselung von Importen bei gleichzeitiger Erhöhung der Exporte. Auf Kosten der Bevölkerung wurde die Auslandsverschuldung von über 10 Mrd. auf 6,7 Mrd. Dollar (1983) gesenkt. Erst ab 1984 kam es zu einer leichten Verbesserung der Versorgung. Durch ein System von „Intershops" und „Exquisit-Läden" für Besitzer von D-Mark bzw. für Vielverdiener (SED-Funktionäre, Handwerker, Künstler) kam es zu erheblichen Unterschieden im Lebensniveau.

Die SED betonte immer wieder, daß es den Deutschen in der DDR wesentlich besser gehe als ihren Nachbarn in den „sozialistischen Bruderstaaten". Angesichts der umfangreichen Zahlungen der Bundesregierung an die DDR-Regierung (Transitpauschale, Postgebühren, Freikauf politischer Häftlinge usw.) und verschiedener günstiger Kredite führte die Mehrzahl der Bevölkerung dies mit Recht eher auf die westliche Unterstützung als auf die angeblichen Vorzüge des Wirtschaftssystems der DDR zurück.

Michael Richter

Die DDR in den achtziger Jahren

Partei

Ab 1950 beherrschte die SED alle Bereiche des öffentlichen Lebens. In totalitärer Weise bestimmte sie die Vorgänge in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Kultur, Medien, Bildung und Erziehung lagen ebenso in ihrer Hand wie die Befehlsgewalt über Armee, Polizei und Sicherheitsapparat. Weder in der SED, den gefügig gemachten Blockparteien und Organisationen noch auf staatlicher oder gesellschaftlicher Ebene gab es demokratische Strukturen. Eine Möglichkeit, sich dem System zu entziehen, gab es kaum; in einer in der Geschichte der Menschheit einmaligen Weise hatte das SED-Regime das ganze Territorium mit einer unüberwindlichen Grenzanlage umgeben. Im Lande selbst herrschte ein perfekt funktionierender Staatssicherheitsdienst. Er überzog die DDR mit einem gigantischen Spitzel- und Terrorsystem. Kritik an der Politik der SED war gefährlich, eine demokratische Opposition gesetzlich verboten. Zahlreiche Gegner des Regimes waren inhaftiert und wurden von der Bundesrepublik aus der Haft freigekauft. In demütigender Weise wurden die Menschen zur Mitarbeit im System und zur verbalen Anerkennung der Ideologie des Marxismus/Leninismus gezwungen.

Die Ideologie des Marxismus/Leninismus

Auf welchen Überlegungen basierte das System, das von der SED selbst als „real existierender Sozialismus" bezeichnet wurde? Nach dem ideologischen Verständnis der SED stellte der sozialistische Staat eine Form der „Diktatur des Proletariats" dar, die durch die SED im Namen des Proletariats ausgeübt wurde. Die SED war der Überzeugung, daß sich weltweit eine Entwicklung vom „Kapitalismus" zum „Sozialismus" vollzog. In diesem Prozeß sollte mit Hilfe der „Diktatur des Proletariats" der Kapitalismus beseitigt und durch sozialistische Strukturen ersetzt werden. Die Stärkung und der Erhalt des sozialistischen Staates war dabei, angesichts der angeblichen Bedrohung durch den weltweiten „Imperialismus", dem „internationalen Klassenkampf", nur in Form der „Diktatur des Proletariats" möglich. Demnach hatte der Staat einen „Klassencharakter"; er war Instrument in den Händen der angeblich herrschenden Arbeiterklasse.

Der „historische Materialismus" ging von der gesetzmäßigen Abfolge historischer Gesellschaftsformationen aus:

- Urgesellschaft (alles gehört allen gleichermaßen)
- Sklavenhaltergesellschaft (Produktionsmittel und Produzenten gehören dem Sklavenhalter)
- Feudalismus (Produktionsmittel gehören dem Feudalherren, die Produzenten in eingeschränktem Maße)
- Kapitalismus (der Kapitalist besitzt nur die Produktionsmittel).

Am Ende der Entwicklung sollte dann der Kommunismus stehen, als dessen erste Stufe der Sozialismus angesehen wurde. Für den Kommunismus war nach SED-Überzeugung das gesellschaftliche Eigentum kennzeichnend. Ausbeutung sollte es dann nicht mehr geben, der Staat als Instrument der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten überflüssig werden.

Nach dem Verständnis der SED befand sich die DDR in einer *sozialistischen Übergangsgesellschaft*, die die Voraussetzungen für den Übergang zum kommunistischen Endzustand schaffen sollte. Bei der Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse waren nach SED-Verständnis während der Übergangszeit Kompromisse erforderlich. Als solche sah man Reste privatwirtschaftlichen Eigentums und die genossenschaftlichen Eigentumsverhältnisse an. Demnach existierten in der DDR zwar noch verschiedene Klassen, die jedoch – anders als im Kapitalismus – nicht mehr dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit entsprachen. Die Klassen, zu denen Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Handwerker gehörten, standen sich demnach nicht mehr „antagonistisch" (unversöhnlich) gegenüber. Unter Führung der Arbeiterklasse vertraten sie vielmehr vor allem gemeinsame Interessen. Noch vorhandene Interessenunterschiede sollten unter Anleitung der „Partei der Arbeiterklasse" ausgeglichen werden.

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus wurde nicht nur als eine Philosophie verstanden, die die Realität erklärt, sondern als eine handlungsleitende Theorie zur Umgestaltung der Gesellschaft. Dementsprechend mußten Staatsziel, Entwicklungsperspektiven und politische Einzelentscheidungen stets unter Berufung auf den Marxismus/Leninismus begründet werden. Daraus ergab sich auch die angebliche Notwendigkeit für die Bevölkerung, sich die Ideologie anzueignen und nach ihren Richtlinien zu handeln. Das Recht, die Ideologie auszulegen und zu interpretieren, maßte sich allein die SED-Führung an. Jede auch nur abweichende Auslegung des Marxismus/Leninismus wurde mit beruflichen und sozialen Nachteilen bestraft. Trotz oder gerade wegen der ständigen Indoktrination in Schulen, Universitäten, Betrieben, Militäreinheiten, Organisationen und in den Medien (im Volksmund „Rotlicht" genannt) stand die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung anders als die führenden SED-Funktionäre der Ideologie des Marxismus/Leninismus ablehnend gegenüber. Obwohl jeder berufliche Aufstieg vom Bekenntnis zur Ideologie abhing, wurde der Marxismus/Leninismus von den Menschen kaum innerlich akzeptiert. Die Bevölkerung informierte sich eher über westliche Medien oder im Freundes- und Familienkreis. Durch den Zwang, die Ansichten der SED auf Abruf parat haben zu müssen, entwickelte sich eine Art Doppelsprachigkeit. Privat redete man normal, in der Öffentlichkeit im Sinne des engen ideologischen Rahmens.

Führende Rolle der SED

Nach der Verfassung war die DDR „die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" (Art. 1 Abs. 1, Satz 2 der Verfassung der DDR). Somit war die führende Rolle der SED erster Verfassungsgrundsatz. Die SED unterschied sich in ihrem Charakter fundamental von den ihr untergeordneten Blockparteien. Diese waren wie die Massenorganisationen „Transmissionsriemen" der SED. Die SED hingegen beanspruchte alle Macht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Als „revolutionäre Elite" und „Avantgarde der Arbeiterklasse" verstand sie sich als Instrument eines weltrevolutionären Prozesses. Ihr erklärtes Ziel war die Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen der westlichen Demokratien, die sie unter dem Begriff des „Kapitalismus" zusammenfaßte. Dabei ging sie soweit, mit der internationalen Terrorszene zusammenzuarbeiten. So unterstützte sie zum Beispiel die „Rote Armee Fraktion" (RAF), die für zahlreiche Attentate in der Bundesrepublik verantwortlich ist.

Jede politische Opposition wurde von der SED mit Hilfe ihres Staatssicherheitsapparates, der Justiz und der Polizei zerschlagen. Tausende Menschen wurden von der kommunistischen Justiz wegen ihrer Gesinnung zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt. Auf das Konto der SED gehen auch die zahlreichen Erschießungen an der Grenze und die Todesfälle in den Gefängnissen. In selbstherrlicher Manier verschafften die führenden Funktionäre sich und ihren Familien ein luxuriöses Leben. SED-Mitglieder waren an ihren stets offen getragenen Parteiabzeichen – dem „Bonbon", wie der Volksmund sagte – zu erkennen. Mit Militärparaden, Fackelzügen und gigantischen Großveranstaltungen feierte sich die SED regelmäßig selbst. Viele Menschen wurden Mitglied der SED, ohne von deren Ideologie überzeugt zu sein oder sich überhaupt für Politik zu interessieren. Oft verlangten berufliches Fortkommen oder gesellschaftliche Stellung diese Parteimitgliedschaft.

Seit 1948 bezeichnete sich die SED als eine „Partei neuen Typus". Nach Lenin war darunter eine Geheimorganisation zu verstehen, die aus einem straff organisierten Generalstab von konspirativ arbeitenden Berufsrevolutionären (Kader) bestand, die die Massen zu mobilisieren, zu organisieren und zu lenken hatte. Wichtige Organisationsprinzipien der SED waren: Kaderpartei statt Massenpartei; hierarchischer Aufbau; Verbot der Fraktionsbildung; demokratischer Zentralismus (unbedingte Verbindlichkeit der Be-

schlüsse von oben nach unten). Der „demokratische Zentralismus" war ein zentrales Herrschaftsprinzip der SED. Bei Wahlen auf allen Ebenen wurden die Kandidaten von der übergeordneten Ebene vorgeschlagen und in Scheinwahlen einstimmig „gewählt". Damit wurde statt innerparteilicher Demokratie autoritäre Kaderpolitik betrieben. Niemand konnte ohne Absegnung „von oben" im Staat oder in der Partei aufsteigen.

Organisatorisch war die SED entsprechend der staatlichen Gliederung der DDR aufgebaut. Alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren eng mit der SED verflochten. In jedem Betrieb, in jeder Schule oder Kaserne, selbst in der Kinderkrippe bestimmte die Partei die wesentlichen Abläufe. Den Grundorganisationen in Regionen und Betrieben folgten Kreis- und Bezirksorganisationen. Höchstes Organ der SED war laut Statut der Parteitag, der das Zentralkomitee (ZK) zu wählen hatte. Die beiden wichtigsten Gremien der SED waren das Sekretariat und das Politbüro des ZK der SED. Die beiden, zusammen etwa 1500 hauptamtliche Mitarbeiter umfassenden Apparate, bildeten das eigentliche Herrschaftszentrum der Partei. Während das Sekretariat des ZK als Parteiexekutive für Personalplanung und die Routinearbeiten zuständig war, traf das Politbüro alle grundsätzlichen Entscheidungen. Wichtigstes Instrument der SED-Führung war die Staatssicherheit. Sie lieferte alle Informationen und schützte die absolutistische Parteiherrschaft mit Terror und Bespitzelung. (Siehe hierzu auch: „Personelle Verflechtungen des Politbüros des ZK der SED mit Organen in Partei, Staat und Gesellschaft", in: *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 205: Die DDR [Neudruck 1988], Seite 14).

Die Parteien in der DDR

SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

DBD Demokratische Bauernpartei Deutschlands

NDPD National-Demokratische Partei Deutschlands

Massenorganisationen

CDU Christl.-Demokratische Union

LDPD Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

Aus dem Programm der SED von 1976

„Im Sozialismus wird die politische Macht von der Arbeiterklasse ausgeübt. Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei verwirklicht die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der Intelligenz und den anderen Werktätigen die Interessen des Volkes.

Der Sozialismus beruht auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln in seinen beiden Formen, dem gesamtgesellschaftlichen Volkseigentum und dem genossenschaftlichen Gemeineigentum. In der sozialistischen Planwirtschaft dienen die Produktionsmittel der steten Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen. Wissenschaft und Technik werden zum Nutzen der Gesellschaft entwickelt und eingesetzt.

Der Sozialismus befreit die Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrückung. Er braucht und verteidigt konsequent den Frieden. Für alle Mitglieder der Gesellschaft eröffnet er die Möglichkeit, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten, eine hohe Bildung zu erwerben, ihre demokratischen Rechte und Freiheiten aktiv zur Vorwärtsentwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu nutzen, ihre Persönlichkeit allseitig zu entwickeln. Der Sozialismus befriedigt immer besser die Lebensbedürfnisse der Werktätigen. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" ist ein grundlegendes Prinzip der sozialistischen Gesellschaft. Der Sozialismus gibt allen Menschen die Perspektive eines erfüllten Lebens, einer glücklichen Zukunft."

Programm und Statut der SED, in: Seminarmaterial zur Deutschen Frage, Gesamtdeutsches Institut (Hrsg.), Bonn 1988.

Blockparteien und Massenorganisationen

In der Ära Honecker gehörten Blockparteien und Massenorganisationen weiterhin zum Herrschaftsinstrumentarium der SED. Über Jahrzehnte unterstützten die Vorstände der „Bündnispartner" die SED aktiv bei der Verwirklichung ihrer Politik. Auch die Mitglieder der Blockparteien mußten die führende Rolle der SED anerkennen und ihre Loyalität zum sozialistischen Staat bekunden. CDU; LDPD, NDPD und DBD hatten die Aufgabe, die Teile der Bevölkerung für die Politik der SED zu gewinnen, die dem System distanzierter gegenüberstanden. Entsprechend gab es in den Blockparteien eine Polarisierung zwischen mehr oder weniger kritischen Mitgliedern und einer SED-hörigen Führung. Viele Bürger nutzten die bescheidenen Freiräume, die die Blockparteien boten oder wurden Mitglied, um nicht der SED beitreten zu müssen. Wer als einfaches Mitglied in einer Blockpartei war, hatte kaum mit Vorteilen in der beruflichen Entwicklung zu rechnen. Vorteile konnten nur die führenden Funktionäre erwarten. In den letzten Jahren nahm die Zahl der Mitglieder der Blockparteien wegen ihrer „Nischenfunktion" zu. 1988 sah der Mitgliederstand etwa so aus:

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)	125000
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)	82000
National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)	91000
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	103000

Über die Mitgliedschaft traf die SED die letzte Entscheidung. Nur der CDU erlaubte die SED, zum Beispiel Arbeiter aufzunehmen.

Die Massenorganisationen hatten die Aufgabe, verschiedene Bevölkerungsgruppen in die Politik der SED einzubeziehen, sie zur Erfüllung der Wirtschaftspläne zu mobilisieren und im Sinne des Marxismus/Leninismus zu beeinflussen.

Dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) mit seinen fast zehn Millionen Mitgliedern kam die Aufgabe zu, die Mitwirkung der Arbeiter an den Betriebsleitungen zu organisieren, für die Erfüllung der staatlichen Pläne und für hohe Arbeitsleistungen zu sorgen. Als kommunistische Mobilisierungsorganisation war der FDGB keine Gewerkschaft im westlichen Sinne. Da Streiks verboten waren, fehlte den Arbeitern ein schlagkräftiges Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen. Da die Staatsbetriebe „Volkseigentum" seien, so wurde den Arbeitern erklärt, würden sie sich im Falle eines Streiks selbst bekämpfen. Tatsächlich stand das Staatseigentum nicht in der Verfügungsgewalt des Volkes, sondern wurde von einer kleinen Gruppe von Funktionären gelenkt. Anstelle gewerkschaftlicher Arbeit beschränkte sich der FDGB auf die Ferienbetreuung und verwaltete die Sozialversicherung der Arbeiter, Angestellten und der Mehrzahl der Rentner.

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) mit ihren etwa 2,1 Millionen Mitgliedern hatte als „Staatsjugend" die Aufgabe, alle Jugendlichen zu organisieren und als „Kampfreserve der Partei" ideologisch zu beeinflussen. Praktisch wurde jeder Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren Mitglied der FDJ. Eine normale schulische und berufliche Entwicklung ohne FDJ-Mitgliedschaft war kaum möglich.

Michael Sallmann: Die Wahl

Drei Tage vor der Wahl hatte ich erfahren, daß ich in Leipzig, wo ich als Student polizeilich nur für eine Nebenwohnung gemeldet war, gar nicht wählen könnte und daß mir die offizielle Wahlbenachrichtigung in Thalheim im Erzgebirge zugestellt worden wäre. Da ich mich in dieser kurzen Frist nicht mehr über die aufgestellten Kommunalkandidaten meines Hauptwohnsitzes hatte informieren können, trug ich mich mit der festen Absicht, mich bei den Wahlen der Stimme zu enthalten ...

An diesem Wahlmorgen nun machte ich mich mit meiner Mutter gegen neun Uhr auf den Weg zum Wahllokal. Meine Mutter, die dem Wahlvorgang völlig desinteressiert und eingeschüchtert gegenübersteht, wollte einfach ihren „Zettel" abgeben und ihre Ruhe haben. Das Wahllokal war an diesem Sonntagmorgen schon lebhaft besucht. An der hinteren Wand stand eine lange Tischreihe, die mit rotem Fahnentuch bedeckt war. Hinter ihr saßen die Wahlhelfer; sie hatten die Aufgabe, die Wähler bei den Formalitäten der Wahl anzuweisen. Dem am weitesten rechts sitzenden Wahlhelfer mußte ich meine rote Wahlbenachrichtigungskarte und meinen Personalausweis vorlegen. Nachdem sich der Mann von meiner Identität überzeugt hatte, konnte ich zwei Schritte weiter nach links vor den nächsten Helfer treten. Der schaute sich nochmals Karte und Ausweis an, behielt die Karte und drückte mir dafür die Stimmzettel in die Hand. „So, bitte nicht herumträumen".

In der Tat war ich ziemlich verklemmt. Ich wußte sozusagen nicht, wie ich mein „frevelhaftes" Vorhaben beginnen sollte.

„Entschuldigen Sie, ich möchte mich der Stimme enthalten, was soll ich denn da mit diesen Zetteln machen?" begann ich mit belegter Stimme. Wahlhelfer Nr. 2 nahm die Brille ab. „Wie bitte? Ich verstehe Sie wohl nicht richtig?" Er blickte mich fassungslos an. Ich wußte nicht, was ich antworten sollte. Peinliches Schweigen entstand. Alle blickten mich an, so daß die ganze Wählerei ins Stocken kam.

„Ja, hm, der Stimme enthalten", wagte ich mich wieder hervor und räusperte mich. Um mich herum nervöses Füßescharren.

Wahlhelfer Nr. 3, zu dem ich nun eigentlich hätte treten müssen, überbrückte mit munter-aufheiternder Stimme die Situation: „Herr Sallmann, Sie müssen die Zettel jetzt zusammenfalten und hier in die Wahlurne stecken!" Er wies mit seinem Finger einladend auf den Kasten mit dem Schlitz.

„Nein, nein", erwiderte ich, „ich möchte mich doch der Stimme enthalten, ich hab doch die Kandidaten gar nicht kennenlernen können und weiß nicht, wie ich mich als Wähler anders verhalten soll, als mich der Stimme zu enthalten." Im Hintergrund lachte jemand schrill. Kinder plärrten. Sonst war alles still. So blieb es einige Sekunden lang, dann schob einer der Wahlhelfer energisch seinen Stuhl zurück: „Was will denn der! Der stört den Ablauf, das soll doch alles zügig gehen!" Und zu mir gewandt: „So gehts doch nun auch nicht! Sie bringen uns ja hier alles durcheinander!"...

Ich gab nun schon recht kleinlaut zurück: „Aber ich will mich doch nur der Stimme enthalten und von Ihnen wissen, wie ich mich dabei zu verhalten habe mit diesen Zetteln hier. Soll ich sie etwa zerreißen oder so zurückgeben oder was?" Nun war der Wahlhelfer Nr. 2 wieder dran. Er war aufgestanden und sagte mit fast beschwörender Stimme: „Überlegen Sie sich doch, was Sie tun, was wollen Sie nur damit beweisen!"

Meine Mutter, die die ganze Zeit neben mir stand, forderte er auf, doch einzuschreiten und mich zur Vernunft zu bringen: „Er weiß nicht, was er tut. Sie sehen doch, hier staut sich alles!" Es folgte eine hilflose Gebärde.

Der Typ, der mich so scharf angegangen war, hackte wieder auf mich ein: „Können Sie vielleicht begründen, warum Sie sich der Stimme enthalten wollen?" Und mit empörter Stimme (er platzte sozusagen): „Sowas darf ja wohl nicht wahr sein. Und das bei uns, wo für die Jugend alles, aber auch wirklich alles getan wird!"

„Was hat das denn damit zu tun?" schrie ich zurück, „Menschenskind, ich kann doch niemanden ablehnen oder wählen, von dem ich überhaupt nichts weiß, ich bin gestern erst aus Leipzig gekommen." Ich erzählte den Leuten den Schnickschnack, der dieser Staatsaffäre vorausgegangen war. Dabei kam ich in Wut und endete mit dem Satz: „Und jetzt sagen Sie mir endlich, wie der Laden hier weitergeht!"

„Laden hat er gesagt", zeckte der scharfe Typ von Wahlhelfer wieder los. „Auf unsere Kosten studieren und sich dann der Stimme enthalten! Das werden wir mal der Schule schreiben, wie sich dieser Bürger hier gegen seinen Staat stellt!"

Jetzt war es an mir zu platzen: „Stelle ich mich gegen den Staat oder gegen Eure Dussligkeit, verdammich, soll ich den wirklich Leute wählen, von denen ich nicht einen Furz kenne, wollt Ihr das wirklich so haben?"...

Wahlhelfer Nr. 1, der nun auch vor mir stand, fuhr mich an: „Bitte sehr, wenn Sie sich offen gegen den Sozialismus stellen wollen, haben sie die Möglichkeit, mit ‚nein' zu stimmen!"

„Aber warum denn nur", rief ich verzweifelt, „ich kenne die Leute doch nicht!" Da riß mir Wahlhelfer Nr. 3 plötzlich die Stimmzettel wieder aus der Hand. „Na, da geben Sie die Zettel eben wieder her, wenn Sie selber nicht wissen, was Sie eigentlich wollen. Entweder so oder so, denken Sie vielleicht, wir braten hier jedem seine Extrawurst! Bei uns nicht! Hier nicht!"

Diese Worte erreichten mich nur noch aus größerer Entfernung, als ich gerade die Tür hinter mir zuwarf.

Am Nachmittag redeten wir beim Kaffee im Familienkreis über die turbulente Szene des Vormittags. Als wir so gemütlich dasaßen, klingelte es. Meine Mutter ging hinaus, um zu öffnen, und kehrte mit zwei Herren in grauen Festtagsanzügen und Parteiabzeichen der SED wieder zurück. „Die beiden Herren wollen zu Dir."

Der eine trug unterm Arm – die Wahlurne. Sie schleppten mir das Ding hinterher!

„Wir sind gekommen, um mit Ihnen noch einmal in aller Ruhe zu sprechen, jetzt, wo sich die Gemüter wohl wieder beruhigt haben", zwitscherte der mit der Urne. „Wir zwei sind von der Ortsparteileitung der SED!! Wir haben uns dieses Zwischenfalls kompetenterweise angenommen. Kennen Sie denn die Kandidaten wirklich nicht oder ist das nur ein Vorwand, das können Sie doch sagen. Wir sollten überhaupt offen zueinander sein!"

Nachdem ich letzteres ausdrücklich begrüßt hatte, erzählte ich den beiden die ganze Story noch einmal, bis in die kleinste Kleinigkeit hinein.

Die beiden SED-Genossen schlürften ihren Kaffee und blickten betreten drein. Dann faßte mich der Urnenlose tief ins Auge: „Wenn dem so ist, Herr Sallmann, dann – na, wie soll ich das sagen – dann sollten Sie zur Staatsmacht mehr Vertrauen haben! Unsere Kandidaten sind doch alle vorher geprüft und ausgesucht worden. Sie sollten ihnen Ihr Vertrauen einfach *SCHENKEN*. Sozusagen als Vertrauensbeweis gegenüber den Organen der Volksmacht."

Der Arme. Nun freute er sich, daß er die Kurve derart gut gekriegt hatte. Leider Gottes stieß er bei mir auf totales Unverständnis gegenüber seiner Denkweise.

„Also, ich habe kein abstraktes Verantwortungsgefühl zu den Staatsorganen, wenn Sie das meinen! Ich gebe meine Stimme nur denen, deren Ziele und Vorstellungen ich kenne und billige."

Die beiden schwiegen. Schließlich klemmte sich der eine die Urne vor den Bauch. Sie standen auf. „Wir dachten, Sie wären zur Vernunft gekommen. Sie sind ein hartnäckiger Fall. Wir dachten wirklich, Ihnen wäre an der Klärung dieser Angelegenheit gelegen."

„Und ich dachte, ich hätte mich Ihnen erklärt. Ob Sie mich verstanden haben oder nicht, ist ja nun zum gewissen Teil auch Ihre Sache!"

Sie gingen und trugen die Urne mit sich davon. Negative Auswirkungen auf mein Studium hatte der „Vorfall" nicht. Am gleichen Tag erfuhr ich, daß unmittelbar, nachdem ich wutentbrannt und verärgert aus dem Wahllokal hinausgestürmt war, fünf Leute, welche die ganze Zeit Augenzeugen des „Vorfalles" gewesen waren, mit „NEIN" gestimmt hatten.

DDR-konkret. Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land. Verlag Olle & Wolter, Berlin, 3. Aufl. 1981, S. 67–71.

Michael Sallmann, geboren 1953 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), wurde 1974 wegen ‚antisozialistischer Aktivitäten im kulturellen Bereich' vom Studium ausgeschlossen. Sallmann arbeitete als Kraftfahrer und Lagerarbeiter. 1976 wurde er zur NVA eingezogen. Er trat vor Offizieren und Soldaten auf und wurde im April 1977 durch das Ministerium für Staatssicherheit wegen ‚staatsfeindlicher Hetze' in Form von Liedern und Gedichten verhaftet. Im September 1977 wurde er ohne Prozeß nach West-Berlin abgeschoben.

Der FDJ unterstanden die Kinderorganisationen *Junge Pioniere* (Klasse 1 bis 3) und die *Thälmann-Pioniere* (Klasse 4 bis 7). 1985 zählte die Pionier-Organisation 1340557 Mitglieder. Das entspricht einem Organisationsgrad von fast 100 Prozent. Die militärisch gekleideten Pioniere waren an den Schulen in „Pionierfreundschaften" unter Leitung eines „Pionierleiters" zusammengefaßt, der gleichberechtigtes Mitglied im Lehrerkollegium der Schule war.

Weitere wichtige Massenorganisationen waren der *Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD)* mit 1,5 Millionen Mitgliedern, der *Deutsche Kulturbund der DDR (KB)* mit 263874 (1985) Mitgliedern, die *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)* mit 6 Millionen Mitgliedern und die *Gesellschaft für Sport und Technik (GST)*. Sie alle waren mit Abgeordneten in der Volkskammer vertreten und hatten verschiedene Zielgruppen im Sinne der SED-Politik zu erreichen.

Nationale Front

Alle Parteien, Massenorganisationen und Verbände waren korporativ im Dachverband der *Nationalen Front* zusammengeschlossen. Im Artikel 3 der DDR-Verfassung hieß es: „Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet in der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik seinen organisierten Ausdruck". Bei den Einheitslistenwahlen traten alle Parteien und sonstigen Gruppierungen in einer gemeinsamen und einzigen Liste der Nationalen Front an. Außerhalb der Nationalen Front gab es keine Organisationen. Die Nationale Front unterstand direkt der SED und arbeitete in allen Fragen nach deren Anweisungen.

Staat

Staat und Partei

Staat und SED waren in der DDR untrennbar miteinander verbunden. Der Staat unterstand der Partei und war deren ausführendes Organ. Im Programm der SED wurde der Staat als „das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus" bezeichnet. Eine Gewaltenteilung existierte nicht. Die SED gab allen staatlichen Institutionen die politischen Vorgaben und verfügte zu diesem Zweck über einen umfangreichen Parteiapparat. Vor jeder staatlichen Entscheidung stand die Entscheidung der SED.

Auf allen Ebenen gab es enge personelle Verflechtungen von Staats- und Parteiämtern. So war Erich Honecker Generalsekretär der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

In politischen Grundsatzfragen kamen die Richtlinien für die Tätigkeit des Staates vom Politbüro der SED. Jedem Ministerium war eine Abteilung im ZK der SED vorgeschaltet. So war nicht der Minister für Kultur die entscheidende Instanz in kulturpolitischen Fragen, sondern der zuständige Sekretär im ZK der SED. Über ihre *Kaderpolitik* (*Kader:* „Herangebildeter Stamm von Nachwuchskräften auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens; auch Angehöriger dieses Personenkreises". Der Große Duden, Leipzig 1974) und mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit sorgte die SED dafür, daß nur zuverlässige Personen wichtige staatliche Ämter wahrnahmen. Hauptinstrument der Personalpolitik in Politik und Wirtschaft stellte die *Nomenklatura* dar. Dies war ein Verzeichnis von Positionen und Funktionen auf allen Gebieten, deren Besetzung allein die SED mit Hilfe des MfS entschied. Dazu gehörten auch alle Wahlfunktionen. So übernahmen führende Funktionäre der Blockparteien aufgrund von Entscheidungen der SED ihre Ämter.

Volkskammer

Laut Verfassung war die Volkskammer als das zentrale „Parlament" der DDR „das oberste staatliche Machtorgan der DDR" (Art. 48 Abs. 1), das seine Tätigkeit nach dem „Grundsatz der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung" (Art. 48 Abs. 2) zu realisieren hatte. Hinter dieser Formulierung verbarg sich die Aufhebung der Gewaltenteilung, die Identität von Staat und Parlament. Tatsächlich war auch die Volkskammer wie der gesamte Staat ausführendes Organ des SED-Regimes.

Die 500 Abgeordneten der Volkskammer verteilten sich 1986 (9. Wahlperiode) wie folgt auf die neun Fraktionen:

	Anzahl	%
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	127	25,4
Christlich-Demokratische Union (CDU)	52	10,4
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)	52	10,4
National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)	52	10,4
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	52	10,4
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)	61	12,2
Freie Deutsche Jugend (FDJ)	37	7,4
Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	32	6,4
Kulturbund der DDR (KB)	21	4,2
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)	14	2,8

Neben der Fraktion der SED waren auch etwa 90 Prozent der Massenorganisationen der Parteidisziplin unterliegende SED-Mitglieder. Die formale Mehrheit der SED war praktisch ohne Bedeutung, da alle Abgeordneten auf das von der SED bestimmte Programm der Nationalen Front verpflichtet waren und ohnehin nur mit Zustimmung der SED Abgeordnete werden konnten. Während der gesamten vierzigjährigen Arbeit der Volkskammer fielen die Abstimmungen immer einstimmig aus. Nur bei der Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs 1972 gab es 14 Gegenstimmen und acht Enthaltungen aus der CDU-Fraktion. Die für demokratische Parlamente übliche Ausschußarbeit war auf ein formales Minimum reduziert. Nur selten trat die Volkskammer zusammen, um Gesetze zu verabschieden, die zuvor im Auftrag der SED ausgearbeitet worden waren.

Sitzungen der Volkskammer

Wahlperiode	Anzahl der Sitzungen
1950–1954	50
1959–1963	27
1967–1971	20
1976–1981	13

Zum Vergleich: Der Bundestag tagte von 1976–1980 230 mal.

Im politischen System der DDR hatte die Volkskammer als Organ zur Bestätigung der SED-Politik nur eine untergeordnete Bedeutung. Ihre Funktion entsprach in keiner Weise der Rolle demokratischer Parlamente.

Die alle fünf Jahre durchgeführten Einheitslistenwahlen dokumentieren den undemokratischen Charakter der Volkskammer. Alle in der Volkskammer vertretenen Parteien und Massenorganisationen kandidierten auf einer einzigen Liste, der Einheitsliste der Nationalen Front. Man stelle sich vor, bei Bundestagswahlen würden alle Parteien miteinander auf einer einzigen Liste antreten. Dazu kam die Tatsache, daß jeder Bürger nur die Kandidaten des eigenen Wahlkreises „wählen" konnte. An eine Abwahl der SED war nicht zu denken. Da die Benutzung der Wahlkabine als Ausdruck gegnerischer oder ablehnender Gesinnung gewertet wurde und in vielen Bereichen Nachteile mit sich bringen konnte, falteten die Bürger ihre Zettel öffentlich zusammen und steckten sie ohne Umschlag in die Wahlurne. So hieß es im Volksmund: „Ich gehe falten." Das Ergebnis dieser Prozedur waren über Jahrzehnte Zustimmungen von über 99 Prozent für die Einheitsliste. Da eine demokratische Kontrolle der Stimmauszählung unmöglich war, wurde das Resultat durch betrügerische Manipulationen der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit zusätzlich auf das gewünschte Maß gebracht.

Ergebnisse der Einheitslistenwahlen zur Volkskammer von 1950–1986

(in Prozent)

Wahljahr	Wahlbeteiligung	Ja-Stimmen
1950	98,53	99,72
1954	98,51	99,46
1958	98,90	99,87
1963	99,25	99,95
1967	98,82	99,93
1971	98,48	99,85
1976	98,58	99,86
1981	99,21	99,86
1986	99,74	99,94

Staatsrat und Ministerrat

Als kollektives Staatsoberhaupt vertrat der *Staatsrat* die DDR völkerrechtlich, ratifizierte und kündigte Staatsverträge, ernannte Vertreter der DDR im Ausland, legte die militärischen und diplomatischen Ränge fest, verlieh Orden und Ehrenabzeichen, übte das Amnestie- und Begnadigungsrecht aus. Der Staatsrat kontrollierte im Sinne des staatlichen Gewaltmonopols das Oberste Gericht der DDR und den Generalstaatsanwalt.

Formal wurde der Staatsrat von der Volkskammer auf fünf Jahre gewählt. Tatsächlich bestimmte die SED-Führung seine Zusammensetzung. Vorsitzender des Staatsrats war in den achtziger Jahren Erich Honecker. Zu den acht Stellvertretern gehörten unter anderem der Präsident der Volkskammer, der Vorsitzende des Ministerrats sowie die Vorsitzenden der vier Blockparteien. Daneben gehörten dem Staatsrat 18 Mitglieder ohne weitere Funktionen sowie ein Sekretär an.

Als Regierung der DDR wurde der *Ministerrat* als Organ der Volkskammer von dieser für fünf Jahre gewählt und war ihr gegenüber formal verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Im Auftrag der Volkskammer, so Artikel 76 Absatz 1 der Verfassung, leitete der Ministerrat die gesamte Staatstätigkeit. Tatsächlich bestimmte auch hier die SED-Führung alle Aktivitäten und Entscheidungen. So hieß es im Gesetz über den Ministerrat der DDR vom 16. Oktober 1972: „Der Ministerrat arbeitet unter Führung der Partei der Arbeiterklasse im Auftrag der Volkskammer die Grundsätze der staatlichen Innen- und Außenpolitik aus und leitet die einheitliche Durchführung der Staatspolitik der Deutschen Demokratischen Republik." Das galt auch für andere Aufgabenbereiche wie für die Leitung der Staatswirtschaft, die Ausarbeitung der Wirtschaftspläne und die Durchsetzung der Außenpolitik.

Zu den 45 Mitgliedern des Ministerrates gehörten in den achtziger Jahren neben dem Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, unter anderem
- der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission,
- der Präsident der Staatsbank,
- der Leiter des Amtes für Preise,
- der Leiter des Amtes für Jugendfragen,
- der Oberbürgermeister von Berlin (Ost),
- der Ständige Vertreter im Exekutivkomitee des RGW und
- die Minister der DDR.

Ein wichtiges Organ des Ministerrates war die *Staatliche Plankommission*. Ihr oblag die Planung, Leitung und Kontrolle der gesamten Volkswirtschaft der DDR. Hier wurden langfristige Pläne, Fünfjahrpläne und Jahrespläne ausgearbeitet, die nach Genehmigung durch den Ministerrat und das Politbüro der SED zur verbindlichen Handlungsanweisung für alle Wirtschaftsministerien, Kombinate und Betriebe wurden.

Verwaltungsstruktur

Nach der Abschaffung der Länder im Jahr 1952 erhielt die DDR eine *zentralgeleitete Bezirksstruktur*. Jede Form des Föderalismus wurde beseitigt. Die Bezirke waren Mittelinstanzen ohne eigene Staatsqualität. Sie wurden formal durch die *Zentralinstanzen* (Volkskammer, Staatsrat, Ministerrat) angeleitet und kontrolliert. Auch hier übte die SED mit Hilfe ihres Staatssicherheitsapparates die eigentliche Macht aus. Ähnlich sah es in den Kommunen aus. Diese verfügten ebenso wie die Kreise über keinerlei Eigenständigkeit und Selbstverwaltung, sondern waren ausführende Verwaltungen der Zentralmacht. Die Fachabteilungen auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene unterstanden sowohl der übergeordneten Behörde als auch entsprechenden Instanzen der Berliner Zentrale. Hinzu kam die Verantwortlichkeit gegenüber der SED. In diesem hierarchischen und überbürokratisierten, überall von Stasi-Spitzeln durchsetzten System waren Entscheidungsfreude und Verantwortungsbewußtsein wenig ausgeprägt.

Rechtssystem und Staatsorgane

Justiz

In der DDR gab es kein unabhängiges Rechtssystem. Das Recht wurde von der SED ebenso als Mittel zur Durchsetzung ihrer Macht angesehen wie Staat, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Medien, Armee oder andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Im totalitären Staat, der keinerlei Gewaltenteilung zur Verhinderung von Machtmißbrauch kannte, unterstanden die Gerichte dem Diktat des Staates bzw. der SED und ihres Staatssicherheitsapparates. Das Ergebnis war eine Willkürjustiz, deren wesentliche Aufgabe in der Unterdrückung jeder demokratischen Opposition und in der Sicherung des SED-Regimes bestand. Zur Kontrolle der Justiz der DDR bestand in der Bundesrepublik Deutschland (Salzgitter) eine Erfassungsstelle der Bundesländer für Willkürmaßnahmen von Gerichten und Haftanstalten in der DDR. Höchste Instanz der Rechtsprechung war das Oberste Gericht. Mittlere und untere Instanzen waren die Bezirks- und Kreisgerichte. Für kleinere Streitigkeiten und geringfügige unpolitische Straftaten waren „Gesellschaftliche Gerichte" zuständig. Sie hatten eher eine erzieherische Funktion.

Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Neben Staatsanwaltschaft und Gerichten hatte vor allem auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mit seinen rund 85000 hauptamtlichen Mitarbeitern für den Erhalt der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu sorgen. Unter direkter Anleitung durch die SED verfügte das MfS über einen perfekten Kontrollapparat, mit dem alle Bereiche des Lebens der Bürger überwacht wurden. Das bürokratisch-organisatorische Gerüst bildeten die Zentrale in Ost-Berlin mit 33000 hauptamtlichen Mitarbeitern, die fünfzehn Bezirksverwaltungen mit Personalstärken zwischen 1754 (Suhl) und 3746 (Rostock) Angestellten und 219 Kreisdienststellen mit jeweils 25 bis 50 hauptamtlichen Mitarbeitern. Daneben existierten Einrichtungen des MfS in Betrieben, Kasernen, Hochschulen, Haftanstalten und zahlreichen anderen Einrichtungen.

Das MfS überzog das Land mit einem engmaschigen Spitzelsystem und sammelte Informationen über die Mehrzahl der Bürger. Nach dem Verständnis des MfS stellte das anonyme Heer der „Inoffiziellen Mitarbei-

ter“ (IM) und der „Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS) die „Hauptwaffe“ im Kampf gegen den Feind“ (MfS-Richtlinie Nr. 1/79) dar. Mit ihrer Hilfe wurden etwa 100000 Meter Akten mit Dossiers von über sechs Millionen DDR-Bewohnern und zwei Millionen Bundesbürgern und West-Berlinern gesammelt. Vor allem kritische Bürger hatten Grund, das MfS zu fürchten.

Auf den Postämtern wurden ihre Briefe geöffnet, ihre Telefongespräche wurden mitgehört und sie selbst waren oft dem psychischen Terror der Staatssicherheit ausgeliefert. Für den Ernstfall hatte das MfS Internierungslager für Personen mit „verfestigter feindlich-negativer Zielstellung“ vorbereitet. Die Spionageabteilung des MfS (Hauptabteilung Aufklärung) unterhielt zahlreiche Spione in westlichen Staaten und unterstützte aktiv die internationale Terrorszene. Die „Stasi“ war das wohl wirksamste Instrument der SED zur Absicherung ihrer Diktatur.

Stasi-Emblem – Im DDR-Volksmund „VEB Greif und Horch“

Deutsche Volkspolizei

Anders als in der Bundesrepublik war das Innenministerium der DDR faktisch ein Polizeiministerium. Neben der regulären *Volkspolizei* gab es in der DDR die *Transportpolizei* und die *kasernierte Bereitschaftspolizei*. In Gemeinden und Stadtbezirken waren „Abschnittsbevollmächtigte“ (ABV) für polizeiliche Maßnahmen zuständig. Ihre Aufgabe war es, in enger Kooperation mit dem MfS den Kontakt zu den Bürgern und deren Kontrolle zu gewährleisten. Wegen ihrer großen Anzahl (in der DDR kam ein Polizist auf 170, in der Bundesrepublik einer auf 385 Einwohner) waren die „Vopos“ überall präsent. Aufgrund ihrer linientreuen und bürgerfremden Haltung war die Volkspolizei, die sich bis zum Herbst 1989 an der Niederschlagung von Demonstrationen beteiligte, bei den meisten Bürgern gefürchtet und unbeliebt.

Bewaffnete Organe

Die „Bewaffneten Organe“ bestanden aus folgenden Einheiten:

– Die *Nationale Volksarmee* (NVA) umfaßte insgesamt etwa 213000 Personen, davon 116000 bei den Landstreitkräften, 37000 bei den Luftstreitkräften und der Luftverteidigung und 14000 bei der Volksmarine, der Rest bei den Grenztruppen. Die NVA war Teil der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, der unter sowjetischem Befehl stand. Die 48000 Personen umfassende *Grenztruppe* der DDR war zuständig für die Sicherung des „antifaschistischen Schutzwalls“ der DDR. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, mit Minen, Maschinenpistolen und Selbstschußautomaten die Flucht von Bürgern aus der DDR zu verhindern. Auf das Konto der Grenztruppe gehen die Toten an der innerdeutschen Grenze. Die Stabilisierung der Grenze war eine Grundbedingung für das Überleben des SED-Regimes.

– Bei den *VP-Bereitschaften* handelte es sich um kasernierte und militärisch gegliederte Einheiten der Volkspolizei als Bereitschaftspolizei. Hauptaufgabe der 20000 Personen starken „BePo“ war die „Territorialverteidigung“. Im Herbst 1989 wurde die „BePo“, wie vor dem Hauptbahnhof von Dresden, zur Niederschlagung von Demonstrationen eingesetzt.

– Mit den *Kampfgruppen der Arbeiterklasse* (Betriebskampfgruppen) besaß die SED eine fast 400000 Personen umfassende Kampfeinheit, deren Aufgabe in der Unterdrückung von Demonstrationen und inneren Unruhen, im Objektschutz und in der taktischen Unterstützung der NVA bestand. Nach dem Volksaufstand 1953 von der SED aufgestellt, wurden die „Kampfgruppen“ beim Mauerbau und bei der Zerschlagung von Demonstrationen bis zum Ende des Regimes eingesetzt. Sie unterstanden direkt den SED-Bezirksleitungen.

– Zu den Bewaffneten Organen zählten auch 15000 kasernierte Einsatzkräfte der *Zivilverteidigung*, die Volkspolizei, die militärischen Sondereinheiten des MfS und die bewaffneten Einheiten der Zollverwaltung.

Alle „Bewaffneten Organe“ unterstanden der SED. In allen Einheiten gab es kommunistische Politoffiziere, mit deren Hilfe die SED-Politik in den Einheiten durchgesetzt wurde. Zur Erhaltung ihrer Macht schreckte die SED nicht vor einer allgemeinen Militarisierung der Gesellschaft zurück. Bereits im Kindergarten, vor allem aber in der Schule gab es eine intensive militärische Erziehung. Sie bestand aus Wehrunterricht, Schießübungen für Kinder, militärischen Drill in der Schule und aus einer sozialistischen Erziehung, die den Haß auf den „imperialistischen Klassenfeind“ in der Bundesrepublik einschloß.

Wirtschaft

Die Wirtschaft in der DDR war durch das SED-Parteiprogramm und die Verfassung als „sozialistische Planwirtschaft“ festgelegt. Die SED richtete sich nach einem ideologischen Wirtschaftsverständnis. Von der Politischen Ökonomie des Marxismus/Leninismus ausgehend wurde das zentralverwaltete Staatseigentum, das die SED als „Volkseigentum“ bezeichnete, als Überwindung „kapitalistischer“ Wirtschaftsstrukturen angesehen.

Dabei ging die SED von folgenden Prinzipien aus:

- Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln unter der Verfügung der Leitungs- und Planungsgremien der SED.
- Zentrale Leitung und Planung von Produktion und Verteilung.
- Umfassende Funktionen der Partei und des Staates in der Wirtschaft (Staatswirtschaft).
- Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik: „Wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben.“
- Geringe Eigenständigkeit der Betriebe und Verwaltungen.
- Vorrang des Exports vor der Eigenversorgung der Bevölkerung.

Sozialistische Eigentumsverhältnisse

Bis auf das persönliche Eigentum der Bürger, den Besitz der Kirchen und das private Eigentum von Handwerkern und Gewerbetreibenden an kleinen Betrieben gab es in der DDR nur „sozialistisches Eigentum“. Nach kommunistischem Verständnis sollte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also die Enteignung der Privatindustrie, zu einer höheren Form des gesellschaftlichen Miteinanders führen.

Nach der Verfassung der DDR gab es folgende Formen von Eigentum:

1. Sozialistisches Eigentum (Art. 9,1, 10,1):
a) Gesamtgesellschaftliches Volkseigentum (Art. 12): Bodenschätze, Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren, Gewässer, Naturreichtümer des Festlandsockels, Banken, Versicherungen, volkseigene Güter, Verkehrswege, Transportmittel, Post- und Fernmeldewesen, volkseigene Industriebetriebe.

b) Genossenschaftliches Gemeineigentum (Art. 13): Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Gärtnerische Produktionsgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften des Handwerks, Produktionsgenossenschaften der werktätigen Fischer, Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, Konsumgenossenschaften.

c) Eigentum gesellschaftlicher Organisationen: Ferienheime des FDGB, Jugendherbergen der FDJ, Finanzmittel, Verlage und Druckereien der Parteien und Organisationen.

2. Persönliches Eigentum (Art. 11,1): Ersparnisse, Ausstattung der Wohnung und des Haushalts, Gegenstände des persönlichen Bedarfs, der Berufsausbildung, der Weiterbildung und der Freizeitgestaltung, Grundstücke und Gebäude zu Wohn- und Erholungszwecken, vermögensrechtliche Ansprüche aus Urheber-, Neuerer- und Erfinderrechten.

3. Privates Eigentum der Einzelhandwerker und Gewerbetreibenden (Art. 14,2): Kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe, Mietshäuser.

Der Werktätige im Sozialismus

Der sozialistische Wettbewerb 1

Der sozialistische Wettbewerb ist gewissermaßen der Motor der Arbeitsproduktivität des realen Sozialismus. Er soll die Werktätigen dazu anspornen, den vorgegebenen staatlichen Plan nicht nur zu erfüllen, sondern wenn möglich überzuerfüllen. Was die führende Rolle der Partei für die sozialistische Gesellschaft, das ist der sozialistische Wettbewerb für die sozialistische Arbeit – das sozialistische Pendant zum kapitalistischen Leistungsprinzip: die kapitalistische Konkurrenz, das Zuckerbrot und die Peitsche.

Franz Loeser: Quo vadis, DDR? Die unglaubwürdige Gesellschaft, Bund Verlag, Köln 1984, S. 108.

Der sozialistische Wettbewerb

Herausragendes Erlebnis ... war die Besichtigung einer Strickerei, eines Stückes Volkseigentums also. Und wie arbeiten nun die Werktätigen in einem Betrieb, der nicht einem Ausbeuter, sondern ihnen selbst gehört? An den Strickmaschinen, welche immer wieder dieselben monotonen Handbewegungen abnötigen, arbeitet nur weibliches Volk. Der Direktor ist Angehöriger des männlichen Volkes und der SED. Und die „ungeheuren Fortschritte der DDR auf dem Gebiet der Frauen-Emanzipation" manifestieren sich nicht nur darin, daß die Strickerinnen selbst sagen, für Männer sei diese Arbeit doch zu eintönig, sondern auch darin, daß die werktätigen Frauen ihren werktätigen Männern nunmehr erst nach Ende des Werktages pflichtbewußte Hausfrau sein können. Aber immerhin hat die DDR die höchste Scheidungsrate auf der Welt. Das geht eben seinen sozialistischen Gang.

Von sozialistischem Wettbewerb kündet eine große Tafel am Eingang zum Maschinensaal der Fabrik. Hier steht der Name jeder Arbeiterin und jedes Arbeiters fein säuberlich aufgelistet. Dahinter dann ist zu lesen, wie oft der oder diejenige krank gewesen ist. Wieviel Stunden sie oder er gearbeitet hat. Und zu wieviel Prozent sie oder er den Plan erfüllt hat. Und alle Faulenzer, die weniger als 110 Prozent Planerfüllung aufweisen können, sind in Rot gekennzeichnet.

Stefan Moll: Noch fünfhundert Meter bis zur Freiheit. Wie eine „Sympathisanten-Delegation" den real existierenden Sozialismus in der DDR vorgeführt bekam. Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 1984.

SVK-Buch und Kaderakte

Jeder Mensch im arbeitsfähigen Alter besitzt das grüne SVK-Buch. Es ist eine Kombination von Sozialversicherungsausweis und Arbeitsbuch. In ihm sind seine Daten, seine Ausbildungsabschlüsse, seine Arbeitsstellen, seine Tätigkeiten, seine Krankheiten, Zahnbehandlungen, Impfungen sowie seine Fehltage und Versicherungszahlungen notiert. Dieses Buch braucht er, will er eine Arbeit aufnehmen oder einen Arzt aufsuchen. Es ist ebenso wichtig wie der Personalausweis. Es gibt erste Auskünfte über das Sozialverhalten des Arbeitenden ...

Der Weg des Werktätigen durch die Institutionen wird außerdem begleitet von einem geheimnisvollen Dokument: der Kaderakte. Der Betroffene bekommt sie gewöhnlich nie zu Gesicht. Die Kaderakte enthält Paßbild, Fragebögen, Lebensläufe, Beurteilungen, Verweise, Auszeichnungen, Protokolle von Kadergesprächen – kurzum alles, was an Aussagen zur Person zusammengetragen werden kann; gebündelt liegt es im Panzerschrank der Personalabteilung. Bewirbt man sich in einem anderen Betrieb, verfolgt die Akte einen dorthin. Kündigt man, ohne eine neue Arbeit aufzunehmen, verbleibt sie im alten Betrieb. Die Kaderakte begleitet den Bürger vom ersten Arbeitstag bis zur Rente. Er weiß, daß darin seine guten Taten und Sünden festgeschrieben sind. Er weiß nicht, wie schlampig diese Akten oft geführt sind, wie wenig aussagekräftiges Material sie enthalten. Allein die Existenz solcher Akten genügt, jedermann zu disziplinieren. Eingeschüchtert sind die Leute dadurch nicht. Immer hat der DDR-Bürger im Hinterkopf, daß seine Daten an den verschiedensten Stellen gespeichert sind und daß er sowieso keinerlei Einfluß darauf hat, wie sie verwendet werden. Hat er sich damit abgefunden, gewinnt er eine seltsame Art von Freiheit. Ihm ist gleichgültig, in welchem Licht er der Bürokratie erscheint. Was immer die Funktionäre von ihm halten, auf seine Arbeitskraft können sie nicht verzichten.

Irene Böhme: Die da drüben, Rotbuch-Verlag, Berlin 1983, Seite 21 f.

Der Plan

Ich besuchte die unterste Schicht jener derart demokratisch gewählten Volksvertreter, die drei sogenannten „Stadtbezirksabgeordneten" ...

Stolz zeigen sie mir die Kopie des „Volkswirtschaftsplans des Stadtbezirks Berlin-Prenzlauer Berg, Entwurf (nur für den Dienstgebrauch)". Schwerlich eine erbauliche Lektüre, sollte man denken. Doch in diesem Dokument erfährt man mehr über die Art dieses politischen Systems als in vielen Top-secret-Memoranden des Politbüros. Es zeigt den monumentalen Irrsinn der zentralen Zahlenplanung, vor der seither so viele Menschen in Osteuropa zu fliehen versuchen. Geht man vom Allgemeinen zum Besonderen – mit Zahlen bis zur dritten Dezimalstelle –, kommt man vom Sublimen zum Absurden. „Der Versorgungsgrad in der Arbeiterversorgung ist auf 56 % zu steigern, dabei in der dritten Schicht auf 82 %", ist auf Seite 10 zu lesen. „Dazu ist die HO-Gaststätte ‚Storkower-Eck' wieder in vollem Umfang versorgungswirksam zu machen..."

„Die Buchbestände in den Bibliotheken werden von 350000 auf 450000 Bände erhöht. Die Zahl der Entleihungen ist auf 108,2 % zu steigern" (Seite 23). Man sollte einen Moment innehalten, um über diesen Satz nachzudenken. Die armen Bibliothekare, so sie bei ihrer Jahresinventur mit nur 105,76 % abschließen können. „Verzeihung, haben Sie nie daran gedacht, die Werke Schillers zu lesen? Sind doch nur siebzig. Ich werde Sie dafür vormerken." – „Was, Genosse! Du hast nie die Werke Rosa Luxemburgs gelesen? Hier sind sie, kannst sie alle mitnehmen!" – „Na komm, Ottochen, wir sind doch schon groß, höchste Zeit, daß wir Hegel lesen, nicht wahr?" Keine Rede davon, daß die Menschen ermutigt werden sollen, die öffentlichen Bibliotheken mehr zu nützen, nein „die Zahl der Entleihungen ist auf 108,2 % zu steigern". Ein – buchstäblicher – Irrsinn.

Timothy Garton Ash: „Und willst Du nicht mein Bruder sein ...". Die DDR heute, Spiegel-Buch Nr. 15, Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 72 ff.

Der permanente Bummelstreik

Am Eingang des Restaurants ein Schild: „Bitte warten Sie, Sie werden plaziert". Vor dem Schild die Gäste, sie ordnen sich diszipliniert zur Schlange. Hinter dem Schild ein gähnend leeres Lokal. Niemand kommt, die Gäste einzuweisen. Kein Gast wagt sich an einen Tisch zu setzen, er würde nicht bedient. Seit Jahren ist das Sitte in der DDR. Als kürzlich die Schilder entfernt wurden, blieben die Gäste weiterhin verunsichert am Eingang stehen, wartend auf ein Zeichen des Personals. Ein eingeschliffener Reflex. Der Bürger weiß, er kann von einem anderen Werktätigen keine Dienstleistung erzwingen. Er selbst wäre auch nicht dazu bereit. Es gilt das ungeschriebene Gesetz, nicht der Kunde, sondern der Arbeitende ist König. In der Präambel des „Gesetzbuches der Arbeit" steht: „Aus der Last der unfreien Arbeit für schmarotzende Ausbeuter wurde die freie Arbeit der Werktätigen für sich selbst und die Gesellschaft". Das wird wörtlich genommen. An erster Stelle die freie Arbeit für mich selbst, an zweiter die für die Gesellschaft. Obwohl vielen der Text dieses Gesetzes nicht geläufig ist, handeln alle nach dieser Auslegung.

...

Der Kellner läßt die Tische unbesetzt, stellt grundlos auf einige das Schild „Reserviert", bedient langsam und mürrisch. Am nächsten Tag versorgt er die Gäste flott, bedient zuvorkommend und freundlich. Im ersten Fall hat er keine Lust auf Gäste. Es ist ihm wichtiger, mit den Küchenmädchen zu plaudern, mit seinen Kollegen die neuesten Fußballergebnisse durchzugehen oder die Zeitung zu lesen. Im zweiten Fall hat der Kellner Lust auf Gäste. Es macht ihm Spaß vorzuführen, wie gut er sein Handwerk beherrscht. Sein persönliches Wohlbefinden ist ihm wichtiger als Trinkgeld.

Irene Böhme: Die da drüben, a. a. O., Seite 28 f.

Genossenschaften wurden von der SED als niedrige Form „sozialistischen Eigentums" angesehen, weil Eigentümer nicht das gesamte Volk war. Daher wurden die unter Zwang gebildeten Genossenschaften immer stärker zu Großbetrieben zusammengefaßt. Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) waren in die Produktion der Kombinate eingebunden. Da die Arbeiter in den Betrieben in einem abhängigen Lohnverhältnis standen und keinerlei Einfluß auf ihr „Volkseigentum" hatten, konnte von einem tatsächlichen Eigentum der Bevölkerung an den Betrieben keine Rede sein. Es handelte sich um Staatseigentum in der Verfügungsgewalt einer Partei. Die eigentlichen Nutznießer waren die führenden Parteifunktionäre. Sie bauten sich Villen, lebten von westlichen Luxuserzeugnissen, legten sich riesige Jagdgebiete zu und fuhren westliche Luxuslimousinen.

Jugendfestival der FDJ in Ost-Berlin: Die GST demonstriert „Wehrerziehung".

Die VEB wurden seit 1978 in *Kombinaten* zusammengefaßt. Zu einem Kombinat gehörten neben den eigentlichen Produktionsbetrieben auch Zulieferbetriebe sowie Absatz- und Forschungseinrichtungen. Die Industrieproduktion der DDR erfolgte in den achtziger Jahren fast ausschließlich in Kombinaten. Mitte der achtziger Jahre unterstanden 127 Kombinate den verschiedenen Industrieministerien, 95 wurden von „Bezirkswirtschaftsräten" (BWR) angeleitet. Zu einem Kombinat unter der Verantwortung eines Ministeriums gehörten in der Regel 20 bis 40 VEB mit insgesamt etwa 25000 Mitarbeitern.

Industrie

Im Jahre 1983 lag der Beitrag der Industrie einschließlich des produzierenden Handwerks, jedoch ohne das Bauhandwerk, an der Bildung des Sozialprodukts bei 72 Prozent. Damit war die Industrie der wichtigste Wirtschaftsbereich der DDR.

Die Struktur der Branchen folgte auch in den achtziger Jahren noch den vor 1945 gegebenen Schwerpunkten. Allerdings wurden nach 1950 Industriezweige gefördert, die die Wirtschaftsstruktur ausglichen und dem sowjetischen Modell anglichen. So gab es eine eigene Schwermaschinenindustrie, und die Grundstoffindustrie (Braunkohlen, eisenschaffende und chemische Industrie) war ausgeweitet worden.

Die wirtschaftliche Situation wurde durch folgende Industriezweige bestimmt:

- die auf Braunkohle basierende Energiewirtschaft,
- die chemische Industrie,
- den Maschinenbau,
- die Elektrotechnik, Elektronik und den Gerätebau.

Verschiedene traditionelle Zweige des Maschinenbaus wurden vernachlässigt. Zu ihnen gehörten die im sächsischen und thüringischen Raum beheimatete Produktion von Textilmaschinen, graphischen Maschinen und Kraftfahrzeugen. Zugunsten der eher für den Export geeigneten Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie stagnierte auch die gesamte Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Neben wenigen technologisch modernen und effizienten Produktionsstätten dominierten völlig veraltete, heruntergewirtschaftete und ineffiziente Fabrikationsanlagen, die nur aus Mangel an Alternativen weiter produzierten. Der größte Teil der Industrieanlagen konnte nur unter den Bedingungen einer abgeschirmten Binnenwirtschaft und auf niedrigem Niveau existieren. Wie die Entwicklung nach der Herstellung der deutschen Einheit zeigt, blieb die Industrie der DDR weit hinter den Ansprüchen des Weltmarktes zurück. Die Folge war, daß zahlreiche marode Betriebe, deren Produkte auch von den ehemaligen Konsumenten in der DDR nicht mehr gekauft wurden, geschlossen werden mußten.

Zentrale Planung

Die marxistisch-leninistische Ökonomie hatte das Ziel, an die Stelle des Konkurrenzzwanges und der Mechanismen der Marktwirtschaft (Angebot und Nachfrage) eine gesamtwirtschaftliche Planung auf der Grundlage des vergesellschafteten Eigentums treten zu lassen. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Bedürfnisse der Bevölkerung wurden auf der Grundlage der Ideologie des Marxismus-Leninismus von der SED bestimmt.

Politik und Wirtschaft waren im totalitären System auf das engste verknüpft. Entscheidungsträger beider Bereiche war die SED. Neben dem Wirtschaftsgeschehen unterlagen auch alle gesellschaftlichen Bereiche wie Soziales, Kultur, Wissenschaft und Bildung der zentralen Planung, Lenkung und Kontrolle.

Voraussetzung für die zentrale Wirtschaftsplanung war die weitgehende Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, den Banken und Versicherungen. Auch die Geld- und Kreditversorgung erfolgte in der DDR durch den Staat.

Die Produkte wurden administrativ zentral verteilt. Der Außenhandel war durch staatliche Organisationen zentral gelenkt. Die Preise für Güter und Dienstleistungen sowie für Arbeit (Löhne) und Kapital (Zinsen) wurden zentral festgelegt (staatliche Preispolitik).

Oberstes Ziel allen wirtschaftlichen Handelns war die Planerfüllung.

Pläne

Die Wirtschaftsfunktionäre der SED entwarfen ein System sich ergänzender Pläne. Es gab:

- Prognosen für Zeiträume bis zu 30 Jahren,
- Konzepte und Programme für 10 bis 15 Jahre,
- Fünfjahrpläne mit Gesetzescharakter und
- Jahrpläne mit Gesetzescharakter.

Die Pläne erfaßten alle Bereiche der Wirtschaft:

- Planung von Produktion und Verteilung,
- Koordinierung von Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Konsumpolitik,
- Außenhandel,
- Nutzung neuer wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse,
- Festlegung der materiellen und sonstigen Leistungsanreize,
- Festlegung der Löhne,
- Gestaltung der Organisation der Wirtschaft und anderes mehr.

Von der Volkskammer zum Gesetz erhoben, stellte der jährliche Volkswirtschaftsplan die grundlegende, vollzugsverbindliche Arbeitsanweisung für alle Wirtschaftseinrichtungen

dar. Über Direktiven, Plannormen und Empfehlungen griffen die Planbehörden ständig in den Produktions- und Verteilungsbetrieb ein. Die Erstellung des Planes basierte auf einem ständigen Informationsaustausch zwischen den staatlichen Planungsbehörden und den Betrieben.

Während eines Jahres wurden die Wirtschaftseinrichtungen

- über die staatlichen Aufgaben der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik informiert,
- diese schrittweise in Richtung der Produktionsprozesse detailliert und miteinander abgestimmt,
- anschließend in Planentwürfen zusammengefaßt und
- von den zentralen Gremien der SED und der Staatsführung als „Staatliche Planauflage" für das folgende Planjahr bzw. -jahrfünft beschlossen.

Die auf diesem Wege getroffenen Planentscheidungen über die zu erwartenden Leistungen, den Einsatz von Ressourcen usw. wurden nur unter Vorbehalt getroffen. Bei widersprüchlichen Prognosen der zukünftigen Entwicklung tendierten die Planer dahin, am bisherigen Plan festzuhalten. Vor allem die langfristige Planung wurde laufend durch Veränderungen auf dem Weltmarkt und durch wissenschaftliche Neuerungen überholt.

Probleme gab es bei der Delegierung der Entscheidungs- und Kontrollkompetenzen der zentralen Planbehörden an örtliche Planungsinstanzen, Kombinate und Betriebsleitungen. Um eine Erfüllung der Pläne zu erreichen, wurde seit den sechziger Jahren anstelle der „strikten Planung von oben" eine stärkere Abstimmung von staatlichen und betrieblichen Interessen versucht.

Das Planungssystem sollte mit Hilfe naturaler und finanzieller Kennziffern alle Bereiche der Wirtschaft erfassen. Da dies nie gelang, blieb die Planung immer unvollkommen. Vor allem wurden die Bereiche der Produktion und Handels nicht erfaßt, die von den Betrieben am Plan vorbei „schwarz" realisiert wurden.

Planentscheidungen

Mit Hilfe von „Plankennziffern" und „Bilanzierungen" sollten die Planentscheidungen inhaltlich koordiniert werden.

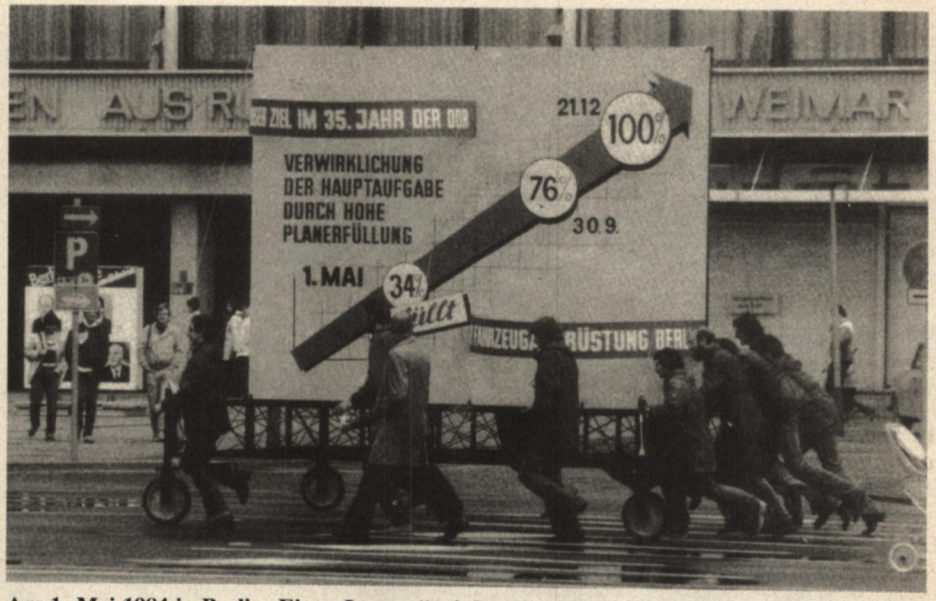
Durch Bilanzierungen sollte das Gleichgewicht zwischen Bedarf und den Möglichkeiten der Deckung des Bedarfs ermittelt werden. In der Marktwirtschaft wird diese Information vor allem über die Preise angezeigt. Mittels der Bilanzierungen wurde versucht, die materiellen und finanziellen Proportionen der Pläne zu ermitteln und zu kontrollieren. Unterschieden wurde zwischen gesamtgesellschaftlichen Bilanzen, zum Beispiel des Realeinkommens, des Außenhandels, des Transports, und Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (MAK). In ihnen wurden für bestimmte Güter oder Gütergruppen die in der Planungsperiode verfügbaren Mengen den möglichen Verwendungen – zum Beispiel für den Bedarf in der DDR und den Export – gegenübergestellt. Die Planentscheidung legte dann die Verwendungszwekke fest. Allein für den Volkswirtschaftsplan des Jahres 1984 wurden insgesamt 4575 MAK-Bilanzen erarbeitet. Über dreiviertel der Produktion wurde zentral mit Hilfe von etwa 2200 Bilanzen entschieden. Davon betreuten die Staatliche Plankommission 425 Bilanzen, die Ministerien 665, und rund 1100 wurden in den Kombinaten erarbeitet.

Mit Plankennziffern sollte die Menge der jährlich zu produzierenden Güter und Leistungen festgelegt und der wirksame Einsatz der dazu nötigen Ressourcen gesteuert werden. Ihre Angaben drückten daher sowohl Mengen, Werte, Zeiteinheiten als auch Relationen aus. Häufig wurde die Entscheidung darüber geändert, ob die wirtschaftliche Planung sich mehr auf Wert- oder Mengenkennziffern verlassen und welche der Kennziffern (Hauptkennziffern) leitend sein sollte. Die Liste der Kennziffern der Planungsordnung für die Jahre 1986 bis 1990 enthielten bei den Planauflagen 156 Kennziffern für den Jahresplan und 81 für den Fünfjahrplan.

Probleme

Die Abstimmung zwischen materiellen, güterwirtschaftlichen und finanziellen Planungen war kaum zu realisieren. Die Betriebe und Kombinate nutzten die zahlreichen Spielräume, um betriebliche oder Interessen der Branche durchzusetzen. Die Betriebe waren darüber hinaus ständig bemüht, günstige Planauflagen („weiche Pläne") zu erreichen.

Wenn man bedenkt, daß in einer einigermaßen entwickelten Volkswirtschaft etwa 10 Millionen Güterarten hergestellt werden, und jede dieser Güterarten sich in unterschiedlichen Betrieben mit unterschiedlichen Produktionsverfahren herstellen läßt, kann man das Ausmaß der planwirtschaftlichen Beziehungen erahnen. Um das gesamte Planungssystem aufrechtzuerhalten, war eine gigantische, unproduktive Bürokratie in der Plankommission, den Wirtschaftsministerien, Kombinaten und Betrieben nötig. In allen Einrichtungen gab es umfangreiche, unproduktive Verwaltungen. Die Wirtschaft der DDR wurde durch das Plansystem gelähmt. Durch die starre Planung konnte sie nicht auf Veränderungen des Weltmarktes reagieren. Fehlende oder fehlgeleitete Investitionen führten zu einem maroden Zustand der DDR-Wirtschaft. In den achtziger Jahren ging bei einer insgesamt ungenügenden Kapitalbildung der Wirtschaft ein Drittel aller zentral zugeteilten Investitionen in die Energiewirtschaft, vor allem in die Braunkohle, ein Drittel in die Mikroelektronik, und nur ein Drittel stand den anderen Wirtschaftsbereichen zur Verfügung, auch hier nur auf wenige Schwerpunkte verteilt.



Am 1. Mai 1984 in Berlin: Eine „Losung" wird zum Aufmarsch transportiert.

Umweltprobleme wurden zu spät erkannt und nicht genügend berücksichtigt. Die Versorgung der Bevölkerung stagnierte. Wie in allen Ostblockstaaten führte die kommunistische Wirtschaftsweise in ein Chaos. Jahrzehnte hatte die DDR von der Substanz und auf Kosten der Umwelt gelebt. Die Ausgaben des Staates übertrafen bei weitem die Einnahmen aus den produktiven Bereichen. Neben dem gigantischen Verwaltungsapparat kostete vor allem der Sicherheitsapparat, bestehend aus MfS, Volkspolizei, Bereitschaftspolizei, Grenztruppen, NVA, Kampfgruppen usw., jährlich viele Milliarden Mark. In den letzten Jahren konnte sich die Wirtschaft der DDR nur mit Hilfe umfangreicher westlicher Kredite vor einem Zusammenbruch retten. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zeigte sich das völlige Desaster der Planwirtschaft. Marode, konkurrenzunfähige Betriebe, eine zerstörte Umwelt, Massenarbeitslosigkeit, unterentwickelte Infrastrukturen, zerstörte bäuerliche, Handwerks- und Industrietraditionen, Korruption und Lethargie sind das Ergebnis von 40 Jahren zentralistischer Planwirtschaft.

Es wird einige Jahre dauern, bis die neuen Bundesländer den Anschluß an das Wirtschafts- und Lebensniveau vergleichbarer westlicher Staaten gefunden haben werden.

Kurt J. Reinschke

Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit

Beispiel: Die Jungen Pioniere

Unter Führung des *Komsomol*, der kommunistischen Jugendorganisation der Sowjetunion, wurde 1922 als Massenorganisation der Kinder die Organisation der „Jungen Pioniere" eingerichtet. Diesem Muster folgend wurde auf Beschluß des Zentralrates der FDJ im Dezember 1948 der „Verband der Jungen Pioniere" in der SBZ eingerichtet. 1952 wurde ihr der Name „Ernst Thälmann" verliehen. In den späteren Jahren hat diese einheitliche sozialistische Massenorganisation fast alle Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren als „Jungpioniere" und die Kinder im Alter von zehn bis vierzehn Jahren als „Thälmannpioniere" erfaßt.

Bemerkenswert war die starke Militarisierung der Kinder- und Jugendorganisationen. Spezielle Pionierkleidung mit sichtbaren Rangabzeichen am Oberarm, Fahnenappelle, Wimpel und militärische Grußformen, ähnelten den entsprechenden Symbolen der Pimpfe und der Hitlerjugend. Hier handelte es sich aber um eine Übernahme aus der Sowjetunion (SU). Beim Sprechen der wörtlich aus dem Russischen übersetzten Grußformel:

„Für Frieden und Sozialismus – seid bereit!" Antwort: „Immer bereit!" war die flache rechte Hand über den Kopf zu heben.

Bei der Aufnahme in den Pionierverband mußte jedes Kind ein „Gelöbnis" sprechen:

„Ich verspreche, als Junger Pionier so zu leben und zu lernen, daß ich würdig bin, Mitglied der Pionierorganisation zu sein, die den Namen „Ernst Thälmann" trägt. Ich verspreche, die Gesetze der Jungen Pioniere immer zu halten und nach diesen Gesetzen meine Aufgaben als Junger Pionier zu erfüllen."

In gedanklicher Anlehnung an die „Parteiaufträge" für SED-Mitglieder wurden den Jugendlichen „FDJ-Aufträge" und den Kindern „Pionieraufträge" erteilt. Jeder Pionier erhielt einen Pionierausweis, in dem die Pioniergesetze – vergleichbar den Geboten im Kleinen Katechismus, ebenfalls einschließlich einer „Was-ist-das?"-Erläuterung –, nachzulesen waren:

Pioniergesetz 1: Junge Pioniere achten den Menschen.
Wir sind ein Teil des werktätigen Volkes – die revolutionären Kämpfer der Arbeiterklasse sind die Vorbilder der jungen Pioniere.

Pioniergesetz 3: Junge Pioniere sind Freunde der Sowjetunion.
Wir hüten und pflegen die Freundschaft mit der Sowjetunion so, wie es uns Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck lehren. Die Jungpioniere der Sowjetunion sind unsere Freunde, von ihnen wollen wir immer lernen.

Das kommunistische Erziehungssystem versuchte, die spirituellen Bedürfnisse der heranwachsenden Generation mit pseudoreligiösen Ersatzmitteln zu befriedigen.

Die Werke von Marx, Engels, Lenin (und – bis 1956 – Stalin) wurden als heilige Schriften behandelt. In ihnen sei die einzig wissenschaftliche Weltanschauung, der dialektische und historische Materialismus, begründet worden. Diese Lehre sei allmächtig, weil sie wahr sei.

Christliche Traditionen wurden nachgeahmt:
An die Stelle der christlichen Taufe trat die sozialistische Namensweihe,
an die Stelle der Firmung oder Konfirmation mit dem darauf vorbereitenden Konfirmandenunterricht trat die Jugendweihe mit den darauf vorbereitenden Jugendstunden.
Bekannte Bibelsprüche wurden übertragen. Statt: „Wo zwei oder drei in meinem Namen beisammen sind, da bin ich mitten unter ihnen!" hieß es nun: „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!"
An die Stelle der Zehn Gebote, die Moses von Gott auf dem Berge Sinai empfing, ließ Walter Ulbricht die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral" treten, die in den sechziger Jahren in das Parteiprogramm der SED aufgenommen wurden.

Unsere Welt von morgen

Fragen des Erziehungswesens sind schließlich von größter Wichtigkeit für alles, was die Zukunft betrifft. Wo der Klerus und andere Mächte von gestern über Aufbau und Inhalt des Schulwesens bestimmen, ist der Blick zwangsläufig nach der Vergangenheit gerichtet, geht die Bildung im Krebsgang. Von einer vorausblickenden, großzügigen Einstellung auf die Größenverhältnisse und Aufgaben, wie sie in zehn, zwanzig Jahren bestehen werden, kann dann keine Rede sein.

Wenn die politischen Zustände in Westdeutschland überhaupt Aussicht hätten, bis 1970 fortzubestehen, könnte man mit Sicherheit voraussagen, daß dann ... der westdeutsche Staat schon ein reichlich altmodisches, zurückgebliebenes Gebilde wäre mit einer vergleichsweise recht ungebildeten Bevölkerung, die keineswegs in der Lage wäre, die neuzeitliche Technik auf allen Gebieten zu meistern. Nur ein Jahrzehnt! Aber so, wie die Weichen gestellt sind, und bei dem Tempo, das die Vorwärtsfahrt annimmt, wäre der Unterschied zwischen der DDR und dem westdeutschen Staat dann schon sehr deutlich sichtbar und spürbar, auch und gerade auf dem für die Zukunft so bedeutungsvollen Abschnitt der Volksbildung ...

Selbst bei einem verzehnfachten Einkommen würde heute niemand nur einigermaßen ein solches Leben führen können, wie er – oder seine Kinder – es im Jahre 1985 führen ... Das Milieu, in dem er sich bewegt, in dem er lernt und arbeitet, sich vergnügt und erholt, ist in einem solchen Grade schön und reich, dazu technisch perfektioniert, wie man es sich heute einfach nicht vorstellen kann ...

Schöner und menschenwürdiger als jeder der vielen religiösen Träume von einem besseren Jenseits steigt vor unseren Augen eine Menschenwelt empor, in der das diesseitige Leben – das einzige, das wir haben – in jeder Hinsicht lebenswert ist ... In dieser Welt gibt es keine Sorgen allgemeinen Charakters mehr ...

Die medizinische Forschung ... wird wohl bis zum Ende unseres Jahrhunderts alle natürlichen Krankheiten überwinden lernen ... Die sozialistische Gesellschaft wird mit den Lastern ebenso aufräumen, wie sie einen ungesunden Mißbrauch der reichen Möglichkeiten des Konsums verhindern wird ... Das Ergebnis werden Menschen sein, die durch und durch gesund sind, die für ihre anspruchsvollen Aufgaben leistungsfähig genug, aber auch in der Lage sind, von den Reichtümern ihrer Welt den richtigen Gebrauch zu machen. Sie werden keine Angst vor Krankheiten oder einem vorzeitigen Sterben haben. ...

Das Zeitalter des Kommunismus, das die kühnsten Träume der Menschen von einem reichen, wahrhaft menschenwürdigen Dasein verwirklicht und übersteigt, liegt näher vor uns, als wir heute denken!

In unserem Jahrhundert noch erreicht die Menschheit das einst so ferne, so traumhafte Gestade, an dem ihr eigentliches Dasein beginnt. Der dialektische Sprung von der Vorgeschichte zur eigentlichen Geschichte der Menschheit vollzieht sich in unserer Zeit, vor unseren Augen, unter unserer Mitwirkung.

Für immer wird das 20. Jahrhundert, und darin die Zeit unseres Lebens, als die ereignis- und entscheidungsreichste Periode, als die Wende der Menschheitsgeschichte gelten ...

K. Böhm und R. Dörge: „Unsere Welt von morgen", Verlag Neues Leben, Berlin 1960.

Bei derartigen Vergleichen darf aber die Verhaltensmaxime gegenüber dem Mitmenschen nicht vergessen werden. Dort die Forderung nach christlicher Nächstenliebe: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst! Hier die Forderung nach revolutionärer Wachsamkeit: Erkenne die versteckten Machenschaften des Klassenfeindes, der sich überall verborgen halten kann, und entlarve ihn!

Zukunftsvisionen, die die Schule, die Pionierorganisation und die FDJ den Schülern nahebrachten, sollten sie alle Schwierigkeiten und Probleme des „Übergangs zur klassenlosen Gesellschaft" vergessen lassen. Dabei wurden kindliche Gutgläubigkeit und Naivität schamlos ausgenutzt. Viele Heranwachsende glaubten die irrealen propagierten Zukunftsvisionen und ihre „wissenschaftliche Begründung". Vor allem um 1960, in der Herrschaftszeit Chruschtschows, schlugen phantastische Zukunftsversprechungen rasch vom Parteiprogramm der KPdSU bis in die politische Breitenagitation für die DDR-Jugend durch. Zur Erläuterung seien einige Sätze aus dem Buch „Unsere Welt von Morgen" (von K. Böhm und R. Dörge, Verlag Neues Leben Berlin 1960), das in riesigen Auflagen erschien und vor allem den Schülern der 8. Klasse zur Jugendweihe geschenkt wurde, zitiert (siehe Kasten auf S. 33).

Beispiel: Schaffung einer neuen Intelligenz

Die Einheitsschule und die offensive Verbreitung der marxistisch-leninistischen Lehre gehörten von Anfang an zu den Hauptanliegen der KPD bzw. SED. Schon im Juni 1945 hatte die KPD gefordert:

„... Keine Wiederholung der Fehler von 1918! ... Keinerlei Nachsicht gegenüber den Nazis und der Reaktion! ... Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens vom faschistischen und reaktionären Unrat!..."

Der Zusatz „reaktionär" bedeutete eine „Säuberung" von allen Kräften, die sich „den Siegern der Geschichte" widersetzten und eine Einparteiherrschaft für schädlich hielten. Viele demokratisch gesinnte Intelligenzler wurden unter dem Vorwand der antifaschistischen Säuberung erneut behindert und bedroht. Die marxistisch-leninistische Theorie bezeichnete es als eine allgemeine wissenschaftliche Gesetzmäßigkeit, daß jede Gesellschaftsformation, repräsentiert durch die jeweils herrschende Klasse, ihre eigene Intelligenz haben muß, wenn sie ihre historische Aufgabe erfüllen will. Deshalb müsse das Proletariat für die Ausbildung einer „Intelligenz neuer Art" sorgen. Stalin drückte das so aus:

„Hochschulen ... – das sind Schulen zur Heranbildung der Kommandeurkader ... Ohne neue Kommandeurkader kann man die neue Gesellschaft nicht errichten..."; und an anderer Stelle:

„Doch wir brauchen nicht beliebige Leiter, Ingenieure,... Wir brauchen Leiter, Ingenieure ..., die fähig sind, die Politik der Arbeiterklasse unseres Landes zu begreifen, die fähig sind, sich diese Politik zu eigen zu machen, und die bereit sind, sich diese Politik zu eigen zu machen, und die bereit sind, sie gewissenhaft zu verwirklichen."

Im Laufe der DDR-Geschichte ist die „Kaderpolitik" zur „Schaffung" einer neuen, der Partei ergebenen Intelligenz immer stärker ausgebaut worden. In dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen" vom 25. Februar 1965 wurde behauptet, daß das inzwischen errichtete sozialistische Bildungssystem in der DDR „dem Bildungswesen in Westdeutschland um eine ganze historische Epoche voraus" sei. In diesem Gesetz

wurde auch „eine planmäßige und proportionale Steigerung des Anteils an Wissenschaftlern mit höheren akademischen Graden" angeordnet, um den Anspruch der Partei- und Staatsführung, die DDR zur „gebildeten Nation" gemacht zu haben, mit UNESCO-Statistiken untermauern zu können.

Die Immatrikulation jedes Studenten wurde – wiederum dem sowjetischen Vorbild entsprechend – an eine persönliche schriftliche „Verpflichtungserklärung" gebunden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten lautete sie wie folgt:

„Hiermit verpflichte ich mich, mit der Aufnahme des Studiums

- alle Forderungen der sozialistischen Gesellschaft an der Hochschule gewissenhaft und vorbildlich zu erfüllen
- um ausgezeichnete Studienergebnisse zu kämpfen
- aktiv an der militärischen Ausbildung für wehrdiensttaugliche Studenten bzw. an der Ausbildung in der Zivilverteidigung für wehrdiensttaugliche und weibliche Studierende teilzunehmen
- nach erfolgreicher Beendigung meiner Ausbildung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften mindestens für drei Jahre ein Arbeitsrechtsverhältnis entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen aufzunehmen."

Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR zielte auf eine neue Intelligenz, die in ihrem Tun und Lassen von der „Parteilichkeit" des Marxismus-Leninismus bestimmt wird. Diese Parteilichkeit wurde als grundlegendes theoretisch-methodisches Prinzip interpretiert, das in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens anzuwenden und das auf die konsequente Durchsetzung des Klassenstandpunktes der Arbeiterklasse, der in den Beschlüssen der SED zum Ausdruck kommt, gerichtet war.

Beispiel: Kulturpolitik

Der Erziehung bzw. Umerziehung von Lehrern, Hochschullehrern, aber auch von Journalisten, Schriftstellern, Komponisten und anderen Geistesschaffenden galt die besondere Aufmerksamkeit des Regimes. Es war das unverhohlene Ziel der Kulturpolitik, alle Kultur „in den Dienst des Klassenkampfes um die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Durchführung der sozialistischen Kulturrevolution sowie in den Dienst des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus" zu stellen.

Hauptprinzipien der Kunst des sogenannten „sozialistischen Realismus" waren Parteilichkeit und Volksverbundenheit, wobei „die Widerspiegelung der Ideen der kommunistischen Partei der höchste Ausdruck der Verbundenheit der Kunst mit dem Volke" sein sollte.

Nach dem Kriege erging an alle Bibliotheken ein (unveröffentlichter) Befehl, ihre Bestände an „pazifistischer," „kosmopolitischer" und „dekadenter" Literatur auszusondern und zu vernichten. So verschwanden Sigmund Freud, Erich Maria Remarque, Franz Kafka, Alfred Döblin, André Gide, Bertha von Suttner und andere aus den Bibliotheken.

Die Werke der meisten großen Philosophen und Denker – genannt seien Nietzsche, Schopenhauer, Kierkegaard, Husserl, Popper – wurden dem DDR-Volk ebenfalls vorenthalten. Man konnte sie weder kaufen, noch in Bibliotheken entleihen. Nur „für wissenschaftliche Zwecke" mit schriftlicher Genehmigung der Dienststelle durften solche Bücher aus den „Giftschränken" der wissenschaftlichen Bibliotheken entnommen werden.

Aber auch der populäre Jugendschriftsteller Karl May wurde verboten. In einem unlängst veröffentlichten Begründungsscheiben an die Sächsische Landesregierung vom Juni 1948 wurde dazu gesagt: „Da heute die Frage der Umerziehung der Jugend und auch der erwachsenen Generation gestellt ist, ... kann nicht zugestanden werden, die Bücher des Wortemachers und Schaumschlägers Karl May neu zu drucken. Der verrohende Einfluß seiner Schriften auf die Jugend kann nicht geleugnet werden ..." Noch nach 1980 wurden Karl-May-Bücher, die DDR-Urlaubsreisende in Prag oder in Budapest antiquarisch gekauft hatten, vom DDR-Zoll beschlagnahmt.

Grundsätzlich galt jedes Wissen, das nicht mit der Partei-Ideologie konform ging, als verdächtig. Die Bürger des Landes wurden zur geistig unmündigen „Masse" gemacht. Die Partei entschied, wieviele und welche Informationen den „Massen" zuträglich seien. Detaillierte Geschichtskenntnisse hätten die Verlogenheit der SED-Propaganda rasch offenbart. Deshalb mußte die DDR-offizielle Geschichtsdarstellung an Schulen und Hochschulen gröblichst gefälscht und entstellt werden. Das betraf auch und gerade die neueste Zeitgeschichte, die Geschichte der SU, die Geschichte der kommunistischen Bewegung.

Die von DDR-Bürgern oftmals beklagten Reisebeschränkungen dienten ebenfalls der geistigen Abschottung und der staatlich gesteuerten Informationszuteilung. Die Partei behielt sich vor zu entscheiden, welche „Kader" gelegentlich direkten Kontakt mit Menschen und Meinungen im kapitalistischen Ausland haben durften. Alle „West-Reisekader" wurden auf ihre Ergebenheit gegenüber ihrem Staat gründlich geprüft und regelmäßig gesondert ideologisch geschult.

Nur wenigen DDR-Bürgern war bekannt, daß die ihnen auferlegten Reise-Behinderungen nur ein schwacher Abglanz jener Restriktionen waren, unter denen die Sowjetbürger zu leiden hatten: Die ländliche Bevölkerung erhielt dort erst nach dem Tode von Stalin Personalausweise und Bargeld als Arbeitsentgelt. Ohne Geld und Paß konnte der sowjetische Dorfbewohner nicht einmal im Traum daran denken, sich dem Zugriff seiner Dorfobrigkeit zu entziehen.

Veronika Richter

Alltag in der DDR

Die Beschreibung wirtschaftlicher oder politischer Systeme erfolgt zwangsläufig in abstrakter Form. Zusammenhänge werden gezeigt, die die Bürger in ihrem alltäglichen Leben kaum überschauen können oder wollen. Im Alltag erlebt jeder Bürger Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gewissermaßen als Endverbraucher. Hier, in der konkreten Lebenssituation zeigt sich, wie funktionsfähig ein System ist; hier muß sich jede staatliche Ordnung bewähren.

Je nach Wohnort, Alter, Geschlecht, Arbeitsplatz, gesellschaftlicher Stellung oder weltanschaulicher Überzeugung stellen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den Menschen auf unterschiedliche Weise dar. Aus dem Jagdhaus des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch zeigte sich der Sozialismus anders als aus einer halbverfallenen Wohnung im Leipziger Osten.

Zum Alltagsleben der Menschen gehören Faktoren wie Familie, Freunde, Beruf, Wohnung, Umfeld. In allen Gesellschaften wird der Alltag der Menschen aber auch durch politische und wirtschaftliche Faktoren beeinflußt. So gibt es in der Sozialen Marktwirtschaft andere Lebensumstände als in der zentralen Planwirtschaft, und der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat erlaubt eine andere Lebensführung, als dies unter diktatorischen Bedingungen möglich ist.

Es gibt viele Alltagssituationen, die sich einer zusammenfassenden Beschreibung entziehen, die jedoch in allen Gesellschaftsformen gleichermaßen das Privatleben prägen.

Dagegen soll der für die DDR typische Alltag, der nahezu jeden in ähnlicher Weise betraf, hier beschrieben werden. Die Einheitlichkeit bestimmter Lebenserfahrungen, die in dieser Form in freiheitlichen Rechtsstaaten kaum nachvollziehbar ist, erstreckte sich zum Beispiel auf Bereiche wie Arbeit, Ausbildung, Versorgung, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des Reisens, den täglichen Kontakt mit der allgegenwärtigen SED und ihrem Sicherheitssystem sowie im Bereich von Kultur und Kunst.

Ein Kennzeichen totalitärer Systeme ist der Versuch der Regierenden, auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens Einfluß zu nehmen und sie möglichst nach einheitlichen Richtlinien zu gestalten. So war es auch in der DDR. Vom Kindergarten bis zum Berufsleben, von der Betriebszeitung bis zum Fernsehen, von der Nutzung der Schrebergärten bis zum Abend in der Diskothek wurde alles nach staatlichen Vorgaben gelenkt und geleitet.

Angesichts der von der SED angestrebten Politisierung des Lebens, der Überwachung durch den allmächtigen Staatssicherheitsdienst, der überall gegenwärtigen Kontrolle durch Kaderakte, SVK-Buch, Hausbuch oder den ABV zogen sich die meisten Menschen immer mehr in private Bereiche zurück oder suchten sich Nischen, in denen sie eigene Lebensvorstellungen erhalten oder entwickeln konnten.

Arbeit

Wie überall auf der Welt bestimmte auch in der DDR das Berufsleben wesentlich den Alltag der Menschen.

Überall, bei Veranstaltungen, in Zeitungen, im Fernsehen oder im Radio, wurde von den Erfolgen der sozialistischen Planwirtschaft und der Überlegenheit des Sozialismus über den „Kapitalismus" berichtet. Mit der Wirklichkeit hatte dies nichts zu tun. Die meisten Betriebe befanden sich in einem desolaten Zustand. Die Maschinen waren veraltet, die oft unter schlechten Bedingungen hergestellten Produkte waren von geringer Qualität. Die Arbeit war ineffektiv. Oft gab es Leerlauf, weil irgendein Ersatzteil fehlte oder weil ein Zulieferbetrieb Transportschwierigkeiten hatte. Während die Kollegen in dem einen Betrieb ohne Arbeit herumsaßen, wurde in anderen Betrieben die Akkordschraube immer stärker angezogen. Es waren zu viele Menschen in den Betrieben beschäftigt, der Verwaltungs- und Kontrollapparat war zahlenmäßig aufgebläht. Entsprechend gering war der Gewinn und das vom Staat festgesetzte Einkommen.

Im westlichen Fernsehen konnten sich die Arbeiter über die in der Bundesrepublik von den Arbeitnehmerorganisationen erkämpften sozialen Sicherheiten oder über die neuesten Tarifabschlüsse informieren. In den Betrieben der DDR war Mitbestimmung ein Fremdwort. Wochenarbeitszeit, Löhne und Urlaubsanspruch wurden von der SED-Leitung festgesetzt. Um die Maschinen auszulasten, war die ebenfalls zentral verordnete Schichtarbeit weit verbreitet und betraf Mann und Frau gleichermaßen.

Jeder „Werktätige" in der DDR besaß ein „SVK-Buch" (Sozialversicherungsklasse), in das sämtliche Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse, Arztbesuche und Krankschreibungen in chronologischer Abfolge eingetragen wurden. Das SVK-Buch begleitete die Bürger durch ihr ganzes Leben und gab jedem neuen Arbeitgeber auch darüber Auskunft, wie oft und wegen welcher Krankheiten jemand arbeitsunfähig geschrieben worden war. Zugleich waren die Eintragungen im SVK-Buch Grundlage der späteren Rentenberechnung.

Gute Arbeitsleistungen wurden mit Prämien oder staatlichen Auszeichnungen belohnt. So wurden Arbeitsgruppen als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit", einzelne „Bestarbeiter" als „Aktivisten" ausgezeichnet. Den meisten war in der Regel eine „Prämie" lieber als die Präsentation ihrer großformatigen Fotos an den Einfahrten der Betriebe in der „Straße der Besten".

Freizeit

Angebote für die Freizeitgestaltung gab es außer den staatlich durchorganisierten Veranstaltungen in der DDR wenig. Die besten Möglichkeiten hatten Schüler und Jugendliche.

An den Schulen gab es neben verschiedenen unterrichtsbegleitenden Arbeitsgemeinschaften Angebote der FDJ und der Pionierorganisation, der „Gesellschaft für Sport und Technik" oder des „Deutschen Turn- und Sportbundes". Die Schüler konnten sich hier sportlich oder kulturell betätigen, die Veranstaltungen waren allerdings politisch geprägt.

Diskotheken als feste Einrichtungen gab es in der DDR nur wenige. Üblich waren Disko-Veranstaltungen im Kulturhaus oder in Gaststätten, die von staatlich geprüften „Schallplattenunterhaltern" durchgeführt wurden. Dabei handelte es sich um zuverlässige, vom MfS bestätigte Personen, die verpflichtet waren, neben westlicher Musik auch Platten aus der DDR oder dem Ostblock zu spielen. Wegen der sonst fehlenden Möglichkeiten war der Zulauf (selbst der Jüngeren zu den Kinder-Diskos) sehr groß. Oft mußten die Jugendlichen stundenlang warten, bevor sie in begrenzter Zahl und teilweise nach Kontrolle Einlaß erhielten.

Die wenigen staatlichen Kinos füllten sich in der Regel nur, wenn westliche Filme gezeigt wurden. Wegen der überall anzutreffenden Propaganda war die Neigung gering, sich im Kino oder im DDR-Fernsehen weitere Propagandafilme anzusehen. Wer die Möglichkeit hatte, schaltete lieber die westlichen Fernseh- oder Radioprogramme ein.

In den Städten, vor allem in Ost-Berlin, waren die Angebote der Freizeitgestaltung wesentlich besser als auf dem Lande. Seit Anfang der achtziger Jahre arbeiteten immer mehr Jugendliche in Umwelt-, Friedens- oder Menschenrechtsgruppen unter dem Schutzdach der Kirche mit, um so ihre Freizeit sinnvoll auszufüllen und sich politisch zu artikulieren.

Für die „Werktätigen" gab es wenige Freizeitangebote. Vor allem auf dem Lande blieb meist nur die Beschäftigung mit der Familie, dem eigenen Hobby, der Datsche, der Arbeit im Garten, am Auto oder am Haus.

Vor den wenigen Speiserestaurants oder Eiscafes wurde man aufgefordert zu warten: „Sie werden plaziert." Wer sich Ärger mit dem Personal ersparen wollte, der wartete geduldig, auch wenn mehrere Tische frei waren und die Kellner gemütlich plauderten, anstatt sich um die Gäste zu kümmern.

Selten wurden Tanzveranstaltungen angeboten. Zum Wochenende lud gelegentlich die DSF zum Tanz oder sonntags der Veteranenclub zum Tanztee. Abends waren die Städte und die Fußgängerzonen verödet. Die meisten Menschen saßen vor dem Fernseher und sahen das, was die westlichen Programme boten, oder es wurde in kleiner Runde im Freundeskreis geklönt. Besuch kam oft überraschend. Für die Ankündigung mangelte es an Telefonanschlüssen. So waren die Kontakte spontaner, es wurde improvisiert.

Die Gestaltung der eigenen vier Wände, wenn man nach vielen Mühen und trickreich einen Mietvertrag mit der „Kommunalen Wohnungs-Verwaltung" abgeschlossen hatte, war wichtig, ließ sich nur über gute Beziehungen realisieren und kostete viel Zeit. Während sich die Häuser allgemein wegen der verfehlten staatlichen Politik in einem sehr schlechten Zustand befanden, investierten die Menschen ihre Energie in die Ausgestaltung ihrer Privatsphäre, des Hauses, der Wohnung oder, wenn vorhanden, des Wochenendhäuschens. Auch hier war viel Zeit und Aufwand nötig für Installationen und um Baumaterialien usw. zu beschaffen. Ein Großteil der arbeitsfreien Zeit ging verloren durch Wartezeiten, Behördengänge, Schlangestehen.

Urlaub und Reisen

Die meisten Schüler verbrachten einige Wochen ihrer für die gesamte DDR zur selben Zeit anberaumten Ferien in Ferienlagern, die zu den Betrieben gehörten, in denen ihre Eltern beschäftigt waren. Das Lagerleben war straff durchorganisiert vom morgendlichen Frühsport und Fahnenappell bis zur Nachtruhe. Diese Ferienlager erfüllten zum einen den Zweck, auch Kindern aus sozial schwachen Familien – zu ermäßigten Preisen oder unentgeltlich – Ferienreisen zu ermöglichen, zum anderen standen die Kinder in drei von sechs Wochen Sommerferien unter staatlicher Aufsicht.

Für Jugendliche war die Urlaubsplanung schwieriger. Viele verreisten mit ihren Eltern, besuchten Freunde oder blieben zu Hause. Die meisten Ferienplätze in der DDR wurden über den Ferienreisedienst des FDGB vergeben. Im Abstand von einigen Jahren konnte man im Betrieb einen der begehrten und preiswerten Plätze, zum Beispiel an der Ostsee, im Thüringer Wald, im Harz oder auch im sozialistischen Ausland erhalten.

Schwierig war es auch, einen Ferienplatz über das staatliche Reisebüro der DDR oder durch „Jugendtourist" zu erhalten. Fast unmöglich war ein Urlaub ohne vorherige Planung und feste Buchung. Freie Hotelkapazitäten gab es nicht, so blieb oft nur ein Campingurlaub auf einem der Campingplätze der DDR.

Das SED-Regime gestattete seinen Bürgern nur Reisen in „sozialistische Bruderstaaten". Selbst für diese Länder mit Ausnahme der Tschechoslowakei und, seit Verhängung des Kriegsrechts eingeschränkt, Polen, mußten Wochen vor der geplanten Reise Visa-Anträge gestellt werden. Politisch „unzuverlässigen" Personen wurden ohne Angabe von Gründen die Visa verweigert. Länder mit einer offenen Grenze zu westlichen Staaten konnten nur in kleiner Zahl von ausgesuchten Personen besucht werden. Familienreisen wurden nicht genehmigt, der Ehepartner blieb als Pfand zurück. Der Traum fast aller DDR-Bewohner, einmal nach Österreich, Italien oder Spanien zu fahren, war unerfüllbar.

Sogar innerhalb der DDR durften sich nicht alle Bürger frei bewegen. Politisches Fehlverhalten wurde in vielen Fällen durch Entzug des Personalausweises, „Berlinverbot" und Ausstellung des „PM 12" bestraft. Diese provisorischen Ausweispapiere machten nicht nur jeden Grenzübertritt unmöglich, sondern brachten den Inhabern im täglichen Leben zusätzliche Schwierigkeiten. In Zügen, die Richtung Westen fuhren, patrouillierte die Transportpolizei. Noch vor Erreichen des Sperrgebiets wurden die Ausweise kontrolliert und Ziel und Zweck der Reise erfragt.

Die mehrere Kilometer breiten Sperrgebiete an der Grenze zur Bundesrepublik durften, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur von den dort ansässigen Bewohnern betreten werden. Das Leben der Menschen im Sperrgebiet wurde durch vielfältige Sonderbestimmungen geregelt. Ein scharfes Kontrollsystem garantierte, daß sie sowohl durch die Bevölkerung als auch durch die dort stationierten Grenzsoldaten eingehalten wurden.

Reisefreiheit war für die Menschen in der DDR ein Fremdwort. Es gab sie nicht. In den letzten Jahren lockerte das Regime wegen des internationalen Drucks seine Reisepraxis Richtung Westen. Mehr Bürger als zuvor konnten ihre engeren Verwandten in der Bundesrepublik besuchen. Während Schalck-Golodkowski für die Partei- und Regierungsspitze Millionenbeträge in westlichen Devisen beschaffte, durften die, denen der Staat eine Westreise gestattete, einmal im Jahr 15 DM eintauschen.

Wer das Land illegal verlassen wollte, riskierte, an der Grenze erschossen zu werden. Bis zur Öffnung der Grenzen im November 1989 starben an der innerdeutschen Grenze Hunderte Menschen. Tausende, denen die Flucht mißlang, wurden wegen „Republikflucht" bestraft und kamen in DDR-Zuchthäuser.

Kontroll- und Spitzelwesen

Neben der praktisch unüberwindbaren Grenze war die gesamte DDR mit einem engmaschigen Kontroll- und Spitzelsystem überzogen. In jedem Haus gab es ein

„Hausbuch", in das sich vor allem jeder Besucher aus dem Westen, der übernachten wollte, eintragen mußte. In Mehrfamilienhäusern wurde es vom Hauswart geführt, der mit der zuständigen Polizeidienststelle zusammenarbeitete.

Über jeden DDR-Bewohner gab es eine „Kaderakte". Sie begleitete jeden Bürger durch das ganze Leben und wurde in der Kaderabteilung der Schulen, Universitäten oder Betriebe deponiert. Das MfS war berechtigt, jederzeit Einblick in die Kaderakte zu nehmen, der betroffenen Person hingegen wurde dies nicht gestattet.

In allen Einrichtungen, in jeder Brigade oder Seminargruppe an den Universitäten, in jeder Kompanie, den Hausgemeinschaften, überall gab es Spitzel des MfS, die sogenannten IM (inoffizielle Mitarbeiter), die an ihre Führungsoffiziere Bericht erstatteten. Über hundert Kilometer Akten ließ das SED-Regime auf diese Weise über seine Bürger anlegen.

Kritik an den Verhältnissen wurde nur im engen Bekanntenkreis geäußert. Bis zur Öffnung der Grenze war es normal, sich erst zu vergewissern, wer eventuell am Nachbartisch mithören konnte, bevor über persönliche Belange gesprochen wurde. Obwohl jeder wußte, daß das Kontrollsystem funktionierte, und obwohl sich jeder darauf eingestellt und Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte, war nach dem Sturz des Regimes das Entsetzen über die Perfektion dieser Bespitzelung groß. Manch einer sah sich in seinem besten Freund, in seinem Partner getäuscht, denn das perfide Kontrollsystem reichte bis in die Familien.

In verschiedenen Wohnungen wurden „Wanzen" eingebaut, Telefongespräche abgehört und der Briefwechsel kontrolliert. In Abwesenheit durchsuchte das MfS Wohnungen von Bürgern, die durch offene oder unvorsichtige Kritik aufgefallen waren. Besonderes Interesse galt den Westkontakten. Jedes Telefongespräch zwischen beiden deutschen Staaten konnte abgehört werden. In allen größeren Postämtern gab es spezielle Abteilungen des MfS, die Post kontrollierten und beschlagnahmten. Nicht selten wurde jemand in politischer Untersuchungshaft mit eigenen, nie beförderten Briefen konfrontiert, die der Anklage als Beweismittel dienten.

Volkspolizei und „Sicherheitskräfte" symbolisierten Macht, gegen die es keinerlei rechtsstaatliche Mittel gab. Widerspruch wurde nicht geduldet; öffentliche Demonstration gegen das Regime wurde mit langjährigen Freiheitsstrafen geahndet.

Allgegenwärtig war der Abschnittbevollmächtigte (ABV). Diese Polizeioffiziere hatten vor allem in den Wohnbezirken für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Sie hielten Kontakt zu den Hausobleuten, der SED, dem MfS und anderen Funktionären, leiteten die „Freiwilligen Helfer der Volkspolizei" an und waren über die meisten Vorgänge im Revier informiert.

Die SED-Mitglieder hatten in besonderer Weise Kontrollfunktion. Sie standen unter strenger Parteidisziplin. Fehlverhalten wurde bestraft, Vorbildwirkung war gefordert. Dazu gehörte auch, daß „ein guter Genosse" die Kontakte zu seinen im Westen lebenden Angehörigen abbrach. Auch innerhalb der SED wirkte das Spitzel- und Kontrollsystem, das Gewähr dafür bot, daß die SED-Mitglieder vor Ort die „Richtlinien der Partei" umsetzten. Widerspruch gegen Beschlüsse der SED war für Berufstätige kaum möglich, wenn sie nicht mit entsprechenden Vermerken in der Kaderakte, mit Schwierigkeiten in ihrer beruflichen Fortbildung oder der schulischen Entwicklung ihrer Kinder rechnen wollten (siehe auch **M 29** und **30**).

Passiver Widerstand

Die allgemeine Unzufriedenheit, die auch vor vielen SED-Mitgliedern nicht haltmachte, drückte sich auf verschiedene Weise aus. So kursierte in der DDR eine Vielzahl politischer Witze über das Regime. Anfangs im internen Kreis, in den letzten Jahren immer offener, wurde über Politiker, schlechte Versorgung, fehlende Meinungs- und Reisefreiheit usw. geschimpft. Für öffentliche Problemdiskussionen ließ die SED keine Freiräume. So waren alle öffentlichen Veranstaltungen von hohlen ideologischen Phrasen und Abläufen, die ganze Gesellschaft von fehlender Kommunikation geprägt.

Eine Folge dieser Entwicklung war der allgemeine Rückzug in private Bereiche. Man vermied es möglichst, Versammlungen zu besuchen, sich an Subbotniks (unbezahlten Arbeitseinsätzen) zu beteiligen, Mitglied in Massenorganisationen zu werden oder gar gesellschaftliche Funktionen zu übernehmen. Angesichts der allgemeinen Kontrolle war allerdings ein Mindestmaß an Mitarbeit erforderlich.

Der KSZE-Prozeß trug seit 1975 wesentlich zur Ermutigung der Menschen bei. Immer öfter waren in den letzten Jahren kritische Stimmen zu hören. Die Zahl derer, die in der DDR keine Zukunft für sich und ihre Kinder sahen, nahm zu und stieg schließlich in Millionenhöhe. Die Flut der Ausreiseanträge drohte, den Verwaltungsapparat lahmzulegen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen waren nicht mehr überschaubar.

Natürlich waren nicht alle in diesem System unzufrieden. Zahlreiche Funktionäre, Sicherheitskräfte, Sportler, Künstler und Intellektuelle genossen die Vorteile, die der Staat ihnen bot, und stützten ihn durch ihre Arbeit. Gegenüber der unzufriedenen Bevölkerung waren sie jedoch in der Minderheit.

Der „Faktor West"

Nicht nur bei der Versorgung spielte der „Faktor West" eine wichtige Rolle. Die Menschen orientierten sich in der übergroßen Mehrheit wirtschaftlich, politisch und kulturell an der Bundesrepublik. Wer konnte, schaltete am Abend „Westfernsehen" ein oder hörte „Westradio". Die Nachrichtensendungen der DDR-Medien waren unglaubwürdig, also sah man „Tagesschau", „heute" oder hörte den Deutschlandfunk, RIAS, AFN – und machte sich sein eigenes Bild. Eine Sendung über die Volkskammer hatte kaum nennenswerte Einschaltquoten. Mehr interessierte die DDR-Bewohner, was im Bundestag zur Deutschlandpolitik gesagt wurde. Maßstab ihrer politischen Überzeugung, die nur im engsten Kreis geäußert werden konnte, waren für die meisten Menschen die ihnen bekannten Parteien des Bundestages.

In einigen Gegenden der DDR war es kaum möglich, westliche Fernsehsender zu empfangen. Zu ihnen gehörten die Gebiete um Dresden und Greifswald. Der Volksmund nannte den Dresdner Raum das „Tal der toten Augen", und ARD wurde mit „Außer Raum Dresden" übersetzt.

Eine besondere Rolle spielten Westreisen. Der größte Teil der DDR-Bevölkerung lebte in der Erwartung, erstmalig im Rentenalter in „westliche Länder" fahren zu können. Nach dem Mauerbau 1961 war es praktisch unmöglich, in die Bundesrepublik oder ins westliche Ausland zu reisen. So entstand in den Köpfen ein Bild vom Westen, das durch Fernsehen, Radio und Erzählungen oft einseitig geprägt war.

In Anbetracht der augenscheinlichen Vorteile der westlichen Gesellschaften hatte der „real existierende Sozialismus" keine Chance. Auch das Vorbild Sowjetunion war nicht geeignet, Hoffnungen auf eine bessere sozialistische Zukunft zu wecken.

Besonders die Jugendlichen orientierten sich am Westen. Westliche Mode, Westmusik, westliches Problembewußtsein waren gefragt, nicht aber die angeblichen Errungenschaften des Sozialismus. Diejenigen, die Vorteile beider Gesellschaften miteinander verbinden wollten, waren in der Minderheit. Gering war auch die Zahl derer, die dem SED-Regime völlig kritiklos gegenüberstanden.

Jährlich kamen Millionen Besucher aus der Bundesrepublik in die DDR. Vor allem über Weihnachten, Ostern oder Pfingsten besuchten viele Bundesbürger ihre Verwandten und Bekannten. Hinzu kamen die zahlreichen Tagesbesucher in Ost-Berlin oder im grenznahen Bereich.

In den Diskussionen, im Umgang miteinander zeigte sich im Gegensatz zu den gesamtdeutschen Bekundungen vieler Politiker nicht selten, wie weit sich die Deutschen in beiden Staaten nach über 40 Jahren getrennter Entwicklung auseinandergelebt hatten. So hatte zum Beispiel ein Thüringer wenig Verständnis dafür, wenn der Besucher aus dem Rheinland von Deutschland sprach, damit aber die Bundesrepublik meinte. Ähnlich verärgert wurde von der Rostocker Verwandtschaft die Frage der Tante aus Bremen aufgenommen, ob sie hier denn mit deutschem Geld bezahlen könne.

Obwohl die alltägliche Umgangssprache in der DDR relativ frei war von den sonst üblichen Politphrasen, hatten sich zahlreiche sprachlichen Eigenheiten entwickelt. So stutzte der Besuch aus dem Westen bei Begriffen wie „Komplexannahmestelle" (Annahmestelle für Aufträge verschiedenster handwerklicher Art), „Jahresendflügelfigur" (Engelfigur), „Broiler", (Brathähnchen), „Stadtbilderklärerin" (Reiseleiterin) oder „Fahrerlaubnis" (Führerschein). Umgekehrt vermutete der Gesprächspartner aus dem Osten, daß sich hinter „Prämie" und „Angebot" andere Inhalte verbergen müßten.

Versorgung und Tauschhandel

Den Besuchern aus dem Westen fielen sofort die morgendlichen Schlangen vor der Bäckerei auf, vor den Vorverkaufskassen für spezielle Kulturveranstaltungen oder vor Kaufhallen, wo die Menschen auf freie Einkaufskörbe warteten, ohne die ein Einkauf nicht erlaubt war. Verwundert registrierte der westliche Besucher die scheinbare Geduld der DDR-Bürger, mit der sie sich schon gegen Mitternacht anstellten, um zum Beispiel am nächsten Morgen von der angekündigten Trabbi-Ersatzteillieferung eine Einstiegsleiste zu erstehen, die – an der sonst rostfreien Karosserie – durchgerostet war. Der von Ersatzteilmängeln geplagte Autofahrer tat gut daran, sich Verschleißteile rechtzeitig zu besorgen und zu horten. Nur durch Beharrlichkeit oder puren Zufall erhielt man, was gerade fehlte. Man war darauf eingestellt, lebte damit.

DDR-Jargon:

SED-Abzeichen: Bonbon, Märchenauge.

SED-Mitglied: Rote Socke, Rotkehlchen, Liniendampfer.

SED: Shop-Exquisit-Delikat.

DDR: Der Doofe Rest, Deutscher Distrikt Rußlands.

Wählen: Falten.

MfS: Firma, Memphis, Stasi, Horch und Greif.

DM (West): buntes Geld, blaue Kacheln (100 DM), Geige (20 DM).

Mark der DDR: Aluchips, Spielgeld.

Trabant: Asphaltblase, Trabbi, Plasteschüssel, Plastepanzer.

Palast der Republik (Ost-Berlin): Palazzo Prozzi, Ballast der Republik, Lampenladen, Edeka = Erichs Datsche am Kanal.

Unterricht in Marxismus/Leninismus: Rotlicht.

Wandlitz: Volvograd.

Diese vom Volksmund „sozialistische Wartegemeinschaften" genannten Menschenketten waren Ausdruck der allgemeinen Versorgungskrise, die besonders hart die ländlichen Regionen traf. Vorzeigestädte wie Berlin oder auch Leipzig zur Messezeit waren am besten versorgt. Wer dort zu tun hatte, kaufte auf Vorrat ein.

Ein besonderes Problem waren die oft jahrelangen Wartezeiten für Luxusgüter wie Autos, Möbel, Waschmaschinen oder Tiefkühltruhen. Diese Artikel waren sehr teuer. Ein Kauf war deshalb oft nur über Kredit bzw. Ratenzahlungen möglich. Auf einen im VEB Fahrzeugwerk Zwickau gebauten Trabant 601 mußte man zwischen 12 und 15 Jahren warten, wobei Farbwünsche nicht berücksichtigt werden konnten. Selbst für die Fahrschule gab es Wartezeiten – fünf Jahre waren für einige Städte normal.

Für einige Mangelwaren gab es Zuteilungsquoten. So war es unmöglich, in ein Geschäft zu gehen und mehrere Flaschen Ketchup oder größere Mengen Papier-Taschentücher zu kaufen. Zur Weihnachtszeit konnte man im „Vitamin-Basar" spanische Orangen kaufen, aber nur, wenn dazu ein Kilo der grünen, kernreichen und sauren kubanischen Mandarinen gekauft wurde.

Oft waren innerhalb kurzer Zeit Produkte nicht mehr im Warenangebot. So konnte es sein, daß plötzlich nirgendwo Feueranzünder für die in fast allen Wohnungen vorhandenen Kohleöfen zu kaufen waren; manchmal gab es schon gegen Mittag keine Frischmilch mehr, und nicht selten waren Getränke an heißen Tagen generell ausverkauft. Das ohnehin schmale Angebot wurde durch Einkäufer aus den östlichen Nachbarstaaten weiter reduziert. So wie die Bevölkerung sich in Polen oder der Tschechoslowakei mit Waren eindeckte, die es in der DDR nicht gab, kauften Polen und Tschechen in der DDR ein. Vor allem in den Grenzregionen zu Polen kam es zu Auseinandersetzungen, wenn polnische Händler die ohnehin spärlich sortierten Fleischereien leerkauften oder sich dutzendweise mit der staatlich subventionierten Kinderkleidung eindeckten.

Jeder war sorgsam darauf bedacht, von dem, was es gerade zu kaufen gab, etwas für sich, für Freunde oder für nutzbringende Beziehungen zu erstehen. Ständiger und typischer Begleiter war der Dederon-Beutel, der in der DDR übliche Plastikbeutel: Es konnte ja irgendwo irgendetwas Besonderes geben.

Bei Büchern und Schallplatten zeigte sich ein sehr typisches Kaufverhalten. Da bestimmte Bücher und Platten nur in kleiner Auflage erschienen, reichte die Zuteilung kaum für jede Verkäuferin. Hier blühte das Waren-Tausch-Geschäft mit der sogenannten „Bückware", die nur unter dem Ladentisch zu haben war: ein Bildband über Zürich gegen Orangen, anderes gegen West-Jeans. Vitamin B (= Beziehungen) mußte man haben. Gab es überraschend Interessantes in den Regalen, wurde es gekauft, denn man mußte davon ausgehen, daß die Lieferung einmalig war. Wegen der niedrigen Preise bei Büchern war das kein Problem.

Gegenüber dem schlechten Angebot in den normalen Geschäften war die Warenfülle in den Intershops, Delikat- oder Exquisitläden beeindruckend. Schon unter der Regierung Ulbricht waren sie eingerichtet worden, um Kaufkraft abzuschöpfen. Viele Produkte verschwanden aus den Regalen der Konsum- und HO-Geschäfte und wurden später für DM oder wesentlich teurer in diesen Läden verkauft.

Ende der achtziger Jahre gab es in der DDR etwa 250 Intershop-Läden und etwa 900 Delikat- und Exquisit-Läden. DDR-Bewohner durften in den Intershops nur einkaufen, wenn sie zuvor ihr Westgeld gegen „Forumschecks" eingetauscht hatten. Der „Nichtdevisenbesitzer", aber zahlungskräftige DDR-Mark-Besitzer konnte dagegen Ware aus westlicher Produktion in den Exquisit-Geschäften oder Lebensmittel im sogenannten

„Freß-Ex", den Delikat-Geschäften, zu überhöhten Preisen kaufen: Eine Büchse Ananas kostete beispielsweise 15 Mark und ein Glas saure Gurken 9 Mark.

Der DDR-Volksmund charakterisierte die Drei-Klassen-Gesellschaft auf seine Weise. Demnach gab es in der DDR „Shopper", „Exer" und „Gibser". Die „Shopper" kauften im Intershop, die „Exer" hatten genügend DDR-Mark und konnten in teuren Exquisit-Läden einkaufen, die „Gibser", also die DDR-Normalverbraucher, rannten von einem Laden in den anderen und fragten: „Gibt's das . . .? Gibt's das . . .?"

In den Zeitungen blühte ein exotischer Tauschmarkt. Zeitweilig wurden in großer Zahl „blaue Kacheln" im Tausch gegen Pkw oder für Klempner-Arbeiten angeboten. Natürlich wußte jeder angesichts der Tatsache, daß nicht einmal weiße Kacheln, Waschbecken oder gar Toilettenbecken zu haben waren, daß mit „blauen Kacheln" blaue Hundert-DM-Scheine gemeint waren. Bald entdeckte das MfS diesen Handel, und die Annoncierung von blauen Kacheln wurde verboten. Seit den siebziger Jahren hatte sich Westgeld innerhalb der DDR zur Zweitwährung entwickelt. Verboten, dennoch üblich war der Schwarztausch, der im Durchschnitt zum Kurs von 1:5 erfolgte.

Neben den Intershop-Läden gab es die Firmen der Genex-Geschenkdienst-GmbH in Zürich, Kopenhagen und Stuttgart. Sie unterstanden dem Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, der die Gewinne der SED-Führung zukommen ließ. Diese Firmen vertrieben Waren und Dienstleistungen für Bewohner der DDR, die allerdings von Bewohnern westlicher Staaten in Devisen bezahlt werden mußten. Kataloge durften nicht in die DDR eingeführt werden. Die Geschenke oder Dienstleistungen erreichten den DDR-Empfänger in kürzester Zeit. Während ein Leipziger oder Dresdner normalerweise jahrelang auf einen Fahrschullehrgang warten mußte, war er für 750 DM binnen acht bis zehn Wochen zu absolvieren. Besonders erbittert waren die meisten über die jahrzehntelangen Wartezeiten für Personenkraftwagen. Über Genex-Firmen wurden die Autos innerhalb weniger Wochen geliefert. Seit 1988 konnten zum Beispiel BMW, VW Passat oder Peugeot verschenkt werden.

Mit Sarkasmus wurde in der DDR registriert, wie das ehemalige „Traumschiff", nach Kauf von der DDR in „Astor" umbenannt, eingesetzt wurde. In der Sommersaison diente es gegen harte Währung westlichen Reisefirmen, im Winter fuhren damit die Bestarbeiter aus DDR-Betrieben nach Kuba.

Selbstdarstellung des Systems

Das kommunistische Regime entwickelte Formen der Selbstdarstellung, die auf Besucher aus dem Westen befremdlich wirkten. Besonders zu Feiertagen wurden die überwiegend baufälligen Häuser und Fabrikanlagen mit einer Vielzahl von Fahnen, Wimpeln, Spruchbändern und Bildern der SED-Führung geschmückt, mit denen sich „die Partei" mit ihren angeblichen Errungenschaften im Sozialismus feiern ließ. Die Losungen, die angebracht werden durften, wurden vom ZK der SED festgelegt und am 1. Mai im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" veröffentlicht. Es war nicht gestattet, andere Losungen zu benutzen.

In allen Medien des Landes feierte sich das SED-Regime beinahe täglich. Jede kritische Äußerung hingegen wurde bestraft. Versuche, bei Demonstrationen mit eigenen Plakaten aufzutreten, wurde von Mitarbeitern des MfS brutal unterbunden. Auf Großveranstaltungen, Fackelmärschen, Militärparaden und Massenumzügen ließen sich die Führer des SED-Staates in künstlich inszenierten Vorbeimärschen hochleben. Dies alles wiederholte sich auf lokaler Ebene.

Besuchte Honecker oder ein anderer SED-Führer Betriebe, wurden die für die Besichtigung vorgesehenen Betriebsteile auf Initiative der SED-Leitung besonders präpariert. Zuverlässige Arbeiter wurden ausgesucht, um Honecker für inhaltlose Propagandagespräche zur Verfügung zu stehen.

Bei Autofahrten von Politikern durch die Städte mußten Tausende Werktätige mit „Winkelementen" (Fähnchen) jubelnd die Straßen säumen. Bei großen Veranstaltungen wurden Polizisten und Soldaten in Zivil zum vorher einstudierten Jubeln abkommandiert. Ganze Straßenzüge wurden durch Mitarbeiter des MfS in Ost-Berlin abgesperrt, wenn Honecker morgens mit seiner schwarzen Volvo-Kolonne aus Wandlitz ins Regierungsgebäude am Ost-Berliner Marx-Engels-Platz fuhr.

In jedem Betrieb, jeder Schule, in Wohnheimen und Kasernen hingen rote Fahnen und Wandzeitungen, die vom Sieg des Kommunismus kündeten. Mit dem Lebensempfinden der Mehrzahl der Menschen in der DDR hatte dieser Kult des totalitären SED-Regimes wenig gemeinsam. Dennoch durchdrangen die Auswirkungen der SED-Politik nahezu alle Bereiche des privaten Lebens.

Versuchen Sie mal, Ihr Bad zu kacheln

Am frühen Nachmittag wandert, aus Hochhaussicht, eine Ameisenstraße zwischen den Wohnblocks und der neonbeleuchteten Kaufhalle hin und her. Ein Scheißspiel, der Alltag. Allmählich fangen wir an, die Menschen zu bewundern. Mit welchem Gleichmut sie das alles tragen, das frühe Aufstehen, die Hetze, das Schlangestehen in Läden und Restaurants, den Ärger auf den Ämtern. (...)

Nach Feierabend, oder, je nach Schicht, vor Dienstbeginn, sind Heerscharen unterwegs, um zu organisieren, und das bedeutet: rennen, bitten, warten, herumhören, vertröstet werden, fluchen, schneller sein, nicht aufgeben, das Erkämpfte stolz nach Hause tragen. Was DDR-Bürger allein für den ewigen Nestbau in der Wohnung oder für das Bosseln an ihren Autos an Zeit und Energie aufwenden, ist unbeschreiblich.

„Versuchen Sie mal, Ihr Bad oder Ihre Küche zu kacheln", sagt der Heizungsmonteur, der gegen die glühenden Zuleitungsrohre unserer überheizten Wohnung auch nichts ausrichten kann. „Fliesen gibt es nicht, und wenn sie es mal gibt, stehen die Leute früh um sechs vor dem Geschäft." Der Fliesenleger nimmt 25 Mark für die Stunde Schwarzarbeit.

Eva Windmöller und Thomas Höpker: Leben in der DDR, München 1980, S. 87 ff.

Chronik der Ereignisse

2. MAI 1989: Ungarische Grenzsoldaten schneiden erste Löcher in den Grenzzaun zu Österreich.

JULI: Die Zahl von DDR-Bürgern, die sich in den Bonner Botschaften in Budapest, Ostberlin, Prag und Warschau flüchten, steigt.

AUGUST: Wegen totaler Überfüllung schließt Bonn seine Missionen in Ostberlin (8. 8. 1989), Budapest (14. 8. 1989) und Prag (23. 8. 1989).

19. AUGUST: Mehr als 600 DDR-Bürger nutzen ein Grenzfest bei Sopron in Ungarn zur Flucht.

11. SEPTEMBER: Um Mitternacht öffnet Ungarn seine Grenzen für die DDR-Flüchtlinge: Die Massenflucht von Zehntausenden über Ungarn und Österreich beginnt.

30. SEPTEMBER: Bundesaußenminister Genscher verkündet in Prag den Flüchtlingen die bevorstehende Ausreise in den Westen. Mit Sonderzügen der DDR-Reichsbahn fahren rund 5500 DDR-Bürger aus Prag und etwa 800 aus Warschau über DDR-Gebiet in die Bundesrepublik.

4. OKTOBER: Auf dem Dresdner Bahnhof kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und 2000 DDR-Bürgern, die auf die Flüchtlingszüge aufspringen wollen.

6./7./8. OKTOBER: Bei den Feiern zum 40. Staatsjubiläum der DDR mahnt der sowjetische Staatschef Gorbatschow die DDR zu grundlegenden Reformen. Am 7. und 8. Oktober demonstrieren Zehntausende DDR-Bürger für eine demokratische Erneuerung des Sozialismus und werden vor allem in Ost-Berlin von der Polizei niedergeknüppelt.

18. OKTOBER: Nach Massenprotesten wird Staats- und SED-Chef Honecker nach 18 Jahren abgelöst. Egon Krenz wird neuer SED-Chef.

23. Oktober: Auf der traditionellen Leipziger Montags-Demonstration fordern 300 000 Menschen Reformen: „Wir sind das Volk."

4. NOVEMBER: Mehr als eine Million DDR-Bürger demonstrieren in Ostberlin für Reformen. Es ist die größte Protestveranstaltung in der Geschichte der DDR.

7. NOVEMBER: Die DDR-Regierung unter Ministerpräsident Stoph tritt zurück.

8. NOVEMBER: Das gesamte SED-Politbüro muß gehen. Mit diesem Schritt übernimmt das höchste Machtorgan die Verantwortung für die Krise in der DDR.

9. NOVEMBER: 28 Jahre nach dem Mauerbau öffnet die DDR ihre Grenzen nach Westberlin und zur Bundesrepublik.

13. NOVEMBER: Der SED-Reformpolitiker Hans Modrow wird zum neuen Regierungschef gewählt.

1. DEZEMBER: Die Volkskammer streicht die Führungsrolle der Staatspartei SED aus der Verfassung. Gegen sechs ehemalige hohe SED-Funktionäre – unter ihnen Honecker – werden Ermittlungsverfahren wegen Amtsmißbrauch und Korruption eingeleitet.

3. DEZEMBER: Das erst seit knapp einem Monat amtierende SED-Politbüro unter Krenz und das Zentralkomitee müssen zurücktreten.

6. DEZEMBER: Krenz legt sein Amt als Staatsratsvorsitzender nieder.

7. DEZEMBER: Der Runde Tisch – ein Dialogforum der alten Parteien und neuen Oppositionsgruppen – tagt das erstemal.

8./9. DEZEMBER: Auf dem vorgezogenen SED-Sonderparteitag wird Gregor Gysi zum neuen SED-Chef gewählt.

16./17. DEZEMBER: Die SED bricht mit ihrer kommunistischen Vergangenheit und ergänzt ihren Namen. Sie heißt jetzt SED-PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) und seit 4. Februar nur noch PDS.

19. DEZEMBER: Bei ihrem ersten Treffen in Dresden vereinbaren Modrow und Bundeskanzler Kohl Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft.

22. DEZEMBER: Das Brandenburger Tor in Berlin wird geöffnet.

30. JANUAR 1990: Bei einem Besuch von Modrow in Moskau stimmt Gorbatschow der Einheit der beiden deutschen Staaten zu.

1. FEBRUAR: Modrow legt einen Drei-Stufen-Plan zur deutschen Einheit vor. Er schlägt einen neutralen Status für das vereinigte Deutschland mit Regierungssitz in Berlin vor.

5. FEBRUAR: Die Regierung der „Nationalen Verantwortung" wird gebildet: Acht Oppositionsparteien schicken Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung.

20. FEBRUAR: Die Volkskammer ebnet mit der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes den Weg zur ersten freien Wahl in der DDR. Die deutsch-deutsche Währungskommission tagt zum erstenmal.

9. MÄRZ: In Ostberlin tagen erstmals Vertreter beider deutscher Staaten zur Vorbereitung der Konferenz mit den vier Siegermächten.

18. MÄRZ: Volkskammerwahl in der DDR. Bei den ersten freien Wahlen in der DDR wird die konservative „Allianz für Deutschland" überraschend Sieger und verfehlt nur knapp die absolute Mehrheit.

12. APRIL: Die DDR-Volkskammer wählt erstmals in ihrer Geschichte eine demokratische Regierung. Lothar de Maizière (CDU) wird Ministerpräsident einer Koalitionsregierung, die aus der „Allianz für Deutschland", der SPD und den Liberalen (BFD) besteht.

5. MAI: In Bonn beginnen die „Zwei-plus-Vier"-Gespräche der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens. Zentrales Thema ist die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands.

6. MAI: An den ersten freien Kommunalwahlen in der DDR beteiligen sich fast 75 Prozent der Wähler. Die CDU bekommt 34,4, die SPD 21, die PDS 14 und der BFD 6,3 Prozent der abgegebenen Stimmen.

18. MAI: Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Bonn durch die Finanzminister Waigel und Romberg wird der erste entscheidende Schritt zur staatlichen Einheit vollzogen. Mit dem Vertrag gibt die DDR die Hoheit über die Finanz- und Geldpolitik ab.

13. JUNI: In Berlin wird mit dem endgültigen Abriß der 47 Kilometer langen Mauer begonnen.

21. JUNI: Der Staatsvertrag über die zum 1. Juli 1990 vereinbarte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze passieren Bundestag und DDR-Volkskammer. Am Tag darauf stimmt auch der Bundesrat zu.

1. JULI: Die DDR-Währung ist ungültig, die DDR stellt auf D-Mark um.

16/17. JULI: Die letzten außenpolitischen Hürden auf dem Weg zur deutschen Einheit fallen: Gorbatschow gesteht Deutschland zu, daß es noch 1990 die volle Souveränität erhalten soll und über seine Bündniszugehörigkeit selbst entscheiden kann.

23. AUGUST: In einer Sondersitzung beschließt die DDR-Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum 3. Oktober.

31. AUGUST: In Ost-Berlin wird der deutsch-deutsche Einigungsvertrag unterschrieben. Der Vertrag regelt Einzelheiten des DDR-Beitritts zur Bundesrepublik, von der Hauptstadtfrage bis zur Sportförderung.

12. SEPTEMBER: Der Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands ist frei: Die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs unterzeichnen in Moskau das Abschlußdokument der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen über die deutsche Souveränität. Mit dem einem Friedensvertrag gleichkommenden Vertragswerk wird unter 45 Jahre deutsche Nachkriegsgeschichte ein endgültiger Schlußstrich gezogen.

20. SEPTEMBER: Bundestag und Volkskammer verabschieden den Einigungsvertrag.

24. SEPTEMBER: Verteidigungsminister Eppelmann und der Oberkommandierende des Warschauer Parkts, Pjotr Luschew, unterzeichnen in Ost-Berlin ein Protokoll, das die Mitgliedschaft der DDR im östlichen Militärbündnis beendet.

3. OKTOBER: Tag der deutschen Einheit. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten geht die 45 Jahre währende Teilung Deutschlands zu Ende.

Regina Weinrich – dpa, 4. Oktober 1990 (gekürzt)

Michael Richter

1989–1990
Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit

Perestroika und die Krise des SED-Regimes

Die Haltung der SED zu Glasnost und Perestroika

Auf dem 27. Parteitag der KPdSU im März 1986 und der Allunionskonferenz der KPdSU im Juli 1988 kündigte der im März 1985 zum Generalsekretär gewählte Michail Gorbatschow angesichts der katastrophalen Situation der Wirtschaft in der UdSSR grundlegende Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an. Für die Entwicklung des Ostblocks war vor allem die Aufhebung der „Breschnew-Doktrin" von großer Bedeutung. Gorbatschow erklärte, die UdSSR werde die Eigenständigkeit aller Staaten außerhalb der UdSSR achten und in keinem Fall militärisch eingreifen. Damit war der Weg zur Demokratisierung im Osten Europas offen. Polen und Ungarn waren die ersten Staaten, die den Weg politischer Reformen einschlugen. Die SED jedoch lehnte für die DDR die Reformpolitik Gorbatschows ab. Politbüro-Mitglied Kurt Hager erklärte, man habe nicht vor, die Wohnung zu tapezieren, nur weil der Nachbar dies tue. Die SED betonte ständig, Reformen wie in der UdSSR wegen des hohen Entwicklungsstandes der DDR nicht nötig zu haben. Hinter der verkündeten Politik von „Kontinuität und Erneuerung" verbarg sich eine Haltung, die jede Demokratisierung zurückwies. Der SED war klar, daß sich die Deutschen in der DDR bei Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für deutsche und europäische Einheit aussprechen würden. Auch mit einer stärkeren Einbeziehung der deutschen Geschichte (Friedrich der Große, Bismarck, Luther) in die eigene Tradition konnte der Mangel der DDR an nationaler Identität nicht beseitigt werden. In ihrer Ablehnung der sowjetischen Politik ging die SED sogar so weit, im November 1988 die sowjetische Zeitschrift „Sputnik" und verschiedene sowjetische Filme zu verbieten.

Menschenrechts- und Friedensaktivitäten unter dem Dach der Kirche

Die allgemeine Unzufriedenheit hatte bereits 1984 zu einer ersten größeren Ausreisewelle in die Bundesrepublik geführt. Angesichts des allgegenwärtigen Staatssicherheitsapparates konnte die Unzufriedenheit der Bevölkerung kaum öffentlich artikuliert werden. Jeden offenen Widerstand verfolgten die Kommunisten mit Mitteln des Staatsterrors.

Nur unter dem Dach der Kirche konnten sich kritische Bürger in „Friedensgruppen" zusammenfinden. Von hier gingen Aktivitäten aus, die vom MfS mit Hilfe ihres perfekt ausgebauten Spitzelsystems beobachtet und durch Verhaftungen, Ausbürgerungen und Berufsverbot verfolgt wurden. Dennoch kam es, wie zum Beispiel im Sommer 1983 in Jena, immer wieder zu Demonstrationen für Frieden und Menschenrechte. Unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen" formierte sich eine breite kirchliche Friedensbewegung gegen die Aufstellung neuer Raketen in Ost und West. Nach der Einleitung der Politik von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion verstärkten sich die Aktivitäten von Menschenrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen unter dem Dach der Kirche. Zu einem Zentrum dieser Gruppen hatte sich die „Umweltbibliothek" in der Berliner Zionskirche entwickelt. Im November 1987 stürmten Mitarbeiter des MfS Räume der Zionskirche und verhafteten einige Personen. Daraufhin wurden in zahlreichen Kirchen Fürbittgottesdienste für die Inhaftierten abgehalten, die von nun an regelmäßig wiederholt und zu Sammelpunkten unzufriedener und ausreisewilliger Bürger wurden.

Festhalten der SED am starren Kurs

Trotz verschiedener Aufforderungen zum Dialog lehnte die SED jede Zusammenarbeit mit politisch Andersdenkenden kategorisch ab und bestrafte abweichende Meinungen mit Haft und Ausbürgerung. Im Januar 1989 kam es bei Demonstrationen anläßlich des 70. Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin zu Festnahmen, als Vertreter der Bürgerbewegung nach einer Äußerung Luxemburgs „Freiheit für Andersdenkende" forderten. Obwohl die internationale Politik eine Entwicklung zur Veränderung der gesamten Weltsituation signalisierte, blieb die SED bei ihrem starren und reaktionären Kurs. Während der US-amerikanische Präsident Bush den Abriß der Mauer forderte und sich im Inneren des Landes bereits oppositionelle Vereinigungen illegal bildeten, erklärte Honecker, die Mauer werde auch in 50 oder 100 Jahren noch stehen. Im Februar 1989 wurde der Jugendliche Chris Gueffroy bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer erschossen. Er war das letzte Opfer des kommunistischen Regimes. Die Unzufriedenheit der Bürger in der DDR und der Ausreisedruck nahmen rasant zu. Die Versorgungslage verschlechterte sich im Jahr 1989 erheblich. Im März kam es in Leipzig zu einer erneuten Demonstration von Ausreisewilligen. Das MfS und die Volkspolizei gingen mit Gewalt und Verhaftungen gegen die Demonstranten vor, viele wurden verhaftet. Die Bonner Parteien protestierten gegen die restriktive Politik der SED und forderten sie zu Reformen auf. Die Frühjahrssynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg griff die Unzufriedenheit der Menschen auf. Auch die anderen Kirchen kritisierten das Regime immer offener und drückten ihre Sorge darüber aus, daß sie sich mit Problemen befassen müßten, die Sache der Rathäuser seien.

Öffnung der ungarischen Grenze und DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989

Anfang Mai 1989 begannen ungarische Soldaten mit dem Abbau des Grenzzaunes zum benachbarten Österreich. Erstmalig sahen

Spätsommer 1989. Zehntausende von DDR-Bürgern suchen Zuflucht in den Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau.

dadurch viele Menschen in der DDR die Chance, von ihrem Recht auf Freizügigkeit und Selbstbestimmung Gebrauch zu machen. Tausende planten für den Sommer eine Reise nach Ungarn, um auf diesem Weg aus der DDR zu fliehen. Die allgemeine Unzufriedenheit steigerte sich weiter, als bekannt wurde, daß die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 nach dem alten, undemokratischen Verfahren durchgeführt werden sollten. Vertreter verschiedener Oppositionsgruppen beteiligten sich an der Auszählung der Stimmen und stellten massive Fälschungen seitens der Behörden fest. Nie hatte es in der DDR wirkliche Wahlen gegeben. Auch Fälschungen hatte es immer gegeben. Erstmals aber kontrollierten Bürger die Auszählung der Stimmen.

In Leipzig kam es nach der Bekanntgabe der Ergebnisse zu Demonstrationen. Wiederum machte sich die evangelische Kirchenleitung zum Fürsprecher der Proteste. Am 2. Juni 1989 forderte die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen eine Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Strukturen und des Wahlrechts sowie mehr Rechtssicherheit für die Bürger. Die Antwort der SED war eine massive Drohung. Nach der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung begrüßte die Volkskammer das Massaker vom 4. Juni 1989 in Peking und erklärte, man habe es in der DDR mit denselben Gegnern zu tun. In derselben Zeit baute die SED ihre Kontakte zu den reformfeindlichen Ländern des Ostblocks wie Rumänien und der Tschechoslowakei aus.

Ausreisewelle und Flucht über Ungarn

Unter der Bevölkerung der DDR machte sich angesichts der starren Haltung der SED Resignation breit. Viele sahen in der Flucht eine Möglichkeit, ihr Leben frei zu gestalten. Im Sommer 1989 besetzten Bewohner der DDR Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Staaten des Ostblocks und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Zu Tausenden stellten die Menschen Anträge zur Übersiedlung in die Bundesrepublik. Im ersten Halbjahr 1989 übersiedelten 46 343 Personen legal in die Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der Botschaftsbesetzungen mußten die diplomatischen Vertretungen zeitweise wegen Überfüllung geschlossen werden. Auch die Zahl der Deutschen aus der DDR, die die Grenze von Ungarn nach Österreich illegal überschritten, nahm zu. Bei einer Veranstaltung der „Paneuropäischen Union" stürmten 661 Bewohner der DDR durch ein offenes Grenztor nach Österreich. Am 11. September 1989 (0.00 Uhr) ließ die ungarische Regierung in Anbetracht der Flüchtlingssituation und nach Gesprächen des Außenministers Gyula Horn mit der Bundesregierung alle Bürger aus der DDR in den Westen ausreisen. Zehntausende Bewohner der DDR verließen daraufhin trotz des Protestes der DDR-Regierung Ungarn in Richtung Bundesrepublik. In Bayern, wo wie in anderen Bundesländern vorsorglich Zeltstädte aufgestellt worden waren, trafen jeden Tag Tausende mit Bussen oder auch im Auto des Jahres, dem „Trabbi", ein.

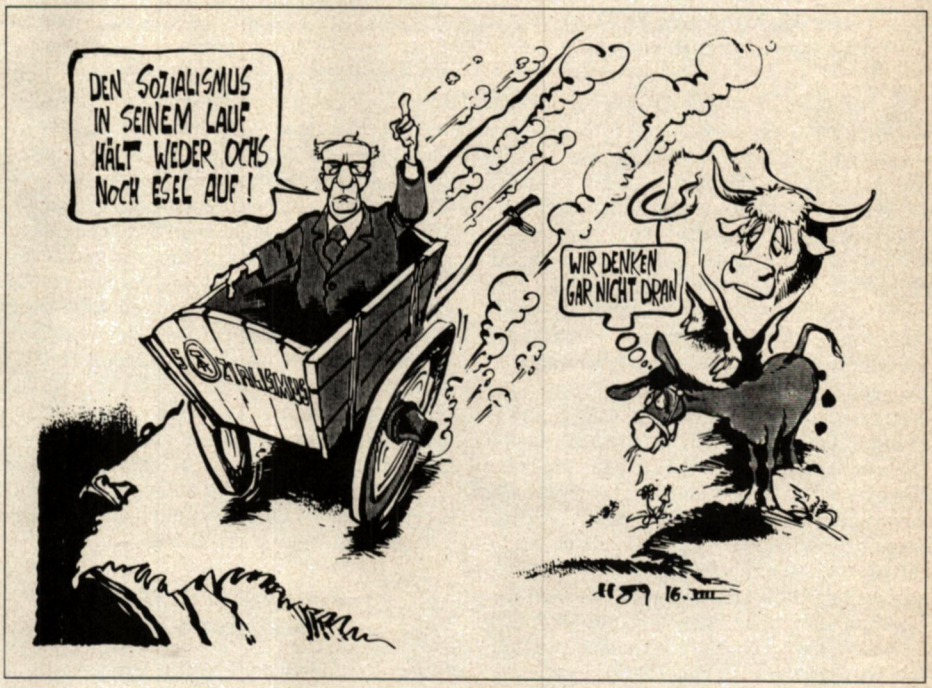
Zuspitzung der innenpolitischen Situation im September 1989

Angesichts der mit der Massenflucht einhergehenden Destabilisierung des SED-Regimes formierte sich in der DDR die politische Opposition weiter. Ende August bildete sich eine „Sozialdemokratische Partei in der DDR" (SDP). Sie konstituierte sich am 7. Oktober im Pfarrhaus von Schwante als Partei. Die verschiedenen informellen Gruppen entwickelten ihre Organisationsstruktur landesweit. In den Blockparteien und in der SED selbst begannen Diskussionen über den weiteren Weg des Landes. Trotz dieser Entwicklung wies die SED-Führung weiterhin alle Reformvorschläge als Versuche zur Beseitigung des Sozialismus zurück. Honecker erklärte: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf". Der SED-Ideologe Otto Reinhold betonte, anders als Polen oder Ungarn habe die DDR nur als sozialistischer Staat, als Alternative zur Bundesrepublik eine Überlebenschance. Daher ständen demokratische Reformen nicht zur Diskussion. Im September kam es in Leipzig und anderen Städten zu immer neuen, immer größeren Demonstrationen.

Regelmäßig wurden diese von Mitarbeitern des MfS und der Volkspolizei zerschlagen und zahlreiche Demonstranten festgenommen. Unterdessen verschärften die Kirchen ihre Forderungen nach Reformen. Gefordert wurden inzwischen demokratische Verhältnisse, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Auch Vertreter der Blockparteien LDPD und CDU, Künstler und verschiedene andere Gruppen traten nun mit Protesten und Forderungen an die Öffentlichkeit. Am 19. September 1989 beantragte das „Neue Forum" im Innenministerium seine Zulassung als Diskussionsforum für alle Bürger, die über gesellschaftliche Reformen und eine Demokratisierung des Landes nachdenken wollten. Das Innenministerium wies diesen Antrag zurück und bezeichnete das „Neue Forum" als verfassungsfeindlich. Zentrum der zunehmenden Bürgerproteste war die Messestadt Leipzig, wo sich nach den Friedensgebeten in der Nikolaikirche an jedem Montag mehrere Tausend Menschen an Demonstrationen beteiligten.

Besetzung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag

Während die Grenzen Ungarns geöffnet blieben, besetzten Bürger aus der DDR, die von der DDR kein Visum für eine Reise nach Ungarn erhalten hatten, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag. Für eine Reise in die ČSSR war ein Visum nicht nötig. Bis Ende September stieg die Zahl der Flüchtlinge, die sich auf das Botschaftsgelände flüchteten, auf etwa 6000 Personen an. Am Zaun der Botschaft, der von den Deutschen aus der DDR überklettert wurde, kam es zu dramatischen Szenen. Am 30. September 1989 verkündete Bundesaußenminister Genscher die von der DDR-Regierung für die Flüchtlinge in der Prager Botschaft gewährte Möglichkeit der Ausreise mit einem Zug der Deutschen Reichsbahn quer durch die DDR in die Bundesrepublik. Das Flüchtlingsproblem war damit jedoch keinesfalls erledigt. Nach der Ausreise füllten sich die Botschaften sofort wieder. Auch der zweiten Welle der Botschafts-Flüchtlinge gestattete die DDR-Regierung am 3. Oktober 1989 die Ausreise. In der SED-Führung befürchtete man zu Recht, daß die Situation in der Botschaft kurz vor den Feierlichkeiten zum bevorstehenden 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 einen schlechten Eindruck hinterlassen würde. Bei der Durchfahrt der Flüchtlingszüge durch die DDR kam es am Dresdner Hauptbahnhof und entlang der ge-



samten Strecke zu Demonstrationen vieler ausreisewilliger Menschen. Einige Bürger versuchten verzweifelt, auf die fahrenden Züge aufzuspringen.

Der 40. Jahrestag der DDR und die Absetzung Honeckers

Für den 7. Oktober 1989 hatte die Regierung der DDR die üblichen Feierlichkeiten vorgesehen. 40 Jahre sozialistische Diktatur wurden mit einem Fackelmarsch der FDJ und einer Militärparade gefeiert. Doch die SED hatte die Entwicklung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr unter Kontrolle. Anfang Oktober

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." (Gorbatschow)

gingen die Zahlen der Demonstranten in Leipzig in die Zehntausende. Nach SPD und „Neuem Forum" konstituierte sich Anfang Oktober als weitere Bürgerrechtsbewegung der „Demokratische Aufbruch". In den Gruppen wirkten noch verschiedene Informanten des MfS (zum Beispiel Wolfgang Schnur). Auch die Forderungen seitens der Bundesrepublik, Reformen einzuleiten, nahmen zu.

Am Vorabend des 7. Oktober kam es in Berlin und anderen Städten wieder zu Demonstrationen, die vom MfS und der Volkspolizei mit Gewalt aufgelöst wurden. Zahlreiche Personen wurden in der Haft mißhandelt. Am 7. Oktober bildeten sich in zahlreichen Städten der DDR erneut Massendemonstrationen. Die Situation erinnerte an den 17. Juni 1953. Die damals gebildeten Betriebskampfgruppen der SED wurden gegen die Bürger eingesetzt. Armee und Bereitschaftspolizei hatten die Weisung, gegebenenfalls mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Die Demonstrationen rissen nun nicht mehr ab. Am Montag, dem 9. Oktober, gingen in Leipzig über 70000 Menschen auf die Straße. Am 16. Oktober waren es bereits 120000. Ihr Ruf „Wir sind das Volk!" wurde in der ganzen Welt vernommen. Die Sicherheitskräfte griffen in Anbetracht der Menschenmassen nicht ein.

Jetzt erst fingen einzelne Funktionäre in der SED-Spitze an, über Veränderungen nachzudenken. Um die Herrschaft der SED zu retten, beschloß das Politbüro der SED, Honecker zum 18. Oktober von seinen Funktionen zu entbinden. Seine starre, reformfeindliche Haltung hatte die DDR in die tiefste Krise ihrer Entwicklung geführt. Die SED versuchte nun, die Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen und die Schaffung demokratischer Verhältnisse zu verhindern, um den „Sozialismus" zu retten (siehe auch **M 31** und **M 32** auf Seite 64).

Das Ende der kommunistischen Diktatur

Egon Krenz wird Staats- und Parteichef

Als Nachfolger Honeckers trat am 24. Oktober 1989 dessen „Kronprinz" Egon Krenz an. Krenz erklärte unmittelbar nach seiner Amtsübernahme, er sehe es als seine Aufgabe an, den Sozialismus in der DDR unter Führung der SED demokratisch zu erneuern. Die Einführung einer parlamentarischen Demokratie lehnte er ebenso ab wie die Überwindung der Teilung Deutschlands. Die SED-Führung war personell wie konzeptionell nicht in der Lage, sich an die Spitze der Demokratisierungsbewegung zu stellen. Vielmehr versuchte sie, die Entwicklung zu verlangsamen und rannte den Ereignissen, die vom Volk bestimmt wurden, ständig hinterher. Die Bevölkerung war mit der Machtübernahme durch Krenz nicht einverstanden. So rissen auch nach seiner Wahl die Demonstrationen nicht ab. Anfang November gingen in Ost-Berlin über eine Million Menschen auf die Straße, um für eine Demokratisierung der Gesellschaft zu demonstrieren. Die Mitgliederzahlen der SED sanken innerhalb weniger Monate von 2,3 Millionen auf knapp 600000. Immer mehr Vertreter des alten Machtapparates mußten wegen der anhaltenden Proteste der Bevölkerung zurücktreten. In Folge der nun bekanntwerdenden Korruption der führenden Funktionäre trat schließlich am 7. November der gesamte Ministerrat zurück. Am 8. November 1989 trat auch das SED-Politbüro zurück.

Öffnung der Grenzen

Am 9. November 1989 beschloß der Ministerrat der DDR unter dem Druck der Ereignisse die Einführung der allgemeinen Reisefreiheit. Nach Bekanntgabe des Beschlusses durch das Mitglied des Politbüros der SED, Günter Schabowski, strömten Hunderttausende Menschen noch in der Nacht zum 10. November und in den darauffolgenden Tagen zum ersten Mal in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin. In Berlin stürmte die Bevölkerung aus beiden Teilen der geteilten Stadt die Mauer am Brandenburger Tor. Eine derartige Wirkung hatte das zusammenbrechende Regime nicht geplant. Das Volk setzte erneut spontan Maßstäbe für die weitere Entwicklung. Das SED-Regime, das nur durch die Mauer hatte überleben können, stand vor seinem Ende. Die Bilder der Mauerbesetzer gingen um die Welt und zeigten im Ausland ein neues Bild von Deutschen, die willens waren, auf friedlichem Wege demokratische Verhältnisse in ganz Deutschland durchzusetzen. Im Bundestag sangen die Abgeordneten, als sie von der Grenzöffnung erfuhren, die Nationalhymne. Die Mehrzahl der Bevölkerung in Ost und West feierte. Nur die Befürworter einer eigenständigen DDR als sozialistischer Alternative zur Bundesrepublik betrachteten die Öffnung der Grenze mit Skepsis.

Regierungsübernahme durch Modrow

Nach dem Rücktritt der Regierung der DDR (Ministerrat) wurde am 17. November 1989 der SED-Politiker Hans Modrow neuer Ministerpräsident der DDR. Modrow, der bislang SED-Bezirkssekretär in Dresden gewesen war, galt als Reformer und Anhänger der Politik Gorbatschows. Wie vor ihm Krenz nannte auch er die Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft und den Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR als Ziele seiner Regierung. In der Amtszeit Modrows versuchte die SED-PDS, einen Teil ihres ehemaligen Vermögens zu sichern. Überall wurden Akten vernichtet, um eine Strafverfolgung unmöglich zu machen. Die Bevölkerung sah die Versuche der SED-PDS, ihre Macht zu restaurieren, mit Skepsis. So gingen in den Städten und Gemeinden der DDR die Demonstrationen weiter. Immer häufiger wurde die staatliche Einheit Deutschlands gefordert. „Wir sind *ein* Volk!" riefen die Demonstranten nun. Während die SED-PDS weiter auf Zweistaatlichkeit setzte, griffen Christdemokraten und Liberale in Ost und West die Forderung der Demonstranten schnell auf.

Am 28. November 1989 verkündete Bundeskanzler Kohl ein Zehnpunkteprogramm, das als Ziel der Politik der Bundesregierung die staatliche Einheit in konföderativen Strukturen nannte. Unterdessen ging die Demontage der ehemaligen Staatspartei SED weiter. Durch die Medien, die inzwischen frei berichten konnten, wurden immer neue Fälle von Korruption und Machtmißbrauch bekannt. Die Bevölkerung reagierte mit wütenden Protesten. Am 1. Dezember 1989 änderte die Volkskammer die Verfassung der DDR. Die führende Rolle der SED wurde gestrichen. Zugleich wurden die bislang der SED unterstehenden etwa 400000 Mann starken „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" aufgelöst. Am 3. Dezember 1989 trat das Politbüro und das ZK der SED zurück. Weitere führende Funktionäre wurden aus der SED ausgeschlossen, andere wie der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch und das Politbüromitglied Günter Mittag inhaftiert. Anfang Dezember traten die Blockparteien aus dem „Demokratischen Block" aus. Wegen der anhaltenden Proteste der Bevölkerung mußte Egon Krenz am 6. Dezember 1989 vom Amt des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR zurücktreten. Sein Nachfolger wurde der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach. Schon zuvor hatte Krenz sein Amt als Generalsekretär der SED niederlegen müssen.

Die Entwicklung der Parteien vor den ersten freien Wahlen

Im Dezember trat die SED zu einem außerordentlichen Parteitag zusammen. Die Delegierten plädierten erneut für die Beibehaltung der Teilung Deutschlands und eine sozialistische Entwicklung in einer eigenständigen DDR. Es wurde beschlossen, die SED nicht aufzulösen. Allerdings nannte sie sich in SED-PDS um. Als neuer Vorsitzender wurde Rechtsanwalt Gregor Gysi in seinem Amt bestätigt. Auch die Blockparteien gingen auf neuen Kurs. Im Dezember distanzierte sich zum Beispiel die CDU von ihrer bisherigen Haltung als „Bündnispartner" der SED und bestimmte auf einem Sonderparteitag ihren neuen Kurs. Deutlich distanzierte sie sich von der SED und stellte programmatisch die Weichen in Richtung deutsche Einheit. Die Delegierten wählten Lothar de Maizière zum Nachfolger des am 2. Dezember 1989 zurückgetretenen CDU-Vorsitzenden Gerald Götting. Am 17. Dezember konstituierte sich der „Demokratische Aufbruch" als Partei. Seit Mitte Dezember 1989 erklärten die meisten Parteien in der DDR die Herstellung der staatlichen Einheit als ihr Ziel.

Leipziger Montagsdemonstrationen: Aus „Wir sind das Volk" der ersten Demonstrationen gegen den SED-Staat wurde das Bekenntnis zur Wiedervereinigung: „Wir sind ein Volk".

Ein Vollzug der staatlichen Einheit kurz nach den Volkskammerwahlen erschien jedoch zu diesem Zeitpunkt wegen der Notwendigkeit einer Übereinkunft mit den Vier Mächten über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit unrealistisch. So konzentrierten sich die Parteien auf die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Einführung einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Diese Schritte bereiteten die Einheit vor, waren aber nicht an die Zustimmung der Vier Mächte gebunden. Mitte Januar 1990 änderte die SDP ihren Namen in SPD. In Leipzig schlossen sich am 20. Januar etwa ein Dutzend christlich-konservativer Gruppen und Parteien in der DDR zur „Deutschen Sozialen Union" (DSU) zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der Leipziger Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling gewählt.

Anfang des Jahres nahm die SED ein zweites Mal einen neuen Namen an. Sie nannte sich nun „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) und erklärte: „Unsere Partei ist nicht mehr die SED. Unser Bruch mit der Vergangenheit, unsere demokratischen Initiativen und Ziele haben uns zu einer neuen Partei gemacht..." Die Bevölkerung blieb skeptisch. Zwar hatte sich die Partei einen neuen Namen gegeben und war mit einem neuen Vorstand angetreten, aber die Auflösung der SED war bewußt nicht vollzogen worden. Da die SED nur einen neuen Namen angenommen hatte, waren die Mitglieder die alten geblieben. Auch vom Eigentum der SED trennte sich die PDS nur zum Teil. Noch Monate später befaßte sich die Staatsanwaltschaft mit illegalen Geschäften und finanziellen Transaktionen der PDS. Allgemein wurde ein Wahlsieg der SPD bei den kommenden Volkskammerwahlen erwartet. Um die eigenen Chancen zu erhöhen, schlossen sich auf Anraten der CDU in der Bundesrepublik die DSU, der „Demokratische Aufbruch" und die CDU der DDR im Wahlbündnis „Allianz für Deutschland" zusammen. Auch die LDPD, die FDP und die DFP fanden sich unter der Bezeichnung „Bund Freier Demokraten" zu einem Wahlbündnis zusammen.

Während die „Allianz für Deutschland" und der „Bund Freier Demokraten" im Wahlkampf für einen schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes plädierten, setzte sich die SPD für einen Zusammenschluß beider deutschen Staaten nach Artikel 146 ein. Danach sollten beide deutschen Staaten nach den Wahlen Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, ein „Vertragswerk zur deutschen Einheit" zu bilden. Ein „Rat zur deutschen Einheit" sollte dann ausgehend vom Grundgesetz eine gemeinsame Verfassung erarbeiten. Über diese sollten die Bewohner beider Staaten in einer Volksabstimmung befinden. Bei einem zu schnellen Zusammenschluß beider deutscher Staaten befürchteten die Sozialdemokraten die Gefahr sozialer und wirtschaftlicher Probleme für das Gebiet der DDR.

Das „Neue Forum“ (NF), „Demokratie Jetzt“ (DJ) und die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ schlossen sich zum „Bündnis 90“ zusammen und wandten sich ebenfalls gegen eine schnelle Herstellung der deutschen Einheit.

„Runder Tisch“ und Volkskammer unter der Modrow-Regierung

Am 7. Dezember war der „Runde Tisch“ zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Vertreter der fünf Regierungsparteien (SED, LDPD, CDU, NDPD und DBD), des FDGB, der Kirchen, des „Neuen Forums“, des „Demokratischen Aufbruchs“, der „Grünen Partei“, der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, der SDP und der „Vereinigten Linken“ berieten bis zum März 1990 regelmäßig über die politische Entwicklung des Landes. Als wichtigstes Ziel sah der „Runde Tisch“ die Ausarbeitung einer Verfassung für eine erneuerte DDR an. Neben der Volkskammer existierte damit eine zweite parlamentarische Institution, die ihre demokratische Legitimation ebenfalls nicht aus Wahlen, sondern aus der revolutionären Situation herleitete.

Auf Vorschlag Modrows beteiligten sich die Vertreter des „Runden Tisches“ wegen der schwierigen Umbruchsituation an einer „Regierung der nationalen Verantwortung“. Kurz vor den ersten freien Wahlen traf sich der „Runde Tisch“ zu seiner 16. und letzten Sitzung. Sein Auftrag, ein Forum oppositioneller Gruppierungen zu sein und freie Wahlen vorzubereiten, war erfüllt. Der vom „Runden Tisch“ erarbeitete Entwurf einer neuen Verfassung hingegen blieb angesichts des späteren Beitritts der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 Makulatur.

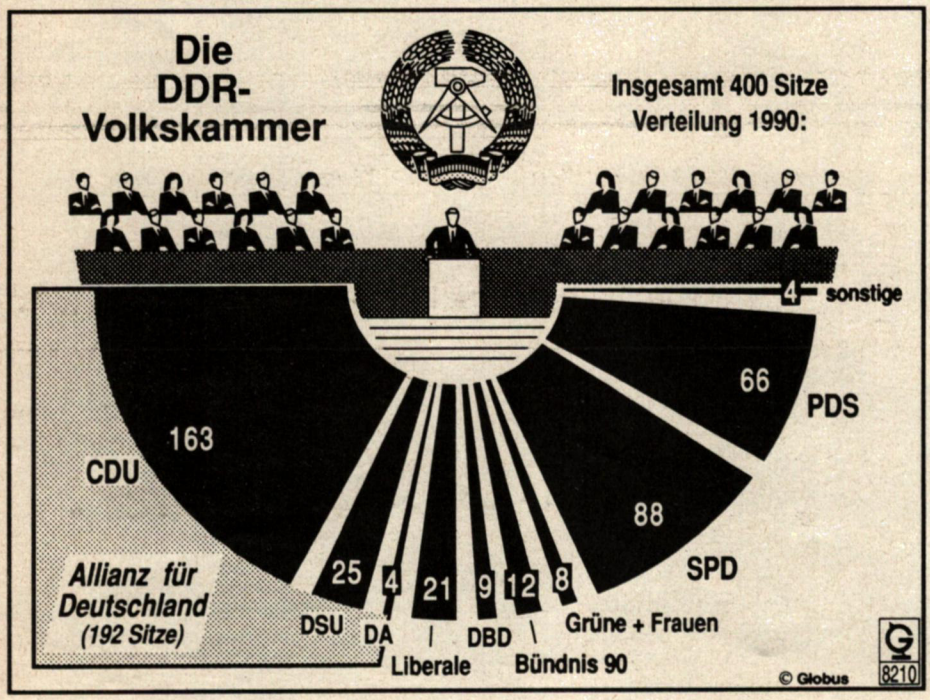
Deutschland und die internationale Politik

Ende Dezember 1989 vereinbarten Bundeskanzler Kohl und Minister Modrow in Dresden den Abschluß eines Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft mit dem Ziel der Schaffung einer Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten. In der ersten Jahreshälfte 1990 kam es zu verschiedenen nationalen und internationalen Treffen, die sich mit der Problematik der deutschen Einheit befaßten. Bei einem Treffen Gorbatschows mit Modrow Ende Januar 1990 erklärte Gorbatschow, daß die UdSSR „prinzipiell“ nichts mehr gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten einzuwenden habe. Bei den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges wie auch bei den Deutschen in Ost und West bestehe Einvernehmen darüber, daß „die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wird“. Modrow, der sich bislang gegen die deutsche Einheit ausgesprochen hatte, erklärte daraufhin seine Zustimmung zur deutschen Einheit, machte sie aber von einer Neutralisierung Deutschlands abhängig. Bundeskanzler Kohl lehnte Modrows Konzept ab. Deutschland dürfe im Herzen Europas keine Sonderstellung einnehmen.

Gespräche mit der UdSSR

Anfang Februar 1990 führte auch die Bundesregierung Gespräche mit der Regierung der UdSSR. Dabei erklärte Gorbatschow, „daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden“. Kohl wiederholte seine Forderung, daß Deutschland Mitglied einer sich wandelnden NATO bleiben müsse. Die Geschichte hätte gezeigt, daß nichts der Stabilität Europas abträglicher sei „als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost schwankendes Deutschland“. Bei einer Konferenz in Ottawa einigten sich die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der Vier Mächte, daß die Deutschen ihre inneren Angelegenheiten wie die Frage der Staatsform, der Wirtschafts- und Währungsunion und das Sozialsystem selbständig zu regeln hätten.

In Einklang mit dem Ergebnis der Beratung der Außenminister in Ottawa bot die Bundesregierung der Delegation aus der DDR bei einem Besuch Modrows in Bonn Verhandlungen über eine Währungsunion mit dem Ziel der Einführung der Deutschen Mark in der DDR an. Modrow forderte die Bundesregierung auf, einen „Solidarbeitrag“ in Höhe von 15 Milliarden DM an die DDR zu zahlen. Während die Bundesregierung mit dem Angebot einer Währungs- und Wirtschaftsunion auf eine Entwicklung hin zur deutschen Einheit setzte, entsprach der Wunsch der Modrow-Regierung und des Runden Tisches nach einer kurzfristigen Finanzhilfe eher dem Wunsch nach einer Stabilisierung der DDR. Er wurde von der Bundesregierung zurückgewiesen.



Die demokratische DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit

Erste freie Wahlen in der DDR

An den ersten demokratischen Wahlen seit 58 Jahren auf dem Gebiet der DDR beteiligten sich am 18. März 1990 93,39 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. Mit über 5,5 Millionen Stimmen (47,79 Prozent) wurde die von CDU und CSU unterstützte „Allianz für Deutschland“ eindeutiger Wahlsieger. Sie erlangte 193 der 400 Mandate der Volkskammer. Stärkste Partei wurde die CDU mit 40,59 Prozent und 163 Mandaten. Die DSU erhielt mit 6,27 Prozent der Stimmen 25 Mandate, der DA schnitt mit 0,93 Prozent schlecht ab, erlangte aber ebenfalls vier Mandate. Die SPD gewann rund 2,5 Millionen Stimmen (21,76 Prozent) und stellte 88 Abgeordnete der Volkskammer. Für die PDS stimmten mehr als 1,8 Millionen Wähler, sie zog mit 66 Abgeordneten ins Parlament der DDR ein. In 14 der 15 Wahlbezirke schnitt die „Allianz für Deutschland“ prozentual am besten ab. In Ost-Berlin rangierte die SPD an erster Stelle. In den südlichen Bezirken der DDR erreichte die „Allianz für Deutschland“ zum Teil absolute Mehrheiten. Die ersten freien Wahlen in der DDR zeigten eindrucksvoll, daß die SED 40 Jahre gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung regiert hatte.

Am 5. April 1990 trat die erste gewählte Volkskammer der DDR zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Abgeordneten wählten die CDU-Abgeordnete Sabine

Bergmann-Pohl zu ihrer Präsidentin. Zugleich beschlossen die Abgeordneten die Abschaffung des Staatsrates der DDR und die Aufhebung der Präambel der Verfassung. Die Aufgaben des Staatsrates wurden bis zur Wahl eines Staatspräsidenten dem Parlamentspräsidium übertragen. Frau Bergmann-Pohl übernahm dadurch die bisherige Funktion des Vorsitzenden des Staatsrates. Die Delegierten beauftragten mehrheitlich Lothar de Maizière (CDU) mit der Bildung einer neuen Regierung der DDR. de Maizière bildete ein 23köpfiges Kabinett, das sich auf der Grundlage einer Großen Koalition aus den Parteien der „Allianz für Deutschland", des „Bundes Freier Demokraten" und der SPD zusammensetzte. Die CDU stellte elf, die DSU zwei, der DA einen, die SPD sieben und die LDP drei Minister. Je ein der CDU und SPD zustehender Ministerposten wurde mit einem Parteilosen besetzt.

Am 6. Mai 1990 folgten die ersten freien Kommunalwahlen. 75 Prozent der Wähler gaben ihre Stimme ab, das waren 18 Prozent weniger als bei der Volkskammerwahl am 18. März. Stärkste Partei wurde wieder die CDU, die mit 34,4 Prozent jedoch erhebliche Verluste im Vergleich zum 18. März (40,8 Prozent) hinnehmen mußte. Die SPD erhielt 21,3 Prozent (21,9) der Stimmen, die PDS rutschte von 16,4 auf 14,6, der BFD verbesserte sich von 5,3 auf 6,7 Prozent. Für die DSU votierten 3,4 Prozent (6,3) und die DBD steigerte sich von 2,2 auf 3,7 Prozent.

„Stasi" und das Vermögen der PDS

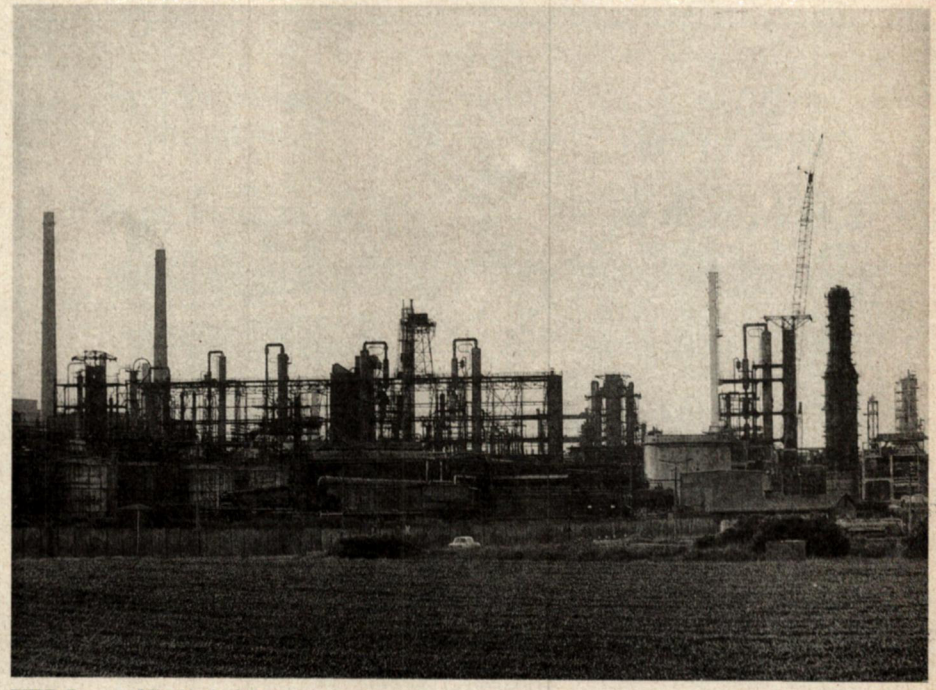
Im Juni wurden in der DDR eine Reihe von gesuchten Terroristen festgenommen. Es stellte sich heraus, daß das SED-Regime ihnen jahrelang Unterschlupf gewährt hatte und daß durch die Regierung der DDR terroristische Aktionen unterstützt worden waren. Am 4. September 1990 besetzten Vertreter der DDR-Bürgerrechtsbewegung die MfS-Zentrale in der Berliner Normannenstraße. Sie verlangten das Recht auf Einsicht in ihre Stasi-Akten und protestierten gegen eine Verlagerung der Akten in das Gebiet der Bundesrepublik. Indessen wurde immer deutlicher, daß sich SED- und MfS-Seilschaften noch in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft betätigten. Auch in der Volkskammer kam es zur Enttarnung zahlreicher inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS. Sie beschäftigten auch über den 3. Oktober 1990 hinaus ebenso wie die Geldgeschäfte der SED-Nachfolgepartei PDS, die riesige Summen ihres Parteivermögens auf illegale Weise zu sichern suchte, die Öffentlichkeit. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wird auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe im vereinten Deutschland sein.

Staatsvertrag, Einigungsvertrag und „Zwei-plus-Vier-Gespräche"

Zu Diskussionen in der Bevölkerung führten die Verhandlungen über die Umrechnung der Einkommen und Sparguthaben von Mark der DDR (M) in Deutsche Mark (DM). Im Staatsvertrag einigten sich beide deutschen Regierungen auf eine Umstellung der Löhne und Gehälter im Kurs von 1:1. Sparguthaben wurden gestaffelt von 2000 bis 6000 Mark umgestellt. Darüber hinaus galt der Kurs von 2:1. Am 18. Mai 1990 unterzeichneten in Anwesenheit von Bundeskanzler Kohl und DDR-Ministerpräsident de Maizière im Bonner Palais Schaumburg die Finanzminister beider deutschen Regierungen, Theo Waigel (CSU) und Walter Romberg (SPD), den „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion" (Staaatsvertrag). Betont wurde die Entschlossenheit, die Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung zu vollenden. Es sei zudem der gemeinsame Wille beider Staaten, „die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit sozialem Ausgleich und sozialer Absicherung und Verantwortung gegenüber der Umwelt auch in der DDR einzuführen und hierdurch die Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Bevölkerung stetig zu verbessern".

In der Volkskammer wurde der Vertrag von allen Regierungsparteien begrüßt. Die in PDS umbenannte SED und das „Bündnis 90" lehnten den Vertrag ab. Am 21. Juni verabschiedeten der Bundestag und die Volkskammer den Staatsvertrag gemeinsam mit einer gemeinsamen Erklärung zur polnischen Westgrenze. Einen Tag später stimmte auch der Bundesrat dem Vertrag mehrheitlich zu. Der Staatsvertrag trat am 1. Juli 1990 in Kraft. Damit wurde die Deutsche Mark alleiniges Zahlungsmittel in Deutschland. In der DDR wurde eine Treuhandanstalt eingesetzt, deren Aufgabe die Verwaltung und Privatisierung der Industrie war. Am 6. Juli begannen die Verhandlungen über den Einigungsvertrag, in dem die Einzelheiten des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik geklärt wurden.

Parallel zu den innerdeutschen Verhandlungen liefen die „Zwei-plus-Vier-Gespräche" der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges (UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich). Hier wurden die internationalen Aspekte der deutschen Einheit besprochen. Ein Hauptproblem war die Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschland. Die UdSSR hatte sich lange gegen eine NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands gewehrt. Am 16. Juli 1990 gaben Bundeskanzler Kohl und Partei- und Staatschef Gorbatschow schließlich bekannt, daß die UdSSR anerkennt, das vereinte Deutschland könne frei über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden. Damit war der Weg zur Mitgliedschaft in einer veränderten NATO und zur deutschen Einheit endgültig frei. Am 31. August wurde in Berlin (Ost) der Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Regierungen unterzeichnet. Er regelte in allen Einzelheiten die Bedingungen für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Am 12. September wurde der „Zwei-plus-Vier"-Vertrag als abschließende völkerrechtliche Regelung der Vereinigung von den Außenministern der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Moskau unterzeichnet. Darin verpflichteten sie sich zur Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands ab dem 3. Oktober 1990.



VEB Leuna-Werke bei Merseburg.

Wirtschaftliche Situation

Das vereinte Deutschland übernahm von der DDR „Volkseigene" Betriebe, die meist völlig veraltet und in einem desolaten Zustand waren. Produkte „Made in GDR" waren auf internationalen Märkten nur zu Dumpingpreisen konkurrenzfähig, die nicht einmal die Herstellungskosten deckten. Die Umwelt war stark geschädigt. Die gesamten Infrastrukturen, Telefon- und Verkehrsverbin-

dungen waren ungenügend ausgebaut. Überall existierten aufgeblähte Verwaltungsbürokratien, ergänzt von Partei- und Sicherheitsapparaten. Nach vierzig Jahren Planwirtschaft war die Arbeitsmoral der Beschäftigten gesunken.

Mit dem am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Bildung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auch zwischen Elbe und Oder die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen beschlossen. Die Volkskammer verabschiedete bereits am 17. Juni 1990 ein „Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens" (Treuhandgesetz), um die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung der Wirtschaft so rasch und so weit wie möglich zurückzudrängen. Mit der Privatisierung der mehr als 4000 „volkseigenen" Staatsbetriebe wurde eine Treuhandanstalt beauftragt, die den Wert und die Überlebensfähigkeit der Betriebe festzustellen und den Verkauf zu organisieren hatte.

Seit dem Beginn der Privatisierung der Wirtschaft kam es zu einer Welle von Entlassungen in allen Bereichen der Wirtschaft und in den Verwaltungen. Dadurch stieg die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in Millionenhöhe. Während die westdeutsche Wirtschaft einen konjunkturellen Aufschwung und sinkende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen hatte, sank die Industrieproduktion in der DDR erheblich. DDR-Produkte konnten angesichts westlicher Konkurrenz innerhalb der DDR kaum noch verkauft werden. Nach der staatlichen Einheit betrugen die Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern rund ein Drittel der Einkommen im alten Bundesgebiet. Wegen der enormen Probleme bei der Umstellung der Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft setzte sich auch nach dem 3. Oktober 1990 die Abwanderung von Arbeitskräften Richtung Westen fort. Jeden Monat gingen etwa 15000 bis 20000 Personen in das ehemalige Bundesgebiet. Die Folgen der SED-Mißwirtschaft werden noch über Jahre zu spüren sein. Alle Wirtschaftsexperten rechnen jedoch mit einem baldigen Aufschwung in den östlichen Teilen Deutschlands. Neben der wachsenden Eigeninitiative der Bevölkerung im Osten Deutschlands sind schon heute riesige Investitionsvorhaben der Wirtschaft und des Bundes im Gebiet der ehemaligen DDR geplant bzw. bereits in Angriff genommen worden.

3. Oktober 1990 – Tag der deutschen Einheit

Noch vor der staatlichen Einheit schlossen sich von August bis Oktober 1990 FDP, SPD und CDU jeweils zu gesamtdeutschen Parteien zusammen. Der „Demokratische Aufbruch" und die Bauernpartei (DBD) schlossen sich der CDU an. Verschiedene linke Gruppierungen verbanden sich mit der SED-Nachfolgepartei PDS in ganz Deutschland zur „Linken Liste/PDS". „Die Grünen" und das „Bündnis 90" einigten sich auf eine Zusammenarbeit bei der gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Auch im Bereich der Gewerkschaften und Verbände kam es überall zu Zusammenschlüssen auf gesamtdeutscher Ebene. Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 endete die staatliche Existenz der DDR und mit ihr mehr als 40 Jahre SED-Diktatur. Überall in Deutschland wurde an diesem Tag die Überwindung der Teilung gefeiert. Im Berliner Reichstag trat der gesamtdeutsche Bundestag zu einer feierlichen Sitzung zusammen.

Am 14. Oktober fanden die ersten Landtagswahlen in den neu gegründeten Ländern der Bundesrepublik Deutschland Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen statt. Nach der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, aus der die CDU als stärkste Partei hervorging, wurde Helmut Kohl zum ersten Bundeskanzler des vereinten Deutschland gewählt.

Der 3. Oktober 1990 ist nicht nur für uns Deutsche ein historischer und denkwürdiger Tag. Mit der Herstellung der deutschen Einheit wurde ein wesentlicher Schritt zur Schaffung eines neuen Europas getan, das nicht mehr auf der Rivalität zweier feindlicher Blöcke, sondern auf einer gemeinsamen Friedensordnung basiert. Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Deutschland und Europa sollen in Zukunft das Selbstbestimmungsrecht der Menschen, die Demokratie sowie eine soziale und ökologische Marktwirtschaft sein. Die Menschen in allen Teilen Europas hoffen, daß ein neues Kapitel deutscher und europäischer Geschichte beginnt.

Berlin in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990: Feier der deutschen Einheit.

Kurt J. Reinschke

Was bleibt von der DDR?

Diese Frage wird seit dem Sommer 1990 häufig gestellt. Die lautstark vom SED-Regime propagierten sozialistischen Errungenschaften – Volkseigentum an Produktionsmitteln, führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei neuen Typus, sozialistisches Bildungswesen, sozialistische Betriebswirtschaft, ... – sind „keine Themen" mehr. Auch die Gleichberechtigung im real existierenden Sozialismus hat sich als fraglich herausgestellt. Also bleiben die guten zwischenmenschlichen Beziehungen und die Solidarität, die vermeintliche Kenner der DDR stets betont haben?

Die Solidarität als Notgemeinschaft in der chronischen Mangelgesellschaft ist nicht mehr nötig und wird verschwinden. Die nicht aus der Not geborenen zwischenmenschlichen Beziehungen aber waren durchaus nicht so gut, wie manche Beobachter aus dem Westen glaubten. Man wußte doch, daß die Stasi praktisch überall und zu jedem Zeitpunkt „mitten unter uns" sein konnte. Im Umfeld des organisierten und bezahlten Denunziantentums braucht es lange, bevor man seinem Nächsten vertraut. Jeder Erwachsene aus der ehemaligen DDR kennt Beispiele, wie schwer man für verfrühtes Vertrauen bestraft werden konnte.

Ganz anders verhielt man sich in den Familien- und Freundeskreisen, die es in den Städten der DDR in reicher Zahl gab und gibt. Man traf sich regelmäßig abwechselnd in den Wohnungen der Freunde, um ernsthaft und offen über alle möglichen Probleme zu sprechen – mit einem Kissen über dem Telefon, wenn der Gastgeber einen Fernsprecheranschluß hatte. Diese Gespräche trugen wesentlich zur geistigen Stärkung und zur Überwindung der geistigen Enge, in der das SED-Regime seine Untertanen halten wollte, bei. In den Freundeskreisen spielten Dienststellung, Besitz, Einkommen keine wesentliche Rolle, eher schon Bildungsgrad, Konfession, Alter, Hobbies. Entscheidend waren eine weitgehende Gesinnungsverwandtschaft und absolute Vertrauenswürdigkeit.

Die Einflußnahme des SED-Staates auf seine Untertanen läßt sich in Kurzform wie folgt beschreiben:

Totalitäres politisches System,
- das streng hierarchisch gegliedert war und alle Informationen dementsprechend dosiert zuteilte,
- das den einzelnen vollständig einzuverleiben suchte,
- das keine Grenze zwischen politischen und nichtpolitischen Bereichen des Lebens anerkennen wollte,
- das infolge staatlicher Reglementierung die individuelle Sphäre des einzelnen nicht zur Entfaltung kommen ließ,
- das natürliche Rechts- und Ehrgefühl verschüttete,
- das Angst vor der Zivilcourage und Anpassung an die Macht erzeugte,
- das den meisten ein Doppelleben aufzwang – mit der Lüge in der Öffentlichkeit und versuchter Ehrlichkeit in der Familie,
- das Kulturlosigkeit in seinem Herrschaftsbereich verbreitete,
- das zum Verfall normaler Wertmaßstäbe im akademischen Leben führte.

Der Enthusiasmus der Werktätigen bei der Mai-Demonstration hält sich in Grenzen.

Deformationen im Totalitarismus

Den Einwirkungen des totalitären Staatswesens konnte sich kein DDR-Bürger vollständig entziehen. Dadurch sind wir alle mehr oder weniger deformiert worden. Menschen, die nach akademischer Bildung strebten oder einen akademischen Beruf ausübten, wurden psychisch stärker unter Druck gesetzt und gedemütigt als Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit ihrer Hände Arbeit verdienten. Die Deformationen sind im Bildungswesen und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes besonders spürbar.

Bezogen auf ihr Verhältnis zum SED-Staat kann man die Bevölkerung der ehemaligen DDR grob in fünf Gruppen einteilen:

die Machthaber auf unterschiedlichen Hierarchie-Ebenen, die repressiv und autoritär die Machtansprüche des Systems bedingungslos durchsetzten,

die Karrieristen, die höhere Positionen erlangten als ihrem Leistungs- und Verantwortungsvermögen entsprach, und die ebenfalls autoritär und skrupellos die Weisungen „von oben" umsetzten,

die Mitläufer und Gleichgültigen, die sich anpaßten und die abnormen Verhältnisse als normal tolerierten, die die systemimmanenten Mängel entweder nicht erkannten oder jedes eigenständige Reden und Handeln einstellten, sobald es ihre persönliche Karriere gefährden konnte,

die Oppositionellen, die sich der Abnormität der Verhältnisse bewußt blieben und je nach Charakterstärke und Gelegenheit sich um Veränderungen in ihrer Einflußsphäre bemühten und erforderlichenfalls bereit waren, dafür Nachteile in Kauf zu nehmen,

die Oppositionellen, die die DDR durch Flucht verließen.

Die letztgenannte Gruppe umfaßt etwa ein Viertel der DDR-Bevölkerung. Dieser Bevölkerungsanteil wurde in die bundesdeutschen Verhältnisse integriert und soll hier nicht weiter betrachtet werden.

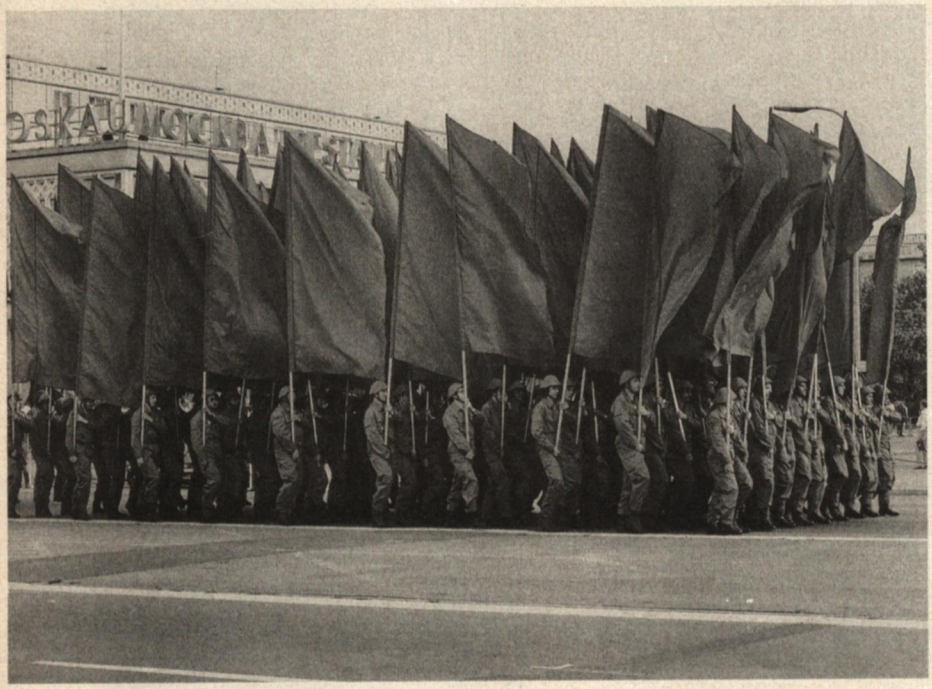
Die Machthaber – der Generalsekretär des ZK der SED, Politbüro-Mitglieder, ZK-Mitglieder, Minister, Generaldirektoren, usw. – verinnerlichten das Wesen des totalitären Regimes sicherlich am deutlichsten. Einerseits, von unten gesehen, unfehlbar und unkontrollierbar mächtig, andererseits total abhängig von der Willkür und der Gunst von oben.

Bei den Generaldirektoren, Hochschulfunktionären, Generalen und Obristen kann man einen allmählichen Übergang von der Gruppe der Machthaber zur Gruppe der Karrieristen feststellen. Der Tag der Vereinigung Deutschlands sah sie zum großen Teil noch in

hohen Ämtern. Von ihren Untergebenen werden sie gern als Wendehälse bezeichnet.

Die Repräsentanten dieser Schicht rechtfertigen sich öffentlich damit, daß sie stets ihr Bestes zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben geleistet hätten. Hält man ihnen gewissen- und verantwortungsloses Handeln vor, so beteuern sie, stets im Sinne der sozialistischen Gesetzlichkeit, natürlich einschließlich der geheimen Anweisungen „von oben", gehandelt zu haben. Manch ein Funktionär tat in seinem vorauseilenden Diensteifer und seiner vorbeugenden Unterwerfung sogar mehr, als ihm befohlen war.

Hoffnung auf kollektive Erlösung von dem in der Vergangenheit Geschehenen verbunden. Wenn sich der einzelne der in der Vergangenheit erfahrenen Demütigungen, des eigenen früheren Versagens und schuldhaften Tuns nicht erinnern will, wenn er die bisher zum Götzen erhobene Ideologie in ihrer Menschenfeindlichkeit nicht begreifen will, sondern die eigene Vergangenheit so rasch wie möglich aus seinem Bewußtsein verdrängen möchte, dann wird er sich zwangsläufig eine neue Macht suchen, an der er partizipieren kann, bald auch ein neues Feinbild usw., bis das entstandene Vakuum wieder vollständig aufgefüllt ist.



Betriebskampfgruppen am 15. Jahrestag der Berliner Mauer (13. August 1976) in Ost-Berlin.

Auch die Mitläufer hatten eigentlich weiter keine Motive, als alles das zu unterlassen, was ihrem Fortkommen hinderlich sein könnte.

Die Karrieristen der mittleren Ebenen und die breite Schicht der Mitläufer hatten sich am besten angepaßt.

Weil sie nie wirklichen Leidensdruck unter den alten Verhältnissen gespürt haben, sind ihnen nun alle Veränderungen suspekt. Diese Gruppe von Menschen ist es auch, die jetzt gern den Begriff der „Rechtsstaatlichkeit" ins Spiel bringt. Sie hätten stets im Sinne der seinerzeit geltenden Gesetzlichkeit gehandelt und sich folglich nichts vorzuwerfen.

Für Machthaber, Karrieristen und Mitläufer sind nun die Bezugswerte und Maßstäbe des SED-Regimes verloren gegangen. In ihnen ist ein seelisches Vakuum entstanden, das sie verunsichert und ängstigt und das sie so schnell wie möglich aufzufüllen trachten, auch wenn ihnen das überhaupt nicht bewußt ist. Sie wünschen eine kollektive Verdrängung der Vergangenheit und lehnen eine individuelle Vergangenheitsbewältigung ab. Die Vereinigung Deutschlands wird mit der

Die Karrieristen und Mitläufer des SED-Regimes bringen vermutlich eine schwere Hypothek in das vereinte Deutschland ein. Sie werden unbewußt versuchen, die alten Verhältnisse wiederherzustellen.

Moralische Grundhaltung

Viele der Oppositionellen, die in der DDR ausgeharrt und dieses Ausharren als Wert an sich betrachtet hatten, weil sie anständiges und mitmenschliches Verhalten in ihrer Heimat verwirklichen wollten, stecken jetzt in einer psychischen Krise. Sie haben auf Anerkennung und Erfolg im SED-Staat verzichtet um ihrer Überzeugung willen. Sie haben Zivilcourage gezeigt und sich den Karrieremachern moralisch überlegen gefühlt. Sie waren stolz auf ihr Verhalten, trotz fehlender öffentlicher Anerkennung.

Gegenseitig stärkten sie sich in ihrer moralischen Grundhaltung und machten sich immer wieder klar:
Man muß auf DDR-staatliche Anerkennung verzichten können, wenn die Anerkennung mit faulen Kompromissen verbunden ist.
Strebe nicht nach Erfolg um jeden Preis, und sieh den Erfolg der SED-Karrieristen in deiner Umgebung mit Gelassenheit. Erfolg ist keine Tugend!
Mit einem Eintritt in die SED unterwirfst Du Dich der Parteidisziplin. Das bedeutet Entmündigung hinsichtlich eigener Urteilsbildung und Verpflichtung zur aktiven Unterstützung der Parteipolitik in jeder Situation.
Orientiere Dich an absoluten Werten, so wie sie etwa in den zehn Geboten für Juden und Christen formuliert sind. Jede Relativierung und Verwässerung ist gefährlich. Wenn es das eigene Gewissen gebietet, muß man erforderlichenfalls auch gegen den Strom schwimmen und dem Zeitgeist zu widerstehen suchen.

Meines Erachtens war es die puristische Lebenshaltung der Gewissensethik, aus der die Kraft erwuchs, sich dem allmächtig scheinenden und auf Dauer angelegten Machtanspruch des SED-Regimes zu entziehen. Das war der geistige Nährboden unserer friedlichen Revolution, deren Demonstrationen mit Gebetsandachten in Kirchen eingeleitet wurden. Wenn wir auch nicht darauf bestehen, daß es unsere eigenen schwachen, nur mit Kerzen bewehrten Hände waren, die das waffenstarrende Regime in die Knie gezwungen haben, so möchten wir uns doch nicht nehmen lassen, daß es eine Revolution war, die vom Volk der DDR vollbracht wurde.

Viele von uns wollten den Sozialismus reformieren, doch der real existierende Sozialismus in den Farben der DDR erwies sich als nicht reformfähig.

Friedliche Revolution

Unter Verletzung der Rechtsordnung des Staates – nämlich mit dem im SED-Staat ungesetzlichen Mittel der „geplanten Zusammenrottung" von Menschenmassen zu großen Demonstrationen – wurde der Sturz der Grundfeste des SED-Staates bewirkt – nach Artikel 1 der Verfassung war die DDR „die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklassen und ihrer marxistisch-leninistischen Partei". Damit war das entscheidende Kriterium, das eine Revolution von einer Reformation unterscheidet, erfüllt.

Die Gewaltlosigkeit ist das besondere Kennzeichen dieser „friedlichen Revolution". Die Losung „Keine Gewalt" haben wir auf den Massendemonstrationen als Schutzschild mit uns herumgetragen, nach außen, um den uniformierten Staatsdienern ihre Angst vor der unberechenbar scheinenden Volksmasse zu nehmen, und nach innen, denn nur unsere eigene Gewaltlosigkeit konnte uns vor der Gewalt der Uniformierten schützen.

Das Volk der DDR bringt Vereinigung ein

Der Sieg unserer friedlichen Revolution ermöglichte die Vereinigung Deutschlands. Auf die Frage, was die DDR-Bevölkerung in das vereinte Deutschland einzubringen habe, kann man also antworten: Das Volk der DDR hat die Vereinigung als solche eingebracht. Angesichts dieses unvergleichlichen und entscheidenden Beitrages können wir es ohne Verlust an Selbstachtung psychisch ver-

DDR-Forschung: So mancher ließ sich täuschen

Wie bereits am Anfang in der Darstellung der Quellenlage erwähnt, hat die bundesdeutsche DDR-Forschung wichtige Entwicklungen und Probleme, wie zum Beispiel die Arbeit des MfS oder die Stimmungslage in der Bevölkerung, völlig übersehen. Zahlreiche Darstellungen neigten zur Schönfärberei.
Unterstützt durch die SED-Reisekader entstand auf Tagungen und Kongressen über die DDR in der Bundesrepublik ein Klima, in dem es nicht einfach war, Tatsachen, wie die Inhaftierung politischer Oppositioneller oder die Ermordung von Flüchtlingen offen zur Diskussion oder gar die Existenz der SED-Diktatur in Frage zu stellen. Unter Aussparung der Fragen von Freiheit und Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR wurde die DDR oft als ein anderer Typ einer entwickelten Industriegesellschaft oder als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik dargestellt.
Nicht nur die Wissenschaftler, sondern auch die Politiker waren kaum in der Lage, die tatsächliche Situation in der DDR richtig einzuschätzen. Kritische Stimmen, etwa von ehemaligen DDR-Wissenschaftlern, wurden weitgehend ignoriert. So wurden viele Politiker und Wissenschaftler von der Entwicklung völlig überrascht.

Einfache Wahrheit wurde verdrängt

Wie konnte es geschehen, daß sich – hüben wie drüben – so mancher für kritisch gehaltene Kopf erneut von den zwanghaften Selbstbeweihräucherungsorgien eines gewalttätigen Systems täuschen ließ? Sind seine Parolen, an dem Dauerton der Siegesfanfaren des Dritten Reiches gemessen, etwa weniger primitiv und penetrant gewesen? Wie kam es zu der befremdlichen Lust, noch den spärlichsten Leistungen dieses rückständigen Regimes Respekt zu zollen und bloße Verheißungen einer längst über Bord gegangenen Ideologie auf seine Habenseite zu setzen? Was waren die Gründe für so viel Blindheit?
(...)
Wo gab es denn je begründeten Anlaß zu der Annahme, die Bevölkerung der DDR habe die Lebensbedingungen, denen sie ausgesetzt war, innerlich zu bejahen gelernt und sei im Begriff, sich mit ihrem Staatswesen emotional zu identifizieren? Warum wurde so selten gefragt, wie denn ein mit einem Lot Verstand und common sense begabter Mensch Anhänglichkeit an einen Staat entwickeln könne, der seinen Bürgern mit ausgepichtem Mißtrauen gegenübertritt, einem Mißtrauen übrigens, das sich keineswegs nur in der Verweigerung der Reisefreiheit, verordneten Wahlergebnissen und der Existenz eines so monströsen Unternehmens wie des allgegenwärtigen Staatssicherheitsdienstes manifestierte?

Hartmut Jäckel: Schiefe Bilder und der getrübte Blick aufs Ganze. Die DDR-Berichterstattung: Anmerkungen zu einem publizistischen Sündenfall, Frankfurter Rundschau, 11. August 1990.

Leisetreterei gegenüber Mißständen

Die Proportion der Themen eines beträchtlichen Teils der DDR-Forschung stimmte nicht. Realität wurde nicht ausreichend rekonstruiert, das eine oder andere Segment der DDR-Politik wurde ausgeblendet – weil zu wenig Material zur Verfügung stand oder weil manche Fragestellung als „entspannungsfeindlich" und damit als inopportun galt. Oft vermied man es gar, die DDR als kommunistische Diktatur zu apostrophieren. Wer in der Bundesrepublik so über den Bundestag schriebe, wie es manch ein DDR-Forscher über die Volkskammer getan hat, müßte sich zu Recht den Vorwurf gefallen lassen, er huldige papierener Institutionenkunde. Die DDR blieb also eine Terra incognita ...
Nicht zu verkennen war auch die Leisetreterei gegenüber Mißständen in der DDR. Ein Teil der hiesigen Forschung war froh über erste, auch offizielle Kontakte zu DDR-Wissenschaftlern und fürchtete offenbar, eine deutlichere Sprache könnte als Bellizismus gedeutet werden und die geknüpften dünnen Fäden trennen. Dabei harmonierte die Bejahung der Entspannungspolitik mit einer entschiedenen Ablehnung des DDR-Systems durchaus. Wer sich – wie etwa der politische Publizist Peter Bender – zur deutschen Verantwortungsgemeinschaft bekannte, kritisierte die DDR nur zurückhaltend. Aber Taktik allein spielte vermutlich nicht einmal die Hauptrolle. Manchen jüngeren Wissenschaftlern, stets in Freiheit lebend, war der existentielle Unterschied zwischen einem Verfassungsstaat und einer kommunistischen Diktatur nicht mehr bewußt ...
Für einen Teil der DDR-Forscher galt der Systemtypus des real existierenden Sozialismus als mögliche Alternative zum kapitalistischen System. Man müsse den von der DDR eingeschlagenen Weg als gleichberechtigt akzeptieren und dürfe ihn nicht bekritteln, zumal nicht anhand von Maßstäben, die der DDR ohnehin nicht gerecht würden. Jedenfalls bestand ein breiter Konsens über eine eigene DDR-Identität. Wie sich jedoch herausstellte, fehlte es daran völlig. Die sozialistische Nation – sie war eine Chimäre. Für die meisten ihrer Bürger besaß die DDR einen Legitimitätsmakel, der sich auch durch bestimmte Erfolge – etwa im Sport oder auf dem Sektor der sozialen Sicherheit – nicht kompensieren ließ.
Eckard Jesse: Wie man eine Chimäre zum Leben erweckt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August 1990.

Verständnisinnigkeit

Die DDR-Forschung wurde vorwiegend in abgegrenzten Zirkeln betrieben, deren Angehörige größtenteils selber aus der SBZ/DDR stammten. Eine große Resonanz in der Fachwelt hatte sie nicht, und daher konnte es auch keinen Druck einer breiteren Schicht von Interessierten gegen die Restriktionspolitik geben. Hinzu kam, daß eigenartige neue Maßstäbe an die DDR-Forschung angelegt wurden. Es hieß nämlich seit Mitte der sechziger Jahre, man müsse auch in der Forschung vom „primitiven Antikommunismus" abkommen, womit entgegen dem Wortlaut nicht nur der Antikommunismus gemeint war, der primitiv vorging, sondern impliziert wurde, jeglicher Antikommunismus sei primitiv. Man dürfe, um die DDR wirklich zu verstehen, nicht die eigenen, westlichen Maßstäbe anlegen, die seien ungeeignet, paßten nicht und seien auch Ausdruck von Hochmut, ja von Aggression. Man müsse vielmehr vom Selbstverständnis der DDR selber ausgehen und die DDR nach ihren eigenen Maßstäben beurteilen und verstehen. Es wurde, mit anderen Worten, als wissenschaftliche Methode ein Verstehenwollen verkündet, das manchmal in Verständnisinnigkeit ausartete. Nach diesem Konzept sind Teile des offiziellen bundesrepublikanischen Nachschlagewerkes „DDR-Handbuch" gearbeitet, und diesem Konzept folgen etliche politologische Bücher über die DDR.
So diskutabel dieser methodische Ansatz auch ist – als Historiker könnte man ihn einen gegenwartsbezogenen Historismus nennen –, sosehr lief er Gefahr, aus Abscheu gegenüber dem Antikommunismus und aus grundsätzlicher Sympathie mit allem, was sich sozialistisch nannte, vor lauter selbstgemachten DDR-Maßstäben allmählich die einfache Wirklichkeit nicht mehr wahrzunehmen. Einmal wurden die grundlegenden Sachverhalte der Repression – brutalste Sicherung der Grenze gegen die eigene Bevölkerung und die justizielle und polizeiliche politische Verfolgung – nicht mehr thematisiert. Zum anderen wurden nur allzu bereitwillig die ideologisch-propagandistischen Kaschierungs- und Vernebelungsversuche der Realität durch die Teilhaber an der Diktatur als seriöses Selbstverständnis der DDR oder sogar ihrer Bevölkerung aufgefaßt.
Auf der anderen Seite ist es zeitgeschichtlich von großer Wichtigkeit, systematisch den konkreten Ursachen für die Defizienzen hinsichtlich der DDR-Geschichte bei der praktizierten Zeitgeschichte selber nachzugehen. Damit würde ein ganz wichtiger Beitrag zur Geschichte des geistigen Profils der nunmehr ehemaligen Bundesrepublik geleistet werden können, insbesondere deshalb, weil diese Abstinenz ja keine Spezialität der Historiker war, sondern ganz im Einklang mit dem Zeitgeist stand.
Das ist deshalb so wichtig, weil damit westdeutsche Überlegenheitsgefühle den nötigen Dämpfer bekommen könnten. Es ist ja neuerdings das Pharisäertum staunenswert, mit dem Westdeutsche den Stab über Menschen brechen, die bei dem notwendigen Sicharrangieren mit der auf Dauer angelegten SED-Staatsmacht das richtige Ausmaß nicht immer scharf genug eingeschätzt haben. Die Westdeutschen, die sich aus Gleichgültigkeit oder gar aus Sympathie nicht um die Landsleute gekümmert haben, haben der SED im Ergebnis genauso Vorschub geleistet.
Wolfgang Schüller: Wir waren blind, ungläubig und langsam. Die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung hat von der DDR weggeguckt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. März 1991.

kraften, daß bei einem Vergleich der DDR- und der BRD-Entwicklung in den verschiedenen Ressorts – Wirtschaftssystem, Bildungswesen, Rechtsstaatlichkeit – die DDR den Kürzeren zieht. Auf Gebieten, die sich dem Totalitätsanspruch des Regimes aus sachlichen Gründen entzogen, sind die Leistungen ehemaliger DDR-Bürger und ehemaliger BRD-Bürger durchaus vergleichbar. Das ist offensichtlich in vielen Bereichen der Kunst. Ich denke insbesondere an Sänger, Schauspieler, Musiker.
Die Interpreten unter den Künstlern mußten sich aufgrund der Spezifik ihrer Kunst auch in der DDR laufend gegenüber der regionalen und sogar der internationalen Konkurrenz behaupten. Das Publikum entschied in letzter Instanz: Unfähige Parteigünstlinge fielen auf der Bühne durch, und sie räumten automatisch dieses Wirkungsfeld zugunsten fähigerer Interpreten. So war es den Staatsideologen nicht möglich, diese Gruppe im gleichen Maße zu deformieren, wie es ihnen bei der übrigen Intelligenz im Durchschnitt gelang. Diese Gruppe von Künstlern war es dann auch, die bei der geistigen Vorbereitung der friedlichen Revolution in der DDR sehr viel getan hat, indem sie half, den dumpfen Unwillen und Protest der Bevölkerung zu artikulieren, Zaudernde zu beflügeln und Ängstliche mitzureißen.

Nach: „Menschen, Macht und Moral", I–III, Mut 279–81, November 1990–Januar 1991.

Literaturhinweise

Bahrmann, Hannes/Christoph Links: *Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989.* Eine Chronik, Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar 1990, 226 Seiten.

Authentischer Überblick über die Entwicklung im Herbst 1989 mit Kurzchronologie im Anhang.

DDR Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Verlag Wissenschaft und Politik, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985, 1660 Seiten.

Ausführliche Darstellung nahezu aller Bereiche aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Standardwerk für jeden Lehrer.

DDR im Wandel. Daten und Fakten für Geographie und Wirtschaft, Zeitgeschichte und Politik, Verlag J. B. Metzler, Stuttgart 1990, 96 Seiten (Metzler aktuell; In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt).

Diemer, Gebhard (Hrsg.): *Kurze Chronik der Deutschen Frage*, Olzog-Verlag, München 1990, 224 Seiten.

Übersichtliche Chronologie mit wichtigen Dokumenten und einigen Bildern. Themenschwerpunkt: Die Entwicklung 1989.

Fischbach, Günter (Hrsg.): *DDR-Almanach '90. Daten – Informationen – Zahlen*, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1990, 416 Seiten.

Knapper, sachkundiger Überblick über alle Bereiche der DDR. Dazu eine Chronik und eine Bibliographie mit einigen wichtigen Titeln nach Themenbereichen sortiert.

Fischer, Alexander (Hrsg. unter Mitarbeit von Nikolaus Katzer): *Ploetz: Die Deutsche Demokratische Republik. Daten – Fakten – Analysen*, Verlag Ploetz Freiburg/Würzburg 1988, 254 Seiten.

Historische Einführung, Chronik, Analysen verschiedener Autoren. Umfangreicher Anhang mit zahlreichen Tabellen und Diagrammen. Kurzbiographien und eine Bibliographie ergänzen das Standardwerk über die DDR vor der Wende.

Fricke, Karl Wilhelm: *Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1984, 254 Seiten.

Darstellung der verschiedenen Formen, in denen in der DDR-Geschichte Opposition und Widerstand gegen die SED geübt wurden.

Friedrich, Wolfgang-Uwe: *DDR: Deutschland zwischen Elbe und Oder*, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1989, 272 Seiten.

Didaktischer Überblick über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR. Viele Zitate und Diagramme. Ein Buch, das besonders für Schüler geeignet ist.

Glaeßner, Gert-Joachim (Hrsg.): *Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1988, 689 Seiten.

Sammelband mit zahlreichen Beiträgen führender DDR- und Deutschlandforscher. Geeignet für anspruchsvollere Leser.

Gohl, Dietmar: *Deutsche Demokratische Republik. Eine aktuelle Landeskunde*, Fischer TB 6296, Frankfurt am Main 1986, 350 Seiten.

Überblick über Landschaften, Ressourcen, Versorgung, Wirtschaftsräume und die Bevölkerung der DDR. Geeignet für Geographie-Lehrer und alle, die etwas mehr über das Land wissen wollen.

Hamacher, Heinz-Peter: *DDR-Forschung und Politikberatung 1949–1990. Ein Wissenschaftszweig zwischen Selbstbehauptung und Anpassungszwang*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1991, 159 Seiten.

These des Verfassers ist, daß ein Großteil der DDR-Forscher während aller Phasen der Deutschlandpolitik sich der politikberatenden Auftragsarbeit zugewandt und versucht hat, deutschlandpolitische Richtungsänderungen mitzuvollziehen.

Kleßmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1982, 576 Seiten.

Parallele historische Darstellung der Entwicklung in beiden deutschen Staaten. Umfangreicher Dokumentenanhang mit wichtigen Texten, Tabellen und Diagrammen.

Kleßmann, Christoph: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1988, 648 Seiten.

Getrennte Darstellung der Entwicklung in beiden deutschen Staaten. Umfangreicher Dokumentenanhang mit wichtigen Texten, Tabellen und Diagrammen.

Krippendorff, Ekkehart: *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik*, Droste Verlag, Düsseldorf 1961, 178 Seiten.

Darstellung der Entstehung und Gleichschaltung der LDPD.

Lehmann, Hans Georg: *Chronik der DDR 1945/49 bis heute*, Beck Verlag, München 1987, 160 Seiten.

Chronologischer Überblick über die Entwicklung der DDR. Anhang mit zahlreichen Tabellen und einer Bibliographie zu den wichtigsten Themenbereichen.

Leonhard, Wolfgang: *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Heyne Verlag, München 1983, 496 Seiten.

Darstellung des kommunistischen Exils in der UdSSR und der Tätigkeit der KP-Funktionäre nach Kriegsende in der SBZ.

Richter, Michael: *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 492 Seiten.

Darstellung der Gleichschaltung der Ost-CDU von einer eigenständigen Partei zum „kleinbürgerlichen Bündnispartner" der SED.

Spittmann, Ilse (Hrsg.): *Die SED in Geschichte und Gegenwart*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1987, 256 Seiten.

Interessante Analysen, Berichte und Reflexionen von Zeitzeugen. Eine Chronik, eine umfangreiche Dokumentation, Kurzbiographien und eine Literaturauswahl ergänzen den Band.

Spittmann, Ilse/Gisela Helwig (Hrsg.): *DDR-Lesebuch 1. Von der SBZ zur DDR 1945–1949*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1989, 288 Seiten.

Interessante Textsammlung mit Karten, Bildern, Diagrammen. Gute Materialsammlung für den Unterricht. Weitere Bände folgen.

Staritz, Dieter: *Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat*, dtv TB 4524, München 1984, 245 Seiten.

Wissenschaftlich fundierte Überblicksdarstellung der Entwicklung der SBZ. Dokumentenanhang und Überblick über Quellenlage, Forschungsstand und Literatur.

Weber, Hermann: *Kleine Geschichte der DDR*, Verlag Wissenschaft und Politik, 2. erweiterte Auflage, Köln 1988, 232 Seiten.

Übersichtliche, gut lesbare Darstellung der Geschichte der DDR. Viele Zitate. Kurzchronologie im Text. Kurzbiographien und thematische Bibliographien im Anhang.

Weber, Hermann: *Die DDR 1945–1986*, Oldenbourg Verlag, München 1988, 253 Seiten.

Darstellung der wesentlichen Aspekte der DDR-Geschichte. Ausführlicher Überblick über Grundprobleme und Tendenzen

der DDR-Forschung. Umfangreiche Bibliographie zu allen Bereichen der DDR- und Deutschlandforschung. Chronologischer Überblick.

Weber, Hermann: *Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR*, Bund Verlag, Köln 1991.

Weidenfeld, Werner/Hartmut Zimmermann (Hrsg.): *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989*, Hanser Verlag, München 1989, 860 Seiten.

Sammelband mit Beiträgen führender DDR- und Deutschlandforscher zu allen Themenbereichen der DDR und der Deutschlandpolitik.

Aus SED-Sicht:

Badstübner, Rolf (Hrsg.) mit Autorenkollektiv: *Geschichte der DDR*, Berlin (Ost) 1981, 402 Seiten.

Badstübner, Rolf (Hrsg.) mit Autorenkollektiv: *Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949*. Deutsche Geschichte Band 9, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1989, 492 Seiten.

Doernberg, Stefan: *Kurze Geschichte der DDR*, Dietz Verlag, Berlin (Ost), 1. Auflage 1964, 737 Seiten.

Horst Meyer und Andreas Winkler

Das Thema im Unterricht

Zur didaktischen Konzeption und Zielsetzung

Ziel der hier vorgestellten Unterrichtseinheit ist, den Lernenden nicht nur Kenntnisse von Geschichte, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der DDR zu vermitteln, sondern gleichzeitig über die Analyse eines rigiden sozialistischen Modells eine Haltung zu erzeugen, die den Wert einer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu schätzen weiß.

Unter dieser Zielsetzung muß der Führungs- und Unfehlbarkeitsanspruch der SED, deren Dogmatik und Praktiken der Machtdurchsetzung zu rücksichtslosen Unterdrückungsmechanismen führten, im Zentrum des Unterrichts stehen.

Die Umwälzung nach dem Kriegsende zur „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" brachte mit der neuentstandenen Parteienstruktur durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und der Einbeziehung der anderen Parteien in den Antifaschistischen Block politische Strukturen hervor, die bis zum Jahre 1989 systemtragend waren und die ideologisch – wenn auch für viele sichtlich fadenscheinig – verbrämt wurden, damit die Allmacht der einzigen führenden politischen Kraft sich nicht selbst als totalitär entlarvte. Diese Rechtfertigungsstrategie wird somit einen wesentlichen inhaltlichen Aspekt des Unterrichts bilden müssen. Es zeigt sich aber auch, daß die SED als Handlanger der sowjetischen Besatzungsmacht fungierte, die dann im weiteren historischen Verlauf der SED das Überleben sicherte, wie am Eingreifen der Roten Armee am 17. Juni 1953 allzu deutlich wurde. So wird herauszustellen sein, daß das SED-Regime ohne „bruderstaatliche" Hilfe nicht überlebensfähig gewesen wäre.

Der Unterricht soll zum einen die historische Entwicklung der DDR verfolgen und zum anderen problemorientiert diejenigen Strukturen herausarbeiten, die in der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" dem Erhalt des Systems dienten. Zunächst muß aber gezeigt werden, wie die Menschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelebt haben.

Für die Anlage der ersten Unterrichtseinheit, die deren Lebenssituation in den Mittelpunkt stellt, waren folgende didaktische Überlegungen richtungweisend: Die Lernenden sollten anhand von lebensnahen Materialien in die Lage versetzt werden, die damaligen Verhältnisse nachzuempfinden, um zu erkennen, daß nicht politische Fragen, sondern die Bewältigung des Alltags im Vordergrund standen. Hier verfährt der Unterricht nach dem Prinzip des Exemplarischen und versucht dabei gleichzeitig, die affektive Komponente anzusprechen. Diese didaktische Entscheidung wird für die weiteren fünf Sequenzen beibehalten, da von der Prämisse ausgegangen wird, daß nur unter der Einbeziehung dieser affektiven Dimension eine wirkliche Beschäftigung mit der Geschichte der DDR gewährleistet werden kann.

Die zweite Unterrichtseinheit, die sich mit der „Antifaschistisch-demokratischen Ordnung", befaßt, zeigt wiederum exemplarisch, wie es der KPD gelang, sich die alleinige Macht zu sichern, und was „antifaschistische" Umgestaltung bedeutet. Das Material ist so gewählt, daß es nicht nur über spannende Ereignisse (Bericht Wolfgang Leonhards) Interesse hervorruft, sondern – hier am Beispiel der Bodenreform – die Frage nach den politischen Absichten aufwirft: War die Bodenreform die bewußt organisierte Vorstufe zur Kollektivierung, oder war sie ein – wenn auch nicht durchzuhaltender – demokratischer Akt, war sie Propaganda, ließ sie sich mit der Forderung nach Abschaffung des Privateigentums vereinbaren? Diese Fragen können im Unterricht nicht eindeutig geklärt werden, sie zwingen jedoch zum Nachden-

Abkürzungen

ABV	Abschnittsbevollmächtigter der Volkspolizei
BFD	Bund Freier Demokraten
BWR	Bezirkswirtschaftsräte
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DKB/KB	Deutscher Kulturbund
DSF	Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft
DSU	Deutsche Soziale Union
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HO	Handelsorganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWU	Kommunales Wirtschaftsunternehmen
KZ	Konzentrationslager
LDP/ LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MAS	Maschinen-Ausleih-Stationen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NÖS	Neues Ökonomisches System
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NVA	Nationale Volksarmee
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SVK	Sozialversicherungsklasse
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZK	Zentralkomitee

ken und zum Durchdringen der Strukturen, die den Sozialismus konstituierten.

Die dritte Sequenz, die sich mit dem forcierten Aufbau des Sozialismus befaßt, erweitert die didaktischen Prinzipien um das des Problemlösens. Die Behandlung der Ereignisse um den 17. Juni soll nicht nur die wesentlichen historischen Fakten vermitteln, sie soll vor allem zu der Frage führen, warum es zu diesen Ereignissen kam. Hier kann jetzt mit Rückgriff auf die bislang erkannten Strukturen mit einer Analyse der SED-Herrschaft begonnen werden.

Die vierte Sequenz ist ähnlich angelegt. Vom 13. August 1961 ausgehend werden die Zwänge, die die Partei ausübte, aber auch die Probleme, die sich mit dem „Schlupfloch" Berlin für die DDR-Wirtschaft ergaben, thematisiert. Der Bau der Mauer wirft viele Fragen auf, wenn dieser nicht nur als Akt boshafter Willkür verstanden werden soll. Auch hier ist bei der Frage nach den Gründen Material zu ergänzen, besonders im Hinblick auf den besonderen Status Berlins, der in dem vorgestellten Unterrichtsmodell völlig ausgeklammert wurde (siehe *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 181 „Berlin").

Im Mittelpunkt der fünften Sequenz steht die Ära Honecker. Ziel ist nicht, die besonderen Merkmale dieser Ära herauszustellen, sondern zu zeigen, daß die starren Elemente des DDR-Systems dem einzelnen nur den Rückzug in die private Sphäre ließen, wollte er nicht am Zwiespalt zwischen gesellschaftlich Anbefohlenem und Eigeninteresse zugrundegehen. Der Aspekt der „Nischengesellschaft" wird somit ein wesentlicher Inhalt des Unterrichts. Lernende, die in einem freiheitlichen System aufgewachsen sind, können kaum nachvollziehen, was es bedeutet, wenn Verfassungsanspruch und Wirklichkeit dermaßen auseinanderklaffen. Dieser Unterschied soll an lebensnahem Material exemplarisch deutlich gemacht werden, um Fragen herauszufordern, warum und wie die Menschen in der DDR ein zwiespältiges Leben führen und die allseitige Überwachung ertragen konnten.

Die Ereignisse und Gründe, die zum 9. November 1989 führten, sind ohne die Einbettung in den internationalen Kontext (Perestroika) nicht verständlich. Die Beschäftigung mit der Demokratisierung im Sozialismus (Ungarn) muß parallel mit den Ereignissen in der DDR erfolgen, damit die Frage, warum das SED-Regime die Menschen in der DDR so lange unter seiner Herrschaft halten konnte, geklärt werden kann. Auch diese Sequenz bedarf zusätzlichen Materials. Die meisten Unterrichtseinheiten sind so konzipiert, daß sie im letzten Sequenzabschnitt zum Nachdenken über die Propagandamittel der SED führen, die diese zur Machterhaltung einsetzte.

I. Unterrichtseinheit: Lebensverhältnisse in der SBZ

Zu Beginn der Unterrichtseinheit sollte der Schwerpunkt auf die Darstellung der Lebensverhältnisse in der SBZ unmittelbar nach Kriegsende gelegt werden, da junge Menschen, die heute überwiegend in Wohlstand und sozialer Absicherung leben, kaum eine Vorstellung davon haben können, was es bedeutet, wenn man tagtäglich um das Lebensnotwendigste kämpfen muß und keine Perspektive auf Besserung der Lebensverhältnisse in Sicht ist. Die Zerstörungen in Deutschland hatten nicht nur zum Mangel am Nötigsten geführt, sondern auch Wohnraum und Infrastruktur so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß für die Menschen der damaligen Zeit nicht politisches Engagement, sondern die Sicherung der bloßen Existenz im Mittelpunkt ihres Lebens stand, mußten sie doch dafür ihre ganze Kraft aufwenden. Vor diesem Hintergrund war die Besatzungspolitik für die Menschen in den einzelnen Zonen unterschiedlich spürbar. Die besonders restriktive Besatzungspolitik, wie sie von der Sowjetunion in der SBZ betrieben wurde, traf die Bevölkerung in ihren Lebensumständen besonders schwer. Das gilt es, mit lebensnahem Material zu verdeutlichen. Ziel dieser einführenden Sequenz ist die Erkenntnis,

- daß die wirtschaftlichen Startbedingungen in der SBZ schlechter als in den Westzonen waren,
- daß die Demontagepraxis der Sowjetunion die Situation weiter verschlimmerte,
- daß der Mangel die Lebenssituation der Menschen bestimmt hat,
- daß die politische Entwicklung vor diesem Hintergrund zu beurteilen ist.

Die unterrichtlichen Anregungen der folgenden Sequenzabschnitte können aufgrund der Komplexität des Sachverhaltes nur zum Teil mit Unterrichtsmaterial dokumentiert werden (zur Ergänzung siehe auch *„Informationen zur politischen Bildung"*, Nr. 180 „Wirtschaftsordnungen im Vergleich").

1. Lebensverhältnisse

Mit Hilfe des Materials **M 1** und **M 2** sind die Lebensverhältnisse zu skizzieren, wobei die Möglichkeit gegeben ist, schon an dieser Stelle auf die restriktive Besatzungspolitik der Sowjetunion einzugehen.

2. Reparationspolitik der UdSSR

Die rigorose Ausbeutung der SBZ durch Demontage, Entnahmen aus der laufenden Produktion, der Umwandlung vieler Betriebe in SAG – was nichts anderes als die Überführung in sowjetischen Staatsbesitz bedeutete – und die Verschleppung von Fachkräften (menschliche Reparationen) führten zu einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Situation (**M 3** bis **M 5**). Darüber hinaus kann mit Hilfe des Materials aufgezeigt werden, daß die Sowjetunion entgegen den Beschlüssen von Potsdam ihre Zone als eigenes Wirtschaftsgebiet betrachtete und an sich band.

3. Einstellung der Bevölkerung zur Besatzungsmacht

Die negative Einstellung der Bevölkerung der SBZ zur Besatzungsmacht (**M 6** und **M 7**), die sich sowohl in den Umfrageergebnissen als auch in der Fluchtbewegung zeigt, läßt sich aufgrund des vorhandenen Materials leicht begründen. Ein Rückgriff auf diesen Abschnitt bietet sich am Ende der nächsten Sequenz erneut an und zeigt, daß die bis in die jüngste Zeit bestehende Abwehrhaltung der Bevölkerung der DDR gegenüber der Sowjetunion schon in der Zeit der Besatzung angelegt war.

II. Unterrichtseinheit: Die „antifaschistisch-demokratische" Umwälzung

Bei der Konzeption des Unterrichts dieser Sequenz, die die Besatzungszeit von 1945–1949 umfaßt, ist davon auszugehen, daß junge Menschen im Westen über die Umgestaltung in der damaligen SBZ und über die Gründung und Entwicklung der DDR nur sehr wenig wissen, da für sie die Zeit der Umgestaltung weit zurückliegt. Ihr Verständnis von der DDR gründet sich vor allem auf die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit (1989/90), so daß der Staat DDR ohne die notwendige Reflektion lediglich verbunden wird mit Herrschaft einer Partei (SED), Stasi, Bespitzelung, Unterdrückung, Eingesperrtsein und wirtschaftlichem Bankrott. Um diese zwar richtige, aber vordergründige und undifferenzierte Einschätzung im Zusammenhang mit der Entwicklung von SBZ und DDR zu verstehen und beurteilen zu können, ist in dieser Phase des Unterrichts zu verdeutlichen,

- daß diese Entwicklung zum Unrechtsstaat eine systemimmanente Entwicklung eines sozialistischen Staates sowjetischer Prägung ist und
- daß dieser Prozeß bereits unmittelbar nach dem Krieg begann und von der Sowjetischen Besatzungsmacht nicht nur vorangetrieben, sondern zum Teil aufgezwungen wurde. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch deutsche Kommunisten maßgeblich an Aufbau und Entwicklung beteiligt waren und entsprechend Mitverantwortung tragen.

Wegen der Bedeutung dieser Phase für die spätere Entwicklung der DDR – in dieser Zeit werden die entscheidenden Weichen gestellt – nimmt diese Sequenz in der Unterrichtseinheit besonders breiten Raum ein. Der hier behandelte Zeitraum wird nach dem Selbstverständnis der DDR-Geschichtsschreibung als Phase der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" begriffen, da in dieser Zeit politische, ökonomische und gesellschaftliche Strukturen grundlegend verändert wurden und sie daher als wichtiger Meilenstein auf dem Wege zum „realen Sozialismus" anzusehen ist. Ergebnis dieser

„Umwälzung" war im ökonomischen Bereich die Aufhebung des Privateigentums in der Industrie (Bergbau, Energiewesen, Schwerindustrie), die Zerschlagung des Großgrundbesitzes (Bodenreform) und die Verstaatlichung des Bankwesens; im politischen Bereich die Errichtung der Vormachtstellung der Kommunisten (Gründung der SED, Antifa-Block); im gesellschaftlichen Bereich die Einbindung der Menschen in Kollektive und die Erziehung zu einem Kollektivbewußtsein (Massenorganisationen, Schulreform).

Der Unterricht soll nicht allein Faktenwissen vermitteln. Vielmehr wird eine tiefere Auseinandersetzung mit der Phase der „antifaschistisch-demokratischen" Umwälzung angestrebt, die die Schüler und Schülerinnen dazu befähigt, Einsichten in strukturelle Zusammenhänge zu gewinnen und Bezüge zur jüngsten Vergangenheit herzustellen, so daß eine kritische und fundierte Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis der DDR-Geschichtsschreibung – mit dem Begriff „antifaschistisch-demokratisch" – ermöglicht wird. Aus diesem Grunde ist der Unterricht problemorientiert angelegt, wobei die Lernmotivation durch das Bewußtmachen von Widersprüchlichem in dieser Zeit erreicht werden soll. So muß dem Schüler zum Beispiel auffallen, daß die DDR den Anspruch erhob, eine demokratische Umwälzung durchgeführt zu haben, während gleichzeitig die Vormachtstellung einer Partei errichtet wurde. Schließlich entlarvte sich das Regime der ehemaligen DDR ganz offen als äußerst undemokratisch – als Zwangssystem – und ist an dem Zwangscharakter gescheitert. Ein weiterer Widerspruch liegt auch darin, daß die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung" als Vorstufe zum Aufbau eines sozialistischen Staates einhergeht mit der Schaffung von neuem Privateigentum (Bodenreform), während in anderen Bereichen das Privateigentum gerade abgeschafft wird. Somit steht im Mittelpunkt dieser Unterrichtssequenz die Auseinandersetzung mit dem Begriff der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung", mit dem Ziel zu zeigen, daß mit Hilfe dieses Begriffs die Herrschaftssicherung der Kommunisten in der SBZ und der Einfluß der Sowjetischen Besatzungsmacht ideologisch abgesichert wurde.

Der Unterricht der ersten Sequenz ist in sechs Abschnitte gegliedert, in denen die angesprochenen Widersprüchlichkeiten aufgezeigt und in ihrem historischen Zusammenhang erklärt werden.

1. Die Gruppe Ulbricht

In diesem Abschnitt soll erarbeitet werden, daß eine Gruppe ausgewählter und durch die sowjetische Besatzungsmacht in Moskau ausgebildeter deutscher Kommunisten schon unmittelbar nach dem Krieg in enger Zusammenarbeit mit der sowjetischen Militärverwaltung mit der Aufgabe begann, den Aufbau eines der Sowjetunion genehmen wirtschaftlichen und politischen Systems unter Führung der kommunistischen Partei in Angriff zu nehmen und voranzutreiben. Exemplarisch soll an der Arbeit der Gruppe Ulbricht mit Hilfe des Materials **M 8** und **M 9** aufgezeigt werden,

- daß die Gruppe von der Sowjetunion vorbereitet war,
- daß sie im Auftrag der Besatzungsmacht arbeitete und die Zusammenarbeit entsprechend eng war,
- daß sie zielstrebig vorging und demokratische Kräfte unterdrückte.

2. SMAD-Befehl Nr. 2 zu Parteiengründungen

Die Entschlüsselung des SMAD-Befehls Nr. 2 hinsichtlich der Absicht der Besatzungsmacht, Weichen für die Gründung ihr genehmer Parteien zu stellen, kann mit Hilfe eines Auszugs aus *Geschichte 10* der ehemaligen DDR geleistet werden (**M 10**), aus dem deutlich hervorgeht, daß „antifaschistisch-demokratisch" die Abschaffung von Privateigentum bedeutet. Die Wurzeln des Faschismus werden im Privateigentum an Produktionsmitteln gesehen, so daß nur Parteien zugelassen werden können, die für das Kollektiveigentum und damit für den Kollektivgedanken eintreten.

3. Vormachtstellung der Kommunisten im Parteiengefüge

In diesem Abschnitt werden Mechanismen, die die Vormachtstellung der Kommunisten im Parteiengefüge sicherstellen sollen, behandelt: der (erzwungene) Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED und die Stellung der Parteien im Antifa-Block. Das Material (**M 11**) macht deutlich, daß die Vereinigung der beiden Parteien zur SED überwiegend im Interesse der kommunistischen Partei lag, da ihre Schwesterparteien in Österreich und Ungarn schwere Wahlniederlagen zu verzeichnen hatten und die KPD um ihr Überleben, zumindest aber um ihren Einfluß fürchten mußte. Um Verzerrungen vorzubeugen, kann an dieser Stelle erörtert werden, ob es sich um eine freiwillige oder um eine Zwangsvereinigung handelte. Dabei sollten neben der Abstimmungsproblematik unterschiedliche Stimmen sozialdemokratischer Politiker ebenso berücksichtigt werden wie die Interessenlage der Besatzungsmacht.

Durch die Schaffung des Antifa-Blocks sichert sich die SED schließlich in dem als pluralistisch erscheinendem Parteiengefüge (vgl. Gründung von Parteien und Wahlergebnisse in diesem Heft) gegenüber allen anderen Parteien bis 1989 die Vormachtstellung, die die führende Rolle der SED anzuerkennen hatten, wenn sie nicht ihre Existenz gefährden wollten (**M 12**).

4. Die „demokratische" Bodenreform

Inwieweit die Bodenreform, die „Junkerland" an Landarbeiter, Flüchtlinge, Umsiedler und Handwerker verteilte, tatsächlich ein demokratischer (und demokratisierender) Akt zur Schaffung von Kleinbesitz an Grund und Boden war, wie von der SED bis in die jüngste Zeit behauptet wurde, oder nur der Vorbereitung der Kollektivierung (Vergesellschaftung) diente, ist in diesem Abschnitt mit Hilfe des Materials **M 13** und **M 14**, in dem unterschiedliche Vorstellungen zu der Reform formuliert werden, zu erörtern. Der Widerspruch, daß unter dem Anspruch einer „antifaschistischen" Umgestaltung Privateigentum geschaffen wurde, läßt sich auf diese Weise erklären bzw. auflösen.

5. Vergesellschaftung von Produktionsmitteln

Daß wesentliche Produktionsmittel vergesellschaftet wurden, fügt sich nahtlos in das den Schülern mittlerweile gegenwärtige Bild einer „antifaschistischen" Umwälzung ein. Hier gilt es, das Ausmaß der Vergesellschaftung im industriellen Sektor aufzuzeigen und herauszustellen, daß schon kurz nach Ende des Krieges im ökonomischen Bereich grundlegende Veränderungen vollzogen wurden. Zudem stützt diese Erkenntnis die Vermutung aus dem vorherigen Abschnitt, daß die Bodenreform nur als Übergangslösung angesehen werden kann und auch in diesem Bereich eine Vergesellschaftung angestrebt wurde.

6. Bewertung der „antifaschistisch-demokratischen" Umwälzung

Eine abschließende Bewertung der Phase von 1945 bis 1949 liefert in einer Zusammenschau des behandelten Materials und der Teilergebnisse das Ergebnis, daß die Bezeichnung „antifaschistisch-demokratisch" keine zutreffende Charakterisierung der Vorgänge in der SBZ darstellt, sondern eine ideologische Verschleierung des undemokratischen Prozesses zur Sicherung der kommunistischen Führung ist. Eine eingehende Interpretation dieses Begriffs führt zu der Erkenntnis, daß Opposition gar nicht akzeptiert werden kann, denn wer die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung" nicht trägt, ist per definitionem undemokratisch und faschistisch und muß daher unterdrückt werden. Der Schritt zum Überwachungsstaat und zur Bespitzelung ist dann nur noch ein sehr kleiner.

III. Unterrichtseinheit: Aufbau des Sozialismus – der 17. Juni 1953

Im Mittelpunkt dieser Sequenz steht der Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953, seiner Ursachen und seiner Folgen. Die Sequenz beginnt mit den Ereignissen am 17. Juni, um von hier aus Interesse für die Ursachen und Folgen zu wecken. Diese Ursachen sind vielfältig und liegen sowohl in der immer noch extrem schlechten wirtschaftlichen Situation, die im Vergleich zur wesentlich entspannteren Situation in der Bundesrepublik Deutschland als besonders belastend empfunden werden mußte, als auch in der Unterdrückung der Bevölkerung durch die SED, die rigoros den Aufbau des Sozialismus sowjetischer Prägung vorantrieb. Diese „Partei neuen Typus" übte zunehmend Druck auf die Bevölkerung aus, der sich schließlich im Beschluß der zweiten Parteikonferenz vom 12. Juni 1952 zum Aufbau des Sozialismus konkretisierte. Die Lebensbedürfnisse der Menschen in der DDR blieben in diesem Beschluß zur verstärkten Kollektivierung,

Verstaatlichung und Intensivierung der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterindustrie weiterhin unberücksichtigt, denn nicht der Mensch mit dem Wunsch nach Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern der Aufbau eines sozialistischen Systems sowjetischer Prägung standen im Mittelpunkt der Politik der SED. Weitere Ursachen liegen in der Benachteiligung Selbständiger sowie nicht in der Produktion tätiger Menschen, den erweiterten Sperrmaßnahmen vom Mai 1952 an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland sowie in der „Verschärfung des Klassenkampfes", der im April 1953 von der SED proklamiert wurde und zu zusätzlichem politischem Druck führte. Die Erhöhung der Arbeitsnormen war nur Anlaß, zumal auch deren Zurücknahme im Juni den Aufstand nicht verhindern konnte.

1. Die Ereignisse des 17. Juni

Ausgehend von einem Augenzeugenbericht eines ehemaligen SED-Funktionärs (**M 15**) können der Anlaß des Aufstandes und die Forderungen, die erhoben werden, herausgestellt werden, von denen dann wiederum Rückschlüsse auf die Ursachen gezogen werden können. An dieser Stelle sollten andere Augenzeugenberichte oder Filmausschnitte zum Ablauf der Ereignisse herangezogen werden (Spittmann, Ilse und Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. Köln 1982), um die Atmosphäre zu verstehen und ein abgerundetes Bild von dem Aufstand zu erhalten. Der Akzent ist dabei auf die Entwicklung der Forderungen zu legen, die schnell weit über die Rücknahme der Normenerhöhung hinausgingen und in den politischen Bereich wiesen und letztlich auf die Abschaffung des Systems hinausliefen. Herauszustellen ist, daß die SED die Kontrolle über die Entwicklung verlor und der Aufstand nur mit Hilfe der Roten Armee niedergeschlagen werden konnte (**M 16**), die so nicht nur die SED vor dem Machtverlust bewahrte, sondern das Überleben des Systems sicherte.

2. Ursachen und Konsequenzen

Ursachen und Konsequenzen des Arbeiteraufstandes werden deutlich am Kommuniqué des Politbüros der SED vom 19. Juni 1953 (**M 17**), das in all denjenigen Bereichen Besserungen in Aussicht stellt, in denen die Menschen die Unterdrückung am deutlichsten spürten. Besonderes Augenmerk widmet das Kommuniqué den Flüchtlingen, da die Republikflucht bedrohliche Ausmaße angenommen hatte. Auf dieses Problem und die daraufhin bereits im Mai 1952 gesetzlich beschlossenen Sperrmaßnahmen, muß an dieser Stelle eingegangen werden. (Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Fragen. Bonn 1987. Faksimilierter Nachdruck des Weißbuchs von 1953.) Dieser Zusammenhang wird anhand des Zahlenmaterials erkennbar:

Jahr	Flüchtlinge	davon Bauern
1952	182 000	14 000
1. Halbjahr 1953	225 000	30 000

Diese Wechselwirkung zwischen Fluchtbewegung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Not ist zu akzentuieren, um den Schülern die Ausweglosigkeit der damaligen Situation für die Menschen in der DDR verständlich zu machen. Der Maßnahmenkatalog des Kommuniqués läßt nicht nur die innere Entwicklungslinie in der DDR seit der 2. Parteikonferenz vom 12. Juni 1952, auf der der forcierte Aufbau des Sozialismus beschlossen wurde, deutlich erkennen, sondern zeigt auch das Krisenbewußtsein in der Führung der SED, die sicherlich ohne die Angst vor einem Machtverlust so weitreichende Revisionen ihrer Politik nicht beschlossen hätte.

3. Der 17. Juni aus Sicht der DDR

Die Umdeutung des 17. Juni in der DDR geschieht aus propagandistischer Absicht, nicht nur um von den Fehlern und Schwächen des Systems abzulenken, sondern auch um das Feindbild zu stärken, das der Westen, vor allem die Bundesrepublik Deutschland für die DDR abgibt (**M 18** und **M 19**). Die Bundesrepublik wird der Kriegstreiberei und des faschistischen Imperialismus bezichtigt mit dem Ziel, den Aufstand der eigenen Bevölkerung umzudeuten in eine von der Bundesrepublik in Gang gesetzte und getragene Aktion zur Vernichtung der DDR.

Die vorgenommene Glorifizierung des sowjetischen „Bruderstaates" verschleiert die Brutalität, mit der der Aufstand von sowjetischen Truppen und der Volkspolizei niedergeschlagen wurde.

IV. Unterrichtseinheit: Die Berliner Mauer

Die Anlage dieser Sequenz gleicht der der dritten. Ausgehend von einem einschneidendem Ereignis werden durch die Frage nach den Ursachen Schwächen des Systems aufgezeigt, die trotz der Erfahrung vom Juni 1953 nicht behoben wurden. Der Bau der Berliner Mauer war für den Fortbestand der DDR von existentieller Bedeutung. Berlin blieb aufgrund seiner besonderen politischen Situation als Stadt unter der Verwaltung der Vier Mächte nach den seit 1952 immer weiter ausgebauten Sperrmaßnahmen an der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein „Schlupfloch" für Bürger der DDR in den Westen und wurde bis zum Bau der Mauer von Hunderttausenden genutzt, um der DDR für immer den Rücken zu kehren, so daß die DDR auszubluten drohte. Wirtschaftlich brisant war für die DDR zudem das „Grenzgängertum", da durch die Grenzgänger der DDR nicht nur wirtschaftlicher Schaden entstand, sondern West-Berlin als Schaufenster des Westens permanent eine ideologische Bedrohung für den weiterhin durch Mangel gekennzeichneten „Staat der Arbeiter und Bauern" darstellte. Die Fluchtwelle über Berlin, die im ersten Halbjahr 1961 extrem anstieg und das Niveau von 1953 zu erreichen drohte, hatte ebensoviele Gründe wie der Aufstand von 1953. Alle Bereiche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gaben, wie Umfragen und Berichte zeigen, Anlaß zu größter Unzufriedenheit, die von der Führung der SED weder mit Versprechen noch mit politischen Maßnahmen beseitigt werden konnte. Auch hier ist, wie in der vorherigen Sequenz, der Teufelskreis zwischen Unzufriedenheit – Fluchtbewegung – verstärkter Unzufriedenheit durch restriktive Maßnahmen herauszustellen. Selbstverständlich können im Unterricht nur exemplarisch einige Bereiche herausgegriffen werden.

1. Der 13. August 1961

Zu Beginn des Unterrichts sollte der Bau der Mauer mit Hilfe von Ereignisprotokollen, Augenzeugenberichten, Reportagen und Filmen erlebnisnah dargestellt werden, um wie beim 17. Juni Atmosphärisches zu vermitteln.

2. Fluchtbewegung und deren Gründe

Die Gründe für die Flucht sind sowohl im Einzelfall (Motivbündel bei den einzelnen) als auch bei den Flüchtlingen insgesamt (die Menschen verlassen aus den verschiedensten Gründen die DDR) vielfältig. Wenn die Flucht auch nicht immer langfristig geplant war, sondern aufgrund eines speziellen Anlasses spontan stattfand, so kann dennoch mit einer Übersicht über auslösende Fluchtgründe aus dem Jahr 1960 (**M 20**) ein aufschlußreiches Bild von der Vielfalt der Motive erarbeitet werden. Gleichzeitig werden Schwerpunkte deutlich, die Menschen zur Flucht veranlaßt haben: Aufforderung zum Spitzeldienst, Aufforderung zu „gesellschaftspolitischer Betätigung", rigorose Kollektivierung in der Landwirtschaft und Verstaatlichung von Handel und Gewerbe, Fehlen von Freizügigkeit und wirtschaftlicher Mangel.

3. Umfang der Flucht und Konkretisierung der Gründe

Um ein realistisches Bild der Verhältnisse in der DDR nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 zu gewinnen, müssen die im zweiten Abschnitt aufgeführten Gründe konkretisiert und der Umfang der Fluchtbewegung bewußt gemacht werden. Dabei ist mit entsprechendem Material zu zeigen, daß die Lebensbedingungen in der DDR weiterhin – insbesondere im Vergleich mit denen in der Bundesrepublik Deutschland – äußerst bescheiden waren und die vom Politbüro 1953 angekündigten Maßnahmen keinen Erfolg gezeitigt haben, das heißt, der „Neue Kurs" nicht durchgeführt wurde. In diesen Rahmen müssen auch die Materialien (**M 21** bis **M 23**) eingebettet werden, da sonst die weiterhin anhaltende Fluchtbewegung nicht verstanden wird. So verschlechterte sich insbesondere durch die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft die wirtschaftliche Situation ganz erheblich. Daß sich mittlerweile das System zudem zu einem Stasi-Überwachungsstaat entwickelte, geht ebenfalls aus dem Material hervor, denn acht Prozent der Bevölkerung verließen aus diesem Grund die DDR.

4. Bewertung der Mauer aus Sicht der DDR

Ebenso wie in der vorherigen Sequenz soll an dieser Stelle eine Bewertung aus Sicht der DDR vorgestellt werden (**M 24**), um deutlich zu machen, daß die SED-Führung bei der Rechtfertigung nach dem gleichen Muster wie bei der Rechtfertigung der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 verfährt. Die Verantwortung für die unmenschliche Maßnahme zur Rettung des Systems wird erneut dem Westen in die Schuhe geschoben. Später wird die Mauer propagandistisch als „antifaschistischer Schutzwall" und als „Friedensgrenze" bezeichnet, obwohl sie in Wirklichkeit gegen die eigene Bevölkerung gerichtet ist, indem sie die letzte noch offene Tür zum Westen verschließt und die Spaltung der beiden deutschen Staaten perfekt macht.

5. Die beginnende Konsolidierung nach 1961

Der Bau der Mauer stellt einen wichtigen Einschnitt in der Entwicklung der DDR dar. So begann 1962 eine Phase der Konsolidierung mit bescheidenen Liberalisierungstendenzen in der Kultur, womit verspätet die DDR nun den Prozeß der (stillen) Entstalinisierung nachvollzog. In diesem Rahmen beschloß der vierte Parteitag der SED im Januar 1963 auch das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung". Die wirtschaftlichen Reformen werden in diesem Abschnitt in den Mittelpunkt gerückt (**M 25**). Mit dem Material kann erarbeitet werden, daß den Betrieben größere Verantwortung übertragen wird und ansatzweise marktwirtschaftliche Prinzipien (Preisgestaltung, Qualität statt Quantität) zum Tragen kommen sollen. Die Bedeutung dieser Veränderungen kann allerdings nur richtig verstanden werden, wenn die Prinzipien einer Zentralverwaltungswirtschaft bekannt sind (siehe hierzu *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 180: „Wirtschaft 4 – Wirtschaftsordnungen im Vergleich"). Derartige Veränderungen waren nun möglich, da massenhafte Abwanderungen nicht mehr zu befürchten waren. Allerdings wurden einige Liberalisierungsmaßnahmen schon zwei Jahre später wieder zurückgenommen.

V. Unterrichtseinheit: Die Ära Honecker

Grundsätzlich bringt auch die Ära Honecker keine Veränderung, sondern eher eine Weiterentwicklung der systemtragenden Elemente hin zum „real existierenden Sozialismus". In diesem Zusammenhang ist auch die neue Verfassung von 1974 als Weiterentwicklung zu verstehen, die den Führungsanspruch der SED nun auch als Verfassungsprinzip in Artikel 1 festschreibt. Dieser Verfassungsanspruch, durch den der Mensch noch stärker in den sozialistischen Prozeß eingebunden werden sollte, tritt immer mehr in Widerspruch zur Realität, die sich zunehmend von der Ideologie abkoppelt. So entsteht praktisch eine Gesellschaft mit zwei Gesichtern: Hinter einer nach außen getragenen offiziellen Maske verbergen sich ganz andere Verhaltensweisen. Dieser auf Dauer unerträgliche Widerspruch bricht sich dann schließlich im November 1989 Bahn, um sich der ideologischen Zwangsjakke und der staatlichen Bevormundung zu entledigen.

Das vermeintliche Arrangement mit dem Staat seit der Machtübernahme Honeckers ist nur verständlich vor dem Hintergrund materieller Verbesserungen, die sich in dieser Zeit entwickelten, und der Möglichkeit, sich abseits staatlichen Zugriffs Nischen einzurichten. Die Sequenz stellt diesen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in den Mittelpunkt. Dabei wird deutlich, daß es unterschiedliche Verhaltensweisen in der DDR gegeben hat, aber nie eine wirkliche Identifikation der Mehrheit der Bevölkerung mit dem Staat.

1. Materielle Verbesserungen zur Zeit Honeckers

Ab Mitte der siebziger Jahre war die SED bestrebt, über die stärkere Berücksichtigung materieller Verbesserungen Zufriedenheit zu schaffen und das System zu stabilisieren. Entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen führten in der Ära Honecker zur Intensivierung des Neu- und Ausbaus von Wohnungen und der verstärkten Produktion langlebiger Konsumgüter, die allerdings weiterhin qualitativ weit hinter westlichen Ansprüchen zurückblieben. Das Material (**M 26**) zeigt diese Verbesserung deutlich und erweckt zunächst den Eindruck einer durchgreifenden Besserung in den Lebensverhältnissen, die einen hohen Grad an Zufriedenheit zur Folge haben müßte.

2. Anspruch und Wirklichkeit

Die von der Parteiführung offiziell herausgestellte Begeisterung der Bevölkerung beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und die damit verbundene Zufriedenheit, im Sozialismus leben zu dürfen, wird in geradezu peinlich propagandistischer Weise in einem am 19. März 1986 im neuen Deutschland abgedruckten Brief (**M 27**) einer Schülerin an den Staatsratvorsitzenden Honecker deutlich. Der Brief zeigt, wie sich die Partei die Jugend wünscht und nicht, wie sie wirklich ist. Ein Vergleich mit dem Song „Versammlung" (**M 28**) der in der DDR ausgesprochen populären Gruppe Pankow, die mit ihren realitätsnahen Texten das Lebensgefühl vieler Jugendlicher in der DDR traf und sie begeisterte, zeigt den krassen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

3. Die Nischengesellschaft

Die Ablehnung eines Großteils der Bevölkerung, dem Anspruch auf allumfassende gesellschaftliche Aktivitäten zu genügen, führte zu einem immer stärkeren Rückzug ins Private und zur Herausbildung einer kleinbürgerlichen Nischengesellschaft. Diese ist allerdings nicht allein durch den Totalitätsanspruch des Staates zu begründen, sondern hat ihre Ursache auch in dem materiellen Mangel, der oft nur über einen grauen Markt zu kompensieren war (Bückware) und zu einer neuen Form der Ungleichheit führte (vgl. Shopper – Exer – Gibser, Seite 39). Der Umfang der Nischengesellschaft und die sich aus ihr entwickelte Mentalität der Menschen muß ausführlich mit lebensnahem Material erarbeitet werden, nicht zuletzt, um heutige Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen der ehemaligen DDR zu begreifen.

4. Kontrolle im SED-Staat

Die Überwachung der Bürger der DDR war nahezu lückenlos. Hier ist insbesondere die „Stasi" hervorzuheben, deren vielfältige Aufgaben und verzweigte Organisation durch das Ministerium für Staatssicherheit koordiniert und gelenkt wurden. Viele (zumeist unter Druck) angeworbene Helfer trugen wesentlich zu dieser lückenlosen Überwachung bei (**M 29**), schufen dadurch eine Atmosphäre des Mißtrauens und lassen heute die Grenze zwischen Tätern und Opfern verschwimmen. Neben der Stasi existierten eine Reihe von weiteren Überwachungsinstitutionen und Überwachungsmechanismen, wie zum Beispiel die Einrichtung des Abschnittsbevollmächtigten (ABV), die Kaderakte, die schon in der Schule angelegt wurde, und das Arbeitsbuch (vgl. S. 30). In dieser Sequenz sollte die Geschichte der Stasi, ihr Umfang und ihre Struktur aufgearbeitet werden. Am Beispiel des „Hausbuches" kann dann ein Teil der perfektionierten Überwachung konkretisiert (**M 30**) werden und der Lernende einen Einblick in die subtilen Methoden staatlicher Überwachung gewinnen.

VI. Unterrichtseinheit: Der 9. November 1989 – die historische Wende

Die rasanten historischen Ereignisse des Novembers 1989, die in der DDR zu fundamentalen Veränderungen führten, bilden den Schwerpunkt der letzten Sequenz. Der Unterrichtsvorschlag ist zunächst wieder ereignisgeschichtlich angelegt, um die atemberaubende Spannung, die die Tage im November prägten, nachempfindbar zu machen. Darüber hinaus können bei der Frage nach den Ursachen des 9. November wesentliche Teile des bisherigen Lernprozesses reflektiert werden, so daß diese Sequenz auch wiederholenden Charakter hat. Erneut sind es die systemimmanenten Schwächen des in der DDR bis dahin praktizierten Sozialismus, die – wie schon 1953 – zur Krise des Systems eskalierten und 1961 zum Mauerbau führten. Daß diese strukturellen Schwächen im DDR-System permanent vorhanden waren und den gesellschaftlichen Konflikt verschärften, ist Inhalt dieser Sequenz. Es gilt zu verdeutlichen, daß die Veränderungen in der DDR nur vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Sowjetunion (Perestroika) und in anderen sozialistischen Staaten gesehen werden können, denn ohne sie wäre die Wende in der DDR nicht zustande gekommen.

1. Öffnung der Mauer

Die Sequenz sollte mit der Präsentation abwechslungsreichen Materials zu den Ereignissen am 9. November 1989 eröffnet werden, um zunächst das Sensationelle dieser Vorgänge und die Atmosphäre einzufangen. Darüber hinaus sollte dann zur Verdeutlichung der rasanten Entwicklung eine Chronologie der Ereignisse erstellt werden; beginnend mit dem 2. Mai des Jahres, an dem Ungarn die Grenze öffnete (siehe Seite 40). Schließlich sollte neben dieser Tabelle mit den wichtigsten Ereignissen, in der vor allem auch die Montagsdemonstrationen in der DDR zu berücksichtigen wären, eine Liste der dort aufgestellten Forderungen erarbeitet werden, um Rückschlüsse auf die Gründe ziehen zu können, die in der nicht mehr aufzuhaltenden Fluchtbewegung und den Forderungen der Bürger der DDR nach längst fälligen Reformen liegen. Ebenso wie 1953 und 1961 liegen die Gründe in den Systemschwächen, die aufgrund der starren Haltung der SED, die sich gut aus den Slogans erschließen läßt (**M 31**), und ihrer Furcht vor Machtverlust nicht abgebaut wurden.

2. Haltung der SED

Die Starrheit der SED-Führung und das Abkoppeln von der Realität führte im Oktober 1989 zu einem vollkommen inkompetenten Krisenmanagement der Partei, der wie schon 1953 und 1961 nichts besseres einfiel, als stereotyp alte unbrauchbare Erklärungsmuster vorzutragen: Faschistische Provokateure aus der Bundesrepublik Deutschland seien erneut „banditenhaft" am Werk, um den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden zu zerstören. Dieser Abschnitt macht den Realitätsverlust deutlich und zeigt den Machterhaltungstrieb und die Arroganz der SED, die die Forderungen der Demonstranten nicht zur Kenntnis zu nehmen scheint und mit inhaltsleeren Floskeln reagiert (**M 32**).

3. Bedeutung der Perestroika

Da eine Entwicklung in der DDR ohne die Perestroika in der Sowjetunion nicht möglich gewesen wäre, muß eine Einbettung in diesen Zusammenhang vorgenommen werden. Ein Eingreifen der Sowjetunion wie 1953 oder der „sozialistischen Bruderstaaten" wie 1968 in der CSSR war undenkbar und wurde von der sowjetischen Führung ausdrücklich ausgeschlossen (**M 33**). Inhalt dieses Abschnittes ist die Aufarbeitung der Perestroika-Politik und ihrer Auswirkungen, die zu weitreichenden Reformen bis zur Abschaffung der kommunistischen Herrschaft zuerst in Ungarn im Oktober 1989 führten. Die Bearbeitung des Materials macht deutlich, daß die Sowjetunion die Probleme der DDR deutlicher erkannte als deren eigene Regierung. Der Text ist mit großer Aufmerksamkeit und Sensibilität zu behandeln, da vieles nur indirekt gesagt wird und zwischen den Zeilen zu lesen ist.

4. Abschließende Bewertung

In einer abschließenden Bewertung der Entwicklung der DDR wird in diesem Abschnitt noch einmal die Unflexibilität, die Verkrustung und die Menschenverachtung der SED ins Zentrum gerückt. Ein Vergleich des Gedichts „Die Lösung" (**M 34**), in dem Berthold Brecht anläßlich der Vorgänge des Jahres 1953 auf ironische Weise die Arroganz und Realitätsferne der Partei aufs Korn nimmt, mit dem 1989 auf einer Demonstration formulierten Slogan „Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei!" zeigt eindringlich, daß sich prinzipiell an der Einstellung der Partei in den 36 Jahren nach dem Aufstand des Jahres 1953 nichts geändert, sondern die Partei permanent am Volk vorbeiregiert bzw. gegen das Volk regiert hat. Ihre Umbenennung und ihr Verzicht auf den Führungsanspruch liegt somit nur in der Konsequenz der Entwicklung und braucht nicht weiter thematisiert zu werden. Mit der Abdankung der SED bricht auch das zwanghaft am Leben gehaltene System zusammen. Der freie Wille der Bürger der DDR kann sich zum ersten Mal in der Geschichte dieses Staates offen artikulieren, und die Bevölkerung in der DDR kann zum ersten Mal die Entwicklung mitgestalten.

MATERIALIEN

M 1 In der SBZ unmittelbar nach dem Krieg

Mit den von Kaltesophie entworfenen Taschen und Gürteln aus Resten fuhren wir aufs Land, vornehmlich ins Oderbruch. Dort hatten die Bauern selber nichts. Sechsundvierzig die Deiche gebrochen, alles überschwemmt, das Vieh hatten ja schon die Russen weggetrieben, gleich fünfundvierzig nach der Schlacht bei den Seelower Höhen; der ersten Überschwemmung folgte die Überschwemmung mit Flüchtlingen, die Polen verlassen mußten. Viele Höfe waren ganz zerschossen, wer konnte uns da schon was abgeben. Trotzdem haben sie uns hier ein paar Kartoffeln, dort Rüben, an anderer Stelle einen Kohlkopf eingetauscht. An Brot oder gar Fett war nicht heranzukommen, und Wertgegenstände hatten wir nicht zu bieten. Fürstenwalde, Hasenfelde, Seelow, Dolgelin, dann runter über Komturei Lietzen nach Falkenhagen – kein Weiler, den wir nicht zu Fuß durchwandert haben. Es tauchte sogar ein Ort auf, der hieß Jammertal. Hatten wir unsere Rucksäcke glücklich voll, erwartete uns am Bahnhof nicht selten eine Razzia. Besonders gern überfielen sie uns auf dem Kleinbahnhof Hasenfelde, und die Frauen tobten. Ach, die ausgebufften, hinterfotzigen, säuischen Stiefelknechte.

Jeweils drei Deutsche in der Uniform der Volkspolizei und drei Russen umrundeten uns auf dem Bahnsteig, wo wir auf unseren Rucksäcken darauf warteten, daß irgendein Zug kam. Mit einem Mal und ganz ohne Ankündigung trampelten sie zwischen unsere Säcke und schrien: Auskippen, auskippen! Wir schütteten alles auf den Perron, und sie brüllten wieder: Einpacken, einpacken, mitkommen!

Wir trugen unsere Rucksäcke ins Bahnhofsgebäude, wo wir sie noch einmal auskippen mußten. Unsere paar Kartoffeln, auf die wir uns so gefreut hatten, Frühkartoffeln, nicht ein bißchen erdig, richtig schön gelb und noch keine Schale dran, daß man sie reinweg roh essen möchte: die kommen in eine Ecke, auf einen großen Haufen. Gemüse schleppen wir zu einem anderen Berg.

Aus: Novak, H.: Die Eisheiligen. Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1979, S. 224.

M 2 Berlin im Oktober 1945

Zu Hause erwarten mich Kälte und Dunkelheit. Die Kommandantura hat der Stadtverwaltung rücksichtslose Stromdrosselung befohlen. Das heißt Sperrstunden auf unbestimmte Zeit, Holzsammeln in Ruinen, Schwarzkauf von Kerzen, Ziegelherd und ein unerfreulicher Winter. Das Kohlenproblem beginnt sich zum schlimmsten Nachkriegsproblem auszuwachsen. Und das in einem Land, das ehemals halb Europa mit Kohle versorgte. Allmählich dämmert selbst den Optimisten die Erkenntnis, daß wir am Tiefpunkt des Abgrunds noch immer nicht angekommen sind. „Also weiter durchhalten", seufzen die Gutwilligen. „Also endgültige Vernichtung", stöhnen die Erschöpften, die Enttäuschten und Verzagten. Sollte der Tiefpunkt des Abgrunds noch lange vor uns liegen, dürften nur wenige bleiben, ihn ungebeugt zu durchschreiten. In Brandenburg beträgt, nach amtlicher Aussage, die Säuglingssterblichkeit etwa achtzig bis neunzig Prozent. Die Stadt Ruppin meldet bei fünfundvierzig Neugeborenen einundvierzig Todesfälle innerhalb des ersten Lebensjahres. Zehntausend Kinder vagabundieren fünf Monate nach Kriegsende elternlos durch Deutschland und ernähren sich ausschließlich von Betteln und Stehlen. Nöte, Nöte, wohin man blickt. Wird die eine gelöst, klafft eine andere auf. „Landzuteilung an Arbeiter und Flüchtlinge", proklamiert man in der sowjetischen Besatzungszone. Vortreffliche Forderung! „Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes über hundert Hektar", lautet der Lösungsversuch dieses Problems durch die Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg. Siebentausend Großgrundbesitzer werden über Nacht obdachlos. Man gibt ihnen nicht einmal, auf ihrer eigenen Scholle, einen Kleinsiedleranteil. In den westlichen Zonen gibt es keine Bodenreform. Keine Enteignung, ja sogar – wie das Gerücht behauptet – nicht einmal eine Bankkontensperre. Warum wohnen wir nicht im Westen, denken siebentausend Enteignete. Besteht die Lösung des deutschen Problems etwa darin, daß jede Zone mit der Zeit zum Kolonialgebiet ihrer Besatzungsmacht wird? Dann adieu, deutsche Einheit. Fahr wohl, schöne Nachkriegshoffnung auf eine gemeinsame Aufbaupolitik der Verbündeten. „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten", heißt es im Potsdamer Abkommen. Wie kann ein Ganzes entstehen, wenn jedes der Teile sich in entgegengesetzter Richtung entwickelt! Oder sollten ausgerechnet wir dazu verurteilt sein, es gleich der Blume Tulipan an den Tag zu bringen, daß sich die Kriegsallianz unserer Sieger in eine Friedensallianz nie und nimmer umwandeln läßt.

Aus: Ruth Andreas-Friedrich: Schauplatz Berlin. Tagebuchaufzeichnungen 1945–1949. Frankfurt am Main 1984, S. 107.

M 3 Anteil der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) an der Gesamtproduktion der SBZ

Industriezweig	Produktionswerte in Millionen Reichsmark		Anteil der SAG in Prozent
	total	bei den SAG	
Kohlenbergbau	179,6	57,2	31,9
Sonstiger Bergbau	30,3	15,3	50,6
Mineralölindustrie	102,5	78,9	77,0
Metallurgie	81,3	24,4	31,2
Schwermaschinenbau	50,1	21,3	42,6
Sonstiger Maschinenbau	73,4	29,9	40,8
Fahrzeugbau	62,3	28,1	45,0
Elektroindustrie	65,8	35,4	45,0
Feinmechanik/Optik	22,2	4,6	20,7
Metallwarenindustrie	52,8	12,7	24,1
Chemische Industrie	217,6	94,1	43,2
Gummi-/Asbestindustrie	41,6	26,4	68,7
Baustoffindustrie	69,6	8,4	12,1

Aus: Keesings Archiv der Gegenwart, 17. 11. 1947 und 14. 1. 1948.

M 4 Demontageverluste in der SBZ Ende 1946 in Prozent der Kapazität von 1936

Industriezweig	Deutsche Schätzung	Englische Schätzung (Manchester Guardian)
Eisengießerei und Hüttenwerke	50–55	80
Schwere Maschinenindustrie	55–63	55
Kraftfahrzeugindustrie	55–63	55
Elektroindustrie	55–63	60
Feinmechanische und Optische Industrie	55–63	60
Zellstoff- und Papierindustrie	40–50	45
Stickstoffindustrie	50–55	60
Textilindustrie	20–30	15

Aus: Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1982, S. 36.

M 5 Menschliche Reparationen

Gegen zwei Uhr nachts erfüllte plötzlich Motorenlärm die Straßen. Harte Kolbenschläge an die Haustüren sorgfältig auf Listen verzeichneter Personen gaben Aufschluß über die geheimnisvolle Geschäftigkeit der Besatzungstruppen. Die Aktion „Ossawakim" war angelaufen. Dieser Name soll eine Zusammenziehung aus russischen Wörtern sein und sinngemäß „Sonderverwaltung zur Durchführung von Verlagerungen" bedeuten. Der planmäßige Abtransport deutscher Techniker und Spezialisten in die Sowjetunion hatte begonnen.

Ohne jede Ankündigung luden NKWD-Soldaten die überraschten, erschrockenen, ja verzweifelten Menschen auf bereitgestellte Lkws, fuhren sie zu den abgesperrten Bahnhöfen, stapelten Möbel auf, stopften Hausrat, Kisten, Handwagen, Fahrräder eilends in ebenfalls bereitstehende Waggons, versiegelten die Schiebetüren und wiesen den praktisch Inhaftierten Abteile in D-Zug-Wagen an, die sie nicht mehr verlassen durften.

Erschütternde Szenen spielten sich ab. In den meisten Fällen folgten die Frauen ihren Männern in das ungewisse Schicksal. Oftmals mußten kurz vor der Abreise Zustimmungserklärungen abgegeben werden. Fachkräften in Berliner Betrieben wurde von Dolmetschern folgender Befehl verlesen:

„Da der Betrieb, in dem Sie arbeiten, in die UdSSR verlegt wird, haben Sie sich mit Ihrer gesamten Familie zur Abreise in die UdSSR bereit zu halten. Sie haben mit Ihrer Familie auf der Bahn Personenwagen zu besteigen. Für den Abtransport des Hausrates stehen Ihnen Güterwagen zur Verfügung. Der neue Vertrag wird mit Ihnen nach der Ankunft in der UdSSR abgeschlossen werden. Die vertraglichen Verhältnisse werden die gleichen sein, wie sie für Facharbeiter in Rußland gelten. Sie werden zunächst auf die Dauer von drei bzw. fünf Jahren in die Sowjetunion verpflichtet."

Gniffke, Erich W.: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 215 f.

M 6 Umfrage zur Einstellung der Bevölkerung zur Besatzungsmacht

Erfahrungen mit der Besatzung

Frage: „Wie waren – einmal ganz allgemein gesagt – Ihre Erfahrungen 1945 bei der Besatzung?"

	Wenig gemerkt	angenehm	unangenehm	sehr unangenehm	
Deutsche, die die britischen Truppen bei der Besetzung erlebten	47 %	16 %	26 %	11 %	= 100 %
Deutsche, die die amerikanischen Truppen bei der Besetzung erlebten	36 %	15 %	32 %	17 %	= 100 %
Deutsche, die die französischen Truppen bei der Besetzung erlebten	28 %	7 %	35 %	30 %	= 100 %
Deutsche, die die russischen Truppen bei der Besetzung erlebten	4 %	1 %	24 %	71 %	= 100 %
Erwachsene Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet und West-Berlin	32 %	12 %	28 %	28 %	= 100 %

Eine Umfrage vom November 1948 des Instituts für Demoskopie in Allensbach/Bodensee.

Aus: Zentner, Kurt: Aufstieg aus dem Nichts, Köln/Berlin 1954, Bd. 2, S. 84.

M 7 Fluchtbewegung

Trotzdem reißt der Zustrom aus dem Osten nicht ab. „Wir haben keine Ahnung, wie viele Leute illegal über die Grenze kommen. Registriert werden ja nur die 10 Prozent, die wir aufnehmen können", erklärt man im niedersächsischen Flüchtlings-Kommissariat. In Wiesbaden bedauert man, keine Auskunft geben zu dürfen, und schätzt insgesamt etwa 100 000 Illegale in den letzten Monaten. Die Kieler beteuern, leider gar nichts sagen zu können. „Nur mit Vorbehalt" gibt München Informationen. „Der Hochbetrieb an der Grenze ist nämlich nachts."

Auf dem Priwall bei Travemünde wechseln im Laufe jeder Nacht rund 3000 Menschen illegal die Zone. Offiziell aufgenommen wird man nur im Lager Pöppendorf. Die meisten versuchen deshalb, irgendwo im Inneren des Landes Wohnrecht zu erwerben und zu versickern.

In Kiel wurden in dem Durchgangslager am Bahnhof zur Nacht 200 Decken ausgegeben. Als Pfand galt der Personalausweis. Beim Lagerleiter liegen jetzt fünfzig Decken und 150 Ausweise. Fahrkarten zur nächsten Grenzstation, die man im Lager Uelzen den zur Grenze Zurückgewiesenen gibt, werden in Hannover auf dem Schwarzen Markt gehandelt.

Aus: Der Spiegel vom 4. Oktober 1947.

M 8 Die Gruppe Ulbricht (1)

Am Morgen des 2. Mai fuhr eine Kolonne von Personenwagen aus Bruchmühle über Kaulsdorf, Biesdorf und Friedrichsfelde in das Stadtzentrum Berlins. Darin saßen die Mitglieder der „Gruppe Ulbricht" und einige sowjetische Politoffiziere des Stabes von General Galadshijew. Langsam bahnten sich unsere Wagen den Weg durch Friedrichsfelde in Richtung Lichtenberg. Es war ein infernalisches Bild. Brände, Trümmer, umher-

irrende hungrige Menschen in zerfetzten Kleidern. Ratlose deutsche Soldaten, die nicht mehr zu begreifen schienen, was vor sich ging. Singende, jubelnde und oft auch betrunkene Rotarmisten…

Unsere Begleitoffiziere wiesen uns den Weg zur Kommandantur von Lichtenberg, die sich in den ersten Tagen in einem Mietshaus befand. Eine kurze Begrüßung. Der Kommandant hatte alle Hände voll zu tun. Offiziere kamen und gingen und berichteten kurz und knapp, im Telegrammstil, was sich im Bezirk abspielte…

Der Kommandant war über die „Gruppe Ulbricht" schon im Bilde und sichtlich erfreut, Hilfe für den Aufbau der deutschen Verwaltung zu finden. „Eine deutsche Verwaltung? Nein, die haben wir noch nicht. Aber wir möchten Sie bitten, morgen oder übermorgen zu kommen, um uns bei ihrer Zusammenstellung zu helfen."
Ulbricht sagte zu.
Kurz darauf fuhren wir weiter. Ulbricht bestimmte, daß jeweils zwei Mitglieder unserer Gruppe zusammenarbeiten sollten…

Das Verhalten Ulbrichts fiel mir unangenehm auf, die Art und Weise, wie er sich gegenüber diesen Genossen benahm. Während mich schon die ersten Minuten dieser improvisierten Parteizusammenkunft davon überzeugt hatten, wie außerordentlich viel gerade wir, die wir aus Moskau kamen und all diese Dinge nicht kannten, zu lernen hatten, benahm sich Ulbricht wie ein Vorgesetzter…

Über Ulbrichts Direktiven wurde noch hin und her diskutiert; vor allem über die Frage, wie man plötzlich so viele Bürgerliche und nun auch noch Geistliche finden sollte. Aber etwa nach einer halben Stunde brach Ulbricht die Diskussion ab. Im klassischen Sächsisch gab er uns die letzte abschließende Direktive: „Es ist doch ganz klar: es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben." Nun war wirklich alles klar…

Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955, S. 248 f.

M 9 Die Gruppe Ulbricht (2)

Walter Ulbricht auf dem Empfang der Aktivisten der ersten Stunde im Ostberliner Rathaus am 12. Mai 1960.

„Unser Vorteil bestand darin, daß wir gut vorbereitet waren. In unserer Parteiführung war schon zur Zeit, als die Sowjettruppen die Weichsel überschritten hatten, eine Kommission gebildet worden zur Ausarbeitung der ersten Maßnahmen, die im Kampf zur Liquidierung des Hitlerfaschismus getroffen werden mußten. Ich war Vorsitzender dieser Kommission. Wir haben alle Details ausgearbeitet, einschließlich der Organisierung der Verwaltung bis zu den Fragen der Organisierung des kulturellen Lebens. Wir hatten auch eine Liste von Hitlergegnern, von denen wir annahmen, daß sie sich in Berlin aufhielten. Es waren Namen von kommunistischen und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sowie anderen Hitlergegnern aus bürgerlichen Kreisen. So vorbereitet, trafen wir am 30. April 1945 in Deutschland ein. Am 1. Mai kamen wir nach Berlin, und dann begann die Arbeit.."

Aus: Neues Deutschland vom 17. April 1965.

M 10 „Antifaschismus"

Das *faschistische Deutsche Reich*, das als Speerspitze des Weltimperialismus den Versuch unternommen hatte, die Herrschaft der deutschen Monopole zunächst in Europa und später in der ganzen Welt zu errichten, war vollkommen zusammengebrochen. Es hörte faktisch auf zu existieren…

Solange die *sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus* – das Eigentum der Monopolisten und Großgrundbesitzer an Fabriken, Rohstoffen und Ländereien – nicht beseitigt waren, bestand die Gefahr einer Restauration der imperialistischen Herrschaft.

Der Kampf um weitere demokratische Umgestaltungen erforderte, nicht nur die politischen, sondern auch die ökonomischen Machtverhältnisse zu verändern.

Aus: Geschichte 10. Lehrbuch für Klasse 10 der DDR, Verlag Volk und Wissen, Berlin 1977, S. 7 und 58.

M 11 Wahlresultate der Kommunisten in Österreich und Ungarn

Ende November 1945 wurden die Ergebnisse der ersten österreichischen Parlamentswahlen nach dem Kriege bekannt. Die Wahlen war für die KPÖ eine Katastrophe:

Die Österreichische Volkspartei hatte 85 Abgeordnete, die SPÖ 76 und die KPÖ nur 4 Abgeordnete durchgebracht. Kurz zuvor war uns ein Bericht aus Österreich zugegangen, in dem die österreichischen Genossen erklärten, sie rechneten damit, bei den Wahlen genausoviel Stimmen wie die Sozialdemokraten zu erhalten. Die österreichischen Wahlen und die Konsequenzen daraus waren das Hauptgesprächsthema bei uns im ZK:

„Die österreichischen Genossen haben zwei entscheidende Fehler gemacht, aus denen wir unsere Lehren zu ziehen haben. Der wichtigste Fehler war ihre Unterschätzung der Sozialdemokratie…" Von diesem Tage an begann die große Einheitskampagne.

Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955, S. 425.

M 12 Antifa-Block/Stellung der Parteien

Satzung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) (beschlossen auf dem 12. Parteitag im März 1977 – Auszüge)

Die LDPD ist eine in der DDR wirkende demokratische Partei, die unter Führung der Partei der Arbeiterklasse gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front die entwickelte sozialistische Gesellschaft mitgestaltet.

Die Mitverantwortung der Liberaldemokraten in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (Grundsatzerklärung des 12. Parteitages der LDPD, Auszüge)

Die LDPD steht mit der führenden Kraft unserer sozialistischen Gesellschaft in einem festen, unverbrüchlichen Bündnis.

Wir Liberaldemokraten stellen mit Stolz fest, daß wir seit Jahrzehnten an der Seite der Arbeiterklasse, als Teil der von ihr geführten Nationalen Front schöpferisch unsere Mitverantwortung in diesem geschichtlichen Prozeß wahrnehmen.

Die Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist und bleibt feste, unwiderrufbare Grundlage unserer sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates bis in den Kommunismus hinein.

Aus: Klaus Böger und Hans Kremendahl: Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik: Vergleich der politischen Systeme. Unterrichtsmodell für die Sekundarstufe 2, Materialien- und Tabellenteil, Metzler Verlag, Stuttgart 1980, S. 64 f.

M 13 Die Bodenreform (1)

Am 23. September findet auf der Wiese des Gutsparkes von Plänitz im Kreis Ruppin der feierliche Auftakt für die Verteilung des Junkerlandes statt, das in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands mit den Verordnungen über die demokratische Bodenreform enteignet wurde. An 60 Bewerber – 22 landarme Bauern und Landarbeiter, acht Handwerker, drei neue Siedler und 13 Umsiedler aus Plänitz sowie 14 landarme Bauern und Landarbeiter aus Neustadt an der Dosse – werden die Besitzurkunden überreicht. Die erste Urkunde, und zwar über acht Hektar Ackerland und einen Hektar Wiese, kann der Siedler Ernst Paris, Vater von elf Kindern, in Empfang nehmen.

Dem historischen Akt war eine angestrengte Tätigkeit der Gemeindekommission für Bodenreform vorangegangen. Das von ihr aufgeteilte Gut Kränzlin II war ein typisches Beispiel der politischen Notwendigkeit der Liquidierung des Großgrundbesitzes. Über 300 Hektar, das ist mehr als die Hälfte des zur Gemeinde Plänitz gehörenden Landes, hatten die Junker von Rathenow zusammengeraubt. Seit Jahrhunderten mußte der größte Teil der Einwohner des Ortes als Landarbeiter, Knechte und Gutshandwerker Frondienste für die ‚gnädigen' Herren leisten. Letzter Besitzer… war ein Sturmführer bei Hitlers Reiter-SA.

Gabriel P.: „Die Kraft der Einheitsfront". In: Neues Deutschland vom 24. September 1970.

M 14 Die Bodenreform (2), Berichte von Betroffenen

In der Bahnhofskneipe, einer kleinen Räucherhöhle, trat die Kommission zusammen, die das Gut aufteilen sollte. Sie bestand zum

Teil aus Leuten aus dem Ort, die politisch ihr Mäntelchen in den Wind hängten und sich unter dem neuen Regime Chancen für die eigene Zukunft ausrechneten. Die haben dann den Bewerbern, also auch mir, die einzelnen Parzellen zugeteilt. Mehr als neun Hektar durften pro Neubauer nicht verteilt werden. Und die besten Stücke haben wir natürlich auch nicht bekommen. Ich erhielt siebeneinhalb Hektar Weide- und Ackerland, verteilt auf fünf weit auseinander liegende Stellen. ...

Vor der Bodenreform glich auf dem Gut der hohe Ertrag der guten Böden die niedrigeren Ernten auf den schlechteren Äckern aus. Doch jetzt stand der Neubauer mit seinem bißchen Land da und mußte sehen, wie er zurechtkam. Eine unserer Flächen war das übelste Stück des Gutes. Wir hatten Mühe, mit karger Anspannung den Acker saatfertig zu bekommen. Dank der guten Bewirtschaftung der früheren Jahre konnten wir noch lange von der Fruchtbarkeit des Bodens profitieren. Das war für uns ein entscheidender Faktor, um zu überleben. 1946/47 waren harte Jahre. Was wir hatten und erwirtschaften konnten, reichte gerade so zum Leben, besser zum Überleben. ...

Mit der Bodenreform änderten sich nicht nur die Besitzverhältnisse auf dem Land, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Bauern. „Wir konnten nicht frei entscheiden, was wir anbauen wollten, wofür unsere Böden am geeignetsten waren. Wir mußten Getreide, Raps, Mohn, Zuckerrüben und sogar Tabak anbauen. Zur Feldarbeit hatten wir ein zweijähriges Fohlen aus dem Viehbestand des alten Guts zugeteilt bekommen, sonst nichts. Unsere Leistung wurde genau kontrolliert."

Aus: Dieter Zimmer: Auferstanden aus Ruinen. Von der SBZ zur DDR. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1989, S. 57.

M 15 Der 17. Juni 1953. Bericht von Fritz Schenk

Wir gingen von der Seite her an die Fenster heran und schauten vorsichtig auf die Straße. Links staute sich die Menge bis über den Potsdamer Platz hinaus. Rechts konnten wir bis zur Friedrichstraße sehen, bis dorthin stand die Menge aneinandergedrängt. Gegenüber dem Regierungsgebäude, auf der linken Seite der Wilhelmstraße, standen Tausende auf den noch nicht abgeräumten Trümmern. Von dort her wurden immer noch Steine geschleudert. Unmittelbar vor dem Haus hatten Volkspolizisten eine dreifache Kette gebildet, um die drängenden Massen von den Toren zurückzuhalten. Noch konnten sie den etwa 50 mal 50 Meter großen Vorplatz verteidigen. Dahinter stand ein Teil der Regierungsbeamten, die am Morgen zu der Gegendemonstration aufgerufen worden waren; andere waren von den Streikenden nach dem Potsdamer Platz zu abgedrängt worden.

Die Masse der Demonstranten verhielt sich ziemlich diszipliniert. Die Vorderen schrien auf die Volkspolizisten ein und versuchten, sie auf ihre Seite zu ziehen. „Schämt ihr euch nicht", hörte ich einen Hünen mit Bärenstimme brüllen, „diese Strolche auch noch zu verteidigen? Das will eine Arbeiterregierung sein, die sich vor uns verschanzt? Werft die Russenuniform weg und macht mit uns mit!" ...

Gegen Mittag erreichte der Aufstand seinen Höhepunkt. Die Kampfrufe hatten nur noch politischen Inhalt. Statt „Weg mit den Normen!" hörte man fast nur noch „Weg mit Ulbricht!" Auch der Ruf nach freien Wahlen verstummte nicht mehr, und bald sangen Tausende die dritte Strophe des Deutschlandliedes: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland ..."

Dann peitschten Maschinengewehrsalven durch die Luft, Panzer kamen die Leipziger Straße herauf mit dröhnenden Motoren, rasselnden Ketten und quietschenden Rädern – doch alles wurde übertönt von den Panikschreien der vielen Tausend wehrlosen Menschen, die die stählernen Kolosse vor sich hertrieben.

Diesmal herrschte in unserem Raum besonders lange Schweigen. Leuschner und die meisten anderen waren blaß geworden. Nach einer Weile murmelte jemand vor sich hin: „Der Marxismus-Leninismus kennt in unserer heutigen Gesellschaft zwei Hauptklassen, die sich feindlich gegenüberstehen: die Arbeiterklasse und die Klasse der Ausbeuter. Das sozialistische Lager, geführt von der Sowjetunion, dem auch wir angehören, vertritt die Interessen der Arbeiterklasse. Kann mir jemand sagen, wessen Blut heute geflossen ist? Waren das Kapitalisten, die heute die Straßen füllten und jetzt zusammengeschossen werden?"

Er erhielt keine Antwort und hatte wohl auch keine erwartet.

Fritz Schenk: Im Vorzimmer der Diktatur – Zwölf Jahre Pankow, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1962, S. 202 ff.

Fritz Schenk war persönlicher Referent des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR Bruno Leuschner.

M 16 Die Haltung der Sowjetunion

Befehl des Militärkommandanten

des sowjetischen Sektors von Berlin betr. Erklärung des Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13 Uhr des 17. Juni 1963 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.

2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.

3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und anderen Fahrzeugen wird von 21 Uhr bis 5 Uhr verboten.

4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft.

Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Groß-Berlin
gez. Generalmajor Dibrows

Aus: Neues Deutschland vom 18. 6. 1953.

M 17 Reaktion der SED – Kommuniqué des Politbüros.

Die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurden vernachlässigt ... Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben. ...

Aus diesen Gründen hält das Politbüro des ZK der SED für nötig, daß in nächster Zeit ... eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt wird, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern. ...

Um die Erzeugung von Waren des Massenbedarfs zu vergrößern, die von kleinen und mittleren Privatbetrieben hergestellt werden, und um das Handelsnetz zu erweitern, wird vorgeschlagen, den Handwerkern, Einzel- und Großhändlern, privaten Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben in ausreichendem Umfange kurzfristig Kredite zu gewähren. ...

Wenn Geschäftseigentümer, die in letzter Zeit ihre Geschäfte geschlossen oder abgegeben haben, den Wunsch äußern, diese wiederzueröffnen, so ist diesem Wunsche unverzüglich Rechnung zu tragen. ...

Die Bauern, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben und nach West-Berlin oder nach Westdeutschland geflüchtet sind ..., sollen die Möglichkeit erhalten, auf ihre Bauernhöfe zurückzukehren. ...

Es wird weiter vorgeschlagen, die im April 1953 durchgeführten Preiserhöhungen ... rückgängig zu machen, die Fahrpreisermäßigungen ... in Höhe von 50 Prozent ab 1. Juli 1953 bei Arbeiterrückfahrkarten auf alle be-

rechtigten Personen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens auszudehnen, die Fahrpreisermäßigungen für Schüler und Lehrlinge und auch bestimmte Schichten der Arbeiter wiederherzustellen und auch die Fahrpreisermäßigungen für Schwerbeschädigte, Kleingärtner usw. sowie die Erstattung von Fahrgeld durch die Sozialversicherung beim Besuch bei Fachärzten wiedereinzuführen. ...

Das Politbüro schlägt weiter vor, daß alle republikflüchtigen Personen ... das auf Grund der Verordnung vom 17. Juli 1952 zur Sicherung von Vermögenswerten beschlagnahmte Eigentum zurückerhalten ... Zurückkehrenden Republikflüchtlingen darf aus der Tatsache der Republikflucht keine Benachteiligung entstehen. ...

Politbüro der SED, 19. Juni 1953.

M 18 Der Aufstand aus Sicht der SED

Im Westdeutschland und West-Berlin organisierten die Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die unmittelbare Vorbereitung des Tages X. ...

In West-Berlin wurden von den Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen ...

Der Gegner benutzte zur Auslösung seiner Provokation die Mißstimmung einiger Teile der Bevölkerung, die durch Folgen unserer Politik im letzten Jahr entstanden waren. ...

Er warf ... seine mit Schwefel-, Phosphor- und Benzinflaschen sowie mit Waffen ausgerüsteten Banditenkolonnen über die Sektorengrenzen mit der Aufgabe, die Arbeitsniederlegung ehrlicher Bauarbeiter durch Hetzlosungen in eine Demonstration gegen die Regierung umzufälschen und dieser Demonstration durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schießereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben. ...

So sollte in der Deutschen Demokratischen Republik eine faschistische Macht errichtet und Deutschland der Weg zur Einheit und Frieden verlegt werden. ...

Beschluß des ZK der SED vom 21. Juni 1953: „Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei", Dokumente der SED, Bd. IV, S. 436 ff.

M 19 Der Aufstand aus der Sicht der Zeitung „Neues Deutschland"

„Als ein Panzer über den Alexanderplatz rollte, schrien die Provokateure auf. Mit wutentstellten Gesichtern und weichen Knien starrten sie auf das erhobene Rohr. Zwei Halbstarke mit entensterzartigen Frisuren griffen zu Steinen und warfen sie auf den Panzer. Unberührt rollte der Panzer weiter, nicht einmal eine Schramme blieb zurück. Der Sowjetsoldat schaute angeekelt auf diese widerlichen Gestalten, in die verlebten, vom Laster gezeichneten Gesichter."

Neues Deutschland vom 28. Juni 1953.

M 20 Fluchtgründe

Auslösende Fluchtgründe von 2810 Flüchtlingen im Juli 1961

a) Gewissensnotstände, Verkürzung von Grundrechten	
Ablehnung der Ideologie	44
Ablehnung von Partei- und sonstigen Aufträgen aus ethischen Gründen	29
Zwang zum Kirchenaustritt	21
Ablehnung der Jugendweihe	36
Spitzelaufträge gegen Geistliche und Kirchenorgane	14
Bekenntnis zu den „Zeugen Jehovas"	27
Ablehnung des kommunistischen Erziehungssystems oder Nichtzulassung der Kinder zur Oberschule	48
Nichtzulassung zum Studium	41
Versagung der Reisegenehmigung oder der legalen Umsiedlung in die Bundesrepublik	68
b) Ablehnung von Aufträgen und Anforderungen der Partei, des Regimes, der Massenorganisation usw.	
Spitzelaufträge und Spitzelverpflichtungen	135
Parteiaufträge	84
Verpflichtungen zum Eintritt in die Nationale Volksarmee oder die Volkspolizei	59
Arbeitseinsatz von Jugendlichen	12
Aufforderung zu „gesellschaftspolitischer Betätigung"	528
c) Politische Gründe sonstiger Art	
Widerstand gegen das Regime	57
Verdacht oder Verfolgung von Beziehungen zum Westen	81
Verstöße gegen das Paßgesetz	140
Maßregelung wegen „gesellschaftspolitischer" Untätigkeit	22
Politische Häftlinge	44
Maßnahmen im Zuge der Reorganisation	14
Inanspruchnahme des Freizügigkeitsrechts (Grundsatzurteil des BVG zu § 11 GG)	18
d) Wirtschaftliche Gründe	
Maßnahmen zur Verstaatlichung der privaten Wirtschaft	59
Konflikte im Zusammenhang mit der Kollektivierung (LPG, PGH) oder der staatlichen Beteiligung	136
Lohn- und Arbeitsschwierigkeiten	47
Entlassung wegen Betriebseinschränkung	17
Normerhöhungen	26
Einschränkung bisheriger Befugnisse	23
Planschwierigkeiten	22
Verstöße gegen Wirtschaftsgesetze	32
e) Familiäre und persönliche Gründe	
Familienzusammenführung	343
Differenzen in der Ehe	53
Drohender Sorgerechtsentzug	14
Wunsch nach besseren Einkommens- und Wohnungsverhältnissen	203
Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik	19
Auswanderung	14
Ost-West-Pendler	53
Angst vor Bestrafung	63
f) Sonstige Gründe	162

Aus: Der Bau der Mauer durch Berlin. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1986, S. 21 f.

M 21 Die Fluchtbewegung aus der DDR bis zum Mauerbau

Jahr	Flüchtlinge (insgesamt)	davon über Westberlin
1949	129 245	
1950	197 788	193 277
1951	165 648	
1952	182 393	118 300
1953	331 390	305 737
1954	184 194	104 399
1955	252 870	153 693
1956	279 189	156 377
1957	261 622	129 579
1958	204 092	119 552
1959	143 917	90 862
1960	199 188	152 291
1961	155 402	125 053

Zusammengestellt nach: Dokumente zur Deutschlandpolitik V. Reihe, Bd. 6 (1961). Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Frankfurt 1975, S. 1591.

M 22 Fluchtgründe – Aussagen von Betroffenen

Flüchtlingsaussage

42 Jahre,
Ingenieur und Konstrukteur in einem Betrieb in Thüringen,
Reg.-Nr. ...638

Um der Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst zu entgehen, war ich gezwungen, die sowjetische Besatzungszone zu verlassen.

Der ursprüngliche dienstliche Kontakt vom Februar 1960 bis Juni 1960 wurde ab Juni bis 7. 10. 1960 vom Staatssicherheitsdienst dazu benutzt, mich für die Mitarbeit zu gewinnen.

Man beabsichtigte, mich unter den Namen anderer Verwaltungen in Delegationen einzufügen, um in westdeutschen Industriebetrieben den Stand der Entwicklung zu ermitteln.

Außerdem verlangte man von mir, persönliche Beziehungen mit Ingenieuren aus westdeutschen Industriebetrieben anzuknüpfen, um auch sie für die Mitarbeit zu gewinnen.

Berlin, den 12. Oktober 1960
gez. Unterschrift

Flüchtlingsaussage

35 Jahre, verheiratet, 1 Kind,
erlernter Beruf: Schneider;
zuletzt Angehöriger der Volkspolizei
Reg.-Nr. ...481

Bei der Kollektivierung der Landwirtschaft in der Zone mußte ich die Bauern bespitzeln, um hiermit zu erreichen, daß ein Grund gefunden wurde, gegen Bauern ein E-Verfahren einzuleiten.

Weiterhin mußten von den freiwilligen Helfern der Volkspolizei sämtliche Gottesdienste, die stattfanden, überwacht werden, um hier einen noch tieferen Keil zwischen Kirche und Staat herbeizuführen. Als Angehöriger der Volkspolizei war es meine Pflicht, jeden Bürger in meinem Abschnitt politisch zu überwachen. Da von mir alle Bürger positiv beurteilt wurden, wurde ich mehrmals gerügt. Weiterhin wurde ich beauftragt, alle Wohnungen zu überwachen sowie Postsendungen. Hierdurch wurde erhofft, daß die ansteigenden Republikfluchten vorzeitig erkannt würden. Diese Personen wurden von Gerichten abgeurteilt.

Aussage eines Bauern

51 Jahre, verheiratet, 3 Kinder, bis April 1960 selbständiger Bauer, zwangskollektiviert

Bis zu diesem Zeitpunkt war ich Bauer in meinem Heimatort Kranlucken. Ich lebte dort mit meiner Frau und meinen 3 Kindern auf einer 44 Morgen großen Landwirtschaft, welche vorher schon meinem Vater gehört hatte. Unser Hof in Kranlucken ist einer der ältesten im Dorf. Seit drei Generationen trägt der Hof schon meinen Namen.

Bis zum April 1960, in dem die Regierung uns Bauern zwangsweise kollektiviert hatte, fühlte ich mich als freier Bauer. Vom April 1960 an verschlechterten sich die Verhältnisse in unserem Dorf zusehends. Wir 47 Bauern des Dorfes wurden in den LPG-Typ I eingebracht, und unsere Freude an der Arbeit wurde sehr beeinträchtigt, da nun die gesamte Ackerfläche nicht mehr zu unserem Eigentum gehörte. Uns blieb im Jahre 1960 nur der eine Trost, daß wir die Ernte noch individuell einbringen durften, denn die Saat und die Bearbeitung hatten wir ja noch selbst gemacht.

Doch im Herbst 1960 fing die richtige Kollektivarbeit an. Auf den Feldern bestimmte der Vorstand von der LPG.

Aus: Der Bau der Mauer durch Berlin, a. a. O., S. 54 und 74.

M 23 Kollektivierung und Verstaatlichung

Entwicklung der LPG 1956–1960

Stichtag	Gesamt
31. 12. 1956	6281
31. 12. 1957	6691
21. 12. 1958	9637
31. 12. 1959	10465
31. 5. 1960	19261

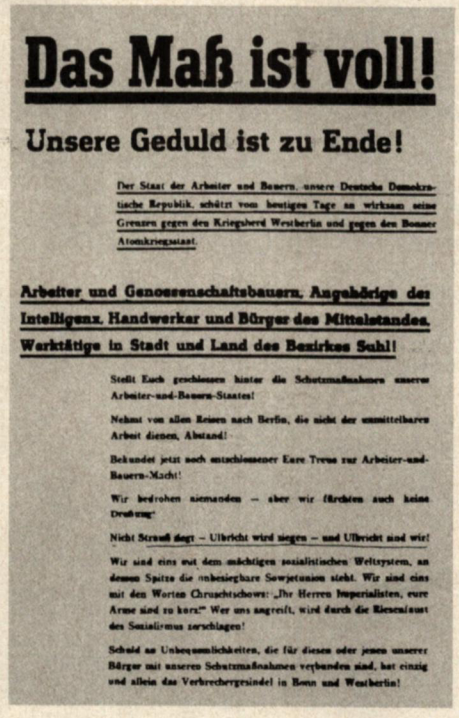
Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1961.

Produktionsgenossenschaft des Handwerks, Mitglieder, Leistungen (Umsätze) – einschließlich Bauhandwerk

Stand Jahresende	Anzahl	Mitglieder und Kandidaten	Leistungen in Mill. Mark	Anteil an der Gesamtleistung i. v. H.
1955	85	2290	23,7	0,3
1960	3878	143958	2730,1	29,4
1965	4198	190668	4761,2	40,2
1970	4458	243378	8860,4	49,9
1971	4480	244976	9464,6	51,3
1972	2779	130962	4623,7	34,2
1973	2782	134905	4790,0	35,6
1974	2791	138254	5019,9	36,9
1975	2793	140290	5220,0	38,3
1976	2786	143076	5536,5	39,6
1977	2771	145400	5793,0	40,0

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR.

M 24 Die SED zum Bau der Mauer



Das Maß ist voll!

Unsere Geduld ist zu Ende!

Der Staat der Arbeiter und Bauern, unsere Deutsche Demokratische Republik, schützt vom heutigen Tage an wirksam seine Grenzen gegen den Kriegsherd Westberlin und gegen den Bonner Atomkriegsstaat.

Arbeiter und Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz, Handwerker und Bürger des Mittelstandes, Werktätige in Stadt und Land des Bezirkes Suhl!

Stellt Euch geschlossen hinter die Schutzmaßnahmen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates!

Nehmt von allen Reisen nach Berlin, die nicht der unmittelbaren Arbeit dienen, Abstand!

Bekundet jetzt noch entschlossener Eure Treue zur Arbeiter-und-Bauern-Macht!

Wir bedrohen niemanden – aber wir fürchten auch keine Drohung!

Nicht Strauß siegt – Ulbricht wird siegen – und Ulbricht sind wir!

Wir sind eins mit dem mächtigen sozialistischen Weltsystem, an dessen Spitze die unbesiegbare Sowjetunion steht. Wir sind eins mit den Worten Chruschtschows: „Ihr Herren Imperialisten, eure Arme sind zu kurz!" Wer uns angreift, wird durch die Riesenkraft des Sozialismus zerschlagen!

Schuld an Unbequemlichkeiten, die für diesen oder jenen unserer Bürger mit unseren Schutzmaßnahmen verbunden sind, hat einzig und allein das Verbrechergesindel in Bonn und Westberlin!

August 1961: Flugblatt der SED-Bezirksleitung Suhl zum Mauerbau.

M 25 Politische Konsequenzen

Somit verschwindet auch jegliche Grundlage für die bisher übliche kleinliche Bevormundung der VVB und der volkseigenen Betriebe. Wenn wir hier die Verantwortung und die materielle Interessiertheit richtig festlegen, so werden auch alle konkreten Einzelfragen an Ort und Stelle sachgemäß vorbereitet und einwandfrei gelöst werden. Jede Einmischung anderer Stellen kann dann nur störend wirken … Unsere Argumentation richtet sich gegen das dogmatische Verharren auf Positionen der Wirtschaftspolitik, die heute offensichtlich überholt sind.

Heute gilt der Grundsatz des höchsten ökonomischen Nutzeffektes … Bei der Aufstellung und Erfüllung unserer Pläne können wir uns nicht mehr mit einem globalen quantitativen Wachstum des Produktionsumfanges zufrieden geben. Es genügt nicht mehr, einfach von der „Steigerung der Produktion" oder der „Erfüllung der Pläne" zu sprechen, sondern es ist notwendig, die qualitativen Kennziffern zugrunde zu legen: neben der Eigenleistung des Betriebes und der Einhaltung des Sortiments vor allem die Rentabilität, die Qualität, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten sowie die Aufgaben des Planes Neue Technik …

In der Diskussion wurde vielfach gefordert, dem Gewinn im System der sozialistischen Wirtschaftsführung und bei der materiellen Interessiertheit eine größere Bedeutung beizumessen, als dies bisher der Fall war. Das ist richtig. Der Gewinn ist mehr als eine buchhalterische Rechengröße. Im Gewinn spiegelt sich in bedeutendem Maße wider, wie der Betrieb seinen Aufwand an vergegenständlichter Arbeit senkt, wie er seine Erzeugnisse verkauft und der Volkswirtschaft bedarfsgerecht in hoher Qualität zur Verfügung stellt.

Walter Ulbricht: Rede auf dem 6. Parteitag am 15. Januar 1963.

M 26 Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Bestand an dauerhaften Konsumgütern je 100 Haushalte

		DDR
Personenkraftwagen	1960	3
	1965	8
	1970	16
	1979	36
Rundfunkempfänger	1960	90
	1965	87
	1970	92
	1979	99
Fernsehempfänger	1960	17
	1965	49
	1970	69
	1979	88
Kühlschränke	1960	6
	1965	30
	1970	56
	1979	102
Waschmaschinen	1960	6
	1965	28
	1970	54
	1979	80

Fertiggestellte Wohnungen in der DDR (einschließlich Rekonstruktionen)

1970 = 76088	1975 = 140793
1971 = 86777	1976 = 150617
1972 = 117026	1977 = 162745
1973 = 124769	1978 = 167799
1974 = 138301	

Ausstattung der neugebauten Wohnungen der DDR in Prozent

	1960	1965	1970	1979
Zentralheizung	9	42	74	97
Warmwasseranlage	17	77	99	100
Bad o. Duschecke	99	100	100	100

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1980.

Durchschnittliche monatliche Geldeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in der DDR

1960 = 842 Mark	1975 = 1540 Mark
1965 = 965 Mark	1979 = 1822 Mark
1970 = 1209 Mark	

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1980.

Aus: DDR und Osteuropa. Wirtschaftssystem, Wirtschaftspolitik, Lebensstandard. Ein Handbuch. Opladen 1981, S. 335, 350, 356 und 357.

M 27 Einstellung Jugendlicher/ein Brief

Lieber Genosse Honecker!

Dieser Brief soll ein herzliches Dankeschön sein dafür, daß wir in Frieden und sozialer Geborgenheit leben können.

Ich heiße Ulrike und bin Schülerin der 5a der Karl-Gräpler-Oberschule Gnoien. Es ist eine schöne, große Schule, erst vor wenigen Jahren für uns erbaut, in die ich gehe. Dort macht das Lernen Freude. Ich habe noch zwei Geschwister. Meine Schwester Katerin besucht den Kindergarten III unserer Stadt. Auch diese Einrichtung ist sehr schön. Es sind dort große, helle Gruppenräume, in denen die Kinder spielen und schlafen und somit für die Schule vorbereitet werden.

Mein Bruder Thomas geht in die 4. Klasse der Karl-Gräpler-Oberschule. Dank der Politik unseres Staates leben wir in Frieden und sozialer Geborgenheit. Ich weiß, daß viele Menschen, darunter meine Lehrer, meine Mutti, und unsere NVA bemüht sind, täglich alles zu tun, um uns dieses Glück zu erhalten. Aus Erzählungen meiner Großeltern und Lehrer weiß ich, wie schrecklich es ist, wenn die Kinder nachts durch Sirenengeheul aus dem Schlaf gerissen werden. Damit das niemals wieder geschieht, ist der Kampf um den Frieden so wichtig.

Lieber Genosse Honecker!

Bedanken möchte ich mich auch dafür, daß wir, meine Mutti, meine Geschwister und ich, in einer schönen modernen Neubauwohnung wohnen können.

Begriffe wie Elend, Obdachlosigkeit usw. sind uns fremd. Ebenso ist es mit der Arbeitslosigkeit, die ja zum Beispiel in der BRD ein großes Problem ist. Bei uns ist auch dieser Begriff ein Fremdwort. Eventuelle Schwierigkeiten werden gemeistert. Das können wir durch eigenes Erleben bestätigen.

Meine Mutti hat vor einiger Zeit halbtags gearbeitet. Das reichte natürlich finanziell auf die Dauer nicht. Es wurde eine zusätzliche Planstelle geschaffen und so meiner Mutti Vollbeschäftigung ermöglicht. Aber nicht nur das. Sie kann nun am Ort arbeiten und braucht nicht mehr fahren.

Das ist für sie natürlich bedeutend einfacher und auch für uns viel schöner. Sie hat so viel mehr Zeit für uns. Deshalb – herzlichen Dank!

An dieser Stelle will ich Ihnen versprechen, daß wir alles tun werden, was wir können, um den Frieden zu stärken und zu erhalten.

Das ist unsere Antwort auf die menschenfreundliche Politik unserer Republik.

Es ist schön, egal, welche Weltanschauung man vertritt, gleiche Rechte und Pflichten zu haben.

Jeder Mensch hat in der DDR Glaubensfreiheit. Das heißt, auch wir als neuapostolische Christen genießen die Anerkennung und Unterstützung des Staates.
Das alles zusammen macht es möglich, daß wir eine glückliche Familie sind.

Herzliche Grüße von uns allen!

Ulrike Jahnel
Gnoien, Kreis Teterow

Aus: Gisela Helwig (Hrsg.): Schule in der DDR, Köln 1988, S. 87.

M 28 Einstellung Jugendlicher/ein Rock-Song

VERSAMMLUNG
zum feierabend gibt's noch 'n bonbon
'ne versammlung um fünfzehn uhr dreißig
mann es ist freitag kollege chef
du weißt doch da essen wir zeitig
da spricht wieder einer vom kampfauftrag
und verliest so 'n langen bericht
mir schlafen wie immer die füße ein
da ist doch kein ende in sicht
ich sitze am tisch und langweile mich
die rede macht mich nicht an
mathilde sitzt meilenweit weg von mir
und ich komm nicht an sie ran
der redner meint daß die sonne scheint
und daß wir alle stolz sein müssen
mathilde sieht mich nicht einmal an
und ich würde sie gerne küssen
sitzung – sitzung
was ist denn heute bloß mit hilde los
jetzt steht sie auch noch auf
mensch sing hier nicht ab aus 'm stabübuch
hast du nichts eigenes drauf
und ihr warum hängt ihr denn alle so rum
sonst habt ihr den mund doch so voll
wenn wir hier alle nur sitzen und sitzen
frag ich mich was das noch soll
sitzung – sitzung
doch keiner sagt was wir wolln nach haus
jetzt sieht mathilde mich an
die denkt wohl daß ich was sage
als ob ich dafür was kann
da lobt schon der redner hildes kritik
und kommt dann auch gleich zum schluß
auf einmal beleben sich die massen
die wolln doch jetzt alle zum bu
und vor der tür vom versammlungsraum
kommt hilde noch auf mich zu
du pfeife warum hast du nichts gesagt
mann gerade du
hilde – hilde

Aus: Haase, N. u. a. (Hrsg.): VEB Nachwuchs. Jugend in der DDR. Hamburg 1983, S. 180.

M 29 Kontrolle – freiwillige Helfer

Insgesamt und mit allen Sparten umfaßt die Deutsche Volkspolizei etwa 100000 Bedienstete, Männer und Frauen. Aber die Schutz- und Transportpolizei allein verfügt darüber hinaus über etwa 130000 Freiwillige Helfer als eine Art Hilfspolizei. Diejenigen, die häufiger in die DDR fahren, haben sicherlich solche Situationen schon erlebt: Irgendwo bildet sich ein Verkehrschaos, sei es, daß eine Ampel ausgefallen ist, sei es, daß die Fahrbahn durch ein liegengebliebenes Fahrzeug verengt oder blockiert ist. Aus der Menge lösen sich dann ein paar Leute, streifen sich eine Armbinde über, die sie als VP-Helfer ausweist, und beginnen mit der Regelung des Verkehrs. Oder ein paar Betrunkene randalieren, pöbeln Passanten an, werfen Bänke oder Papierkörbe um. Plötzlich kommt da einer, streift sich eine Armbinde über, ermahnt die Trunkenbolde, stellt Personalien fest oder nimmt sie mit...

Aus: Wie wird der DDR-Bürger überwacht? Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1984, S. 24.

M 30 Kontrolle: das Hausbuch

Bestandteil des Meldewesens in der DDR ist das Hausbuch (bei kleineren Häusern = Straßen- oder Wohnblockbuch). Ein Hausbuch hat jede Wohnstätte in der DDR zu führen. Darin werden erfaßt die Personalangaben aller ständigen und zeitweiligen Hausbewohner. Alle An- und Abmeldungen sind der zuständigen Polizei zu melden. Die Führung der Hausbücher wird von den ABV kontrolliert. Verantwortlich für die Führung des Hausbuches ist der Hausverwalter, Hausbesitzer oder der Hausvertrauensmann. Erst kürzlich wurde in der DDR-Presse mitgeteilt:

„In jedem Falle sind die entsprechenden Eintragungen im Hausbuch erforderlich.
- An- und Abmeldung innerhalb von sieben Tagen;
- besuchsweiser Aufenthalt länger als drei Tage bei Verwandten und Bekannten innerhalb der ersten drei Besuchstage;
- Personen, die in die DDR eingereist sind, innerhalb von 24 Stunden;
- beim Ausziehen aus einer Wohnung ist die Wohnanschrift im Hausbuch eintragen zu lassen."

Verstöße gegen die Meldepflicht in beiden Formen (Polizei und Hausbuch) sind strafbar, und zwar gleich doppelt. Bestraft wird nicht nur derjenige, der sich der Meldepflicht entzieht, sondern auch derjenige, der als Verantwortlicher in einem Herbergsbetrieb oder Besitzer einer Privatwohnung die Registrierung des Gastes unterläßt.

Aus: Wie wird der DDR-Bürger überwacht? Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1984, S. 28.

M 31 Die SED zu dem Flüchtlingsproblem

Der Sozialismus braucht jeden. Er hat Platz und Perspektive für alle. Er ist die Zukunft der heranwachsenden Generation. Gerade deshalb läßt es uns nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben ... Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz, wir alle gemeinsam.

Viele von denen, die unserer Republik in den letzten Monaten den Rücken gekehrt haben, wurden Opfer einer großangelegten Provokation. Wiederum bestätigt sich, daß sich der Imperialismus der BRD mit einem sozialistischen Staat auf deutschem Boden niemals abfinden wird, Verträge bricht und das Völkerrecht mißachtet. Mit dem 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik glaubten imperialistische Kräfte, den geeigneten Zeitpunkt gefunden zu haben, um mit einer haßerfüllten Kampagne ihrer Massenmedien Zweifel am Sozialismus und seiner Perspektive zu verbreiten. Sie wollen von der Hauptfrage unserer Zeit, der Sicherung des Friedens ablenken ...

Wir werden auch künftig nicht zulassen, daß die Macht der Arbeiter und Bauern, daß die Werte, Ideale und Errungenschaften des Sozialismus angetastet werden. Das gebietet uns unsere Verantwortung für die sichere Gegenwart und Zukunft unseres Volkes ...

Erklärung des Politbüros der SED vom 11. Oktober 1989, aus: Neues Deutschland vom 12. Oktober 1989.

M 32 Volkes Stimme zur SED

Slogans und Parolen auf Transparenten bei den Demonstrationen in der DDR

Neues Forum zulassen

Wir brauchen die SED so dringend wie der Fisch ein Fahrrad

Vorschlag für den 1. Mai:
Die Führung zieht am Volk vorbei

Stell Dir vor, hier ist Sozialismus,
und keiner geht weg

Wir wollen nicht andere Herren,
wir wollen gar keine

Radikale Wende oder Ende

Die Wahrheit geht auf die Straße,
die SED hinkt hinterher

Der Dialog wird bald zur Phrase,
drum gehn wir weiter auf die Straße

Stasi in die Produktion
nur für Arbeit gibt es Lohn

Rücktritt ist Fortschritt

Pässe für alle – Laufpaß für die SED

Lehrer statt Lügner

Aus: Kontrovers. Die Wende in der DDR. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 21.

M 33 Haltung der UdSSR

Natürlich hat die DDR, wie jedes andere Land, ihre eigenen Entwicklungsprobleme, die ihre Durchdenkung und ihre Lösung fordern. Sie sind sowohl vom inneren Bedürfnis der Gesellschaft zur ständigen Weiterentwicklung hervorgerufen, als auch vom allgemeinen Prozeß der Modernisierung und Erneuerung, der jetzt im gesamten sozialistischen Lager vorgeht.

Wir zweifeln nicht daran, daß die SED mit ihrem intellektuellen Potential, ihren reichen Erfahrungen und ihrer politischen Autorität imstande ist, in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften Antwort auf die Fragen zu finden, die durch die Entwickung der Republik auf die Tagesordnung gestellt wurden und die ihre Bürger bewegen. Eigentlich geht es um die Entfaltung der Möglichkeiten, die unserer sozialistischen Ordnung innewohnen, – der Ordnung der Werktätigen, der Volksherrschaft.

Die Versuche der Standardisierung in den Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, einerseits der Nachahmung, andererseits der Aufzwingung von irgendwelchen verbindlichen Mustern, gehören der Vergangenheit an. Die Auswahl der Entwicklungsformen ist eine souveräne Angelegenheit eines jeden Volkes. Aber je größer die Vielfalt und Eigenart dieser Formen ist, desto stärker ist auch der Bedarf an Erfahrungsaustausch sowie an der Diskusstion theoretischer und praktischer Probleme. Und natürlich am gemeinsamen Handeln.

Anders ausgedrückt ist die Mannigfaltigkeit nicht nur kein Hindernis, sondern im Gegenteil ein weiteres gewichtiges Argument für die Entwicklung der Zusammenarbeit.

Rede Gorbatschows auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 6. November 1989.

ADN-Meldung vom 6. November 1989.

M 34 Brecht zum 17. Juni 1953

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen,
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

Berthold Brecht, in: Gesammelte Werke in 20 Bänden. Edition Suhrkamp. Band 10, Gedichte, Frankfurt/M. 1967, S. 1009.

Hinweis:
Adresse zur Informationsbeschaffung (Seminarmaterial, Filme, Tonbildreihen und anderes):
Gesamtdeutsches Institut
Postfach 120607
Adenauer Allee 10
5300 Bonn 1.

Informationen
zur politischen Bildung

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Iris Möckel, Horst Pötzsch (verantwortlich), Carola Preiter.

Manuskripte und Mitarbeit: Hans Georg Herrnleben, Worms; Dr. Hansjoachim Hoffmann, Berlin; Dr. Günter Kosche, Rostock; Horst Meyer, Wedel; Horst Pötzsch, Bonn; Prof. Dr. Dr. Kurt Reinschke, Dresden; Dr. Michael Richter, Köln; Veronika Richter, Köln; Andreas Winkler, Horneburg.

Titelseite: Michael Rechl, Wanfried-Aue.

Fotos: J.H. Darchinger, Bonn (S. 64); dpa (S.22, 43 Mitte, 44, 47); Gesamtdeutsches Institut (S. 5, 7, 11, 15, 17, 20, 28, 29, 34, 41, 46, 49); Jürgens Ost + Europa-Photo, Köln (S. 3, 9, 31, 32, 48); Landesbildstelle Berlin (S. 19); Claus-Georg Schramm, Berlin (S. 37, 39).

Graphik: Globus-Kartendienst, Hamburg (S. 45).

Karikaturen: Fritz Behrendt (S. 1), Horst Haitzinger (S. 42, 43 unten).

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Verlag GmbH, Postfach 37 01 20, 8000 München 37.

Druck: Bruckmann, München.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408 – Auflage 1.4 Mill.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: Mai 1991.

Anforderungen (nur Informationen zur politischen Bildung)

sind (nur schriftlich) an Franzis-Verlag GmbH, Postfach 15 07 40, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.
Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).